Beilage Interkultur

politik und kultur

Zeitung des Deutschen Kulturrates

Nr. 06/11 · Nov. – Dez. 2011 www.kulturrat.de 3,00 € · ISSN 1619-4217 · B 58 662

ZUSCHUSSRENTE
Ist die Zuschussrente eine Möglichkeit zur Verbesserung der prekären Altersabsicherung von Kulturschaffenden? Erfahrungen und erste Einschätzungen.
Seiten 3 und 21

LÄNDERSACHEN
Das Land Sachsen-Anhalt betritt mit dem Kulturkonvent Neuland. Gute Wünsche und hohe Erwartungen an die Mitglieder. Wie werden sich die Ergebnisse auswirken?
Seiten 11 bis 13

KULTURGROSCHEN 2011
Der Theologe Wolfgang Huber wurde mit dem Kulturgroschen 2011 ausgezeichnet. Gewürdigt wurde sein Engagement beim Dialog zwischen Kultur und Kirche.
Seiten 14 bis 16

KULTURFINANZIERUNG
Knappe Kassen, tiefe Löcher in den öffentlichen Haushalten und dazu die Finanzkrise: Alternative Finanzierungmöglichkeiten für Künstler könnten etwas Abhilfe schaffen.
Seite 20 und 21

BEILAGE INTERKULTUR
Ergebnisse des Projekts „Strukturbedingungen für eine nachhaltige interkulturelle Bildung“ werden vorgestellt. Wie gestaltete sich die Arbeit am Runden Tisch?
Beilage Seiten 1 bis 8

Editorial

Klein-Klein

Die Welt wird immer komplizierter. Niemand kann heute noch alles wissen und schon gar nicht alles steuern. Bedrückend erleben wir diese komplexe Unsteuerbarkeit bei der nicht enden wollenden Finanz- und Wirtschaftskrise. Nur ausgewiesene Fachleute können, so glauben und hoffen viele inständig, noch Teilbereiche überblicken und ordnen.

Die Anforderungen der modernen Welt haben auch vor dem Deutschen Bundestag nicht haltgemacht. Der Deutsche Bundestag ist schon längst kein Abbild der deutschen Gesellschaft mehr, sondern zu einem erheblichen Teil ein Parlament der Bildungselite. Von den 620 Abgeordneten haben 559 eine Hochschulausbildung absolviert, davon 524 mit Abschluss. Nur 12 Abgeordnete haben einen Hauptschulabschluss. Alleine ein Viertel aller Abgeordneten sind Juristen und ihr Anteil steigt von Legislaturperiode zu Legislaturperiode. Eigentlich müssten das doch sehr gute Voraussetzungen sein, um den Problemen unserer Zeit Herr zu werden?

Der Deutsche Bundestag steht mit dieser Entwicklung nicht alleine da. Auch in den Kulturverbänden steigt der Anteil der Juristen kontinuierlich. Mittlerweile ist es schon schwer, einen Geschäftsführer eines Bundeskulturverbandes zu finden, der kein Jurist ist. Dies hat Vorteile und Nachteile.

Der Vorteil ist, dass Themen strukturell aufgearbeitet werden, in klassischer Juristenmanier werden die komplexen Aufgaben in kleine, zu bewerkstelligende Bereiche unterteilt. Auf dem Vorhandenen aufbauend wird versucht, eine Lösung zu finden. Der Nachteil ist, dass oftmals der Blick für das Ganze verloren geht, weil zu schnell nach einfach umsetzbaren Lösungsoptionen gesucht wird.

Besonders deutlich werden die Nachteile im Kulturbereich bei den Debatten um eine Reform des Urheberrechts. Obwohl eine fast unüberschaubare Anzahl von Fachjuristen sich diesem Thema widmet, kommen wir nicht weiter. Sobald auch nur eine kleine Idee geboren wird, wird sie sofort juristisch korrekt an den vorhandenen Paragraphen des Urheberrechtsgesetzes, das in den analogen sechziger Jahren des letzten Jahrhunderts geschrieben wurde, abgeklopft, zerredet und als undurchführbar verworfen.

Was uns bei der Lösung der urheberrechtlichen Fragen im digitalen Zeitalter genauso fehlt wie bei der Lösung der ungleich bedrohlicheren Finanz- und Wirtschaftskrise, sind Menschen, die ihren Blick auf das Ganze richten. Erst wenn man weiß wo die Reise hingehen soll, kann man die Etappen der Reise planen. Das juristische Klein-Klein ist notwendig, aber die Vision ist die Voraussetzung.

Olaf Zimmermann, Geschäftsführer des Deutschen Kulturrates, Herausgeber von politik und kultur ■

Kultur-Mensch

Corinna Belz

Maler malen. Diese einfache Aussage beschreibt zugleich die Stärke und Schwäche bildender Künstler. Viele scheuen das Wort und insbesondere die Auskunft über ihr Werk. Corinna Belz gelang es mit ihrem Film „Gerhard Richter – Painting“ einen großen zeitgenössischen Maler, der sich Interviews zumeist verweigert, zu Wort zu bringen. In einfühlsamen Bildern wird gezeigt, wie Kunst entstehen kann. Zuschauer erhalten so einen ganz besonderen Eindruck vom Schaffen Gerhard Richters. Dass es Corinna Belzig gelang, Gerhard Richter für dieses Projekt zu gewinnen und bei der Stange zu halten, ist allein schon besonders. Der Film „Gerhard Richter – Painting“ ist eine besonders gelungene künstlerische Arbeit über einen Künstler.

© Ulrike Schilling

Filmemacherin Corinna Belz

Unverzichtbarer Ideengeber

Kulturstaatsminister Bernd Neumann zu 30 Jahren Deutscher Kulturrat

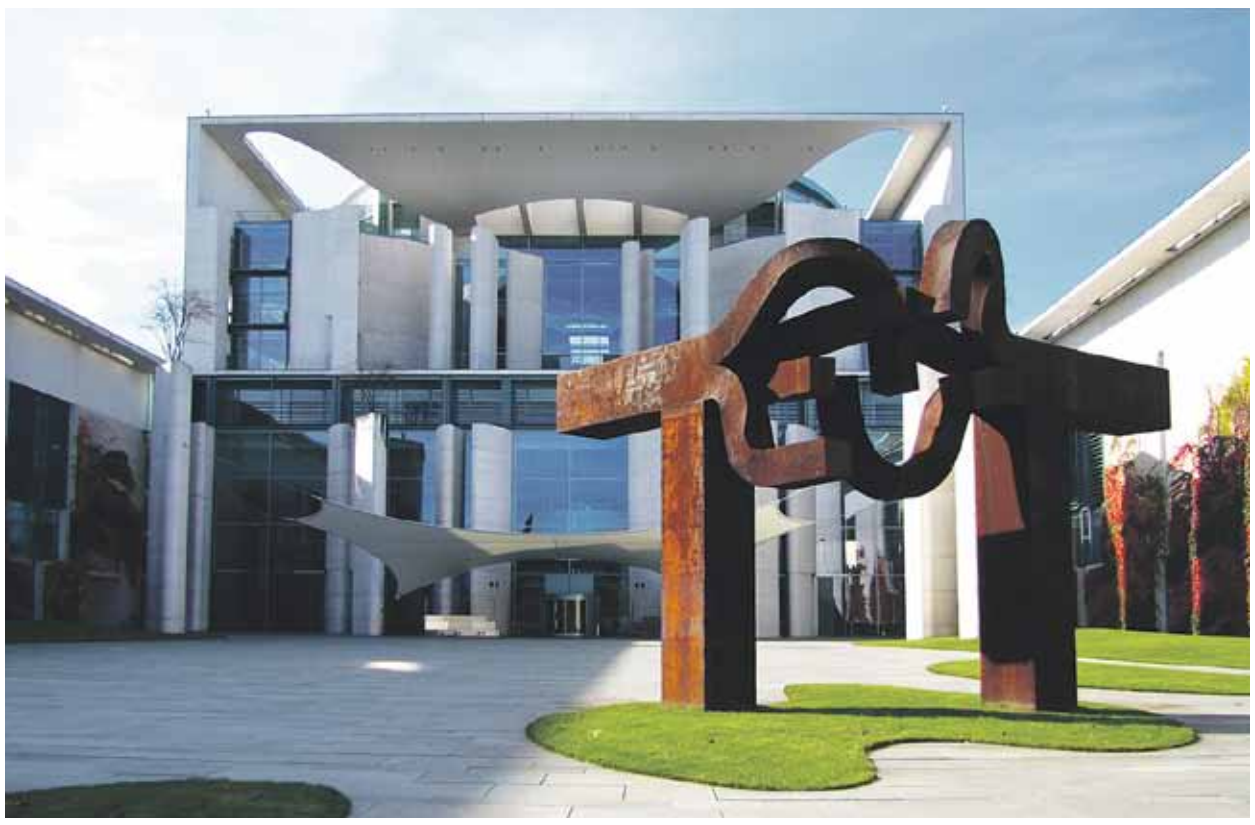


Foto: Rainer Sturm/pixelio

Bundeskanzleramt, Sitz des Kulturstaatsministers

Es scheint mir, dass ich sozusagen schon fast traditionsmäßig als Festredner beim Deutschen Kulturrat auftrete: Vor fünf Jahren zum 25-jährigen Bestehen und in diesem Jahr zu 30 Jahre Kulturrat. Ich werde mir schon einmal den Termin zum 35. Jubiläum notieren!

Der Deutsche Kulturrat hatte mich gebeten, heute Abend eine Bilanz meiner bisherigen Arbeit in den Mittelpunkt zu stellen, aber ehrlich gesagt: 20 Minuten sind definitiv zu wenig, mindestens um hier auch nur halbwegs erschöpfend auf die Vielzahl der Themen einzugehen, die wir in den letzen Jahren angepackt und – vor allem – erfolgreich bewältigt haben. Der Kulturrat wäre viel berufener, eine solche Bilanz der Bundesregierung in Sachen Kultur aufzumachen, denn das sieht er ja seit 30 Jahren als eine seiner Aufgaben an. Außerdem möchte ich den Eindruck vermeiden, dass ich die Gelegenheit einer Festrede nutzen würde, um nicht den Jubilar, sondern mich selbst zu loben.

Ich fühle mich heute Abend sehr wohl in der Rolle als Laudator für den Kulturrat. Denn im Grunde war der Kulturrat der Vorreiter einer alle Länder und alle partikularen Interessen übergreifenden Sicht auf die Kultur – in einer Zeit, in der das Wort „Bundeskulturpolitik“ allenfalls hinter vorgehaltener Hand genutzt wurde. Ehrlich gesagt: Wir können uns heute fast nicht mehr vorstellen, wie zersplittert die kulturpolitische Interessenvertretung früher war.

In den vergangenen 30 Jahren hat sich der Deutsche Kulturrat zu einem unverzichtbaren Stichwort- und Ideengeber entwickelt. Es gelingt ihm immer wieder aufs Neue, relevante Themen zu artikulieren und zu platzieren.

Seine zahlreichen Denkanstöße und Standortbestimmungen wurden von der Politik oft aufgegriffen, in jedem Fall aber als ernstzunehmender Diskussionsbeitrag gewürdigt – auch dies ist ein Grund dafür, dass wir den Kulturrat seit so vielen Jahren fördern.

Gemeinsam haben wir für die Kultur in den zurückliegenden Jahren eine Menge bewegt. So hat sich der Stellenwert der Kulturpolitik auf nationaler Ebene grundlegend verändert. Als mein Kollege Michael Naumann als erster in das Amt kam, wurde in gewichtigen Teilen der deutschen Politik überhaupt bezweifelt, dass es eine nationale Verantwortung für Kulturpolitik gäbe – ganz unabhängig von der Frage, ob man dafür einen eigenen Minister brauche.

Das hat sich grundlegend gewandelt. Im Jahre 2008 haben wir das 10-jährige Jubiläum meines Hauses gefeiert, gemeinsam mit allen meinen Vorgängern und der Bundeskanzlerin. Und im letzten Jahr hatten wir eine Premiere: Zum ersten Mal überhaupt kamen auf meine Einladung hin die Kulturminister der Länder im Bundeskanzleramt zusammen. Sicher: Länder und Kommunen haben aufgrund unserer Verfassung die Verantwortung für Kultur in Deutschland. Von den jährlich gut 9 Milliarden Euro für die Kulturförderung trägt der Bund 13 Prozent, und die restlichen 87 Prozent werden etwa zur Hälfte von Ländern und Gemeinden beigetragen. Die Kultur ist das Band, das uns verbindet und unsere Identität ausmacht. Gerade im zusammenwachsenden Europa, wo Deutschland mit einer Stimme sprechen muss, kann keiner bestreiten, dass es aber auch eine Gesamtverantwortung für diesen wichtigen Bereich gibt. Hier weiß ich mich mit dem Kulturrat einig.

Ein weiterer Punkt, der mich mit dem Kulturrat verbindet, ist die Auffassung, dass die Aufgabe von Kulturpolitik eben nicht ist, sich in Kunst und Kultur inhaltlich einzumischen. Kunst muss frei sein von politischer Beeinflussung. Die Aufgabe von Kulturpolitik ist es, die politischen, steuerlichen und rechtlichen Rahmenbedingungen zu verbessern, unter denen Kunst und Kultur gedeihen können. Für uns zählt, was wir ganz konkret für die Kulturschaffenden tun. Von diesem Verständnis habe ich mich von Anfang an leiten lassen und für die Kultur gekämpft. Seit Amtsantritt konnte ich jeweils den Kulturetat steigern und erreichen, dass selbst in Krisenzeiten bei der Kultur im Bundeshaushalt nicht gekürzt wird. Dies verstehe ich auch

Weiter auf Seite 2

4 195981 603008 06

Fortsetzung von Seite 1

Unverzichtbarer Ideengeber

als ein Signal in die Länder und Kommunen hinein. Der Anteil der Kultur ist in den Haushalten ja ohnehin marginal. Im Bund und Ländern macht er im Schnitt 1,9 Prozent aus. Selbst massive Streichungen von 5 oder 10 Prozent erreichen wenig für die Konsolidierung eines Haushaltes. Aber sie machen so viele schöne kleine Initiativen kaputt, die das Leben in einer Stadt lebenswert machen. Kultur darf nicht die Sparbüchse für öffentliche Haushalte sein.

Wir haben in den letzen Jahren – auch durch die Anregung des Deutschen Kulturrats – viele kulturpolitische Anstöße geben können. So wurde die Aufarbeitung der NS-Diktatur forciert, die vier großen westlichen Gedenkstätten wurden in die institutionelle Förderung aufgenommen sowie viele zusätzliche Einrichtungen eröffnet – von der Topographie des Terrors bis zum Schwurgerichtssaal der Nürnberger Prozesse. Was die SED-Diktatur angeht, muss man bedauerlicherweise feststellen, dass die Kenntnis vor allem bei der jüngeren Generation eher abnimmt. Auch hier setzen wir auf die Anschaulichkeit der authentischen Orte wie zum Beispiel in der Bernauer Straße, beim Notaufnahmelager Marienfelde oder in der Gedenkstätte Deutsche Teilung Marienborn, die jetzt auch institutionell gefördert werden. Und vor wenigen Wochen erst hat die Bundeskanzlerin die neue Dauerausstellung im Tränenpalast eingeweiht.

Zu den größten Herausforderungen der nächsten Jahre gehört in einer zunehmend digitalen Welt der wirksame Schutz des Urheberrechts. Die Sicherung des geistigen Eigentums ist eng verknüpft mit der sozialen Sicherung von Künstlern. In seinen Stellungnahmen hat sich der Kulturrat konsequent für eine Stärkung der Rechte der Künstler eingesetzt. Es besteht hier ein hohes Maß an Übereinstimmung zwischen uns. Im vergangenen Jahr habe ich ein Papier mit der Überschrift „Ohne Urheber keine kulturelle Vielfalt“ der Öffentlichkeit vorgestellt. Olaf Zimmermann und Christian Höppner gehörten zum Expertenkreis, dessen Anregungen in das Papier Eingang gefunden haben. Das Papier macht deutlich, dass der Urheber Ausgangspunkt des Urheberrechts bleiben muss. Wir wollen nicht, dass es in ein Nutzungsrecht umgedeutet wird. Wer gegen das geistige Eigentum verstößt, macht sich strafbar. Um dies zu ahnden, müssen neue Modelle erarbeitet werden; hier haben die Unternehmer und die Provider eine besondere Verpflichtung. Daneben muss das Prinzip der Entschädigung oder der Honorierung des Urhebers über das Urheberrecht bis hin zu den Verwertungsgesellschaften sichergestellt werden.

Ein weiteres übergeordnetes Thema ist die digitale Erschließung unseres kulturellen Erbes. Mit ihr erfüllt sich der Menschheitstraum von einer lückenlosen Vernetzung des Wissens. Die Jahrhundertaufgabe der digitalen Erschließung unseres

Foto: Bundesregierung/Laurence Chaperon

Kulturstaatsminister Bernd Neumann

gesamten kulturellen Erbes kann der Staat aber in absehbarer Zeit finanziell bei weitem nicht allein bewältigen. Deshalb befürworte ich die Kooperation öffentlicher Einrichtungen mit der Privatwirtschaft, sogenannte öffentlich-private Partnerschaften, so wie es beispielsweise die Bayerische Staatsbibliothek erfolgreich praktiziert. Derzeit prüft das Kompetenznetzwerk der Deutschen Digitalen Bibliothek die nach einer Ausschreibung eingegangenen Angebote, und tritt mit den Bietern in Verhandlungen ein. Der Abschluss ist für dieses Jahr geplant. Wir wollen darüber hinaus in Gestalt eines Rahmenvertrages für alle unsere Einrichtungen eine prinzipielle Grundlage schaffen. Eines ist hierbei klar: Auch im Falle der Kooperation mit Privaten müssen Digitalisate in öffentlichen Einrichtungen weiterhin Dritten frei zur Verfügung stehen.

Ein weiteres großes Vorhaben meines Hauses ist das anstehende 500. Reformationsjubiläum im Jahre 2017. Der BKM beabsichtigt jedes Jahr bis 2017 etwa 5 Millionen Euro für Kulturprojekte und investive Maßnahmen bereitzustellen – 35 Millionen insgesamt. Denn die Reformation ist nicht nur eines der zentralen Ereignisse der deutschen Geschichte, sondern in ihren religiösen, gesellschaftlichen, politischen und kulturellen Auswirkungen von weltgeschichtlicher Bedeutung. Sie hat die Ausbildung von Eigenverantwortlichkeit und die Gewissensentscheidung des Einzelnen in den Mittelpunkt gerückt und damit die Aufklärung, die Herausbildung der Menschenrechte und die Demokratie heutiger Prägung entscheidend beeinflusst. Der Deutsche Kulturrat hat nicht nur bereits sehr früh auf die Bedeutung dieses Reformationsjubiläums hingewiesen, sondern auch völlig zutreffend die Bedeutung der Kirchen als Akteure und Förderer der Kultur betont. 30 Jahre Deutscher Kulturrat sind eine Erfolgsgeschichte. Im Namen der Bundesregierung, aber insbesondere für die Kultur in Deutschland, sage ich: Glückwunsch!

Rede von Kulturstaatsminister Bernd Neumann anlässlich der Feier zum 30-jährigen Jubiläums des Deutschen Kulturrates am 28.09.2011.

Der Verfasser ist Mitglied des Deutschen Bundestages und Beauftragter der Bundesregierung für Kultur und Medien ■

Inhaltsverzeichnis

EDITORIAL

Klein-Klein
Von Olaf Zimmermann 1

LEITARTIKEL

Unverzichtbarer Ideengeber
Von Bernd Neumann 1

KULTUR-MENSCH

Corinna Belz 1

AKTUELLES

Das Pferd von hinten aufgezäumt. Zum Übergangsmodell Zuschussrente
Von Olaf Zimmermann und Gabriele Schulz 3

Grenzüberschreitende Kulturregion. Luxemburg, Saarland, Rheinland-Pfalz, Lothringen und Wallonien als Kulturraum
Von Annegret Kramp-Karrenbauer 4

INTERVIEW

Ein Rückblick aufs Amt
Julian Nida-Rümelin im Gespräch mit Gabriele Schulz 5

DISKUSSION

Es geht nicht darum, was Stiftungen tun, sondern wie sie es tun
Marisa Klasen und Andre Wilken im Gespräch mit Kenneth Prewitt 6

Intellektueller und Rechtsphilosoph
Von Max Fuchs 6

Chancen und Risiken der Präimplantationsdiagnostik
Von Ulrike Flach 7

Wachsamkeit erforderlich
Von Ulla Schmidt 7

AUSWÄRTIGE KULTURPOLITIK

Glaubwürdigkeit und Vertrauen als Währung
Von Ronald Grätz 8

ÜBER DEN TELLERRAND

Vielfalt kultureller Ausdrucksweisen
Von Christine M. Merkel 9

GOETHES WELT

Starkes Interesse an Deutschland auch ohne Sprachkenntnisse
Von Bettina Gabbe 10

MOMMERT MEINT

Von Wilfried Mommert 10

LÄNDERSACHEN

Demografische Entwicklung als große Herausforderung
Von Stephan Dorgerloh 11

Hohe Erwartungen an Konventsarbeit
Von Helga Paschke 12

Mut zur Einbindung der Zivilgesellschaft
Von Olaf Zimmermann 13

KULTURGROSCHEN 2011

Vom Vertrauen zwischen Kultur und Kirche
Begrüßung von Monika Grütters 14

Wege immer wieder neu denken
Laudatio von Jürgen Flimm 15

In die Welt eingehen und über sie hinausweisen
Dankesrede von Wolfgang Huber 16

NAHOSTANSICHTEN

Türkei – Modell für die arabischen Länder
Von Reinhard Baumgarten 17

KULTURPOLITIK

Kultur und Politik in schwierigen Zeiten
Von Max Fuchs 17

Keine Bürgergesellschaft mehr?
Von Norbert Radermacher und Reinhard Jansen 19

Autorendank 19

KULTURFINANZIERUNG

Crowdfunding als Ergänzung der Kulturförderung
Von Denis Bartelt 20

Wenn Bürger Künstler beauftragen
Von Jan Turowski 20

SOZIALRECHTLICHE INFORMATION

Die Zuschussrente für Künstler und Publizisten
Von Rainer Fuchs 21

KURZNACHRICHTEN 21

RESOLUTIONEN

Halbzeit der Legislaturperiode: Was steht an? 22

Lernorte interkultureller Bildung 22

COMPUTERSPIELE

Die gamescom 2011 – Eine Bilanz
Von Felix Zimmermann 23

Das Ende des Streits. Kulturstiftung Pro Helvetica nähert sich dem Phänomen Computerspiele
Von Pius Knüsel 24

KULTURELLES LEBEN

Kultur ist der Spielraum der Freiheit
Von Hannes Langbein 24

LUTHER 2017

Ein Ereignis von internationaler Relevanz
Von Michael Kretschmer 25

PORTRÄT

Die Frage nach Gott offen halten
Andreas Kolb porträtiert Tobias Zimmermann 26

BLÄTTERRAUSCHEN

Das Orchester: Magazin für Musiker und Management
Von Andrea Wenger 26

INTERVIEW

Vom Bohren dicker Bretter
Gabriele Schulz im Gespräch mit Karl Ermert 27

KARIKATUR 28

KURZ-SCHLUSS

Wie ich einmal versuchte, deutsche Kultur in die Wertschöpfungskette zu hieven
Von Theo Geißler 28

BEILAGE INTERKULTUR

Zum kontinuierlichen Dialog beitragen
Von Max Fuchs 1

Vom Entdecken des Anderen
Von Christian Höppner 2

Runder Tisch Interkultur
Von Olaf Zimmermann 3

Gute Absichten müssen nachhaltig wirken
Von Maria Ringler 4

Die Nachhaltigkeit der Freiheit
Von Martin Affolderbach 5

Außerschulische Orte interkultureller Bildung
Von Elke Schneider 6

Interkulturelle Dienstleistungen
Von Susanne Schneehorst 6

Interkultur – Intrakultur – Transkultur
Von Uwe Schäfer-Remmele 7

Mit Musik Menschen zueinander bringen
Von Matthias Pannes 8

3 Fragen an... 8

Das Pferd von hinten aufgezäumt

Zum Übergangsmodell Zuschussrente • Von Olaf Zimmermann und Gabriele Schulz

Das Lob zuerst: Dass die Bundesregierung mit dem Rentendialog in einen breit angelegten Diskussionsprozess zur Ausgestaltung der geplanten Zuschussrente tritt, ist positiv. Nachvollziehbar ist auch, dass nicht erst eine Expertenkommission tagen soll, deren Ergebnisse erst zum Ende der Legislaturperiode vorliegen, die dann allerdings nicht mehr aufgenommen und in die Gesetzgebung übersetzt werden können. Ob allerdings die Zuschussrente an sich etwas taugt, um drohende Altersarmut abzuwenden, da sind doch eine Reihe von Fragezeichen angebracht.

CDU, CSU und FDP stellten in ihrem Koalitionsvertrag vom 26.10.2009 fest: „Wir verschließen die Augen nicht davor, dass durch veränderte wirtschaftliche und demografische Strukturen in Zukunft die Gefahr einer ansteigenden Altersarmut besteht“. (Koalitionsvertrag CDU, CSU, FDP, S. 84) Mit dem Hinweis auf die veränderten wirtschaftlichen und demografischen Strukturen sagten die Koalitionäre implizit, dass angesichts einer wachsenden Zahl von Rentnern, der eben keine entsprechend größere Zahl an Erwerbstätigen gegenübersteht, die Renten voraussichtlich weiter sinken werden, was bei den Beziehern sogenannter kleiner Renten zur Altersarmut führt. Explizit formulieren die Koalitionäre, dass angesichts der wirtschaftlichen Entwicklungen eine größer werdende Zahl an Menschen nicht mehr so viel in die Rentenversicherung einbezahlt, dass sie eine auskömmliche Alterssicherung erhalten werden. Um der ansteigenden Altersarmut etwas entgegen zu setzen, soll laut Koalitionsvertrag ein Modell entwickelt werden, dass denjenigen ein Alterseinkommen oberhalb der Grundsicherung ermöglicht, die ein Leben lang Vollzeit gearbeitet und die vorgesorgt haben. Dieses zusätzliche Alterseinkommen soll bedarfsabhängig und steuerfinanziert sein.

Am 9. September dieses Jahres legte die zuständige Bundesministerin für Arbeit und Soziales, Ursula von der Leyen, das Modell der Zuschussrente vor und begann damit den Rentendialog. Die Zuschussrente basiert auf den Grundprinzipien der Einzahlungen in die Rentenversicherung (Beitragsjahre), den Versicherungsjahren, die in der Ausbildung, Kindererziehung usw. erworben werden sowie der privaten Vorsorge, zum Beispiel im Rahmen der sogenannten Riester-Verträge. Rainer Fuchs erläutert in dieser Ausgabe von *politik und kultur* die Voraussetzungen für den Bezug der Zuschussrente genauer. Bei Rentnern, die die Voraussetzungen erfüllen, soll die Altersrente plus den Erträgen aus der privaten Vorsorge durch die Zuschussrente auf 850 Euro bei Alleinstehenden, beziehungsweise 1.700 Euro bei Ehepaaren aufgestockt werden.

Das Modell der Zuschussrente soll die private Vorsorge deutlich belohnen. Es ist für die Menschen gedacht, die erwerbstätig waren, Sozialversicherungsbeiträge zahlten, privat vorsorgten und doch keine ausreichende Rente erhalten. Zu vermuten ist, dass damit zumindest im Alter ansatzweise geheilt werden soll, dass sich die Koalition gegen einen gesetzlichen Mindestlohn im Koalitionsvertrag ausgesprochen hat (S. 21). Denn woher kommen die niedrigen Renten? Neben diskontinuierlichen Erwerbsverläufen, besonders bei Frauen, ist eine der Ursachen, dass aufgrund eines zu geringen Einkommens zu wenig in die Rentenversicherung eingezahlt wird. Das Pferd wird also von hinten aufgezäumt. Es wird nicht an der Ursache von Altersarmut, dem geringen Einkommen, angesetzt, sondern an den Folgen. Dabei sei an dieser Stelle darauf hingewiesen, dass es die rot-grüne Bundesregierung war, die mit den sogenannten Hartz-Reformen zu einer Ausweitung des Niedriglohnsektors entschieden beigetragen hat.

Foto: Deutscher Bundestag/Joerg F. Mueller

Wird die Zuschussrente tatsächlich vor Altersarmut schützen?

Künstler als Gewinner?

Im Kunst- und Kulturbereich werden wahrscheinlich am ehesten die künstlersozialversicherungsversicherten Künstler und Publizisten von der Zuschussrente profitieren können. Sie sind im Rahmen der gesetzlichen Rentenversicherung pflichtversichert und können daher wie Arbeitnehmer die steuerbegünstigte Altersvorsorge in Anspruch nehmen. Angesichts geringer Durchschnittseinkommen, zurzeit 13.689 Euro Jahreseinkommen, werden viele Versicherte nur geringe Rentenansprüche erwerben und damit auch nur eine kleine Altersrente erhalten.

Hier gilt es im Rahmen des Rentendialogs sowie des darauffolgenden Gesetzgebungsprozesses auf die Besonderheit aufmerksam zu machen, dass diese Versicherung erst seit dem Jahr 1983 besteht. Ebenso gilt es zu prü-

Weiter auf Seite 4

Fortsetzung von Seite 3

Das Pferd von hinten aufgezäumt

fen, inwiefern besondere Regelungen für ostdeutsche Künstler geschaffen werden müssen, die erst seit Anfang der 1990er-Jahre in der Künstlersozialversicherung versichert sind.

Und wo bleiben die anderen?

Keine Lösung bietet die Zuschussrente aber für diejenigen, die im Kunst- und Kulturbereich selbständig und nicht in der Künstlersozialversicherung versichert sind. Das trifft zunächst einmal für jene Verwerter zu, die nicht als abhängig Beschäftigte in großen Unternehmen arbeiten, sondern als Selbstständige tätig sind. Zu denken ist etwa an Galeristen oder auch an Ein-Personen-Unternehmen im Verlagswesen. Diese Unternehmer haben oftmals ein so geringes Einkommen, dass die Altersvorsorge, die aus eigener Tasche gezahlt werden muss, notgedrungen auf der Strecke bleibt.

Darüber hinaus fallen auch jene durch den Rost, die als Solo-Selbstständige im Kulturbereich arbeiten und nicht Mitglied in der Künstlersozialversicherung sind. Zu denken ist etwa an die wachsende Zahl selbstständiger Kulturmanager, die Veranstaltungen organisieren oder auch an Kunsthistoriker, die Ausstellungen konzipieren aber nicht publizistisch tätig sind. Gleichfalls ist an jene Personenkreise zu denken, die weder die Bedingungen der Künstlersozialversicherung erfüllen noch als abhängig Beschäftigte geführt werden. Gerade im Bereich der freien Szene scheint diese Personengruppe zu wachsen.

Die genannten Gruppen werden von der Zuschussrente nicht profitieren können, weil sie nicht in der gesetzlichen Rentenversicherung pflichtversichert sind und oftmals so geringe Einkommen erzielen, dass sie sich eine freiwillige Versicherung nicht leisten können.

Und genau an dieser Stelle hakt das Modell der Zuschussrente und die Inkonsistenz des Koalitionsvertrags aus dem Jahr 2009 wird deutlich. Denn im Koalitionsvertrag wurde formuliert, dass Deutschland zum „Gründerland“ werden soll (S. 25). Und auch die Initiative Kultur- und Kreativwirtschaft der Bundesregierung zielt laut Koalitionsvertrag (S. 52) darauf ab, innovative Projekte und Geschäftsmodelle zu fördern. Unterstellt wird dabei, dass diese Formen der Selbständigkeit den Aufbau einer Altersvorsorge erlauben.

Doch bereits jetzt ist zu vermuten, dass viele Solo-Selbstständige in Kultur- und Kreativwirtschaft von heute morgen von der Altersarmut betroffen sein werden.

Größeres Denken wäre erforderlich

Das deutsche Rentenversicherungsmodell ist ein Erfolgsmodell, wenn viele Menschen im gesetzlichen Versicherungssystem versichert sind. In dem Moment, in dem dieses Prinzip durch andere Beschäftigungsformen ausgehöhlt wird, gerät es an seine Grenzen. Wenn politisch gewollt ist, dass mehr Menschen selbständig sind, müssen auch Antworten darauf gegeben werden, wie eine zukunftsfeste Sozialversicherung aussehen kann. Diese Antworten blieben letztlich Rot-Grün, die große Koalition und auch diese Bundesregierung bisher schuldig.

Die Zuschussrente kann allenfalls ein Übergangsmodell sein, weil hier durch Steuermittel zu geringe Löhne und Gehälter ausgeglichen werden. Gebraucht wird aber ein Sozialversicherungsmodell, das Selbständige umfassend einbezieht, um damit auf die Herausforderungen des modernen Arbeitsmarktes zu reagieren. Ein solches Modell würde die Basis an Versicherten deutlich verbreitern, so dass mehr Beiträge in das gesetzliche System fließen würden. Es würde zugleich dazu beitragen, dass Selbständige mit einem geringen Einkommen am Ende ihres Berufslebens nicht auf Grundsicherung angewiesen sind, sondern eine selbsterworbene Altersrente erhalten.

Der nunmehr laufende Rentendialog und auch das im kommenden Jahr anstehende Gesetzgebungsverfahren zur Zuschussrente sollten genutzt werden, um zu verdeutlichen, dass die Zuschussrente im bestehenden System zwar Lösungen bietet und zu leichten Verbesserungen gerade auch für Künstlerinnen und Künstler, die Mitglied der Künstlersozialversicherung sind, führen kann, aber nicht tauglich ist, um die anstehenden Probleme der Altersarmut nachhaltig zu lösen.

Olaf Zimmermann ist Geschäftsführer des Deutschen Kulturrates. Gabriele Schulz ist Stellvertretende Geschäftsführerin des Deutschen Kulturrates ■

Grenzüberschreitende Kulturregion

Luxemburg, Saarland, Rheinland-Pfalz, Lothringen und Wallonien als Kulturraum • Von Annegret Kramp-Karrenbauer

Das Saarland ist ein Land mit einer vielfältigen und reichen Kulturszene: Das Staatstheater, die Völklinger Hütte als erstes UNESCO-Industriekulturerbe, die Stiftung Saarländischer Kulturbesitz mit ihren unterschiedlichen Museen, die Hochschule der Bildenden Künste Saar, die Hochschule für Musik, Festivals in den Bereichen Musik, Theater, Tanz, Film und eine lebendige Breitenkultur; das sind Elemente, die dieses Land so interessant und liebenswert machen.

Dieses reichhaltige kulturelle Leben wird möglich durch eine Vielfalt der Träger: Vereine, Organisationen und Einzelpersonen, Kulturinstitutionen, Stiftungen und viel ehrenamtliches Engagement.

Der Wunsch nach Austausch und Dialog mit den Nachbarregionen ist aufgrund der geografischen und historischen Gegebenheiten hier überdurchschnittlich stark ausgeprägt. Als erstes deutsches Land hat das Saarland die Förderung der europäischen Einigung und die grenzüberschreitende Zusammenarbeit in seine Verfassung aufgenommen. Die Kooperation mit Frankreich hat hierbei eine ganz besondere Bedeutung. Über Jahrhunderte war das Land an der Saar überschattet von den unterschiedlichen

Der blaue Hirsch, das Logo der Kulturhauptstadt Luxemburg 2007 in der Region SaarLorLux als Symbol für den Kulturraum

Interessen zwischen Deutschland und Frankreich. Nach 1945 wurde das Saarland unter französische Verwaltung gestellt. Erst nach der Lösung der Saarfrage in den fünfziger Jahren konnte es zur Aussöhnung zwischen Deutschen und Franzosen kommen. Daher ist es also auch kein Zufall, dass gerade hier im Saarland – an der Grenze oder besser an der Nahtstelle beider Nationen – viele zukunftsorientierte Kooperationsprojekte, die zur Schaffung binationaler Institutionen führten, angesiedelt wurden. 1961 wurde hier das Deutsch-Französische Gymnasium gegründet, das aus dem französischen Lycée Maréchal Ney hervorging. 1978 entstand das Deutsch-Französische Hochschulinstitut durch die Kooperation der Hochschule für Technik und Wirtschaft des Saarlandes und der Universität Metz. 1980 nahm das Deutsch-Französische Sekretariat für den Austausch in der beruflichen Bildung seine Arbeit in Saarbrücken auf. Der Deutsch-Französische Kulturrat erhielt 1988 mit der Einrichtung des deutschen Sekretariats ebenfalls hier seinen Sitz. Gleichzeitig wurde die Stiftung für die deutsch-französische kulturelle Zusammenarbeit gegründet, die dem Deutsch-Französischen Kulturrat eine „Rechtsheimat“ bietet und deren Ziel die Förderung des kulturellen Austauschs zwischen Deutschland und Frankreich ist. Diese Stiftung ist ebenfalls die Trägerstruktur des Festival Perspectives, das seit 34 Jahren Schaufenster des zeitgenössischen französischen und deutschen Theaters ist. 2001 wurde Saarbrücken zum deutschen Sitz der Deutsch-Französischen Hochschule gewählt. Dieses symbolträchtige Projekt schafft erstmals einen dauerhaften Verbund französischer und deutscher Hochschulen, der als moderne Service-Einrichtung die Möglichkeiten integrierter Studien-

Foto: Pech und Sarpel

Annegret Kramp-Karrenbauer

gänge und gemeinsamer Hochschulausbildung vervielfacht.

Nachdem mein Vorgänger Peter Müller von 2003 bis 2007 das Amt des Bevollmächtigten der Bundesrepublik Deutschland für die kulturellen Beziehungen zu Frankreich inne hatte, freue ich mich nun darauf, die Interessen der 16 Länder und des Bundes in Angelegenheiten der kulturellen Zusammenarbeit mit Frankreich bis 2013 vertreten zu dürfen.

Den zweiten Akzent im internationalen Bereich setzt das Saarland auf die grenzüberschreitende Kooperation innerhalb der Großregion mit den Partnern Luxemburg, Lothringen, Rheinland-Pfalz, der Region Wallonien, der deutschsprachigen Gemeinschaft Belgiens und der Communauté Francaise de Belgique. Dieser Kooperationsraum erstreckt sich über vier europäische Staaten: Deutschland, Frankreich, Belgien und Luxemburg mit den drei offiziellen Landessprachen Deutsch, Französisch und Luxemburgisch. Die grenzüberschreitende Zusammenarbeit in diesem Raum hat eine lange Tradition. Seit den 1960er-Jahren knüpfen wir hier ein Geflecht der politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Kooperation, das sich zunehmend institutionalisiert.

Mit elf Millionen Menschen, die auf einer Fläche von 65.000 km² leben, gehört die Großregion SaarLorLux zu den größten Grenzregionen. Etwa 200.000 Menschen überqueren zum Arbeiten täglich die Staatsgrenzen – so viel wie in keiner anderen Grenzregion Europas. Der gemeinsame politische Wille führt die Regierungschefs der Großregion seit 1995 zu regelmäßigen Gipfeltreffen zusammen. Hier wurde auch der Vorschlag des luxemburgischen Premierministers Jean-Claude Juncker mit Begeisterung aufgegriffen, sich 2007 als erste grenzüberschreitende Region als europäische Kulturhauptstadt zu präsentieren: Eine Kulturhauptstadt mit fünf Partnerregionen, vier Nationalitäten, drei Sprachen – das ist bisher einzigartig in Europa. Der blaue Hirsch, der für die unverbrauchte Natur und unseren Humor steht, war das Symbol der Kulturhauptstadt, die mit einem vernetzten Kulturprogramm und 150 grenzüberschreitenden Projekten die Kreativität, die Energie und die gemeinsame Zukunftsperspektive dieser Großregion Europas widerspiegelte.

Um die überaus positive und erfolgreiche Zusammenarbeit im Kulturbereich zu konsolidieren und dauerhaft zu garantieren, haben die Kulturministerien aus dem Großherzogtum Luxemburg, dem Saarland, aus Rheinland-Pfalz, Lothringen und der Region Wallonien mit der Französischen Gemeinschaft und der deutschsprachigen Gemeinschaft Belgiens im April 2008 einen Verein mit Sitz in Luxemburg gegründet. Der Verein „Kulturraum Großregion” – „Espace Culturel Grande Région” nutzt weiterhin den blauen Hirsch als sichtbares Zeichen der Zusammenarbeit. Jede Region unterhält eine regionale Koordinationsstelle, gemeinsam wurde – auch dank besonderer EU-Förderprogramme wie Interreg – ein gemeinsames Sekretariat mit Sitz in Luxemburg eingerichtet. Die Aufgaben sind vielfältig: die Hilfestellung bei der Koordination, Begleitung und Kommunikation grenzüberschreitender Projekte, die Förderung positiver Rahmenbedingungen für die Mobilität der Kulturschaffenden und des Publikums, die Verbesserung des Austauschs, die Finanzierung gemeinsamer Projekte und die Werbung für die Kultur der Großregion nach innen und nach außen.

Das Kulturportal „www.plurio.net“ – übrigens das erste grenzüberschreitende Kulturportal in Europa – bietet dem Publikum und den Kulturschaffenden mit einem gemeinsamen Veranstaltungskalender, einem Führer durch die Kulturinstitutionen und Vereine der Partnerregionen und einem Atlas eine moderne Informations- und Kommunikationsplattform.

Der Erfolg unserer Arbeit wird aber auch davon abhängen, inwieweit wir die Jugendlichen für die Themen Kultur und Großregion begeistern können. Daher haben wir mit dem Jugendportal „GRRRRR” ein Medium geschaffen, das über jugendliche Redakteure in den einzelnen Regionen selbstständig und unabhängig betrieben wird.

Die Verfasserin ist Ministerpräsidentin des Saarlandes ■

Zeitschriften bei ConBrio

nmz neue musikzeitung
JAZZ ZEITUNG
politik/kultur
KULTURAUSTAUSCH Zeitschrift für internationale Perspektiven
Oper&Tanz

ConBrio Verlag
Brunnstraße 23
93053 Regensburg
Tel. 0941/945 93-0
Fax 0941-945 93-50

www.conbrio.de

Ein Rückblick aufs Amt

Gabriele Schulz im Gespräch mit Julian Nida-Rümelin

Julian Nida-Rümelin bekleidete als zweiter Sozialdemokrat das Amt des Kulturstaatsministers. Im Interview gibt er einen Einblick in die strukturellen Probleme der Konstruktion „Beauftragter der Bundesregierung für Kultur und Medien“.

politik und kultur: Herr Nida-Rümelin, Sie blicken inzwischen mit einem Abstand von fast zehn Jahren auf die Bundeskulturpolitik. Wie sehen Sie – einerseits als Involvierter, andererseits als Außenstehender – heute das Amt des Kulturstaatsministers?

Julian Nida-Rümelin: Ich engagiere mich ja nach wie vor in der Kulturpolitik. So etwa im Kulturforum der Sozialdemokratie, dessen stellvertretender Vorsitzender ich seit vielen Jahren bin. Mit Christian Ude habe ich das regionale Kulturforum in München über mehrere Jahre aufgebaut. Als Kulturstaatsminister a. D. blicke ich auf zwei turbulente Jahre zurück. Die Einrichtung des Amts des Kulturstaatsministers durch Gerhard Schröder im Jahr 1998 war ein wichtiges Signal des Aufbruchs. Es war gewollt, auf Bundesebene eine kulturelle Verantwortung kraftvoll wahrzunehmen und dieses sollte durch Personen präsentiert werden, die Brücken schlagen zwischen der intellektuellen Welt, der Welt der Künste auf der einen Seite und der Welt der Politik auf der anderen Seite. Wohl wissend, dass es oft nicht einfach ist, sich zu verständigen.

***puk*:** Wo sehen Sie strukturelle Stärken dieses Amtes, das bei dem Bundeskanzler beziehungsweise der Bundeskanzlerin angesiedelt ist und wo sehen Sie möglicherweise die Schwächen dieser Konstruktion?

Nida-Rümelin: Als Gerhard Schröder anrief und fragte, ob ich bereit wäre, Michael Naumann im Amt des Kulturstaatsministers nachzufolgen, zeigte er sich offen für eine institutionelle Fortentwicklung dieses Amtes zum eigenständigen Ressort. Das Amt des Kulturstaatsministers hat sich sowohl unter Gerhard Schröder wie auch unter Angela Merkel insgesamt bewährt. Es ist allerdings extrem eng an das Machtzentrum der Bundesrepublik, dem Bundeskanzleramt, angebunden. Es ist integraler Bestandteil des Bundeskanzleramtes. Wenn Sie sich den Etat des Bundeskanzleramtes anschauen, werden Sie feststellen, dass über 60 Prozent der Mittel des Bundeskanzleramtes für Kultur investiert werden. Der Öffentlichkeit ist diese Tatsache aber nicht hinreichend bekannt. De facto ist der Beauftragte für Kultur und Medien vergleichbar mit dem Chef einer obersten Bundesbehörde. Hier handelt es sich um eine Anomalie, die es zu beheben gilt. Perspektivisch betrachtet ist es Aufgabe des Bundes im Bereich der Kultur, ein eigenständiges Ressort zu etablieren.

***puk*:** Das Amt des Kulturstaatsministers ist den Kinderschuhen folglich entwachsen und sollte nun in ein eigenes Haus überführt werden?

Nida-Rümelin: Ja, das wäre sinnvoll, zumal das Amt des Kulturstaatsministers heute völlig unumstritten ist. Das war lange Zeit nicht der Fall. Zu Beginn gab es heftige Auseinandersetzungen zwischen Bund und Ländern. Mittlerweile möchten die Länder dieses stärkere Engagement des Bundes im Bereich der Kultur nicht missen.

***puk*:** Ganz konkret: Denken Sie an ein eigenständiges Ressort, ähnlich der Kulturbehörde in Hamburg, an eine Zusammenlegung oder ein Andocken an das Bundesministerium für Bildung und Forschung?

Nida-Rümelin: Das Wichtigste ist in meinen Augen, dass die Bundeskulturpolitik nicht nur im Bereich der Förderung von Institutionen und Projekten aktiv wird. Nicht minder wichtig ist die Wahrnehmung ordnungspolitischer Aufgaben. In meiner Amtszeit zählte hierzu etwa das nationale Buchpreisbindungsgesetz, das ich damals vorschlug und welches sich in meinen Augen sehr bewährt hat. Wenn ein Staatsminister im Bundeskanzleramt einen Gesetzesvorschlag entwickeln möchte, dann geht das so einfach nicht. Die Zuständigkeit obliegt einem Ressort, was misslich ist. Hinzu kommt, dass es in der Ressortabstimmung einen großen Unterschied macht, ob sich ein Staatsminister des Bundeskanzleramtes oder ein Ressortminister mit einem anderen Ressortminister hinsichtlich einer gesetzgeberischen Maßnahme abstimmt. Aus Sicht der kulturellen Ordnungspolitik als Bundesaufgabe spricht also einiges für ein eigenständiges Ressort. Der genaue Zuschnitt ist im Grunde zweitrangig. Auf keinen Fall darf die Kultur als Randbereich bei einem anderen großen Ressort mitlaufen. Das wäre eine Gefahr.

***puk*:** Die Eingliederung der Kultur in das Ministerium für Bildung und Forschung könnte also zuungunsten der Kultur ausfallen.

Nida-Rümelin: Nicht notwendigerweise, man muss berücksichtigen, dass das jetzige Bundesministerium für Bildung und Forschung zwar in der politischen Öffentlichkeit sehr präsent ist, aber nach der Föderalismusreform dort sehr wenige Aufgaben verblieben sind. Folglich sollte man das Ganze auf eine neue Grundlage eines koorperativeren Föderalismus stellen, auch im Bereich Bildung und Forschung.

***puk*:** Lassen Sie mich eine kleine Brücke zum Wissenschaftsbereich schlagen. Sie sind heute wieder als Hochschullehrer tätig. Besonders der Wissenschaftsbereich macht sich sehr für Open Access stark. Im Bereich des Urheberrechts werden zum Teil sehr radikale Veränderungen gefordert, was von der klassischen Kulturpolitik eher mit Sorge beobachtet wird. Für kulturwirtschaftliche Akteure hängen solche Fragen teilweise eng mit ihrer wirtschaftlichen Existenz zusammen. Wie stehen Sie diesem Thema gegenüber?

Nida-Rümelin: Diese Frage lässt sich nicht einfach mit Ja oder Nein beantworten. Hierbei handelt es sich um hoch komplexe Vorgänge und Veränderungen, mit denen man umgehen muss. Ich selbst war an der Urheberrechts-Novelle zur Zeit der rot-grünen Koalition beteiligt. Damals stellte sich zum Beispiel heraus, dass die pauschale Übernahme von vernünftigen urheberrechtlichen Regelungen, zum Beispiel von Romanautoren auf Autoren von Filmskripten für die Filmwirtschaft, ein Problem bedeutet. Hier mussten dann Lösungen gefunden werden. Die gefundenen Lösungen für die damalige Zeit waren durchaus tragfähig, aber das ist mittlerweile auch zehn Jahre her.

Nun ist es ein zentrales Element der Wissenschaft, dass Forschungsergebnisse öffentlich gemacht werden. Manchmal wird in diesem Zusammenhang vom Kommunismus des Wissens gesprochen. Jedwede Forschung, besonders die öffentlich geförderte, muss allgemein zugänglich sein. Wenn heutzutage nur einige wenige Journals die Publikationen steuern, die selbst auch zum Teil unerschwinglich teuer für viele Departments geworden sind, dann gibt es ein Problem, dann nimmt die Wissenschaft Schaden. In der Naturwissenschaft wird das zum Teil dadurch unterlaufen, dass bedeutende Physiker oder Mathematiker ihre jüngsten Forschungsergebnisse einfach auf ihre Homepage stellen, also gar nicht mehr in einer Zeitschrift publizieren. Wir haben es hier mit einem sehr komplexen Prozess und

Foto: Stephan Rumpf

Julian Nida-Rümelin

unterschiedlichsten Interessenslagen zu tun: Verlage, die ein Interesse an der Öffentlichkeit von Wissenschaft haben; individuelle Interessen der Forscherinnen und Forscher, die ihre Publikationen kontrollieren möchten. Sie erinnern sich bestimmt an den Konflikt mit Google, der bis heute nicht ausgeräumt ist. Ich kann in der Kürze der Zeit nicht ins Detail gehen. Aber deutlich wird, dass ein Prozess in Gang ist, dem man sich auch auf der ordnungspolitischen Seite stellen muss. Das ist eine der großen Aufgaben der Zukunft.

***puk*:** Ihr Lebenslauf changiert zwischen Politik und Wissenschaft…

Nida-Rümelin: So könnte man sagen. Nicht nur diese fünf Jahre, in denen ich die Politik zum Beruf gemacht habe, sondern auch viele Jahre vorher und nachher in denen ich mich immer auch als „homo politicus“ verstanden habe.

***puk*:** Halten Sie es für die Besetzung des Amtes des Kulturstaatsministers für wichtig, unterschiedliche Welten kennen gelernt zu haben?

Nida-Rümelin: Ja, absolut. Ich selbst habe das Amt auch immer als eine Art Gesprächsangebot verstanden. Selbst aus einer Künstlerfamilie stammend, habe ich erlebt, wie sprachlos Konflikte zwischen Kunst und Politik oft ablaufen. Dabei beziehe ich mich nicht auf Verbände, die bestimmte Künstlerinteressen vertreten. Ich meine vielmehr jene kulturpolitischen Entscheidungen, die zum Beispiel von Stadträten getroffen werden müssen und die existenzielle Auswirkungen auf Künstler haben. Oftmals fehlen die Grundlagen für eine Verständigung und damit auch die Voraussetzungen für gute Entscheidungen. Vieles hat sich in den letzten Jahren zum Guten geändert. Nach wie vor brauchen wir unbedingt Vermittler, Menschen, die in beiden Bereichen sprachfähig sind, die den Bereich der Politik ebenso kennen wie den der intellektuellen Welt und der Welt der Künste.

***puk*:** Wenn Sie auf Ihre Amtszeit zurückblicken, wäre einiges leichter gefallen, wenn Sie als Kulturstaatsminister auch ein Abgeordnetenmandat gehabt hätten?

Nida-Rümelin: Generell ist es durchaus hilfreich, einer Fraktion anzugehören. In meinem Fall war es etwas anders. Ich selbst war jahrelang stellvertretender SPD-Vorsitzender in München, Kreisvorsitzender und Delegierter auf Bundesparteitagen. Dass die Zeitungen geschrieben haben: Hier kommt ein Paradiesvogel aus der Philosophie in die Politik, hat so nicht gestimmt, und ich hatte ein sehr gutes Verhältnis zur Fraktion – auch dewegen waren diese beiden Jahre von den Ergebnissen her gesehen so erfolgreich.

***puk*:** Folglich ist die feste Verankerung in einer Partei wichtig für das Amt?

Nida-Rümelin: Es ist wichtig, dass man politische Erfahrungen hat. Wenn jemand ohne jede politische Erfahrung ein solch herausgehobenes politisches Amt wahrnimmt, kann das schief gehen. Dafür gibt es ja einige Beispiele in der Geschichte der Bundesrepublik.

***puk*:** Wir danken Ihnen für dieses Gespräch.

Julian Nida-Rümelin war von 2000 bis 2002 Kulturstaatsminister. Er gehört dem Vorstand des Kulturforums der Sozialdemokratie an und ist Hochschullehrer in München.
Gabriele Schulz ist Stellvertretender Geschäftsführerin des Deutschen Kulturrates ■

Geben Sie der Kultur eine weitere Stimme.

Ihre Stimme.

KULTURSTIMMEN.DE

Es geht nicht darum, was Stiftungen tun, sondern wie sie es tun

Maria Klasen und Andre Wilkens im Gespräch mit Kenneth Prewitt

Stiftungsexperte Kenneth Prewitt über die Legitimation, die Wirkung und die gesellschaftliche Interessenvertretung von privaten Stiftungen

Marisa Klasen und Andre Wilkens: Herr Prewitt, welche Rolle spielen aus Ihrer Sicht private Stiftungen in der Gesellschaft?

Kenneth Prewitt: Stiftungen sind ein Instrument, Privatvermögen in öffentliches Gut umzuwandeln. Das ist aus meiner Sicht die zentrale Rolle. Stiftungen unterscheiden sich zu einem gewissen Grad von Wohlfahrtsorganisationen, denn sie (die großen amerikanischen Stiftungen, d. Red.) greifen fast ausnahmslos Probleme auf, die über die unmittelbaren Bedürfnisse der Menschen hinausgehen. Sie kümmern sich um Fragen der Politik, Fragen der Bildung oder der nachhaltigen Entwicklung – sie kümmern sich um die Herausforderungen der Gesellschaft.

Klasen/Wilkens: Warum engagieren sich private Stiftungen in der Politik? Handelt es sich dabei um eine neue Entwicklung?

Prewitt: Lassen Sie mich mit der zweiten Hälfte Ihrer Frage beginnen: Handelt es sich dabei um eine neue Entwicklung? Absolut nicht! Die amerikanische Stiftungstradition hat ihren Ursprung im politischen Engagement. Die ersten privaten Stiftungen, die Russell Sage Foundation und die frühe Rockefeller Foundation, waren von Anfang an Orte der politischen Analyse: Die nationale Wirtschaftsforschung in den 1920ern zum Beispiel wurde mit Mitteln der Rockefeller Foundation finanziert. Die Idee, dass man private Gelder in diesen neuen Organisationen namens Stiftungen einsetzt, um sich mit politischen Fragen zu befassen, gab es von Anfang an. Ich denke, dass es für jede größere Stiftung – wie es sie in Deutschland, in Brasilien, in Indien gibt – sehr schwierig ist, sich nicht in der Politik zu engagieren. Denn sonst ist ihr Handlungsfeld sehr eingeschränkt. Stiftungen können dann nichts anderes tun, als die unmittelbaren und konkreten Probleme so weit zu lösen, wie es die eigenen Ressourcen zulassen. Man kann einer Schule helfen, aber kein Gesetz für eine Schulreform verabschieden. Man kann den Armen helfen, aber man kann die Probleme der sozialen Ungleichheit nicht in ihrer Gesamtheit lösen. Aus meiner Sicht gehört es zum Kern der Mentalität von Stiftungen, dass sie mit ihren Ressourcen etwas von übergeordneter Wirkung erreichen wollen.

Klasen/Wilkens: Kommen wir zur Frage der Legitimität. Was gibt Stiftungen das Recht, sich in der Politik zu engagieren?

Prewitt: Die meisten Menschen würden wahrscheinlich so argumentieren, dass es die Art ihrer Aktivitäten ist, die eine Stiftung legitimiert – die guten Taten, die Wirkung. Ich bin jedoch davon überzeugt, dass es nicht das Was ist, das eine Stiftung legitimiert, sondern das Wie. Aktuell fließen amerikanische Stiftungsgelder in die Unterrichtung einer bibelorientierten Vorstellung der Schöpfung. Wir beide denken vielleicht, das sei unangemessen. Aber die Menschen, die an diese Schöpfungsgeschichte glauben, die wollen natürlich, dass sie in den Schulen unterrichtet, eine Expertenkommission gebildet und eine Strategie entwickelt wird, um sie zu verbreiten. Aus ihrer Sicht ist dies genauso im öffentlichen Interesse wie aus meiner Sicht vielleicht die Förderung der Darwin'schen Evolutionswissenschaft. Wie soll entschieden werden, dass das eine einem falschen Zweck dient und das andere einem richtigen? Stiftungen müssen sich ihre Legitimation verdienen, indem sie transparent handeln, indem sie offenlegen, wie sie ihre Entscheidungen treffen, was ihre Tätigkeitsfelder sind und wohin ihr Geld fließt. Stiftungen sind nicht nur verantwortlich dafür, was sie tun, sondern auch dafür, wie sie etwas tun. Und hier liegt ein sehr großer Streitpunkt innerhalb der Demokratietheorien. Die eine Theorie besagt, dass es ein Gemeinwohl gibt und wir uns dafür einsetzen müssen, dieses Gemeinwohl zu erreichen. Die andere Theorie besagt, dass wir das Gemeinwohl nicht kennen und dass die Demokratie eine Art Streit, eine Diskussion, ein Konflikt darüber ist. Das, was wirklich im Interesse der Öffentlichkeit steht, ist der Prozess, mit dem Entscheidungen getroffen werden. Ich denke, das gilt auch für Stiftungen.

Klasen/Wilkens: Wie würden Sie die Wirkung der politischen Arbeit der Stiftungen im Vergleich zu anderen Instrumenten bewerten?

Prewitt: Diese Frage ist nur sehr schwer zu beantworten. Die Methode der Untersuchung von Stiftungen würde ich meist als internalistisch bezeichnen: Die Stiftungen sagen, was sie tun möchten, und dann wird gefragt, wie gut es ihnen gelungen ist. Die Stiftungen antworten dann, dass es ihnen sehr gut gelungen ist und sie deshalb etwas bewirkt haben. Beispielsweise war einer der größten Umbrüche in der amerikanischen Gesellschaft im 20. Jahrhundert die Bürgerrechtsbewegung. Hier haben Stiftungsgelder keine Rolle gespielt. Das war eine soziale Bewegung. Erst später sprangen die amerikanischen Stiftungen auf den Zug auf. Sie hätten selbst nicht gewusst, wie sie diese Art von Veränderung hätten herbeiführen sollen. Ein anderes Beispiel: Rauchen verursacht Krebs. Stiftungen haben beim Nichtraucherschutz in den USA eine wichtige Rolle gespielt. Im Wesentlichen hat aber die Regierung entschieden, die Zigarettenpackungen mit Warnhinweisen zu versehen. Diese Maßnahmen entspringen politischer Arbeit und es ist schwer zu erkennen, welchen Anteil soziale Bewegungen, das Handeln der Regierung und die Aktivitäten des Marktes oder der Stiftungen daran gehabt haben.

Das Interview führten Marisa Klasen und Andre Wilkens. Es erschien erstmals im Magazin 51° der Stiftung Mercator 3/2011 ■

Intellektueller und Rechtsphilosoph

Papst Benedikt im Deutschen Bundestag • Von Max Fuchs

Nach fünf Sicherheitskontrollen konnte ich am 22.09.2011 endlich meinen Platz im Deutschen Bundestag einnehmen. Die Reihen im Bundestag selbst – und mehr noch auf den Besuchertribünen – waren gut gefüllt. Die Erwartungen an die Rede waren hoch. Der Bundespräsident erwartete ein klärendes Wort darüber, dass er als geschiedener und wieder verheirateter Katholik gemeinsam mit seiner Frau die Kommunion feiern kann, der Bundestagspräsident wollte weitgehende Fortschritte in Sachen Ökumene. Beide Erwartungen wurden weder bei der Bundestagsrede noch bei den zahlreichen anderen Gelegenheiten und Auftritten erfüllt.

Interessant sind jedoch beide Erwartungen, die in – fast undiplomatischer – Deutlichkeit formuliert wurden, unter anderem auch deshalb, weil sie eine Fiktion gründlich zerstören: Dass die Rechtfertigung für die Rede im Bundestag darin besteht, dass ein Staatsoberhaupt spräche. Der Vatikan als (Kirchen-)Staat als Thema in dem Parlament einer parlamentarischen Demokratie. Damit hätte man sich und dem Gast keinen Gefallen getan. Denn kaum eines der Prinzipien eines demokratischen Rechtsstaates wird im Vatikan erfüllt: freie Wahlen, allgemeines Wahlrecht, die Trennung von Staat und Kirche etc. Der Papst war vielmehr eingeladen als deutscher Papst, als geistliches Oberhaupt von ca. einer Milliarde Menschen. Zwar ist daher die Forderung danach begründet, anderen Religionsgemeinschaften dann wenigstens das gleiche Recht zuzubilligen. Doch scheitert dies alleine schon daran, dass keine andere Weltreligion eine solch zentrale Führungsperson hat. Es sprach also der Papst. Er sprach allerdings nicht als Staatsoberhaupt, er sprach allerdings auch weniger als geistlicher Führer: Es sprach über weite Strecken ein Intellektueller, ein Rechtsphilosoph, der über Grundsätze demokratischen Handelns reflektierte. Wenn man will, war es also ein etwas kompliziertes und durchaus raffiniertes Spiel mit verschiedenen Rollen: als Papst, als Staatsoberhaupt, als Theologieprofessor. Doch ist es legitim – auch wenn man die kritische Selbstanwendung der vorgestellten Prinzipien auf die katholische Kirche einklagen muss –, dass der Papst hierüber spricht. Denn dies hat sehr viel mit der Rolle der Kirche, des Katholizismus und der christlichen Religion insgesamt in unserer Geschichte und Kultur zu tun.

Einige Erinnerungen: Das Aufblühen des Christentums gegen Ende des Römischen Reiches kann als Protest gegen den damals grassierenden Materialismus des Reiches gedeutet werden. Es gab einen großen Bedarf an Spiritualität, der bedient werden wollte. Die Kirche war später im Mittelalter das Zentrum von Bildung und Philosophie. Von der Elementarschule bis zu hochabstrakten Studien war die Kirche über Jahrhunderte der zentrale, sogar der einzige Träger der Kultur. Im spannungsvollen Konkurrenzkampf zwischen Papst und Kaiser über die Jahrhunderte hinweg wird nicht nur ein Signum der europäischen Geschichte, sondern auch ein Motor für die Entwicklung gesehen. Und schließlich ist es das Thema des Papstes, das Recht und seine Entwicklung, das ohne den Beitrag des Kirchenrechtes – ebenfalls im Spannungsverhältnis zur zunächst sehr fragmentarischen Entwicklung des weltlichen Rechts – ein Entwicklungsmotor war. Hier lernte der weltliche Bereich von den elaborierten Prozeduren der Kirche (vgl. Wesel, Geschichte des Rechtes in Europa, 2010). Selbst die Inquisition findet in diesem Kontext – trotz der grausigen Folgen – eine positive Erwähnung, weil eine rationale Form der Beweisführung und Urteilsfindung eingeführt wurde (ebd., 698).

In der politischen Theorie (Carl Schmitt) und in der Pädagogik spricht man zudem davon, dass die jeweilige Fachterminologie wesentlich durch die Säkularisierung theologischer Begriffe entstanden sei (Es gibt allerdings auch die umgekehrte These).

Die kulturelle Bedeutung der Kirchen geht also weit über das hinaus, was üblicherweise in der Kulturpolitik in diesem Zusammenhang angesprochen wird: Die Rolle der Religion im Hinblick auf die Künste (Musik, Architektur etc.). Dies gilt natürlich auch für den Protestantismus. Die Tatsache, dass Luther Augustinermönch war, ist dabei von erheblicher Bedeutung. Nicht bloß die – dann durchaus problematische – Zwei-Reiche-Lehre („Gebt dem Kaiser was des Kaisers ist"), sondern auch die protestantische Hervorhebung des individuellen und unvermittelten Verhältnisses zu Gott, die Rolle der eigenverantwortlichen Persönlichkeit kann sich auf die Confessiones von Augustinus beziehen. Die von Luther gewollte Reform führte letztlich zur Spaltung. Charles Taylor (Das säkulare Zeitalter, 2009) stellt zudem dar, dass und wie alleine die Tatsache, nunmehr zwei christliche Kirchen und Lehrmeinungen zur Verfügung zu haben, bereits zur Säkularisierung führte. Doch wurde auch dadurch die kulturelle Entwicklung dynamisiert, weil sie zur Erhöhung der geistigen Freiheit in Philosophie und Wissenschaften führte.

All dies ist meines Erachtens Grund genug, den heutigen Repräsentanten dieser 2000-jährigen Tradition in einem demokratischen Parlament anzuhören. Die kulturellen Grundlagen unseres Gemeinwesens, unsere „Leitkultur", wird entschieden durch diese Tradition geprägt. Dabei sind natürlich die Widersprüche, die ständigen Verstöße der Kirche gegen selbstgesetzte Ziele, Werte und Normen, ebenfalls Teil dieser Tradition. Die Entwicklung dieser (westlichen) Werte, der ständig notwendige Kampf um ihre Realisierung, die Neigung auch demokratischer Politiker, immer wieder auch zentrale Werte (wie den der Freiheit) zugunsten anderer Werte (wie dem der Sicherheit; siehe mein Beitrag „Kultur und Politik in schwierigen Zeiten" in dieser Ausgabe) zur Disposition zu stellen, zeigt, dass man sich auf Errungenschaften nicht ausruhen kann. Dies gilt natürlich auch für den normativen Gehalt der Rede des Papstes. Natürlich erwartet man eine selbstkritische Aufarbeitung von Verfehlungen der Kirche und einiger ihrer Repräsentanten, die nicht in Einklang mit dem katholischen Wertesystem stehen. Der Papst hat eine Messlatte aufgestellt, die relevant ist für uns. Sie ist natürlich ebenso ein Maßstab, an dem auch die Katholische Kirche sich selber messen lassen muss. Dies sowie die Frage, wie dieser Besuch in Hinblick auf die weitere Entwicklung des Katholizismus in Deutschland bewertet werden muss, ist keine genuine Frage einer allgemeinen Kulturpolitik. Die Resonanz in den Medien ist zumindest zurückhaltend, wenn nicht kritisch gegenüber den gerade beim Abschluss der Reise getätigten ablehnenden Formulierungen des Papstes in Hinblick auf Modernisierungswünsche. Diese Wünsche sind zwar verständlich, doch mag man – wenn dieser nicht ganz passende Vergleich erlaubt sei – daran denken, dass auch bei Kultureinrichtungen, die ihr Profil ändern, mit einer solchen Veränderung eine Veränderung des Zielpublikums verbunden ist. Gelegentlich scheint es so zu sein, als ob viele, die auf Veränderungen der Kirche drängen, nicht unbedingt zu jenen gehören, die sie dann anschließend trotz der Veränderungen auch besuchen werden.

Der Verfasser ist Präsident des Deutschen Kulturrates ■

Foto: Lichtblick/Achim Melde

Besuch Seiner Heiligkeit Papst Benedikt XVI. Rede vor dem Deutschen Bundestag

Chancen und Risiken der Präimplantationsdiagnostik

Sich in ethisch-riskantem Terrain zu bewegen, erfordert Wachsamkeit • Von Ulrike Flach

Die Zulassung der Präimplantationsdiagnostik (PID) ist zuerst eine Geschichte über Chancen für neues Leben und die Erfüllung von Hoffnungen verzweifelter Paare. Ich habe viele, sehr persönliche Geschichten von Paaren gehört, die sich trotz genetischer Dispositionen ein Kind wünschen. Mir war und ist klar, dass niemand von diesen Paaren leichtfertig und unüberlegt die Entscheidung für eine künstliche Befruchtung trifft, die ja mit physischen und psychischen Belastungen verbunden ist.

Sicher, wenn im Rahmen einer PID schwere genetische Krankheiten bei der befruchteten Eizelle diagnostiziert werden, die mit hoher Wahrscheinlichkeit zu einer Tot- oder Fehlgeburt führen können, dann kann die Eizelle verworfen werden, was ihren Tod bedeutet. Dennoch ist die PID eine Untersuchungsmethode, die die Entscheidung zum Leben erleichtert. Dies hat auch das Urteil des Bundesgerichtshofes (BGH) vom Juli vorigen Jahres gezeigt, das deutlich gemacht hat, dass die Durchführung der PID nicht gegen das Embryonenschutzgesetz verstößt.

Der BGH hat auch auf den Widerspruch zwischen der Zulässigkeit der Pränataldiagnostik (PND) und dem bisherigen Verbot der PID hingewiesen. Eine Abtreibung nach PND ist für die Frau körperlich und seelisch eine erheblich größere Belastung als ein Verwerfen eines genetisch belasteten Embryos in der Petrischale. Deshalb war nicht verständlich, warum die PND erlaubt, die PID verboten sein sollte.

Foto: Deutscher Bundestag /Lichtblick: Achim Melde

Ulrike Flach

Die Präimplantationsdiagnostik ist eine große Chance für Paare, ihren Kinderwunsch zu erfüllen. Wenn es in einer Familie bereits genetisch bedingte Krankheiten gibt, so blieben dem Paar bislang oft nur schlechte Alternativen. Entweder der Verzicht auf ein Kind oder die Einpflanzung eines Embryos, der nicht vorher auf Erbkrankheiten untersucht wurde – mit der möglichen Konsequenz einer späteren Abtreibung – oder der Weg ins Ausland.

In anderen Ländern haben wir seit vielen Jahren Erfahrungen mit der Zulassung der PID. Darunter sind auch katholisch-konservative Länder wie Polen oder Spanien. Aus unserer Sicht hat es hier keinen „ethischen Dammbruch“ gegeben. Auch in Deutschland ist davon auszugehen, dass es sich um wenige hundert Fälle im Jahr handelt. Und auch die Kritik, die Zulassung der PID würde die gesellschaftliche Einstellung zu Behinderten negativ beeinflussen, lässt sich empirisch nicht belegen. Gerade die skandinavischen Länder, die zum Teil seit 20 Jahren PID praktizieren, gelten als sehr behindertenfreundliche Nationen.

Nachdem das Gericht sein Urteil gefällt hatte, war die Politik am Zug. Es war richtig und entsprach der guten Tradition der Behandlung bioethischer Themen, dass es hier keinen sogenannten „Fraktionszwang“ gab. Entsprechend kam es zur Formulierung von drei Gruppenanträgen von Abgeordneten aller Fraktionen.

Wir, die Befürworter einer begrenzten Zulassung, wollen keine Designerbabies mit Wahl der Haar- und Augenfarbe. Die Zulassung der PID darf nur dann erfolgen, wenn entweder schwere genetisch bedingte Krankheiten bei den Eltern vorliegen oder die Einpflanzung der befruchteten Eizelle mit hoher Wahrscheinlichkeit zu einer Fehl- oder Totgeburt führen würde. Die Entscheidung darüber soll nicht der behandelnde Arzt, sondern eine Ethikkommission treffen. Von einem starren Indikationenkatalog wurde bewusst Abstand genommen. Eine PID soll nur in dafür lizensierten Zentren vorgenommen werden dürfen und es muss sichergestellt werden, dass die Frau eine kompetente und einfühlsame Beratung erhält, auf deren Basis sie ihre Entscheidung treffen kann.

Die Position, die wir in unserem Antrag niedergeschrieben haben, wurde auch von der Mehrheit des Deutschen Ethikrates, den Wissenschaftsakademien und der Bundesärztekammer geteilt. Ein Verbot der PID hätte auch verfassungsrechtliche Bedenken hervorgerufen. Schließlich hätte das Verbot bedeutet, der Frau ein Wissen bei Androhung von Strafe vorzuenthalten, das es ermöglicht, eine mögliche Gefahr (Fehl- oder Totgeburt) mit geringeren Eingriffen abzuwenden als mit einer „Schwangerschaft auf Probe“, an deren Ende nach einer Pränataldiagnostik eine Abtreibung gestanden hätte. Ich freue mich, dass sich nach einer niveauvollen und von persönlichem Erleben geprägten Debatte eine klare Mehrheit der Abgeordneten des Deutschen Bundestages für unseren Gesetzesentwurf entschieden hat. Gegenwärtig wird die Rechtsverordnung erarbeitet, die für die Lizensierung der Zentren und die Einsetzung der Ethikkommissionen notwendig ist.

Die Entscheidung des Deutschen Bundestages für die begrenzte Zulassung der PID war richtig und sie war gesellschaftspolitisch überfällig. Ich habe mich über zehn Jahre für diese Entscheidung eingesetzt und bin sehr froh, dass es nun neue Hoffnung für Paare in schweren Konfliktlagen gibt.

Die Verfasserin ist Parlamentarische Staatssekretärin beim Bundesgesundheitsminister und Mitglied der FDP-Bundestagsfraktion ■

Wachsamkeit erforderlich

Zur Präimplantationsdiagnostik • Von Ulla Schmidt

Der Bundesrat hat am 23. September 2011 dem Präimplantationsdiagnostikgesetz zugestimmt. Die Befürworter einer Zulassung, darunter etwa die Bundesärztekammer, argumentieren, dass mit der Präimplantationsdiagnostik (PID) erblich vorbelasteten Paaren die Möglichkeit gegeben werde, ein gesundes Kind zur Welt zu bringen.

Jeder von uns möchte ein gesundes Kind zur Welt bringen. Die Hoffnungen von Frauen und Männern, welche sie in das Versprechen der PID setzen, sind völlig nachvollziehbar. Die PID soll erblich vorbelasteten Paaren in ihrer Not helfen. Niemand bestreitet, dass dieser Zweck gut ist. Es ist aber zu erwarten, dass die Zulassung der PID langfristig gesamtgesellschaftliche Folgen haben wird. Denn mit der Entscheidung des Bundestages wird erstmals wieder in das deutsche Recht das Merkmal „schwere Erkrankung“ oder „Behinderung“ als ein Unterscheidungsmerkmal eingeführt, welches Leben sich entwickeln darf und welches nicht. Die Selektion wird ganz an den Anfang gesetzt. Diese Wertentscheidung stellt einen Paradigmenwechsel in unserer Werteordnung dar.

Dass die Zulassung der PID Folgen für Menschen hat, die mit einer Behinderung leben und auch für Paare, die sich dafür entscheiden, ein behindertes Kind auszutragen und großzuziehen, ist nicht ganz von der Hand zu weisen. Schon heute müssen sich viele rechtfertigen, weil sie es nicht verhindert haben, ein behindertes Kind zu pflegen oder großzuziehen. Auch muss man sich fragen, wie akzeptiert sich ein Mensch fühlt, der mit einer erblichen Behinderung oder Krankheit lebt, wegen der ein Embryo mit dem gleichen Gendefekt nach einer PID verworfen worden wäre. Dabei gaukelt die PID ein Versprechen vor. Eine PID ist keine Garantie für ein gesundes Kind. Nur 30 Prozent der Frauen nehmen nach mehreren Anläufen überhaupt ein Kind mit nach Hause. Und 40 Prozent der geborenen Kinder sind Zwillinge, die häufig zu früh geboren werden und damit ein erhöhtes Behinderungsrisiko aufweisen.

Die Merkmale Krankheit und Gesundheit sind zudem nicht dichotom. Sie stellen ein Kontinuum dar. Es ist zu befürchten, dass eine Zulassung der PID dem Streben nach Perfektion weiter in die Hände spielt. Sicher ist es angesichts der Zulassung der PID nicht angebracht, Visionen einer Gesellschaft auszumalen, in der es nur optisch konforme und völlig gesunde Menschen mit einem IQ über 130 gibt. Danach strebt niemand. Die Zulassung der PID könnte jedoch zum gesellschaftlichen Druck, Idealvorstellungen zu entsprechen, weiter beitragen. Und es ist zu befürchten, dass die Solidarität mit kranken und behinderten Menschen, die leider ohnehin nicht selbstverständlich ist, abnimmt. Unruhig macht schon, dass das Bundesministerium für Bildung und Forschung derzeit die Entwicklung eines Schwangerschaftsfrühtests fördert, mit dem durch eine einfache Blutentnahme bei der werdenden Mutter erkannt werden kann, ob das ungeborene Kind ein Down-Syndrom aufweist. Eine Gesellschaft, die das Leben nicht in allen seinen Variationen und auch Formen des Andersseins akzeptiert, macht sich ärmer.

Mit der Anerkennung von genetisch bedingten Behinderungen und Erkrankungen, nach denen eine PID durchgeführt werden darf, sind die Wertungen verbunden, welches Leben lebenswert ist und welches unlebenswert. Diese Entscheidung im Vorhinein zu fällen ist sehr schwierig und letztlich sind Grenzziehungen nicht ethisch begründbar. Der Text des neuen Gesetzes enthält unbestimmte Rechtsbegriffe. So setzt er zur Durchführung der PID ein hohes Risiko für eine schwerwiegende Erbkrankheit bei den Nachkommen voraus. Sowohl der Begriff „hohes Risiko“ als auch der Begriff „schwerwiegend“ sind unbestimmt und weit interpretierbar. Sogar spätmanifestierende Erkrankungen wie Chorea Huntington oder Krankheiten, die mittlerweile gut behandelbar sind, wie Mukoviszidose, sind durch das neue Gesetz nicht ausgeschlossen. Damit steht das Präimplantationsdiagnostikgesetz im Widerspruch zum Gendiagnostikgesetz, welches die Untersuchung auf spätmanifestierende Krankheiten verbietet.

Bis heute liegt kein Antrag der Befürworter der PID vor, wie mit diesem Widerspruch umzugehen ist. Und es gibt keine Antwort der Befürworter darauf, wie mit überzähligen Embryonen umgegangen wird. Nach der Meinung vieler Experten sind sieben bis acht Embryonen notwendig, um eine PID durchführen zu können. Nach der Dreierregelung des Embryonenschutzgesetzes ist aber nur die Erzeugung von höchstens drei Embryonen erlaubt – mit dem Sinn, dass Embryonen nur für den Zweck der Fortpflanzung erzeugt werden dürfen. Zudem ist ein Schwangerschaftsabbruch nach einer Pränataldiagnostik nur zulässig, wenn eine schwerwiegende Gefahr für die Gesundheit der Mutter besteht. Einen solchen Konflikt gibt es bei der PID nicht. Die Regelung

Foto: Deutscher Bundestag /Lichtblick: Achim Melde

Ulla Schmidt

der embryopathischen Indikation, nach der eine Schwangerschaft regelmäßig abgebrochen werden darf, wenn eine Schädigung des Kindes befürchtet wird, wurde 1995 aufgehoben. Es wird nun darauf ankommen, wie die Rechtsverordnung zur PID gestaltet wird und diese Widersprüche aufgelöst werden.

Die gesellschaftlichen Folgen sind insgesamt aus heutiger Sicht nicht abzuschätzen. Es gibt aber guten Grund, in die Rechtsordnung und die demokratischen Kräfte der Bundesrepublik Deutschland zu vertrauen. Eine Zulassung der PID bedeutet nicht zwingend, dass die Gesellschaft sich in ihren Grundfesten ändert. Wir brauchen aber nach wie vor eine aufmerksame Debatte, eine breite gesellschaftliche Wachsamkeit und viel Sensibilität, da wir uns hier auf einem ethisch riskanten Terrain bewegen. Wir haben eine Entscheidung getroffen, die dies unbedingt erfordert.

Die Verfasserin ist Mitglied der SPD-Bundestagsfraktion und war von 2001 bis 2009 Bundesministerin für Gesundheit ■

Glaubwürdigkeit und Vertrauen als Währung

Zum Verhältnis von Auswärtiger Kultur- und Bildungspolitik und Außenwirtschaftspolitik • Von Ronald Grätz

In seiner Drucksache 14/5963 von 2001 forderte der Bundestag die damalige Bundesregierung auf, die „Mittlerorganisationen der Auswärtigen Kulturpolitik [mögen] bei der Konzipierung und Umsetzung ihrer Projekte und Programme eine komplementäre Zusammenarbeit mit im Ausland tätigen Unternehmen suchen." Auch „mögen die Dachverbände der im Ausland tätigen Unternehmen seitens der Bundesregierung ermuntert werden, sich stärker für die Belange der auswärtigen Kulturpolitik einzusetzen." Die Vorschläge reichen weiter dahin, dass Industrie und Wirtschaft Patenschaften, zum Beispiel für Stipendien übernehmen und mit den Kulturmittlern verstärkt als Sponsoren auftreten sollten. Auch sollte die Wirtschaft ihre Infrastruktur den Kulturmittlerorganisationen zur Verfügung stellen.

In der Antwort der Bundesregierung auf die große Anfrage der Abgeordneten Dr. Uschi Eid, Marieluise Beck, Birgit Bender und weiterer Abgeordneter der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zur Auswärtigen Kulturpolitik (Drucksache 16/4024) von 2007 heißt es konzeptionell klarer: „Der Kulturaustausch mit dem Ausland befruchtet nicht nur das Kulturgeschehen in Deutschland, sondern die durch ihn geschaffenen partnerschaftlichen Bindungen strahlen auch positiv auf die politischen und wirtschaftlichen Beziehungen aus. In diesem Sinne verfolgt die Auswärtige Kulturpolitik auch unmittelbare Interessen Deutschlands, seiner Gesellschaft und seiner Wirtschaft."

Hans-Dietrich Genscher definierte Ende der 1970er-Jahre, dass die deutsche Außenpolitik auf drei Säulen ruhe: der Diplomatie oder Sicherheitspolitik, der Außenwirtschaftspolitik und der Außenkulturpolitik. Für die Arbeit von Kulturmittlerorganisationen war das Entscheidende an dieser Definition, dass Kultur nicht länger vor allen Dingen als Ästhetik verstanden wurde, sondern auch als Kommunikationsgrundlage einer Gesellschaft sowie Ausdruck all ihrer Formen des Zusammenlebens und ihrer Werteorientierung. Weiter spiegelt sich in dieser Definition das Bewusstsein, dass auch Außenkulturarbeit von Strategien geleitet sein muss und es keine Entgegensetzung von Kultur, Politik und Wirtschaft gibt und geben darf.

Rahmenbedingungen

Das Auswärtige Amt stellt in den Vordergrund seiner Außenkulturpolitik die Vermittlung eines zeitgemäßen, attraktiven Deutschlandbildes und die Sicherung der Ressource Bildung als Kern deutscher Prosperität. Die Vermittlung eines positiven Bildes des eigenen Landes ist in den letzten Jahren zu einem wichtigen Wettbewerbsfaktor der Staaten und Nationen geworden. Der hierfür geprägte Begriff des Nation Branding ist jedoch mittlerweile diskreditiert durch gescheiterte Kampagnen wie Cool Britain oder aggressive Kommunikationsstrategien im Rahmen einer stark interessengeleiteten Public Diplomacy. Man geht davon aus, dass im globalen Netzwerk weniger die Inhalte zentral sind, als vielmehr Image, positive Konnotation, emotionale Erinnerungswerte, kurz: Das, was die Zielgruppen denken und fühlen, ist von nachhaltiger Bedeutung.

Außenkulturpolitik und Außenwirtschaftspolitik

Die Auswärtige Kultur- und Bildungspolitik als Teil der Außenpolitik ist ein langfristig zu betrachtender und zu planender und nur dann nachhaltig wirkender Faktor. Sie hat seit der Gründung der Bundesrepublik Deutschland maßgeblich dazu beigetragen, Vertrauenskapital für Deutschland in der Welt zu sammeln, denn wirtschaftliche Leistungen und politischer Einfluss reichen nicht aus, um als ein zuverlässiger Partner wahrgenommen zu werden. Das ist aber für uns aufgrund unserer beschämenden und katastrophalen Geschichte und der geographischen Lage im Zentrum Europas besonders wichtig.

Die Erfolgsfaktoren für das „Unternehmen Deutschland" sind dabei politisches Gewicht, wirtschaftliche Leistungskraft und das Ansehen als Kulturnation. Wenn wir Kultur als eines unserer wichtigsten Markenzeichen vermitteln, wird die komplexe Gesamtstruktur unserer Außenbeziehungen anders akzeptiert werden, als wenn wir nur als Handels- und Produktionsgigant auftreten. Das hat auch China erkannt und in einem beispiellosen Kraftakt mittlerweile weltweit über 1000 Konfuzius-Institute gegründet – elf davon in Deutschland. Das Instituto Cervantes agiert in ähnlich offensiver Weise. Vernachlässigt die Kultur- und Industrienation Deutschland ihre kulturelle Präsenz, anstatt ihr Ansehen in der Welt umfassend und aktiv zu fördern, setzt sie einen wichtigen Teil ihres Markenkerns aufs Spiel.

In den vergangenen Jahrzehnten sind deutsche Unternehmen und Kulturinstitutionen hinsichtlich ihrer Repräsentation im Ausland oft getrennte Wege gegangen: Für die einen galt und gilt es, Märkte zu erobern und deutsche Produkte abzusetzen, für die anderen, den Kulturaustausch und das Bild Deutschlands in der Welt zu fördern. Kaum jemand hat über strategische Berührungspunkte beider Säulen der Außenpolitik nachgedacht.

Häufig ist den verschiedenen Akteuren im Ausland deshalb nicht anzumerken, dass sie auch für die gemeinsame Sache Deutschland, für eine offene Gesellschaft, für eine innovative Kulturnation und eine moderne Wertegemeinschaft werben – und streiten. Hier muss stärker an einem Strang gezogen werden. Frankreich und die USA machen es vor. Dort gilt es nicht als anstößig, gemeinsame Strategien von Kultur und Wirtschaft zur Verfolgung übergeordneter Ziele zu entwickeln – bei uneingeschränkter Autonomie und Eigenwertigkeit von Kunst und Kultur und der Anerkennung der legitimen Interessen wirtschaftlichen Handelns. Es ist höchste Zeit, in Deutschland neue Netze zu knüpfen und innovative Kooperationsformen zu entwickeln. Nur so können wir zusätzliche Kräfte freisetzen, die wir unbedingt brauchen – aus ökonomischen wie aus strategischen Gründen.

Die Mobilisierung finanziellen Engagements der Wirtschaft für die auswärtige Kulturarbeit ist dabei ein wichtiger Aspekt. Sie ist vor allem deshalb notwendig und erfolgversprechend, weil es in vielen Bereichen ein hohes Maß an Interessenübereinstimmung gibt. Kultur ist natürlich kein Zuträgerdienst der Politik oder der Wirtschaft, kein Hilfsmotor für wen auch immer. Auch die Einflussnahme auf kulturelle Inhalte ist abzulehnen. Nur wo die Freiheit der Kultur gewährleistet ist, entfaltet diese ihre Strahlkraft. Und hiervon profitiert die Wirtschaft, indem die kulturelle Wertewelt ihr Vertrauenskapital mit bildet. Goethe, Brandt, Kant, Grass, Beethoven, Richter, Adenauer, Mutter – das sind wichtige Referenzen der Glaubwürdigkeit.

Perspektiven

Warum gibt es im Auswärtigen Amt keinen Beirat, bestehend aus Vertretern der Wirtschaft und Kultur, der Grundsatzfragen der Außenkultur- und Außenwirtschaftspolitik diskutiert? Wo und wann wird gemeinsam über die Wirksamkeit der bestehenden Instrumentarien und Formate nachgedacht? Wo erfahren die Träger der auswärtigen Kulturarbeit, was die Wirtschaft von ihnen erwartet? Wo erfährt die Wirtschaft von den Akteuren der auswärtigen Kultur- und Bildungsarbeit, was diese erwarten? Wir müssen Außenpolitik gemeinsam gestalten. Die Möglichkeiten des Zusammenwirkens sind noch lange nicht ausgeschöpft. Wichtig ist auch, das öffentliche und politische Bewusstsein für den Stellenwert der Zusammenarbeit von Außenwirtschafts- und Außenkulturpolitik zu erhöhen.

Die Wirtschaft steht in der Verantwortung, einer Deutschland angemessenen Außenkulturpolitik durch verstärkte Finanzierung zu der ihr möglichen nachhaltigen und für alle Wert schöpfenden Wirkung zu verhelfen. Die Außenkulturpolitik muss sich in Ihrem Wirken auch der Interessen der Wirtschaft bewusst sein. Der Kulturdialog und die Vermittlung eines Andere interessierenden Deutschlandbilds im Ausland schaffen Kontexte, die helfen, wirtschaftlich erfolgreich zu arbeiten. Kultur ist, so zweifelhaft der Begriff auch ist, „Soft Power", die – wenn sie erfolgreich eingesetzt wird – einen wichtigen Beitrag für die Sicherung der Existenzgrundlagen unseres Landes leisten kann.

In jüngerer Zeit kommen Außenwirtschaftspolitik und Außenkulturpolitik durch die Durchführung sogenannter Deutschlandjahre im Ausland – zuletzt 2008 bis 2010 in China, zur Zeit und im kommenden Jahr in Indien, 2012 in kleinerer Form in Russland und schließlich 2013/14 in Brasilien – zunehmend in Kontakt. Vertreten durch ihre Akteure, den BDI und die örtlichen Außenhandeskammern (AHK) beziehungsweise die vor Ort tätigen Kulturmittler, tauschen sie sich hinsichtlich Inhalten, Projekten, Formaten, Zielen und Zielgruppen der Deutschlandjahre aus.

Im Idealfall baut auswärtige Kultur- und Bildungspolitik lebenslang tragfähige Brücken und nachhaltige persönliche wie institutionelle Beziehungen auf. Zu ihren herausragenden Aufgaben gehört es daher, Menschen durch Kulturarbeit, Bildung und Wissenschaftsaustausch positiv zu beeinflussen – damit sie ihre persönliche wie gesellschaftliche Entwicklung mitgestalten und nicht zuletzt die Entscheider und Akteure von morgen durch Perspektiverweiterung schon heute intellektuell und emotional an Deutschland gebunden werden. Die deutsche kulturelle Außenpolitik ist dabei auch ein Instrument im globalen Wettbewerb um die besten Köpfe und um kulturelle Strahlkraft, um Ansehen und den Stellenwert der deutschen Sprache und der Bedeutung unseres Landes. Dabei zählen im Kulturaustausch die kritische Selbstreflexion und eine liberale Atmosphäre, es zählen Authentizität im Auftritt wie in den Inhalten, kulturelle Offenheit und Kreativität. Es geht um Nachhaltigkeit und nicht um das Anzünden kurzlebiger Leuchttürme und schneller PR-Events.

Jede platt gesteuerte Kommunikation verrät sofort ihre manipulative Intention, vorgefertigte Botschaften in die Köpfe der Zielgruppe zu trichtern, eine plakative Agenda durchzudrücken und dabei schulmeisterlich zu sein. Gegen diese Tendenz ist das genuine Anliegen von Kultur und Bildung ein strategisches Zukunftsinteresse. Wir stehen für ein vielfältiges Deutschlandbild, für Diskurs und Reflexion – wir wollen voneinander lernen, anstatt einander uns unser Wissen gegenseitig oder einseitig vorzusetzen. Nicht als globalisierte Kulturmacht, sondern durch Vernetzung und Begegnung ergeben sich Zukunftschancen für Deutschland als Kulturnation. Das macht uns glaubwürdig – und Glaubwürdigkeit ist in der Wirtschaft, Kultur und Politik ein entscheidendes Kapital für Erfolg.

Eine neue PPP!

Die Gemeinsamkeit zwischen Außenkultur- und Außenwirtschaftspolitik sollte ein neues, noch unverbrauchtes und für alle Seiten plausibles Bild (Image), eine neue Botschaft und ein qualitativ neuer Topos transportieren. Anknüpfungstopoi („Anker") gibt es. Wirtschaftliche Leistungskraft, internationales politisches Gewicht und demokratische Wertegemeinschaft sind vorhanden,

Weiter auf Seite 9

Foto: ifa

Mamadou Gomis aus der Ausstellung „prêt-à-pARTager" des Instituts für Auslandsbeziehungen

Vielfalt kultureller Ausdrucksweisen

KULTUR GUT GESTÄRKT März 2037! • Von Christine M. Merkel

Am 28. September 2011 feierte der Deutsche Kulturrat im Berliner Max Liebermann Haus sein Dreißigjähriges. Das ermuntert zum Weit-Blick ins Frühjahr 2037: Das Übereinkommen über den Schutz und die Förderung der Vielfalt kultureller Ausdrucksformen, das umfassendste Kulturübereinkommen der UNESCO, wird dann dreißig Jahre in Kraft sein. Die Bundesregierung wird zum verflixten siebten Mal einen Umsetzungsbericht vorgelegt haben. Zukunftsmusik!

Foto: Julia Moraes

12th edition, Festival Internacional de Linguagem Eletrônica – FILE, São Paulo, Brasilien

Jede lange Reise beginnt mit dem ersten Schritt. Seit März 2007 sind die Regelungen dieses UNESCO-Übereinkommens für Bund, Länder und Gemeinden rechtsverbindlich. Seit Juni 2011 gibt es Umsetzungsrichtlinien zur Beteiligung der Zivilgesellschaft, der Arbeitsweise des Internationalen Fonds für Kulturelle Vielfalt, innovative Partnerschaften zur Stärkung von Kunst und des Kreativsektors, Förderung der unabhängigen Kulturwirtschaft, Koproduktions- und Distributionsabkommen und anderen. Sehr wichtig ist zum Beispiel die Selbstverpflichtung der Industrieländer, Vorzugsregelungen für Künstler und kulturelle Güter aus Entwicklungsländern zu treffen, um damit zu einem gleichgewichtigeren globalen Kulturaustausch beizutragen (vgl. www.unesco.org/culture/en/diversity/convention).

Die Vertragsstaaten erstatten sich gegenseitig alle vier Jahre Bericht, wie bei vielen VN-Abkommen üblich. Bis April 2012 wird die Bundesrepublik Deutschland – zeitgleich mit weiteren 94 Ländern – erstmalig solch einen Umsetzungsbericht erarbeiten. Wie so oft im Leben, ist auch hier das erste Mal besonders wichtig: Wer auch immer 2015 oder 2019 mit der Arbeit an den dann fälligen Berichten beauftragt werden wird, wird sich als Erstes die Akte von 2012/13 holen und die Word-Dateien laden.

Niemand hat Zeit und Ressourcen, Berichte für Schubladen zu produzieren. Die Vertragsstaaten haben im Juni 2011 ein klares und knappes Format verabredet: Die Berichte sollen substantiell, kurz, (selbst-)kritisch und lesbar sein. Als wichtige Informationsquelle werden sie online gestellt. Auf maximal 20 Seiten wird Wesentliches zu den ergriffenen nationalen und internationalen Maßnahmen erwartet. Es sollen Hauptergebnisse, Herausforderungen bei der Umsetzung und mögliche Lösungswege berichtet werden (siehe http://www.unesco.de/fileadmin/medien/Dokumente/Kultur/kkv/Berichtsformat.pdf und http://www.unesco.de/5437.html). Und, dies ist ein absolutes Novum in der Tradition der Staatenberichterstattung: Regierungen sollen den Konsultationsprozess mit der Zivilgesellschaft bei der Erstellung des Berichts transparent dokumentieren, unter Angabe der Namen der beteiligten Personen und Organisationen.

Die Vielfalt der Kulturlandschaft in Deutschland spiegelt sich in der Vielfalt der politischen Verantwortlichkeiten: Die ersten und unmittelbaren Erfahrungen mit Kunst und Kultur macht man in der Regel am Wohnort, in Gemeinden und Kommunen, in Elternhaus und Schule. In den Bundesländern sind die Staatskanzleien, die Kultus- und Bildungsministerien, die Kulturwirtschaftsförderung, die Medienanstalten und Förderinstrumente der Kunst und Kultur sowie der internationalen Kooperation gefragt. Die Umsetzung auf Bundesebene tangiert mehrere Fachministerien.

Das Auswärtige Amt wird zur Erstellung des Umsetzungsberichtes im Winter 2011 eine Arbeitsgruppe einberufen, an der Vertreter der Länder und des BKM sowie die Deutsche UNESCO-Kommission als nationale Kontaktstelle teilnehmen sollen. Zu spezifischen Fragen sind Beiträge weiterer Vertreter, zum Beispiel des Deutschen Städtetages, des BMZ, des BMWi, des BMJ, des BMFSJ und anderer erforderlich. Einzelheiten des Arbeitsprozesses waren bei Redaktionsschluss noch nicht bekannt.

Diese erste Berichtsrunde 2012/13 enthält die Chance, eine praktische Vorstellung zum Stand der kulturellen Vielfalt zu entwickeln. Als Einstieg ist 2010 im Rahmen des U40-Nachwuchsförderprogrammes „Kulturelle Vielfalt 2030“ eine Sammlung von 40 Politik- und Fallbeispielen aus der ganzen Welt entstanden (Mapping Cultural Diversity – Good Practices from Around the Globe, Hrsg. Deutsche UNESCO-Kommission und Asien-Europa-Stiftung (ASEF), pdf unter http://www.unesco.de/5136.html).

Dieses strukturierte Monitoring beginnt jetzt vertieft bei uns: Welche Chancen eröffnet diese UNESCO-Konvention in Deutschland? Wie wurde sie bisher in und durch Deutschland umgesetzt? Mit welchen Ergebnissen? Welche Herausforderungen und Schwachstellen zeigen sich? Welche Lösungswege sind möglich? Was lässt sich daraus lernen? Zivilgesellschaftliche Akteure, Verbände und Gruppen, öffentlich finanzierte Organisationen und Institutionen sowie politisch Verantwortliche sind bis zum 31. Dezember 2011 eingeladen, Beispiele und Hinweise einzureichen, die im Sinne der UNESCO-Konvention zur Vielfalt kultureller Ausdrucksformen wirken, überzeugen, inspirieren und zur Nachahmung anregen, siehe http://www.unesco.de/kaleidoskop.html. Die Beiträge werden fortlaufend auf der Homepage der Deutschen UNESCO-Kommission veröffentlicht. Das so entstehende Kaleidoskop der Vielfalt kultureller Ausdrucksformen soll das reiche Spektrum an Initiativen, Maßnahmen und Projekten hierzulande (selbst-) kritisch widerspiegeln: Gefragt ist erfolgreiche, weniger erfolgreiche bis nicht-funktionierende Praxis, und die produktive Auseinandersetzung mit fehlenden, hinderlichen bis förderlichen Strukturen und Rahmenbedingungen. Mit diesem Projekt greift die Deutsche UNESCO-Kommission Vorschläge der Bundesweiten Koalition Kulturelle Vielfalt auf.

„Die Umsetzung der Konvention […] ist nicht trivial und bedarf des Dialogs miteinander“, so Staatssekretär Georg Boomgaarden vom Auswärtigen Amt im Frühjahr 2007 kurz nach dem deutschen Beitritt zum Übereinkommen. Dies gilt auch für andere wichtige Übereinkommen, zum Beispiel zu den Rechten von Menschen mit Behinderungen, oder zum Schutz der Biologischen Vielfalt. Bundesregierung und Parlament haben daraus den Schluss gezogen, sich bei diesen Abkommen jeweils konkrete Umsetzungsziele zu setzen, ausgestattet mit Zeitvorgaben.

Mit Hilfe dieser Eckpunkte oder Aktionspläne lässt sich nach vier, acht oder zwölf Jahren feststellen, ob und welche Fortschritte gemacht worden sind. Für die 2005er-UNESCO Konvention gibt es solche Eckpunkte bislang nicht. Die Arbeit am ersten Umsetzungsbericht bietet 2012/2013 die Chance, diese zu entwickeln und Prioritäten und Verantwortlichkeiten zu vereinbaren. Sonst besteht auf die Dauer das Risiko, ohne Not die Erfahrung von Alice im Wunderland zu wiederholen:

„Die Katze grinste nur, als sie Alice sah. […]. »Grinse-Miez«, fing sie etwas ängstlich an, da sie nicht wusste, ob ihr der Name gefallen würde: jedoch grinste sie noch etwas breiter. »Schön, so weit gefällt es ihr«, dachte Alice und sprach weiter: »Willst du mir wohl sagen, wenn ich bitten darf, welchen Weg ich hier nehmen muss?«

»Das hängt zum guten Theil davon ab, wohin du gehen willst«, sagte die Katze.

»Es kommt mir nicht darauf an, wohin –«, sagte Alice.

»Dann kommt es auch nicht darauf an, welchen Weg du nimmst«, sagte die Katze.

»– wenn ich nur irgendwo hinkomme«, fügte Alice als Erklärung hinzu.

»O, das wirst du ganz gewiss«, sagte die Katze, »wenn du nur lange genug gehest.«“
(zitiert nach http://www.gutenberg.org/files/19778/19778-h/19778-h.htm).

Die Verfasserin ist Leiterin des Fachbereichs Kultur, Memory of the World, Deutsche UNESCO-Kommission e.V., verantwortlich für die Nationale Kontaktstelle für das Übereinkommen Vielfalt Kultureller Ausdrucksweisen; Vorsitzende des Kulturausschusses des Europarats ■

Fortsetzung von Seite 8

aber sie sind nicht wirklich neu und „schlagend“.

Im Begriff der „Glaubwürdigkeit“ könnte, das heißt müsste ein neuer Markenkern „Deutschland“ liegen. Es geht dabei nicht mehr um die einzelnen Leistungen der „großen Deutschen“, der Kultur- und Geistesgrößen, herausragender Politiker oder der Wirtschaftsmächtigen unserer Geschichte und Gegenwart, sondern es geht um einen „Geist globaler Partnerschaft“. Glaubwürdigkeit benötigt einen Resonanzboden, auf dem sie Geltung erlangt – das könnte ein neues Konzept globaler Partnerschaft sein.

Wie fließen politische, wirtschaftliche und kulturelle Leistungen in glaubwürdiger Weise in globale Partnerschaft ein und worin besteht ihr Gemeinsames? Bisher zählte zunächst die Komplementarität, dann die partnerschaftlichen Bindungen für deutsche Interessen, danach eher eine von Unternehmern mitgetragene public-private-partnership mit mehr oder weniger überzeugend formulierten gemeinsamen Interessen. Ich rege an, das Kürzel ppp anders zu füllen und damit eine überzeugende neue Gemeinsamkeit von Außenkulturpolitik und Außenwirtschaftspolitik zu stiften und zu kommunizieren, die nicht tendenziell auf einem ökonomischem „Good-Will-Prinzip“ beruht, sondern auf der Verbindung von politisch-ökonomisch-kultureller Leistung, und durch diese feste Verbindung auf Glaubwürdigkeit und Vertrauen als „Währung“ zielt:

Progress, Entwicklung, Fortschritt, Vorwärtskommen
Progress ist zu verstehen als Herausforderung, gemeinsame Ziele, Aufgaben und nachhaltige Zusammenarbeit zu entwickeln.

Possibility, Möglichkeit, Lösungsmöglichkeiten
Es geht um die gemeinsame Erschließung von Potenzialen technologischer, kultureller und politischer Kompetenz und neue Möglichkeiten oder Wege des Austausch und Miteinanders.

Partnership, Partnerschaft
Der Wille zur Partnerschaft um globale Verantwortung tragen zu wollen und zu können.

Das neue ppp hieße also Entwicklung – Möglichkeit – Partnerschaft als neuer kultureller Markenkern, oder, auf Englisch ppp = progess, possibility, partnership.

Mit einer derart formulierten Botschaft kommuniziert Deutschland der Welt, dass es die Probleme verstanden hat, dass es die Kraft zu Lösungen hat und den Willen zu „gleicher Augenhöhe“.

Nach innen kommuniziert die Außenpolitik so, dass sie die umfassend – technologisch, wissenschaftlich und auch künstlerisch – interpretierte Lage der Welt und die Kraft zur Gestaltung und zum Wandel als eine einheitliche kulturelle Leistung versteht. Im Begriff der Leistung können sich alle „Säulen“ (Diplomatie, Wirtschaft, Kultur) treffen.

Der Verfasser ist Generalsekretär des Instituts für Auslandsbeziehungen e.V. ■

Starkes Interesse an Deutschland auch ohne Sprachkenntnisse

Goethe-Institut Rom vermittelt erfolgreich zwischen beiden Kulturen • Von Bettina Gabbe

Rast ein Italiener mit Höchstgeschwindigkeit auf die Grenze nach Deutschland zu, um jenseits gesittet langsam weiter zu fahren. Der Deutsche fährt den umgekehrten Weg diszipliniert, um in Bella Italia alle Regeln zu missachten und endlich ungebremst auf die Tube zu drücken. Die im Auftrag des Goethe-Instituts Italien entstandene Zeichentrickfilmepisode von Bruno Bozzetto zeigt konzentriert Stereotypen, die das Italienbild der Deutschen und das Deutschlandbild der Italiener prägen.

Foto: Goethe-Institut

Goethe-Institut in Rom

Die Mafia als penetranter Gestank in einer guten Stube voller ehrbarer Sizilianer und die Angst der Deutschen, zum Spießer abgestempelt zu werden, beschreiben Autoren aus beiden Ländern. Für das Projekt „Va bene?! La Germania in italiano – Italien auf Deutsch“ nahmen Schriftsteller und Karikaturisten beider Seiten vorherrschende Vorurteile mit spitzer Feder aufs Korn, um zur Überwindung herrschender Klischees beizutragen. Die Veranstaltungsreihe umfasst Workshops und Austauschprogramme für Journalisten sowie Ausstellungen und Konferenzen mit Partnern aus Politik, Presse und Kultur. Sie soll dazu beitragen, die „alte Liebesgeschichte zwischen beiden Ländern wieder neu zu entfachen“, sagt die künftig auch für die Leitung der römischen Niederlassung zuständige Direktorin des Goethe-Instituts Italien, Susanne Höhn.

Zwei Jahre lang bildet die mitunter ironische, aber darum nicht minder ernsthafte Bestandsaufnahme des komplizierten Verhältnisses zwischen Italien und Deutschland den Schwerpunkt der Arbeit des Goethe-Instituts nicht nur in Rom. Das Mailänder Haus organisierte die Ausstellung zum „Va bene“-Projekt, während die Turiner Kollegen die zugehörige Filmreihe kuratierten.

Erhebliche finanzielle Einschnitte hätten die Goethe-Institute in Italien vor fünf Jahren zwar „auf brutale Weise wachgerüttelt“, dabei jedoch auch eine in diesem Maß ungeahnte Solidarität und Zusammenarbeit gefördert, betont Höhn. Früher habe Rom den Löwenanteil der Mittel erhalten. Durch gemeinsame Projekte hätten mittlerweile alle Institute eine größere Sichtbarkeit erlangt. Häufig kämen von der Peripherie aus Genua und Palermo gute Ideen, in die es sich lohne, umfangreiche Mittel zu investieren.

Ende der 1990er-Jahre ging ein Aufschrei durch die italienische Kulturwelt: Mehreren Goethe-Instituten drohte unter dem Spar-Druck das Aus. Intellektuelle, Künstler und Politiker aus ganz Italien drängten Berlin, sämtliche Goethe-Institute des Landes beizubehalten. Aus der Not wurde eine Tugend. Statt Deutsche nach Italien zu entsenden, stellte die Zentrale des Goethe-Instituts erstmals Italienerinnen an die Spitze der Niederlassungen in Genua, Neapel und Palermo. Gemeinsam mit den deutschen Institutsleitern der vier übrigen italienischen Niederlassungen führten sie die Arbeit des Goethe-Instituts zu neuer Blüte. Derweil wurde die Verwaltung der insgesamt sieben Institute zwischen Triest und Palermo zentralisiert, der Gürtel enger geschnallt. So konnten drohende Schließungen abgewendet werden.

Die Frauen brachten eine Fülle von Ideen und Kenntnis ungeschriebener, aber darum nicht minder strenger Gesetze mit. Vor allem in „schwierigen Städten“ wie Neapel und Palermo hilft Vertrautheit mit der Mentalität, für Fremde schier unüberwindbare Hindernisse im Umgang mit Behörden und Partnern zu überwinden, sagt Heidi Sciacchitano. Die in der Schweiz aufgewachsene Sizilianerin leitet das Goethe-Institut in einer ehemaligen Fabrik in Palermo.

Während vom Goethe-Institut in Rom aus das Netz aus Ideen und Projekten für sämtliche Niederlassungen koordiniert wird, öffnete sich das „Götth“, wie die Römer das Haus an der Via Savoia nennen, in den vergangenen Jahren zunehmend einem breiten Publikum. Forscher wie die in Arezzo lehrende Germanistikprofessorin Roberta Ascarelli vermissen zwar Expertenkongresse, die internationale Wissenschaftler zusammenführten, jedoch immer weniger besucht wurden. „Die Bibliothek des Goethe-Instituts war für uns ein idealer Treffpunkt“, sagt die Germanistin. Die Buchbestände wurden an italienische Forschungseinrichtungen abgegeben und in den alten Räumlichkeiten wurde in Kooperation mit internationalen Partnern und der Stadt Rom die erste Europäische Bibliothek eingerichtet. So trifft sich heute dort, wo zuvor eine zunehmend spärlicher werdende Schar an Germanistik-Experten von immer knapper werdendem Personal betreut wurde, ein buntes Publikum. Bücher und Filme in unterschiedlichen Fremdsprachen sowie internationale Tageszeitungen ziehen seither eine größere und breiter gefächerte Leserschar an.

Derweil erntet das Institut selbst mit Veranstaltungen wie dem Weihnachtskonzert großen Erfolg. Keine eingängige Musik wird hier geboten, sondern Jazz-Musiker aus beiden Ländern spielen bei diesen Gelegenheiten vor einem überfüllten Saal. Nachdem sich das Goethe-Institut Rom lange auf zeitgenössische elektronische Musik konzentriert hatte, setzt der scheidende Leiter Uwe Reissig einen neuen Akzent mit dem in Italien bis dahin fast unbekannten deutschen Jazz.

Neben den Musikprojekten setzt das Goethe-Institut Rom einen Schwerpunkt bei gesellschaftlichen Themen, die den Zivilgesellschaften in beiden Ländern unter den Nägeln brennen. So ist die Mafia nicht mehr nur auf Italien beschränkt, sondern längst auch in Deutschland tätig. Deshalb ging es bei Veranstaltungen etwa mit der Bestseller-Autorin Petra Reski auch um das Vordringen der Clans nördlich der Alpen.

„Bei der Festlegung von eigenen Schwerpunkten geht Rom nicht von einer deutschen Perspektive aus“, erklärt Reissigs Nachfolgerin Höhn. Vielmehr suche man vor Ort nach Kultursparten, die nicht durch andere bereits breit vertreten sind. Zunächst gehe es dabei um „Schnüffeln, Detektiv spielen“.

Da die Villa Massimo das Kunstland Deutschland in Rom mit Ausstellungen und Stipendiaten vertritt, engagiert sich das Goethe-Institut weniger im Bereich der Bildenden Künste. Literaturveranstaltungen mit nicht ins Italienische übersetzten Autoren organisiert hingegen die Casa di Goethe in der Wohnung, die der Dichter gemeinsam mit dem Maler Tischbein bewohnte. „Wir wollen nicht das gleiche wie andere machen, sondern Spezifika suchen“, erklärt die Institutsleiterin die Arbeitsteilung unter den deutschen Kulturinstitutionen in der Ewigen Stadt.

Achtzig Prozent des Goethe-Institut-Publikums in Rom verfügt über keine Deutsch-Kenntnisse. Deshalb werden deutsche Autoren hier gemeinsam mit italienischen Schriftstellern nur dann vorgestellt, wenn ihre Texte auch auf Italienisch verfügbar sind. Regelmäßige Filmreihen werden aus diesem Grund meist mit Untertiteln gezeigt, nachdem ein italienscher Kritiker, an den jeweiligen Abenden vor der Vorführung, eine Brücke zwischen beiden Kulturen zu bauen versucht.

Das wachsende Interesse an Deutschland demonstrierte in diesem Jahr ein Anstieg der Anmeldungen für die Sprachkurse des Goethe-Instituts Rom. Während Studenten und jüngere Arbeitnehmer Deutsch lernen, um ihre Berufschancen zu erhöhen, interessieren sich ältere Generationen für die in Italien hoch angesehene Kultur des EU-Partners. Dabei stellen sie übereinstimmend fest, dass man in der Cafeteria des Instituts vorzüglich essen kann. Mittags holen sich Schüler und Institutsmitarbeiter dort gern einen Teller Pasta, um im angrenzenden Garten zwanglos ins Gespräch zu kommen.

Einen wesentlichen Bestandteil der Spracharbeit stellt für das Goethe-Institut Italien die Förderung des Deutschunterrichts an italienischen Schulen dar. In Kooperation mit einem deutschen Autohersteller schickt das Institut in diesem Herbst drei Wagen mit Werbematerial durch ganz Italien, von denen aus an staatlichen Schulen Schnupperunterricht angeboten wird. „Wir stehen für Mehrsprachigkeit, nicht für eine Vorherrschaft des Deutschen“, betont Höhn in diesem Zusammenhang. „Eigentlich müsste jeder europäische Bürger neben seiner eigenen zwei weitere Sprachen lernen.“

Die Verfasserin ist Journalistin und Italienkorrespondentin für das Hamburger Abendblatt und die Südwest Presse ■

Mommert meint

Während der Euro-Rettungsschirm immer größere Ausmaße annimmt, ist die Kulturförderung in Gefahr, immer mehr aus dem Blickfeld der Politik zu geraten. Dabei sind die Anzeichen in einigen Ländern längst bedrohlich, ob in Spanien das Festival in Valencia vor dem Aus steht oder in Italien, wo ähnlich wie in Großbritannien der große Sparhammer in der Kulturszene zuschlägt. Und wie sieht es in den deutschen Landen aus? Der Kulturhaushalt des Bundes bleibt stabil oder steigt sogar ganz leicht nochmal, Bernd Neumann sei Dank. Aber machen wir uns nichts vor – 90 Prozent der Kulturausgaben in Deutschland bestreiten die Länder und Kommunen, und da geht es schon recht heftig zur Sache: Kleinere Theater, Orchester und Museen können ein Lied davon singen, vom weiteren Abbau der Musikschulerziehung ganz zu schweigen (das Konzertpublikum wird immer älter, immer weniger junge Menschen gehen in klassische Konzerte).

Auch die reduzierte Mehrwertsteuer für Kulturausgaben wird von den Sparkommissaren gerne immer wieder ins Visier genommen. Hier wäre also das auch vom Deutschen Kulturrat geforderte Staatsziel Kultur ein Sicherheitsriegel für künftige Zeiten, in denen vor dem Hintergrund der Euro-Krise wohl auf allen Sektoren mit harten Bandagen gekämpft werden wird. Natürlich steht die Kulturförderung in Deutschland im weltweiten Vergleich immer noch beispielhaft da und so manche Regiehonorare stehen nicht mehr im rechten Verhältnis zum Durchschnitt der Schauspielergehälter. Aber die Kulturnation Deutschland hat auch eine Verpflichtung, die kulturellen Angebote gehören zu den „prägenden Qualitätsmerkmalen des städtischen Lebens“, bei denen auch über das „Ineinander von privatem und gesellschaftlichem Leben nachgedacht wird“, wie es der Theaterintendant Ulrich Khuon einmal formulierte. Wehret also den Anfängen, meint Mommert.

Wilfried Mommert ■

Demografische Entwicklung als große Herausforderung

Einführung anlässlich der Eröffnung des Kulturkonvents • Von Stephan Dorgerloh

Das Wort Kultur leiten wir aus dem Lateinischen ab. Dort meint cultura ursprünglich „Bearbeitung, Pflege, Ackerbau“ und bezieht sich auf das Verb colere, das wir mit wohnen, pflegen, verehren oder auch „den Acker bestellen“ übersetzen. Damit ist der Bogen zur Kulturgeschichte unseres Landes geschlagen. Von den ersten bronzezeitlichen Siedlungen an bis zu Kaiserpfalzen, Domen und den Bauten der Moderne und Postmoderne kultivieren wir diesen Landstrich.

Doch es sind nicht nur die gebauten und geformten Landschaften, die uns von einer Kulturlandschaft sprechen lassen. Die schöpferischen Prozesse vom Sachsenspiegel über den Thesenanschlag bis zu Bachs Brandenburgischen Konzerten in Köthen gehören mit hineingeflochten in dieses dichte kulturelle Netz. Cranachs Werkstatt und Nietzsches Geburtshaus, Novalis‘ Heimat und Gleims Heimstatt, von den Naumburger Meistern lässt sich der Faden spinnen bis zum Werkbund der Dessauer Bauhäusler. Ein dichtes kulturelles Netz ist über unser Land gewebt, das Merseburger Zaubersprüche und jüdisches Leben, Straße der Romanik und Gartenträume miteinander in Beziehung setzt. Lange könnten wir noch Faden um Faden hineinweben.

All das ist unser heimatliches Erbe. Hieraus lässt sich reichlich Stoff für die eigene Identität gewinnen, Bindestrich-Land hin oder her. Zu unserem Land gehört Anhalts 800-jährige Geschichte ebenso wie die sächsische Teilung, das Leben als preußische Provinz, das Überleben der DDR-Bezirke und der Neubeginn 1990.

Sachsen-Anhalt ist weniger Kunstgefüge als vielmehr Kunstgeschichte pur. In Anlehnung an ein Wort von Karl Kraus über Wien könnte man formulieren: „Die Straßen Sachsen-Anhalts sind mit Kultur gepflastert. Die Straßen anderer Länder mit Asphalt.“

Nie sind wir gefragt worden, ob wir dieses Erbe antreten wollen. Es war schon immer da und mit unserer Identität und Gegenwartsgeschichte verbunden. Egal ob zugezogen oder aus der Scholle gekrochen – die Geschichte umgarnt einen in Windeseile, wo immer man seinen Fuß hinsetzt oder den Schlüssel im Schloss dreht.

Nun ist es an uns, nicht nur dieses Erbe zu bewahren, sondern auch eine besondere Verpflichtung dieser Kulturlandschaft durch eigene neue Spuren unserer gegenwärtigen Kultur mit zu gestalten: darstellen und filmen, performen und dichten, komponieren und behauen, musizieren und bauen. Dafür stehen: drive thru galerie und Lutherzwerge, Schülertheater und neue Musik, Einar Schleef und modernes Design.

Bei den Jubiläen, die vor uns liegen, gilt es diese Klammer besonders zu beachten. Mit Anhalt 800 haben wir unsere Erfahrungen gemacht – auch schmerzliche. Mit Francke 2013 und Cranach 2015 sind weitere Daten markiert. Bei Luther 2017 zeigen wir, wie man ein Thema national und international groß aufstellt und die Verbindung von Geschichte und Gegenwart herstellen kann. Dies wird uns auch für das Bauhaus-Jubiläum 2019 gelingen. Den Ausgangspunkt bilden aber immer überzeugende wie machbare und kraftvolle konzeptionelle Ideen. Hierein sollten wir unsere Kraft legen. Neid auf andere Orte oder Daten helfen nicht weiter und lenken nur von der eigentlichen Aufgabe ab. Erbe bewahren und dem Geist der Zeit neu Gestalt geben, sind die Aufgaben der Gegenwart.

Die Klammer bilden also: erinnern und bewahren einerseits und gestalten und erleben anderseits.

So kommt es, dass kulturelle Bildung für Jung und Alt eine der zentralen kulturpolitischen Aufgaben in unserem Land ist. Man kann sich in Zukunft sicherlich online ein Ticket buchen und schon heute lässt sich ein Museumsguide downloaden – aber man wird nur offline staunen und begreifen, sich ergreifen lassen von der Kraft der Kultur und der Genialität der Kunst. Dazu müssen wir Menschen wieder neu heranführen an das, was uns wichtig ist. Musikschulen und Museumspädagogik, Tag des offenen Denkmals und Nacht der Kirchen gehören zu den Angeboten, mit denen wir neue Zielgruppen gewinnen, für die wir auch das Erbe erhalten und gegenwärtige Kultur gestalten.

Ein Land mit einer solchen Fülle an Kultur ist nicht automatisch ein kulturvolles Land – dazu bedarf es gemeinsamer Anstrengungen und Verabredungen. Max Frisch bringt es pessimistisch oder realistisch auf den Punkt: „Wir leben in einer Zeit, in der die Menschen nicht mehr in der Lage sind zu definieren, was Kultur ist.“

Wir werden uns im Kulturkonvent zu fragen haben: Wen erreichen wir mit unseren kulturellen Angeboten? Wir haben aber auch zu fragen: Wie erreichen die Menschen die Kultur? Dahinter steht eine von drei großen Herausforderungen, auf die der Kulturkonvent reagieren muss: die demografische Entwicklung.

Die Bevölkerungsprognose für 2025 sagt nur noch 1,9 Millionen Sachsen-Anhalter voraus. Wir haben dann in wenigen Jahren eine halbe Million Mitbürger verloren. Die Alterspyramide für das Jahr 2030 erspare ich mir aus Rücksicht auf uns Anwesende. Der Zuzug in die Ober- und Mittelzentren wird zunehmen. Gleichwohl bleibt Sachsen-Anhalt ein Flächenland. Wenn wir den demografischen Wandel nicht beschleunigen wollen, müssen wir fragen, wie Kultur in der Fläche gehalten werden kann. Gleichzeitig wird es bestimmte Formen von Hochkultur auch nur in den Zentren geben können, weil hier die entsprechenden Zielgruppen in der nötigen Größenordnung leben.

Die Demografie zwingt uns neu zu fragen: Wen erreichen wir bisher noch nicht bzw. wer ließe sich neu für die Kultur gewinnen? Die Zusammenarbeit von Schulen und Kultureinrichtungen ist zwar schon vielfach gute Praxis, muss aber immer wieder neu bedacht und formuliert werden – gerade auch vor dem Hintergrund der Etablierung von mehr Ganztagsschulen. Aber auch die Zusammenarbeit mit Handwerk und Wirtschaft jenseits von Sponsoring, von Volkshochschulen und Erwachsenenbildung, von Seniorenheimen und Kureinrichtungen ist neu zu definieren. Hier liegen Ressourcen, die erschlossen gehören.

In diesen Fragekanon gehört auch die Erreichbarkeit von Kulturangeboten. Die Mobilität im ländlichen Raum ist eine der anspruchsvollen Zukunftsaufgaben, und da dürfen Kulturakteure nicht abseits stehen, wenn Planungen gemacht und Konzepte erdacht werden. Es gilt nicht mehr nur die Marketing-Frage: Wie erreiche ich die Menschen? Sondern zunehmend ist es die ganz praktische Frage: Wie erreichen die Menschen mein Angebot? Der demografische Wandel ist ein breites Themenfeld mit einer Fülle von zentralen Herausforderungen und Nebenwirkungen, die der Konvent diskutieren muss und wird.

Eine dieser „Nebenwirkungen“ sind die Finanzen. Das wird die zweite große zentrale Aufgabe für den Konvent sein.

Solidarpakt und EU-Mittel, Länderfinanzausgleich und Steuerkraft sind bisher tragende Säulen für unseren Landeshaushalt. Angesichts einer in den vergangenen beiden Jahrzehnten angehäuften Schuldenlast ist verabredet worden, keine weiteren neuen Schulden aufzunehmen. Schon jetzt drücken die Zinszahlungen auf die einzelnen Ressorthaushalte – auch auf den Kulturhaushalt. Aber auch die kommunalen Haushalte sind unter Druck. Strukturelle Defizite müssen beseitigt und Zinslasten vergangener Jahre gestemmt werden. Kultur als sogenannte freiwillige Leistung kommt dabei schnell unter Druck bzw. unter die Räder. Hier müssen wir uns im Konvent fragen, wie wir Kulturausgaben solide und langfristig finanzieren können, wie sich Lasten verteilen lassen, aber auch, ob Kultur wirklich eine freiwillige Leistung ist oder nicht vielmehr längst ein harter Standortfaktor, ohne den Kommunen keine Zukunft haben.

Immer wieder wurde das sächsische Kulturraumgesetz bei uns diskutiert. Es erschien einigen kommunalen Akteuren als Rettungsanker, um die Finanzierungsbasis für Kultur zu verbreitern. Diese Debatte beschränkte sich oft jedoch auf die Orte, die hofften, dadurch mehr zu bekommen und ich kenne keine diesbezüglichen Diskussionen in Orten, die als potenzielle Mittelgeber in Betracht kommen. Der Konvent bietet daher eine gute Gelegenheit, sich von den sächsischen Erfahrungen berichten zu lassen und zu prüfen, ob wir hierbei auch Anregungen für unser Land gewinnen können.

Angesichts begrenzter Mittel werden wir auch die schwierige Frage nach Schwerpunktsetzungen angehen müssen. Der Konvent wäre vermutlich schnell beieinander, wenn es darum ginge, alle möglichen Ideen und Vorstellungen von dem, was noch wünschenswert und nötig wäre, zu beschreiben. Die Kunst für den Kulturkonvent besteht jedoch darin, auch Empfehlungen für Schwerpunktsetzungen zu erarbeiten: d.h. die Mittel werden gezielt eingesetzt. Dabei gilt dann der Grundsatz, nicht das, was eine lange Fördertradition hat, wird automatisch finanziert, sondern das, wovon wir uns künftig wichtige kulturpolitische bzw. kulturelle Impulse erhoffen, bekommt Mittel zugesprochen. Niemand kann erwarten, dass dies einfache Debatten sein werden, zumal wenn viele Verbände und Akteure, die Zuwendungsempfänger sind, selber am Tisch sitzen. Andererseits müssen wir uns fragen lassen, ob wir solchen Debatten ausweichen wollen oder wir es uns noch leisten können, sie nicht zu führen? Wann, wenn nicht jetzt, wo, wenn nicht hier, können und müssen solche Diskussionen stattfinden. Ich will Ihnen dazu Mut machen. Wenn der Konvent diese Herausforderung nicht annimmt, wird sie an anderen Stellen angenommen werden müssen.

An dieser Stelle will ich kurz der Frage nachgehen: Warum einen Kulturkonvent? Ich bin fest davon überzeugt, dass das Wort „alternativlos“ ein zutiefst unpolitisches Wort ist. Politik muss in Alternativen denken können. Das ist ihre und unsere Aufgabe. Hinzu kommt, dass wir nicht nur immer von Bürgergesellschaft reden dürfen, sondern beginnen sollten, das Potenzial, das damit angesprochen wird, für die Gestaltung des Gemeinwesens zu heben. Der Konvent vereint beide Elemente. Hier kommen Akteure zusammen, um Politik zu beraten und das Gemeinwesen entscheidend mit zu gestalten – auch, wenn der Konvent ein außerparlamentarisches Gremium ist. Aber darin liegt auch ein Teil seiner Stärke. Daran ändert auch die Verabredung nichts, dass am Ende die gewählte repräsentative Politik die Entscheidungen zu treffen hat. Zum zweiten kann der Konvent Alternativen entwickeln zu bisherigen Vorstellungen und Verwaltungen. Der Konvent setzt in seinem Konzept auf Partizipation. Er ist ein Angebot an die wache Bürgergesellschaft.

So verstanden, kann sich der Konvent auch einer dritten Aufgabe zuwenden: der Klärung von Strukturen und der Frage nach Qualität. Hier gilt es kritisch zu hinterfragen, wie wir die Landschaft organisieren, welche Formen wir bisher gefunden haben. Dafür bietet der Landtagsbeschluss in seinen thematischen Schwerpunkt-

Weiter auf Seite 12

Kulturkonvent

Am 19. Oktober wurde der Kulturkonvent Sachsen-Anhalt eröffnet. 36 Vertreter aus Kultur und Gesellschaft gehören dem Gremium an. Sie erörtern Fragen nach demografischen, finanziellen und strukturellen sowie qualitativen Aspekten von Kultur in Sachsen-Anhalt. Ziel des Konvents ist es, Ende 2012 Empfehlungen zur künftigen Kulturentwicklung und -förderung in Sachsen-Anhalt zu erarbeiten.
Diese sollen Grundlage für ein Landeskulturkonzept sein. Die ehrenamtliche Moderation des Kulturkonvents obliegt Olaf Zimmermann.

Die Redaktion ■

Foto: Viktoria Kühne

Mitglieder des Kulturkonvents Sachsen-Anhalt, 5. von rechts Kultusminister Stephan Dorgerloh, links daneben Moderator Olaf Zimmermann

Fortsetzung von Seite 11

Demografische Entwicklung als Herausforderung

setzungen reichliche Anregungen und auch der Koalitionsvertrag setzt hier Akzente, die ich jetzt nicht im Einzelnen wiederholen möchte.

Strukturell-qualitative, finanzielle und demografische Fragen bilden ein Beziehungsdreieck, in dem die Antworten und Empfehlungen einander bedingen bzw. stark beeinflussen. Mich erinnert das an das Stimmen einer Geige. Wenn hier die Saiten nicht gut aufeinander abgestimmt sind, kommt am Ende kein harmonisches Ganzes zu Gehör. Selbst den Feinstimmern kommt eine wichtige Aufgabe zu, die am Ende über Applaus oder Missklang entscheiden.

Zum Schluss will ich gerne noch ein paar Worte zur Zusammensetzung und Arbeitsweise des Konvents sagen. Wir mussten in Bezug auf Größe und Arbeitsfähigkeit eine Ideallinie finden. Da konnten nicht alle Wünsche berücksichtigt werden. Der Konvent ist aber nun mit einem einstimmigen Landtagsbeschluss im Rücken so aufgestellt, dass wir tragfähige und zukunftsweisende Empfehlungen erwarten können.

Vielfach ist die Befürchtung geäußert worden: Der Konvent ist letztlich nicht mehr als eine Versammlung von einzelnen Lobbyinteressen. Das glaube ich nicht. Vielmehr stelle ich mir den Konvent wie ein symphonisches Orchester vor. Jedes Mitglied hat seine eigene Stimme und doch gelingt es, zu einem Klangkörper zu verschmelzen. Mal hört man diese und mal eine andere Stimme heraus. Mal ist die Anordnung der Stimmen eine Fuge und mal hört man nur die continuo-Gruppe. Am Ende muss es ein Klangkörper sein.

Wenn ich Ihnen nun noch den Moderator vorstellen darf, dann könnte man meinen, hier steht der Dirigent. Doch so ist es nicht. Es gibt wesentliche Unterschiede zwischen einem Moderator und einem Dirigenten. Stellen Sie sich einmal vor, am Pult steht bei einem großen symphonischen Werk ein Moderator. Genauso schwierig ist die Vorstellung, bei einem Konvent gibt es einen Dirigenten und das Werk liegt schon dirigierfertig auf dem Pult.

Mit Olaf Zimmermann haben wir einen Menschen gewinnen können, der natürlich auch Dirigent sein kann, aber hier vor allem seine Fähigkeiten als Moderator einbringen wird. Er vermag es seit über 10 Jahren, die verschiedenen Strömungen und über 230 einzelne Kulturakteure und Vereine, Mitglieder und Mitstreiter im Deutschen Kulturrat immer wieder zu großen Linien zusammenzuführen, zu moderieren und im Gespräch mit der Bundespolitik auf Interessen der Kultur aufmerksam zu machen und sie auch durchzusetzen. Er bringt reichliche Erfahrungen als Mitglied der Enquete-Kommission „Kultur in Deutschland“ mit und kennt gleichzeitig die Kulturlandschaft in Ost wie West, sowohl aus der Perspektive von Künstlern wie von Funktionären.

Liebe Konventsmitglieder, Sie haben gemeinsam eine wichtige, zentrale Aufgabe vor sich. Als Mitglieder im Konvent sollen Sie nicht nur Überlegungen von vor Ort in die Konventsarbeit hineintragen, sondern die Konventsdebatten auch immer wieder einbringen in die Debatten vor Ort. Der Konvent soll offen sein für Anregungen von außen – ob Experten oder Arbeitsgespräch, wie auch die Ideen aus internen Diskussionen aufnehmen und in Empfehlungen an die Politik verdichten. Der Bildungskonvent hat es vorgemacht. Er hat auch gezeigt, dass hier nicht für die Galerie gearbeitet wird. Die Ergebnisse des Bildungskonvents sind wesentliche Grundlage für den gültigen Koalitionsvertrag vom April 2011 geworden und schon davor bei Gesetzesvorhaben im Parlament beachtet und geachtet worden. Wir warten also auf die Empfehlungen des Kulturkonvents, um damit an die Arbeit für ein Landeskulturkonzept zu gehen.

Sie als Konventsmitglieder oder Stellvertreter haben sich bereit erklärt, im Konvent mitzuwirken. Dafür möchte ich Ihnen an dieser Stelle herzlich danken. Die Konventsarbeit soll nicht nur Mühsal und Schufterei sein, sondern neben aller Last auch Lust sein. Lust auf neue Ideen und geistreiche Debatten, Neugier auf neue Wege und Courage bei Tabuthemen.

Thomas Mann hat es mit Blick auf die Bildung so beschrieben: „Bildung (hier kann man auch Kultur einsetzen) wird nicht in stumpfer Fron und Plackerei gewonnen, sondern ist Geschenk der Freiheit und des äußeren Müßigganges; man erringt sie nicht, man atmet sie ein; verborgene Werkzeuge sind ihretwegen tätig, ein geheimer Fleiß der Sinne und des Geistes, welcher sich mit scheinbar völliger Tagedieberei gar wohl verträgt, wirbt stündlich um ihre Güter, und man kann sagen, dass sie dem Erwählten im Schlafe anfliegt.“ (In: Die Bekenntnisse des Hochstaplers Felix Krull.) Vielleicht ist davon auch bei den erwählten Konventsmitgliedern zu spüren.

Der Verfasser ist Kultusminister von Sachsen-Anhalt ■

Hohe Erwartungen an Konventsarbeit

Grußwort zur Konventseröffnung von Helga Paschke

Heute ist ein ganz besonderer Tag für dieses, für unser Kulturland Sachsen-Anhalt und deshalb freut es mich, als Vizepräsidentin Ihnen die Grüße des gesamten Landtages, insbesondere des Landtagspräsidenten Herrn Gürth zu überbringen und Ihnen ein kurzes Grußwort übermitteln zu dürfen.

Heute stehen Sie am Beginn Ihrer Arbeit, die, wie ich erfahren habe, bei Kulturschaffenden und Kulturinteressierten so viele Erwartungen hervorgerufen hat. Nicht alle diese Erwartungen können erfüllt werden, das steht sicher auch schon zu Beginn der Arbeit für Sie fest. Vielleicht besteht darin schon die erste große Herausforderung, dieses fachkundige miteinander Abwägen, ausloten und neue Wege zu beschreiten.

Sie erfüllen in den nächsten Monaten eine Aufgabe, die Verfassungsrang hat, denn in der Verfassung des Landes Sachsen-Anhalt ist die Kultur als Staatsziel verankert. So heißt es in Artikel 36 unter anderem: „Kunst und Kultur sind durch das Land und die Kommunen zu schützen und zu fördern. Darüber hinaus fördern das Land und die Kommunen die kulturelle Betätigung aller Bürger insbesondere durch den Unterhalt öffentlich zugänglicher Museen, Büchereien, Gedenkstätten, Theater und weitere Einrichtungen.“

Das ist nur folgerichtig, gehört doch in der Bundesrepublik Deutschland die Kulturhoheit zum sogenannten Hausgut der Länder. Jede und jeder hier im Saal weiß aber, welche großen Herausforderungen dieses Verfassungsgebot, dieser Schutz und die Entwicklung unseres Hausgutes im Heute und in der Zukunft an uns stellen.

Insofern handelt es sich bei der Arbeit des Kulturkonvents um eine eminent (landes-) politische Arbeit. Dies gilt umso mehr, als wir Sachsen-Anhalt als Kulturland verstehen und es als solches weiterentwickeln wollen.

Gleich zu Beginn Ihrer Arbeit kann ich Ihnen versichern, dass der Landtag der Kultur einen hohen Stellenwert beimisst. Das zeigt sich u. a. auch darin, dass er um diesen Konvent regelrecht gerungen hat. Im Ziel war man sich einig, über den Weg und die Arbeitsweise gab es innerhalb des Hauses jedoch sehr unterschiedliche Auffassungen. Wenn es denn aber doch gelang, am 9. September 2011 einen einstimmigen Beschluss zur Einrichtung eines Kulturkonvents für das Land Sachsen-Anhalt zu fassen. (Eine solche Einstimmigkeit trägt ja doch eher Seltenheitscharakter) so gelang das eben durch den Willen im Interesse dieser Sache einen Kompromiss zu finden. Man könnte auch sagen, es zeugt davon, dass die Politik kulturvoll mit der Kultur umzugehen vermochte. Und das wird der Landtag auch mit den Ergebnissen Ihrer Arbeit so handhaben, dies ist meine feste Überzeugung.

Dem Kulturkonvent ist doch nichts weniger als die Aufgabe übertragen, das Kulturkonzept von 2004 die Leitlinien zur Kulturpolitik des Landes Sachsen-Anhalt aus dem Jahre 2000 (!) zu evaluieren und Empfehlungen zur künftigen Kulturentwicklung und Kulturförderung in unserem Land zu erarbeiten.

Die Empfehlungen des Konvents sollen später die Grundlage für die Erstellung eines Landeskulturkonzepts für den Zeitraum bis 2025(!) bilden. Und um die Aufgabe nicht kleiner werden zu lassen, soll der Kulturkonvent diese Aufgabe vor dem Hintergrund der demografischen Entwicklung und der künftigen finanzpolitischen Rahmenbedingungen in etwas mehr als einem Jahr – bis Ende 2012 – erledigen. Dies zu bewerkstelligen- das ist schon eine hohe Kunst.

Zugleich sind, wie ich eingangs erwähnte, die Erwartungen, auch wenn sie unterschiedlicher Art sein mögen (zum Beispiel zwischen Hoch- und Breitenkultur), von allen Beteiligten an den Kulturkonvent gleichermaßen hoch. Man könnte auch etwas spitzfindig formulieren, sie sind zumindest ähnlich hoch wie die zu meisternden Herausforderungen.

Genau dieses Spannungsfeld: Hier der Anspruch oder die Ansprüche und die Erwartungen, dort die demografische Entwicklung und die künftigen finanziellen Rahmenbedingungen.

Dieses Spannungsfeld verdeutlicht, dass die Arbeit des Kulturkonvents neben den Chancen durchaus auch Risiken hinsichtlich Umfang und Reichweite der Empfehlungen in sich bergen können.

Einerseits haben Sie, die Mitglieder des Konvents, die Möglichkeit, visionär tätig zu sein. Und Visionen bedarf es, um langfristige Konzepte, es geht schließlich um einen Zeitraum bis 2025, zu entwerfen. Andererseits können sie auch die Gegebenheiten (finanzielle Rahmenbedingungen) nicht einfach ignorieren.

So könnte beispielsweise die wohlfeile Forderung nach einer Vervielfachung sämtlicher Kulturetats auf Landes und Kommunalebene aufgemacht werden. Viele könnten sich wahrscheinlich zügig auf eine solche Forderung einigen. Der Konvent hätte seine Arbeit sehr schnell, sicherlich noch vor Ende 2012, beendet. Aber ein solches Vorgehen würde weniger als nichts bewirken. Oftmals wird es Ihnen also so gehen wie Woody Allen, einem amerikanischen Schauspieler und Regisseur. Er sagte einmal, „Das Schwierigste am Leben ist es Herz und Kopf dazu zu bringen, zusammenzuarbeiten. In meinem Falle verkehren sie noch nicht einmal auf freundschaftlicher Basis!“

Ich bin mir sicher, Sie sind sich bewusst, dass Sie zunächst in einer Art geschütztem Raum arbeiten. Arbeiten Sie deshalb ohne Denkblockaden! Seien und bewahren Sie sich Ihre Unabhängigkeit! Seien Sie kreativ! Seien Sie innovativ!

Auch der ungewöhnlichste Vorschlag ist es meines Erachtens wert, zumindest in die Überlegungen im Konvent einbezogen zu werden. Sie haben dazu auch alle Möglichkeiten, denn mit dem Konvent betreten Sie gewissermaßen Neuland im politischen Prozess. Zwar hat es einen Bildungskonvent gegeben, der sehr intensiv, produktiv und an der Sache entlang gearbeitet hat, aber dennoch betreten Sie unter dem Schirm der Landesregierung, unter der sich der Kulturkonvent befindet, neues Terrain. Auch wenn so mancher Schirm

Weiter auf Seite 13

Foto: Jürgen Meusel

Renaissance-Rathaus mit der Roland-Statue in Quedlinburg

Fortsetzung von Seite 12

auf Skepsis in diesen Tagen stößt: Nutzen Sie vor allem die Freiheit, die sich Ihnen aus der Zusammensetzung und der Aufgabe des Konvents bietet!

Ob auch die ungewöhnlichen Überlegungen im Konvent am Ende in die Empfehlungen und später in ein Landeskulturkonzept einfließen werden (oder auch müssen), das ist doch zunächst eine zweitrangige Frage. Aber sie sollen zumindest gedacht und erwogen werden können, geht es doch um die Perspektive der Kultur und für die Kultur in unserem Land, geht es doch um die kulturpolitische Zukunft Sachsen-Anhalts!

Meine sehr verehrten Damen und Herren, am Ende meines Grußwortes wage ich – zugegebenermaßen zu einem sehr frühen Zeitpunkt – noch einen kurzen Blick über die Arbeit des Konvents hinaus. Denn mit den Empfehlungen des Konvents hat es nicht sein Bewenden, sondern die spannende Frage bleibt, wie mit diesen umgegangen wird oder anders gesagt: Ob und wie sie in das Landeskulturkonzept einfließen werden. Nicht nur, aber auch an dieser Frage entscheidet sich letztlich der Erfolg der Arbeit des Konvents.

Olaf Zimmermann, der Sie begleitende Moderator hat bei seiner Vorstellung hervorgehoben: „Wenn es gelingt, zu guten Ergebnissen zu kommen, kann dies Modellcharakter für ganz Deutschland haben.“ Ich bin mir sehr sicher, es wird Ihnen gelingen, allein die Zusammensetzung des Konvents bietet dafür hervorragende Ausgangspositionen.

Am Ende meines Grußwortes möchte ich Ihnen noch etwas wünschen: Mögen Sie Freude bei der Arbeit haben und um die richtigen Lösungen konstruktiv streiten! Dass der erwähnte Landtagsbeschluss zum Kulturkonvent einstimmig gefasst wurde, nährt die Hoffnung, dass es keine ideologischen Kämpfe geben wird, sondern dass zielorientiert, sachlich und kulturvoll miteinander beraten wird!

Mit ebenso großer Spannung wie „die Kultur“ erwarten der Landtag und auch ich persönlich Ihre Empfehlungen, Empfehlungen, die beweisen, dass Sie Herz und Kopf dazu zwangen, miteinander umzugehen.

Für Ihre Tätigkeit im Kulturkonvent und beim Formulieren der Empfehlungen wünsche ich Ihnen viel Erfolg!

Die Verfasserin ist Vizepräsidentin des Landtages von Sachsen-Anhalt ■

Mut zur Einbindung der Zivilgesellschaft

Begrüßung zur Konventseröffnung von Olaf Zimmermann

Als quasi von außen kommender Moderator möchte ich an dieser Stelle zuerst dem Landtag Sachsen-Anhalt, der Landesregierung und besonders dem Kultusminister zu ihrem Mut gratulieren: zum Mut, einen Konvent einzuberufen, der die Leitplanken der Kulturpolitik bis zum Jahr 2025 festlegen soll. Zum Mut, einen Konvent einzuberufen, in dem Vertreter ganz unterschiedlicher Verbände zusammenarbeiten, Vertreter, die wiederum ihren Mitglieder verpflichtet sind. Zum Mut, sich so offen den demografischen Veränderungen zu stellen und diese auch zum Ausgangspunkt der Überlegungen des Kulturkonvents zu machen.

In der Studie zur demografischen Entwicklung Sachsen-Anhalts, die in diesem Jahr vom Leibniz-Institut für Länderkunde vorgelegt wurde, hat mich ein Schaubild besonders beeindruckt. Das Schaubild, in dem die Abwärtsspirale in Folge von Arbeitsplatzabbau aufgezeigt wird. Dieses Schaubild macht deutlich, dass gerade die öffentliche Infrastruktur eine wesentliche Rolle beim Stopp der Abwärtsspirale spielen kann. Wird einer einmal in Gang befindlichen Abwärtsspirale kein Einhalt geboten, kann eine Region immer unattraktiver werden, so dass immer mehr Menschen sich abwenden.

Der Ausgangspunkt der Abwärtsspirale sind ein Mangel an Arbeitsplätzen und die dadurch ausgelösten massiven Abwanderungsbewegungen junger Menschen. Es folgt Überalterung, die Finanzkraft der privaten Haushalte sinkt, die Nahversorgung dünnt aus, die noch vorhandene Infrastruktur wird immer schlechter ausgelastet. Folglich kommt es zu einem Abbau von Infrastruktur und die Attraktivität sinkt, das Gemeinschaftsleben stirbt – bis zum Verlust der kritischen Masse. Ein lebendiges kulturelles Leben ist, davon bin ich fest überzeugt, der Hebel, um eine solche Abwärtsspirale zu stoppen.

Sachsen-Anhalt ist einerseits ein Land mit einer reichen Geschichte und spannenden Kultureinrichtungen. In keinem anderen Bundesland befinden sich so viele UNESCO-Welterbestätten. Das ist eine große Verantwortung für das kulturelle Erbe. Kulturpolitik muss aber zugleich für die Künstler und Kulturschaffenden heute gemacht werden. Sie muss nach vorne schauen. Sie darf sich nicht auf den Erhalt des Bestehenden allein konzentrieren, sondern muss Visionen für die Zukunft bereithalten.

Dieses in einem Land, das seit zwei Jahrzehnten unter einer massiven Deindustrialisierung leidet, das mit Altlasten aus vorheriger Industrieproduktion zu kämpfen hat und dessen Schönheit sich oftmals erst dem Besucher zeigt, der Sachsen-Anhalt aktiv besucht.

Ich sehe die Aufgabe des Konvents auch darin, aufzuzeigen, welchen Beitrag die Kultur in den verschiedenen Regionen bereits leistet oder auch in Zukunft leisten kann, um der skizzierten Abwärtsspirale Einhalt zu gebieten.

Der heute beginnende Konvent ist aber noch in einer weiteren Hinsicht etwas Besonderes.

Hier legt nicht zuerst ein Minister ein Konzept vor und fragt dann die Verbände in Anhörungen, was sie dazu sagen. Diesen Weg geht beispielsweise der thüringische Kultusminister mit seinen Thüringer Kulturforen oder auch der Kulturminister von Schleswig-Holstein mit seiner Kulturkonferenz.

Hier in Sachsen-Anhalt werden vor dem Konzept des Ministers die Verbände eingebunden. Meines Wissens ist dies ein ziemlich einmaliger Vorgang und ich hoffe sehr, dass wir tatsächlich ein Vorbild für andere Länder werden können.

Doch zurück zum Mut: auch die Konventsmitglieder zeigen Mut: Mut, sich auf einen Weg einzulassen, bei dem nicht allein die Partikularinteressen zählen, sondern die gemeinsame Arbeit, Mut, sich hierauf in der Arbeit des Konvents einzulassen und Mut, dieses gegenüber den eigenen Mitgliedern zu vertreten.

Der Landtag hat den Konventmitgliedern und mir als Moderator einen strammen Arbeitsplan aufgegeben. Der Landtag hat entschieden, welche Organisationen dem Konvent angehören. Die Organisationen haben dann die Personen ausgewählt, die im Konvent Sitz und Stimme haben. Ich denke, mit insgesamt 36 Personen ist der Konvent breit angelegt. Aber natürlich wird es auch Bereiche geben, die nicht vertreten sind. Mein Ziel ist es, den Dialog breit anzulegen und Gelegenheiten zu eröffnen, damit eine Beteiligung vieler möglich ist.

Foto: Theater Magdeburg

Schauspielhaus Magdeburg

Darüber hinaus ist mir daran gelegen, dass wir zu gemeinsamen Empfehlungen kommen. Das wird von dem einen oder anderen Kompromissfähigkeit abverlangen, aber ich denke, diese Kompromissfähigkeit wird sich lohnen. Je mehr gemeinsame Vorschläge wir vorlegen, desto größer sind unsere Chancen, dass diese von der Politik umgesetzt werden. Lassen Sie uns also an einem Strang ziehen! Ich bin zuversichtlich, dass uns das gelingen wird. Lassen sie uns alle den Mut zusammennehmen und über den Tellerrand hinausschauen. Dann werden wir gemeinsam ein gutes Ergebnis vorlegen können.

Der Verfasser ist ehrenamtlicher Moderator des Kulturkonvents und Geschäftsführer des Deutschen Kulturrates ■

Digitalisierung:
Kunst und Kultur 2.0

Welchen Herausforderungen muss sich der Kulturbereich mit Blick auf die Digitalisierung stellen? Wie sehen die neuen Verbreitungsformen von künstlerischen Inhalten aus? Wie gestaltet sich europäische und nationale Medienpolitik im digitalen Zeitalter? Was bedeutet der Vorschlag einer Kulturflatrate? Wie verändert sich das wissenschaftliche Publizieren durch die Digitalisierung und was wollen Wissenschaftler? Was können Verlage in Zeiten der Digitalisierung leisten?

Autoren des Buches sind u.a.: Hans-Jürgen Blinn, Axel E. Fischer, Dieter Gorny, Ferdinand Melichar, Verena Metze-Mangold, Hans-Joachim Otto, Doris Pack, Gerhard Pfennig, Bernhard Rohleder, Wolfgang Schulz, Alexander Skipis, Imre Török, Olaf Zimmermann und Brigitte Zypries

Digitalisierung: Kunst und Kultur 2.0
Hg. v. Olaf Zimmermann und Theo Geißler. 240 Seiten. 14,90 Euro + Versand.
ISBN 978-3-934868-25-0

Kulturlandschaft Deutschland:
Die Provinz lebt

Wie ist die Kultur jenseits der Metropolen ausgestaltet? Ist Kultur im ländlichen Bereich traditionell oder gehen gerade von der Kultur in der Provinz Impulse aus? Welche Anstrengungen werden seitens der Kreise unternommen, um die Kultur vor Ort weiter zu professionalisieren und um Synergien herzustellen? Vor welchen regionalen Herausforderungen stehen die Kreise in Sachen Kulturangebot und wie sehen ihre Lösungsstrategien aus?

Autoren des Buches sind u.a.: Ilse Aigner, Susanne Bonenkamp, Arnim Brux, Burkhard Clever, Gitta Connemann, Horst Conradt, Steffi Cornelius, Gerd Dallmann, Max Fuchs, Ulrich Gerstner, Adalbert Kienle, Jörn Klimant, Jakob Johannes Koch, Johannes Kunze, Bernd Neumann, Barbara Nieß, Axel Noack, Martin Salesch, Wolfgang Sannwald, Jürgen Schütz, Wolfgang Suttner, Manfred Waßner und Olaf Zimmermann

Kulturlandschaft Deutschland: Die Provinz lebt
Hg. v. Olaf Zimmermann und Theo Geißler. 113 Seiten. 9,90 Euro + Versand. ISBN 978-3-934868-23-6

Künstlerleben:
Zwischen Hype und Havarie

Geht es um Selbstverwirklichung, um Freude, die man durch seine Kunst Anderen bereiten will, um beides, oder doch um etwas ganz anderes? Was müssen sie leisten, um Kunst machen zu können und wo liegen die Hürden, die es als Künstler zu meistern gilt? Diesen und weiteren Fragen wird in dieser Publikation in Form von Interviews, Portraits und Beiträgen nachgegangen.

Autoren, Interviewte und Portraitierte des Buches sind u.a.: Matthias Arndt, Daniel Barenboim, Norbert Bisky, Paul Böhm, Johannes Heisig, Christian Lehnert, Markus Lüpertz, Ingo Metzmacher, Christine Nöstlinger, Edgar Reitz, Rüdiger Safranski, Michael Schultz, Imre Török, Douglas Wolfsperger und Olaf Zimmermann

Künstlerleben: Zwischen Hype und Havarie
Hg. v. Olaf Zimmermann und Theo Geißler. 203 Seiten. 12,90 Euro + Versand. ISBN 978-3-934868-24-3

Bestelladresse: Deutscher Kulturrat, Fax: 030/24 72 12 45 oder: www.kulturrat.de/shop.php

Vom Vertrauen zwischen Kultur und Kirche

Begrüßung von Monika Grütters im Namen der Stiftung Brandenburger Tor

Noch ganz unter dem Eindruck eines doch in vielerlei Hinsicht aufregenden Papstbesuches stehend, macht es mir großen Spaß, den SPIEGEL vom 28. Oktober 2009 zu zitieren, der Dich, lieber Wolfgang, bei Deinem Abschied aus dem Bischofsamt unter der Überschrift „Papst Wolfgang tritt ab“ wie folgt würdigte, ich zitiere: „Der scheidende Bischof Wolfgang Huber ist die markanteste Persönlichkeit der Evangelischen Kirche in Deutschland. Er hat ihr Profil geschärft, sich dem Wettbewerb mit Katholiken, Muslimen und Atheisten gestellt. Es gibt eine Geschichte in Hubers Leben, die einiges sagt über die Beziehung, auf die sich die Kirche und ihr Promi einließen. 1993 erwog der Theologe Huber, Mitglied der SPD, eine Kandidatur für den Bundestag. Als Mann des Kirchentages bekannt, als Professor geachtet, wäre er im Bundestag gewiss kein Unbekannter geblieben.

Foto: Stefanie Ernst

Monika Grütters fand herzliche Worte zur Begrüßung des Kulturgroschenpreisträgers Wolfgang Huber

Aber im Jahr 1993 war schon absehbar, dass die wichtigste Planstelle frei wird, die die evangelische Kirche in dieser Republik zu bieten hat, die des Bischofs von Berlin-Brandenburg. Das reizte Huber. Und so kandidierte er nicht für das Parlament. Manch einem Kirchgänger schien diese Art der Karriereplanung etwas unfromm – nicht ganz kompatibel mit der Vorstellung, der liebe Herrgott höchstselbst berufe einen Bischof. Hubers Plan aber ging auf, wer auch immer seine Hand im Spiel hatte.“

Wie schön trifft es sich doch, dass wir in diesem Jahr, in diesen Tagen, in denen die Kirche als Ganzes, die Kirchen – im Plural – einmal mehr uns alle so beschäftigen, dass wir also in dieser Zeit und passend zum runden 30. Geburtstag des Deutschen Kulturrates, hier heute den Kulturgroschen an „Papst Wolfgang“ verleihen können.

Als Hausherrin habe ich ja immer das Vergnügen, bei derartigen Veranstaltungen das erste Wort zu haben – und Sie alle hier im Namen der Stiftung Brandenburger Tor begrüßen zu dürfen – das letzte Wort hat dann später der Preisträger des diesjährigen Kulturgroschens, Wolfgang Huber.

Und als Kulturpolitikerin im Bundestag finde ich es auch sehr schön und beruhigend, wenn in diesem Kontext auch einmal kraftvoll die Kirche zu Wort kommt – ich wünsche mir das gerade in kulturpolitischen Diskussionen bei allem Erreichten noch viel öfter! Sind doch die Kirchen in Deutschland einer der wesentlichen Kulturträger. Die Enquete-Kommission des Deutschen Bundestages zur Kultur in Deutschland hat den Kirchen nicht umsonst einen breiten Raum gegeben. Am Ende ist dazu sogar eine Sonderpublikation des Kulturrates herausgekommen.

Mit gut 4,8 Milliarden Euro tragen die Kirchen fast soviel zur Kulturfinanzierung in Deutschland bei wie die Länder und Kommunen! Das sind auch nicht nur die großartigen Zeugnisse unseres kulturellen Erbes (Gotteshäuser, Kirchen, Skulpturen, Bilder, Denkmäler), sondern da ist das lebendige Kulturengagement in den Chören, bei den Bibliotheken und den vielen – nicht nur Diözesanmuseen und Kunstsammlungen usw. Als Kulturakteure spielen die Kirchen also so oder so eine enorme Rolle. Und das Thema Kirche in der Gesellschaft ist eben auch wieder aktuell. Gerade in den vergangenen Tagen sind wir oft gefragt worden, ob Religion nicht doch eigentlich Privatsache sei – nicht zuletzt für uns Politiker. Na klar, weniges ist so sehr privat wie der eigene Glaube. Die Frage muss eher lauten, ob der Glaube nur Privatsache ist. Für mich jedenfalls ist das Bekenntnis zu meinem – katholischen – Glauben eine Freude und selbstverständlich. Christliche Glaubensüberzeugungen im Privaten wie im Politischen sind für viele von uns, auch viele der Anwesenden hier, ganz wesentliche Grundüberzeugungen: Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität sind (nicht nur im Grundsatzprogramm der CDU) keine leeren Floskeln. Sie sind der Maßstab all unseren Handelns, an dem sich auch einzelne politische Maßnahmen immer wieder messen lassen müssen.

Erlauben Sie mir an dieser Stelle also eine Bemerkung in eigener kulturpolitischer Sache: Die notwendige Einheit einer Gesellschaft und einer Nation setzt eine Selbstvergewisserung durch die eigene Kultur und Identität voraus. Nur wer diese seine eigene Kultur kennt und schätzt, kann mit Menschen anderer kultureller Prägungen in einen fruchtbaren Dialog treten. Kulturpolitik sucht (mehr als andere Politikfelder) ähnlich wie es die Kirchen und ihre Gläubigen tun, immer nach Antworten auf diese Frage nach den Zusammenhängen, nach den Kräften und Werten, die unsere Gesellschaft verbindet. Und gerade die Kunst (in allen Sparten), die Künstler selbst sind es, die auch immer die Grenzen ausloten, die um Antworten auf letzte Fragen nach dem Leben, nach dem Tod, nach dem Wesen des Menschen ringen. Auch als Kulturausschussvorsitzende werbe ich immer wieder (und weiß mich auch da in gutem Einvernehmen mit wichtigen Mitgliedern des Ausschusses) für diesen erweiterten Kulturbegriff. Nicht nur die Fürsorge für die Einrichtungen in unserer Verantwortung ist dort gefragt, sondern um nationale Identität – in welcher Ausprägung auch immer – geht es. Und die erwächst zuallererst aus dem Kulturleben eines Landes.

Das kulturelle Erbe und die Ermöglichung der intellektuellen und künstlerischen Avantgarde – das sind unsere Aufgaben. Hier spielt die Religion, spielen die Religionen eine evidente Rolle. Mehr denn je sind – meine ich – die Kirchen buchstäblich gefragt (Humboldt-Forum, Integration, multiethnische Gesellschaften, alles Fragen des Gedenkens und der Aufarbeitung auch unserer schwierigen Vergangenheit in Deutschland, kommunale Kulturfinanzierung als Gesellschaftsaufgabe, kulturelle Bildung, Umgang mit Kindern aus bildungsfernen Elternhäusern, niederschwellige Kultur- und Bildungsangebote, Musikunterricht als Instrument der Sozialisierung, usw.).

Die Kulturpolitik weiß, dass sie es mit einem wichtigen Gesellschafts- und Standortfaktor zu tun hat. Vielmehr aber ist Kultur immer auch Ausdruck von Humanität – das verbindet uns. Und da wünsche ich mir manchen noch deutlicheren Schulterschluss.

Und hier gehört nun auch ein großes Lob her: Gerade eben haben wir hier in Berlin einen Kulturkongress der Evangelischen Kirche erlebt, der eben genau diese Fragen gestellt und nach Antworten gesucht hat – ein großartiger Schritt in die richtige Richtung. Meine liebe Freundin Petra Bahr, die Kulturbeauftragte der Evangelischen Kirche, hat ihn verantwortet, und ich bin zudem stolz, dass wir (Bundestag), dass das BKM, mit Mitteln aus der Lutherdekade, dieses wichtige Ereignis mit gefördert haben.

In seiner Presseerklärung zum diesjährigen Preisträger Wolfgang Huber würdigt der Deutsche Kulturrat genau diese Deine Leistung, lieber Wolfgang, wenn er betont, dass „Wolfgang Huber sich besonders in seiner Amtszeit als Ratsvorsitzender der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) von 2003 bis 2009 erfolgreich für eine Intensivierung des Dialogs zwischen dem Kulturbereich und der Evangelischen Kirche eingesetzt hat. In seiner Amtszeit wurde zum ersten Mal in der Geschichte der EKD eine Kulturbeauftragte berufen.“

Unser beider besonders schöne Freundschaft ist gewachsen durch eine andere Deiner mutigen Taten: Zur Gründung der evangelischen Kulturstiftung St. Matthäus (der Direktor Christhard Neubert ist heute auch hier) hast Du mir die Ehre zuteil werden lassen, auch als eine Art „katholische Stimme“ in Eurem Kuratorium mitzuwirken. Und nicht nur das: Du als Vorsitzender hast mich sogar zu Deiner Stellvertreterin gemacht. Das ist gelebte und praktizierte Ökumene. Es ist wirklich eines meiner schönsten „Mandate“ – ein Vertrauensbeweis, der mir sehr, sehr viel bedeutet.

Du hast mich dann auch mal als „eine der protestantischesten Katholiken“ beschrieben – was für einige ein Schimpfwort wäre und womit ich in einigen „meiner“ katholischen Kreise auch ein wenig vorsichtig sein muss – das ist für mich das, als was es wohl auch gemeint war: eine Ehre… dafür sei Dir an dieser Stelle auch einmal Dank gesagt.

„Das Verhältnis zwischen Protestantismus und den Kulturschaffenden“ sei „nie besonders einfach“ gewesen, stellt der Deutsche Kulturrat fest, aber es sei Wolfgang Huber zu verdanken, dass die EKD in den letzten Jahren einen deutlichen Schritt auf den Kulturbereich zu gemacht hat.“ Das durchaus auch spannungsvolle Verhältnis von Kultur und Kirche jedenfalls hat in der sechsjährigen Amtszeit von Bischof Huber viele neue Impulse bekommen.

Deshalb sind wir von der Stiftung Brandenburger Tor stolz darauf, dass Sie, dass der Deutsche Kulturrat, dass wir gemeinsam also, heute zum neunten Mal genau hier bei uns diese besondere Preisverleihung, noch dazu zum 30. Jahrestag des Deutschen Kulturrates, feiern können.

Staatsminister Neumann und der Präsident Max Fuchs haben laut das Loblied auf den Kulturrat gesungen – wir Abgeordneten seufzen da eher mal „und unser tägliches Fax gib uns heute.“ Aber wir wollen nicht blasphemisch werden…

Der Deutsche Kulturrat ist eben im kulturpolitischen Alltag überaus präsent – und zum Glück nicht nur durch seine Pressemitteilungen. Und der Deutsche Kulturrat ist eine gewichtige Stimme im kulturellen Leben Deutschlands. Denn es ist nicht die Stimme eines Einzelnen – auch wenn das manchmal so scheinen mag –, sondern die Stimme von Tausenden in der Kultur tätigen Menschen. Ich habe allen Respekt und jede Achtung vor diesem Engagement. Und darum freue ich mich, dem Deutschen Kulturrat und seinen 234 Mitgliedsverbänden zum 30-jährigen Bestehen herzlich zu gratulieren. Der Kulturgroschen gehört inzwischen ganz maßgeblich zur öffentlichen Sichtbarkeit der Arbeit des Kulturrates dazu.

Noch eine Bemerkung zum Schluss: Wie wichtig jenseits der operativen politischen Arbeit immer wieder die Besinnung auf unsere grundlegenden Werte – und da eben aus meiner Sicht auch die lebendige Verbindung der wichtigen gesellschaftlichen Akteure – ist, werden wir morgen einmal mehr sehen, wenn wir im Bundestag eine wichtige Abstimmung zur Rettung des Euro und Europas haben werden.

Hat nicht die jüngste große Krise einmal mehr zu der Erkenntnis geführt, dass purer Pragmatismus und auch ein besserer Mix aus ökonomischen und sozialen Maßnahmen auf Dauer nicht ausreichen, um den notwendigen Zusammenhalt zu definieren? Geht es nicht vielmehr um Werte jenseits von Angebot und Nachfrage? Nicht nur auf dem Finanzmarkt wurde Vertrauen als die entscheidende Größe für den Erfolg festgestellt – Vertrauen – das ist in jeder Hinsicht die Basis für ein gelingendes Miteinander. Und das gilt nicht nur für die Privatsache Religion, sondern erst recht im öffentlichen Leben.

Du, verehrter, lieber Wolfgang Huber, hast daran einen entscheidenden Anteil, dass das Vertrauen zwischen Kultur und Kirche tiefer geworden ist. Ich beglückwünsche Dich zum Kulturgroschen im 30. Jahr des Deutschen Kulturrates und wünsche uns allen in diesem Geist einen guten Abend.

Die Verfasserin ist Vorstand der Stiftung Brandenburger Tor und Vorsitzende des Ausschusses für Kultur und Medien des Deutschen Bundestages ■

Kulturgroschen

Die Verleihung des Kulturgroschens des Deutschen Kulturrates fand an 28.09.2011 in bewährter Tradition mit der Stiftung Brandenburger Tor statt. Der Theologe *Wolfgang Huber* wurde für sein herausragendes Engagement beim Dialog zwischen Kultur und evangelischer Kirche mit dem Kulturgroschen 2011 gewürdigt. Wolfgang Huber hat sich besonders in seiner Amtszeit als Ratsvorsitzender der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) von 2003 bis 2009 erfolgreich für eine Intensivierung des Dialogs zwischen dem Kulturbereich und der Evangelischen Kirche eingesetzt. In seiner Amtszeit wurde u.a. zum ersten Mal in der Geschichte der EKD eine Kulturbeauftragte berufen. Nebenstehend können Sie die Reden zum Kulturgroschen von *Monika Grütters, Jürgen Flimm* und *Wolfgang Huber* nachlesen.

Wege immer wieder neu denken

Laudatio von Jürgen Flimm

Ihn, den Pastor Huber, lang atmend vorzustellen, hieße gerade hier in unserem protestantischen Berlin – wohl anders als im schwarzen Bergischen Land – lieber Herr Professor Fuchs – ganze Lastzüge hoch beladen mit Eulen, von Potsdam bis Mitte zu chauffieren! Da heute Abend hier aber so viele Kulturmenschen jüdischer, katholischer, islamistischer, aber auch agnostischer und atheistischer Provenienz zu diesem Ereignis versammelt sind, nun doch noch einige Worte zum Preisträger, dem hochverehrten Wolfgang Huber, seinerzeit hoch mögender Bischof und Protestantenchef.

In Heidelberg, Göttingen und ruhmreichen Tübingen, im Schatten von Hölderlins Turm etwa, hat er studiert, promoviert und sich habilitiert. Das zielte ja schon damals hoch hinaus: Pfarrer war er, klar, Hochschullehrer in Marburg, in Heidelberg und nun auch in Atlanta, USA. Und, das ist für Protestanten so wichtig, von 1983 bis 1985 war er Präsident des deutschen evangelischen Kirchentages. Dies große, mächtige und auch oft aufmüpfige Treffen spielt im evangelischen Kalender doch eine bedeutende Rolle; einer seiner Vorgänger war Richard von Weiszäcker, dem der Präsident schon damals gut anstand.

1994 wurde der Professor Huber hier in Berlin-Brandenburg Bischof, bald Mitglied des Ethikrates, Ehrendoktor gar, Professor am Stellenbosch Institute for Advanced Studies in Südafrika. Viele kirchliche Ehrenämter schmücken sein Leben, eine Neuausgabe von Bonhoeffers Schriften hat er maßgeblich betreut; nun, die Eulen flattern schon und stoßen dunkle Intervalle: Hier sitzt ein großer Kirchenmann, ein Bekenner allüberall, ein Bibelforscher und profunder Exeget. Und ein Freund der Künste, bekennender Teilhaber der kulturellen Errungenschaften, sozusagen Vollmitglied des weltumspannenden Vereins aller Kulturen auf Gottes Erden.

Lasst uns also – zu Ehren des zu Ehrenden – ein wenig nachdenken über diese beiden Pole, nachdenken über Kirche und die Botschaft, über Kultur und die Kunst.

Das ist ja tatsächlich nicht überraschend, dies enge Verhältnis von Kirche, Kultur und Kunst. Welche grandiosen Werke haben uns die verschiedenen Religionen, die verschiedenen Kirchen überliefert: von Giottos berückenden Fresken zum Beispiel in Assisi bis zu Gerhard Richters Kölner Domfenster. Auch wenn es dem Kardinal missfällt, soll er doch mal um die Ecke gehen, da wächst ihm ein Domportal von Ewald Mataré entgegen, an dem auch seine Merkwürden, der unheilige Prophet Beuys vom Niederrhein mitgewirkt hat. Schöne Kunst, erhabene.

Das ist eben eine ellenlange Geschichte: Wie viele ungeheuerliche atemberaubende Kunstwerke hat die Bibel initiiert und uns geschenkt. Stefan Lochners radikales „Weltgericht“ mag solch ein Beispiel von tausenden sein. Das sollte also nicht vergessen werden, wie nah das beieinander siedelte! Kirche und Kultur, Kirche und Kunst.

Eine ellenlange Geschichte ist leider auch die schleichende Säkularisierung, die bedauerliche Entfernung der beiden Geschwister voneinander. Wie zwangsläufig ist die Kunst – als Hervorbringung jeglicher Kultur – in die gottlose Ferne ausgerückt. Warum wohl? Die Kultur beinhaltet aber auch die krassen Verwerfungen – an solchen furchteinflößenden Ereignissen nehmen wir in diesen Jahren wohl Anteil – auch an sanften Veränderungen. Kunst reflektiert den Wandel der Zeiten, so auch wie ohne Kontrolle eine säkularisierte Gesellschaft. Das mögen wir beklagen, das ist aber der Lauf der Welt. Oft sind die Gezeiten schnell und rasant und die Welt in ständiger rascher und stürmischer Bewegung, als Kirche reagieren kann oder mag; auch das hat Benedettos Besuch noch einmal gezeigt!

Der Weg von Kirche – ich meine nicht die Institution – zu Kultur ist jedoch nicht so sehr weit und muss immer wieder neu gedacht und neu gegangen werden, Wolfgang Huber hat als EKD-Vorsitzender mancherlei neue Pfade beschritten und wichtige Türen geöffnet.

Es war ja nur einmal ein kurzer, aber wohl heftiger Schritt und Tritt und Padauz flogen die lästerlichen Komödianten durch das Portal aus dem hohen Kirchengewölbe auf die Kopfsteinpflaster der alten Plätze: in den Staub mit allen Kirchenfeinden. Der reiche Jedermann, der Everyman, und seine gottlosen Gesellen und der garstige Teufel versammeln sich fürderhin vor dem Domportal! Das war ja bereits im 14. Jahrhundert geschehen: Tonnen herbeigerollt, Bretter darüber geschlagen, Leinwände auf Stangen geheftet! schon ist der Ort über dem Rest der Welt fertig und das laute Spiel begann. Es entstand damals so etwas völlig Neues, als die Komödianten aus dem Kult vertrieben wurden, als ihre Hilfe bei den liturgischen Ritualen – wie bei den Osterfestspielen, nicht mehr konvenierten (keine Angst, ich erzähle hier und jetzt keine flotte Theatergeschichte). Sicherlich war dies der komplizierte Beginn einer der Welt zugewandten Ästhetik. Das ging selbstverständlich mit dem Deifi zu, der applaussüchtig wie eh und je dem Publikum den Affen machte und dem jubelnden Plebs vor dem Brettergerüst mit blasphemischen und obszönen Witzen und Lazzi die Dialoge aufpolsterte: komische Figur und Mephisto, Clown und Teufel alles in einem. Der Interpretationslust waren keine Grenzen gesetzt, die Tabubrüche dramaturgische Scharniere für die Posse. Hinaus also mit den Ferkeleien aus dem Tempel. Der griechischen Komödie des Aristophanes und seiner Kollegen ging es nicht besser, als sich die neuen theatralischen und literarischen Formen aus dem Dionysoskult ergaben. Dieser Kult ist ja religionsgeschichtlich von eminenter Bedeutung! Religionsgeschichte, Kunstgeschichte, Theatergeschichte, Literaturgeschichte sind wie ein großes historisches, kulturelles Netz miteinander verstrickt, das wird zu oft unterschätzt, weil es zu viele getrennte Betrachtungen gibt. Vices und Virtues waren die Botschaften der englischen Morality-plays, die dem Prozessionstheater zugewandt, noch christliche Botschaften des barocken Theaters verhandelten.

Das war einmal. Unser heutiger Kulturbegriff ist ja sehr viel heterogener geworden und sollte immer einmal wieder neu ins Auge gefasst werden:

Wie zum Beispiel hältst Du's mit dem Netz? Und allen seinen Formen zum Exempel! Ein weites Feld! Heute also fehlt es an der Botschaft, das bildet eine Lücke zwischen den Polen, auch ein Gap, ein Defizit, für das es keinen Kredit gibt, es entstehen Leere und Verlassenheit, das Paradies auf Erden ist geschlossen, gerodet wie Ranjewskajas Kirschgarten in Tschechows Stück.

Überhaupt dieser traurige Dr. Tschechow! Der Schlussmonolog der Sonja im „Onkel Wanja“ zeigt eine trostlose Welt ohne Liebe, ohne Hoffnung, aber ein Glaube, der nur wie ein dünner Strohhalm entfernte Rettung verspricht:

„Sonja. Was soll man schon tun – man muß leben! Pause. Und wir werden leben, Onkel Wanja, eine lange, lange Reihe von Tagen und von langen Abenden werden wir erleben; geduldig werden wir die Prüfungen ertragen, die uns das Schicksal sendet; wir werden für andere arbeiten, jetzt und in unsern alten Tagen, ohne Rast, und wenn dann unsere Stunde kommt, werden wir in Demut sterben, und dort, im Jenseits, werden wir sagen, daß wir gelitten haben, daß wir geweint haben, daß unser Los bitter war, und Gott wird sich unser erbarmen, und dann werden wir beide, Onkel – du und ich, lieber Onkel – in ein herrliches, schönes, freudenreiches Leben eingehen, wir werden frohlocken und auf unser einstiges Ungemach mit einem milden Lächeln zurückschauen – und werden ausruhen. Ich glaube daran, Onkel, ich glaube heiß, leidenschaftlich … Sie kniet vor ihm hin und legt ihren Kopf an seine Brust; mit müder Stimme Wir werden ausruhen! Teljegin spielt leise auf der Gitarre. Wir werden ausruhen! Wir werden die Engel singen hören, wir werden den Himmel in seiner ganzen Herrlichkeit sehen, werden sehen, wie alle irdischen Übel, alle unsere Leiden in unbegrenztem Mitleid aufgehen, das die Welt erfüllen wird, und unser Leben wird so still, so mild, so süß werden – wie eine Liebkosung. Ich glaube, glaube … Wischt ihm mit ihrem Taschentuch die Tränen aus den Augen. Armer, armer Onkel Wanja, du weinst … Durch Tränen. Du hast in deinem Leben die Freude nicht kennengelernt, aber hab‘ nur Geduld, Onkel Wanja, hab‘ Geduld … Wir werden ausruhen … Umarmt ihn. Wir werden ausruhen! Man hört den Nachtwächter klopfen; Teljegin spielt leise, Maria Wassiljewna macht Notizen auf den Rändern der Broschüre; Marina strickt. Wir werden ausruhen!“

Das ist eine fast eschatologische Botschaft, trist, und dort geht's erst hinterm Horizont weiter! Das sagt uns Udo dazu.

Aber es gab doch auch die feinen Musiken von Cavalieri, Bach und seinen Söhnen, Händel, Haydn, Mozart; von so vielen christlich geprägten Komponisten, wie auch Telemann, Buxtehude, die ihre Musik in eine feste Ordnung hineinschrieben, eine Musik, die uns heute – nach vielen Jahrhunderten – als Vorstellung wieder gefällt, obwohl uns diese Ordo fehlt. Merkwürdig. In solch agnostischen Zeiten. Die Performing Arts – und hier die Theater, Opern waren immer schon ein Ort des Widerspruchs. Das liegt wohl an der Einmaligkeit der Darstellung.

Zwischen der kulturellen und der christlichen Botschaft liegt nur ein klitzekleiner Spalt; Liebe und Hoffnung sind feste Parameter im Spiegel der Kunst, aber auch das Gegenteil. Die Abwesenheit bleibt immer noch – in der Erinnerung –, auch wenn der Spiegel jetzt blind ist, Hinweis auf diese Ziele, Botschaften sind angebracht. Allein es fehlt der Glaube. Kann Kunst, kann Kultur diese leere Form auffüllen? In einen kulturellen Zusammenhang stellen? Was aber hält bloß zusammen? An die Stelle der Gottheit, des Göttlichen hat die Kunst das Subjekt, ein radikales Subjekt gesetzt, uns selbst, die Kunst selbst ist ohne Glaube, mit wenig Liebe und fast keiner Hoffnung. Aber was bloß sind die Forderungen der Gesellschaft? Einer solidarischen Gesellschaft?

Davon handelt letztlich Literatur, Theater, auch Musik, bildende Kunst, vom Verlust. Alles das ist ja Teil der Gesellschaft. Über diesen kleinen Spalt also hinweg braucht es freilich Brücken! Wer baut uns die, das ist notwendig. Ein solch grandioser Pontifex ist der Herr Professor Huber. Der „Flamen Dialis“ war ein römischer Oberpriester und ein Heiliger dazu, dem die Inspektion der Brücken oblag, der auch deren Fahrtüchtigkeit prüfen zu verantworten hatte. Sie wissen, dass Papst Gregor der Große sich dessen Titel angeeignet hat, wie auch vieles andere aus dem römischen Kult. Unser Professor Huber ist aber auch ein solcher Pontifex Maximus, der viele solche Brücken gebaut und Wege geebnet hat. Auch besonders in seiner Zeit als EKD-Vorsitzender. Der Disput zwischen Kunst, Kultur und Kirche muss allerdings immer weitergehen und geht voran, darf niemals abgetan sein. Solche Stagnation führte sogleich zum steifen Ornament. Denn Brücken kann man immer bauen. Sie muss eben nur lang genug sein. Die Frau im Gleichnis von Lukas 15 sucht nach dem verlorenen Groschen, und sucht und sucht. Schließlich findet sie ihn und große Freude kommt auf, auch über solch kleine Zahl. So sollten wir suchen, also reden und suchen, streiten und suchen und eben nicht aufgeben, wie die tolle Lukasfrau und weiter suchen wie diese.

Beethoven hat sich noch schrecklich über den verlorenen Groschen geärgert. Tant pis! Aber hat Kunst! draus gemacht, große Tonkultur im Opus 129, mit Rondo und mit Capriccio!

Als die Menschen sich aufgerichtet hatten, haben sie Kohle aus der Asche gekramt und an die Wand ihrer Höhle, die ihnen Schutz bot, gekritzelt, gezeichnet. Die Welt bildeten sie seitdem ab. Das war das Erste, das Abbild, das war die erste Kunst und die Wiege der Weltkultur! Es ist seitdem nur ein kleiner Schritt zur Erkenntnis der Welt geworden. Das beschreibt Theodor W. Adorno im letzten Kapitel 153 von „Minima Moralia“. Das ist uns sehr nah und hat eine große Botschaft:

„Zum Ende. – Philosophie, wie sie im Angesicht der Verzweifelung einzig noch zu verantworten ist, wäre der Versuch, alle Dinge so zu betrachten, wie sie vom Standpunkt der Erlösung aus sich darstellten. Erkenntnis hat kein Licht, als das von der Erlösung her auf die Welt scheint: alles andere erschöpft sich in der Nachkonstruktion und bleibt ein Stück Technik.

Perspektiven müssten hergestellt werden, in denen die Welt ähnlich sich versetzt, verfremdet, ihre Risse und Schründe offenbart, wie sie einmal als bedürftig und entstellt im Messianischen Lichte daliegen wird. Ohne Willkür und Gewalt, ganz aus der Füllung mit den Gegenständen heraus solche Perspektiven zu gewinnen, darauf allein kommt es dem Denken an.“

Allerherzlichsten Glückwunsch, lieber Wolfgang Huber, zum Kulturgroschen, den Sie mehr als verdient haben. Hoch sollen Sie leben! Danke.

Der Verfasser ist Intendant der Staatsoper unter den Linden in Berlin ■

Foto: Stefanie Ernst

Der Berliner Intendant Jürgen Flimm hielt die Laudatio auf den Preisträger

In die Welt eingehen und über sie hinausweisen

Dankesrede von Wolfgang Huber

Am Anfang meines Dankes steht eine Gratulation. Auch ich mische mich sehr gern unter die Gratulanten, die dem Deutschen Kulturrat zum dreißigsten Geburtstag gratulieren. Nach dreißig Jahren legitimiert sich eine Institution nicht mehr aus dem Zauber des Gründungsimpulses, auch wenn dieser Zauber in manchen Beiträgen zum Jubiläum noch einmal kräftig zum Klingen gebracht wurde. Dreißig Jahre schreibt man in der Abfolge der Generationen einer Generation zu; nach dreißig Jahren legitimiert eine Institution sich nicht mehr aus ihrem Ursprung, sondern aus ihren Aufgaben. Für den Deutschen Kulturrat gilt das in markanter Weise; dabei beeindruckt mich besonders, dass er seine Aufgabe in besonders markanter Weise darin sieht, ein Seismograph für neue kulturelle Fragen und Herausforderungen zu sein. Das starke Gewicht, das er auf den Dialog über den Islam und mit ihm gelegt hat, ist dafür ebenso ein Beispiel wie die frühzeitige Aufmerksamkeit für das Reformationsjubiläum 2017. Diese Neugier für Neues wünsche ich Ihnen auch in den nächsten dreißig Jahren.

Mit der Gratulation verbindet sich der Dank. Ich fühle mich nicht nur geehrt, sondern gerührt durch die Verleihung des Kulturgroschens, den vor mir ein so rebellischer Geist wie Klaus Staeck, eine Koryphäe der Musik wie Daniel Barenboim oder eine Koryphäe der Kulturpolitik wie Johannes Rau erhalten haben. Ich danke Ihnen, Herr Präsident Fuchs, und mit Ihnen allen Verantwortlichen des Deutschen Kulturrats aufrichtig für diese ungewöhnliche Auszeichnung; und Ihnen, lieber Jürgen Flimm, danke ich für die ungewöhnliche Ehre, dass und wie Sie mir die Laudatio gehalten haben. Ich werde davon lange zehren. Wir konnten erleben, was es bedeutet, wenn Glaube und Kultur in einem Geist miteinander verbunden sind; der schmale Riss zwischen ihnen kann auf diese Weise so vor Augen treten, dass er zugleich überbrückt wird.

Denn mir geht es mit dem Kulturgroschen wie Johannes Rau mit der Kultur, von der er sagte, sie sei nicht die Sahne auf dem Kuchen, sondern die Hefe im Teig. Der Kulturgroschen hat für mich deshalb die Bedeutung der Hefe im Teig, weil er nicht eine nette Zusatzbeschäftigung betrifft, mit der meine Frau und ich uns in meinen Bischofsjahren eine persönliche Freude gemacht haben – wer ginge nicht gern in Opern, Theaterstücke, Konzerte oder Ausstellungen! Sondern die Beschäftigung mit Kultur betrifft einen Kern, ohne den ich mir weder mein Leben noch meine Theologie noch meine Arbeit in der Kirche vorstellen kann: eben die Hefe im Teig. Deshalb lag und liegt mir daran, dass die Zusammengehörigkeit von Glaube und Kultur in Kirche und Gesellschaft wieder stärker zur Geltung kommt. Und ich bin glücklich darüber, dass der Kulturrat dieses Bemühen seinerseits so nachhaltig unterstützt hat. Denn es gibt natürlich nach wie vor die Stimmen – auch im Bereich der Kultur selbst –, die davon ausgehen, Religion sei Privatsache, Kultur dagegen eine öffentliche Angelegenheit, Religion dürfe im öffentlichen und politischen Diskurs keine Rolle spielen, Kultur aber müsse das tun.

Ich bin ein leidenschaftlicher Anhänger des säkularen Staats und sehe in ihm einen großen zivilisatorischen Fortschritt. Es wird sich als eine der großen Herausforderungen des 21. Jahrhunderts erweisen, diesen zivilisatorischen Fortschritt zu bewahren und zu sichern. Doch aus ihm ergibt sich nicht, dass Religion aus dem öffentlichen Diskurs ausgeschlossen ist; im Gegenteil: Zu den Quellen, aus denen der freiheitliche, säkulare Staat lebt, gehören die Religion ebenso wie die Kultur. Diese Quellen zu achten und ihnen Raum zu geben, ist für den Staat deshalb schon in seinem eigenen Interesse geboten. Doch genauso ist es geboten, dass er sich mit keiner dieser Quellen identifiziert. Vielmehr ist die Autonomie der Religion ein genauso hohes Gut wie die Autonomie der Kultur.

Dass die Vorstellung von der Religion als Privatsache zu kurz greift, ist uns allen vor genau zehn Jahren vor Augen getreten. Mit dem 11. September 2001 verbindet sich bis zum heutigen Tag auf neue Weise die Frage, wie Religionen überzeugend zu einem friedlichen Zusammenleben beitragen können. Der 11. September, so heißt die richtige Folgerung, gibt keinen Anlass zu einem Kampf der Kulturen, sondern zu einem Kampf um Kultur. Mit der Behauptung, es gebe eine unausweichliche Verbindung zwischen Religion und Gewalt, kann sich keine Religion abfinden. Die Annahme, die Wahrheitsgewissheit des Glaubens führe automatisch zur Intoleranz gegenüber anderen Glaubensweisen, ist eine Unterforderung der Religion. Sie nimmt nicht ernst, dass der Glaube an den einen Gott mit innerer Notwendigkeit den Respekt vor der gleichen Würde jedes Menschen nach sich zieht. Dann aber können auch Gründe der religiösen Überzeugung nicht dafür in Anspruch genommen werden, Menschen anderen Glaubens herabzuwürdigen oder zu diskriminieren.

Noch einmal will ich Johannes Rau zitieren, der gesagt hat, Toleranz sei kein Schwächeanfall der Demokratie, sondern ihr Lebensinhalt. Das Gleiche gilt für die Religion. Toleranz ist kein Ausdruck religiöser Schwäche, sondern gehört zum Kern der Religion. Recht verstanden bedeutet Toleranz freilich nicht, selbst ohne Überzeugungen zu sein. Es geht vielmehr darum, die eigenen Überzeugungen so ernst zu nehmen, dass man auch die Überzeugungen anderer respektieren kann – und zwar auch dann, wenn man sie nicht zu teilen vermag. Ein solches Miteinander durch Kultur zu fördern, ist ein Projekt des Kulturrats, das ich, lieber Olaf Zimmermann, mit großem Respekt begleite.

„Die Kirchen, die unbekannte kulturpolitische Macht“ – so hat der Kulturrat im Jahr 2007 eine Publikation betitelt. Ich glaube, man würde diesen Titel heute nicht wiederholen. Dazu hat der Kulturrat selbst viel beigetragen. Manchmal hat er kulturelle Initiativen aus dem kirchlichen Bereich intensiver wahrgenommen und bekannt gemacht als Teile der kirchlichen Öffentlichkeit selbst. Die intensive Zusammenarbeit hat sich zuletzt beim Kulturkongress der Evangelischen Kirche in Deutschland hier in Berlin vor zwei Wochen bestens bewährt.

Aber auch im kirchlichen Bereich selbst hat sich der Umgang mit der Kultur in den letzten Jahren tiefgreifend verändert. Das an einer einzelnen Person zu verdeutlichen ist natürlich ganz unangemessen. Denn es handelt sich um das Resultat vieler Initiativen; und es ist Ausdruck einer beglückenden Zusammenarbeit. Ich habe diese Zusammenarbeit in den Teams erlebt, die Konzepte der Kulturarbeit in unserer Kirche entwickelt haben. Das fand zunächst in einem Impulspapier aus dem Jahr 1999 und dann in einer Denkschrift aus dem Jahr 2002 seinen Ausdruck. Das war die Zeit, in der ich mich mit solchen Fragen intensiver befassen konnte, weil ich noch nicht Vorsitzender des Rats der Evangelischen Kirche in Deutschland war. In diese Zeit fällt bereits auch die Gründung der Kulturstiftung der Evangelischen Kirche Berlin-Brandenburg (später: Evangelische Kirche Berlin-Brandenburg-schlesische Oberlausitz), der Stiftung St. Matthäus, die – lieber Christhard Neubert – zu den Pionieren eines neuen Zugangs zum Dialog zwischen Kirche und Kultur gehört. Ich bin sehr dankbar dafür, dass Bischof Dröge den Vorsitz im Kuratorium dieser Stiftung übernommen hat und dadurch unterstreicht, dass eine solche Aktivität zum Kernbereich des kirchlichen Auftrags gehört.

In der EKD schloss sich schon bald die Berufung von Petra Bahr zur Kulturbeauftragten und die Einrichtung des Kulturbüros in Berlin an. Ich verschweige nicht, dass ich das zu den Neuerungen zähle, über die ich mich besonders gefreut habe. Auch den Reformprozess der EKD haben wir mit einem klaren kulturellen Akzent versehen. Wenn wir über die Qualität von Gottesdienst und Predigt sprechen oder ein Kompetenzzentrum für Liturgie und Kirchenmusik einrichten – was ist das anderes als Arbeit am kulturellen Profil der Kirche? Das Ziel ist klar: Der Begriff der Kunst soll sich nicht unter der Hand in Kunstgewerbe verwandeln, wenn es um die Kirche geht. Ich weiß schon, dass ein Kunstpreis der EKD aus genau diesem Grund ein riskantes Unternehmen wäre; ich bin trotzdem dafür.

Glücklich bin ich schließlich auch darüber, dass die Vorbereitung des Reformationsjubiläums 2017 so klar durch kulturelle Akzente geprägt ist. Wenn man diese Akzente ernst nimmt, dann wird das Jubiläum selbst die nötige Weite annehmen. Es wird sich von manchen Engstirnigkeiten befreien, von denen frühere Reformationsjubiläen in Deutschland geprägt waren; es wird auch dann ökumenische Weite atmen, wenn die ökumenische Großwetterlage nicht für das ganze Jahr wolkenlosen Himmel bei 22 Grad meldet.

Die Kulturinitiative in der eigenen Landeskirche, der neue Kulturdialog in der EKD, die Reformbemühungen, die auf eine auch kulturell ansprechende Kirche zielen, und die Vorbereitung des Reformationsjubiläums 2017 – all das steht für mich in einem großen Zusammenhang, der auf ein neues, geklärtes Verhältnis von Kirche und Kultur gerichtet ist. Und deshalb danke ich allen, mit denen ich mich in diesem Bemühen verbunden weiß, und widme diesen Kulturgroschen den vielen Mitstreiterinnen und Mitstreitern bei diesem gemeinsamen Bemühen.

Meine Vorstellung vom Verhältnis zwischen Glauben und Kultur hat sich im Lauf der Zeit erheblich verändert. Eine Schlüsselbedeutung gewann eine beiläufige Bemerkung des katholischen Theologen Johann Baptist Metz, der die Annahme für abwegig erklärte, man könne die Kultur wie den Rost ansehen, der sich um das Schwert des Glaubens gelegt habe – so als brauche man diesen Rost nur abzuklopfen, um den Glauben selbst blank und scharf zurückzubehalten. Ein solches Bild greift ebenso zu kurz wie die vielen Verhältnisbestimmungen, die Kunst und Kultur einfach nur in einem dienenden, instrumentellen Verhältnis zum Glauben sehen. Viel plausibler ist das Bild, das der israelische Gelehrte Guy Stroumsa einmal verwendet hat. Kultur und Glaube, so sagte er, seien wie die beiden Windungen in der Doppelhelix der DNA. Man weiß: Diese beiden Windungen verlaufen nicht einheitlich, sondern gegenläufig; sie sind antiparallel. Aber dennoch machen sie nur zusammen die DNA aus, sie prägen zusammen die genetische Ausstattung des Menschen wie jedes anderen Lebewesens. Ähnlich ist es auch bei Kultur und Glaube. Auch deren Windungen verlaufen keineswegs einlinig, sondern bisweilen antiparallel. Aber nur in ihrem Miteinander begegnet uns das Christentum, die Religion, die religiös-kulturelle Lebenswelt. Auch aus diesem Grund kann ich – bei allem Respekt – den von Papst Benedikt geäußerten Gedanken einer Entweltlichung der Kirche nicht mitvollziehen. Denn die der Kirche aufgetragene Botschaft trägt unweigerlich kulturelle Gestalt und geht damit in die Welt ein, auch wenn sie über diese Welt hinausweist. Deshalb ist auch die Kirche ein Teil dieser Welt, auch wenn sie über diese Welt hinausweist.

Folgt man dem Bild von der Doppelhelix, so geht es weder um eine Instrumentalisierung der Kultur im Dienst der Religion noch, was bis in die Theologie hinein heute weit häufiger begegnet, um eine Ein- und Unterordnung der Religion unter die Kultur. Es geht darum, dass wir den Sinn unseres Lebens nur in kulturellen Symbolisierungen und in ästhetischer Gestalt erfassen können. Zugleich jedoch bleibt die spezifische Aufgabe der Religion unvertretbar und unersetzlich, nämlich der Selbsttranszendenz des Menschen eine Richtung zu weisen und uns dort zur Sprache zu verhelfen, wo die Vieldeutigkeit der Welt uns überfordert, ihre dunklen Seiten uns schrecken, aber die Aussicht auf Gottes Klarheit uns Hoffnung gibt.

Kultur gibt es nur in Kulturen; und Religion gibt es nur in Religionen. Auch diese Erfahrung der Pluralität verbindet. Sich das Verhältnis im Sinn eines Gegenüber von Kirche und Kultur als zweier statischer Größen vorzustellen, zwischen denen dann Dialoge oder andere Formen diplomatischer Beziehungen in Gang gesetzt werden müssten, führt freilich in die Irre. Künstler haben selbst eine religiöse Ader; Glaubende haben von sich aus ein kulturelles Sensorium. Die Identität jedes Menschen ist reicher, als dass sie sich auf ein Merkmal reduzieren ließe – sei es die Religionszugehörigkeit oder, um das in meinen Ohren furchtbare Wort doch ein einziges Mal zu verwenden, der Status des „Kulturschaffenden“.

Wir haben alle eine reiche, komplexe Identität. Wir alle geben unserem Selbstverständnis kulturellen Ausdruck; wir alle entwickeln eine religiöse Identität; wir alle gehören Gemeinschaften an, die uns wichtig sind, religiöse Gemeinschaften eingeschlossen. Deshalb erscheint es mir nicht als sinnvoll, sich den Dialog zwischen Glauben und Kultur so vorzustellen, dass die Beteiligten auf die beiden Seiten eines Tischs aufgeteilt werden. Dass mehr Bewegung, wenn Sie so wollen, mehr heilsames Durcheinander entsteht – auch dafür ist der Kulturgroschen, den Sie mir heute verliehen haben, ein gutes Zeichen. Ich bedanke mich dafür von Herzen.

Der Verfasser ist Preisträger des Kulturgroschens des Deutschen Kulturrates 2011 ■

Foto: Stefanie Ernst

Wolfgang Huber zeigt sich glücklich über die Verleihung des Kulturgroschens 2011, überreicht von Max Fuchs, dem Präsidenten des Deutschen Kulturrates

→ NAHOSTansichten

Türkei – Modell für die arabischen Länder

Von Reinhard Baumgarten

Seit Anfang des Jahres spricht die ganze Welt vom „arabischen Frühling“. Die Menschen in Tunesien, Ägypten und Libyen haben sich ihrer langjährigen autokratischen Herrscher entledigt. Im Jemen und in Syrien halten Demonstrationen und Rufe nach Regimewechsel an. In die Jahrzehnte währende Stagnation der arabischen Länder ist Bewegung gekommen. Endlich. Aber leider spät. Möglicherweise zu spät.

Die Bezeichnung „arabischer Frühling“ ist ein Euphemismus. Die Entwicklung in diesen Ländern ist besorgniserregend. Von demokratischem Aufbruch kann bislang keine Rede sein. Wie auch? Demokratie ist nur möglich, wenn die Voraussetzungen dafür geschaffen werden. Neben einem mündigen Volk bedarf es dazu wirtschaftlicher Perspektiven und zivilgesellschaftlicher Strukturen. Deren Aufbau und die Herausbildung eines demokratischen Bewusstseins in allen Teilen der Bevölkerung werden Jahre, wenn nicht Jahrzehnte dauern. Ägypter, Tunesier und Libyer können nicht die Demokratiemodelle von Deutschland, Frankreich oder Belgien kopieren. Sie müssen ihre gesellschaftlichen, kulturellen, geschichtlichen und religiösen Eigenheiten berücksichtigen und eigene demokratische Profile entwickeln.

Die Staaten des sogenannten „arabischen Frühlings“ stehen – drastisch formuliert – auf der Kippe. Die Situation ist weitaus dramatischer, als es die von Hoffnung auf positive Entwicklungen genährte Berichterstattung in westlichen Medien erahnen lässt. Die Jahrzehnte lange Erstarrung des politischen Systems ging einher mit ausgeprägtem Nepotismus und notorischer Kleptomanie. Das ägyptische und tunesische Volk ist systematisch von der herrschenden Elite ausgeplündert, politisch entmündigt, geistig eingeengt und in die Armut gedrängt worden. Die drängenden Probleme heißen heute: Arbeitslosigkeit, Jobmangel, soziale Schieflage, Bildungsnotstand.

Wer kann helfen? Europa müsste seinen geographischen Nachbarn helfen – mit Wirtschaftshilfe und Aufbauprogrammen. Aber die EU ist mit der Schuldenkrise und der Rettung ihrer Gemeinschaftswährung mehr als beschäftigt. Den USA droht die eigene Pleite, und sie gelten vielen Arabern aufgrund ihrer Nahostpolitik auch als unglaubwürdig. Das rohstoffhungrige China hilft nicht uneigennützig. Ägypten und Tunesien haben nichts, was China dringend braucht. Die Araber müssen sich folglich selbst helfen.

In dieser entscheidenden Phase ist Ende September der türkische Regierungschef Recep Tayyip Erdoğan mit großer Entourage nach Nordafrika gereist. Er hat sein Land als mögliches Vorbild ins Spiel gebracht. Die Türkei, so seine Botschaft, sei ein mehrheitlich muslimisches Land mit einer demokratisch gewählten Regierung. Die Türkei, so Erdoğan, sei der Beleg dafür, dass Islam und Demokratie miteinander vereinbar seien.

Artikel 2 der türkischen Verfassung lautet: „Die Republik Türkei ist ein im Geiste des Friedens der Gemeinschaft, der nationalen Solidarität und der Gerechtigkeit die Menschenrechte achtender, dem Nationalismus Atatürks verbundener […] demokratischer, laizistischer und sozialer Rechtsstaat.“

Die wichtigen Schlüsselwörter sind: demokratischer, laizistischer und sozialer Rechtsstaat. In der Türkei herrscht seit 1935 qua Verfassung eine strikte Trennung zwischen Staat und Religion. Seit neun Jahren regiert Recep Tayyip Erdoğan in der Türkei. Seit neun Jahren mutmaßen seine Gegner, der 57-Jährige habe eine geheime Agenda, mittels derer er das Land in einen „islamischen Gottesstaat“ verwandeln wolle. Seit neun Jahren erlebt die Türkei einen rasanten wirtschaftlichen Aufschwung. Das Pro-Kopf-Einkommen hat sich verdreifacht, das Bruttosozialprodukt verdoppelt. Die Türkei ist zur 16. größten Wirtschaftsnation der Welt aufgestiegen. Religiöse und ethnische Minderheiten haben heute mehr Rechte als vor 2002. Der Justizapparat wurde reformiert, die Allmacht des Militärs demokratischen Prinzipien untergeordnet, das Land soll schon bald eine reformierte Verfassung bekommen. Die laizistische Grundordnung des türkischen Staates muss beibehalten werden, denn Artikel 4 der Verfassung legt fest, dass die ersten drei Artikel nicht verändert werden dürfen.

Foto: Albrecht E. Arnold/pixelio

Abend in Istanbul

Neben den Fortschritten gibt es auch bedenkliche Entwicklungen in der Türkei unter Regierungschef Erdoğan. Beispielsweise sitzen in keinem Land der Welt – China und Iran eingeschlossen – so viele Journalisten im Gefängnis wie in der Türkei. Das Land rangiert gemäß dem 2010er-Index für Pressefreiheit der Organisation Reporter ohne Grenzen auf Platz 138 – zum Vergleich: Finnland ist Nummer eins, Deutschland steht auf dem 17. Platz, die USA auf Rang 20, Israel auf Platz 86 und Russland auf 140.

Die Türkei muss noch vorhandene rechtsstaatliche Mängel beheben. Die seit 2005 laufenden Beitrittsverhandlungen mit der EU haben schon viel bewegt und können weiter als Katalysator wirken. Nach dem derzeitigen Stand der politischen Entwicklungen in den arabischen Ländern kann die Türkei in vielerlei Hinsicht als Vorbild dienen. In Ägypten ist Erdoğan von den dortigen Muslimbrüdern heftig getadelt und der Einmischung in ägyptische Angelegenheiten geziehen worden. Die Muslimbrüder stehen für einen politisierten Islam. Sie wollen mehr Religion im Staat und keine Trennung von Staat und Religion. Der türkische Regierungschef sprach in Kairo Folgendes in die Mikrophone: „Ich, Tayyip Erdoğan, bin als Person kein Laizist. Tayyip Erdoğan ist Muslim. Aber Tayyip Erdoğan ist der Ministerpräsident eines laizistischen Landes. Und was immer das erfordert, das wird Tayyip Erdoğan nach bestem Wissen und Gewissen zu erfüllen suchen.“

Erfahren die Menschen Nordafrikas nach dem Abgang der Despoten nicht die erhofften Verbesserungen, droht eine Hinwendung zu religiös-konservativen Heilspredigern, deren schlichte Parole lautet: al-Islam huwal hal – der Islam ist die Lösung. Europa wäre gut beraten, einer solchen Entwicklung in enger Zusammenarbeit mit der Türkei entgegen zu wirken. Leider scheint die Skepsis vor einer erstarkenden Türkei Europas führende Politiker daran zu hindern, die konkrete Gefahr einer religiösen Polarisierung in den Ländern des „arabischen Frühlings“ zu erkennen.

Der Verfasser ist ARD-Korrespondent ■

Kultur und Politik in schwierigen Zeiten

Von Max Fuchs

Bei Jubiläen ist es üblich, sich aus guten Gründen an die Gründungsväter und -mütter zu erinnern. Eine kleine Auswahl der zahlreichen Gründungsväter und -mütter des Deutschen Kulturrates wurde in den letzten Ausgaben unserer Zeitung *politik und kultur* vorgestellt. Eine größere Vollständigkeit haben wir übrigens in dem immer noch verfügbaren Buch zum 20. Geburtstag „In guter Gesellschaft“ zu Wort kommen lassen.

Schaut man sich die Interviews in unserer Zeitung an, so kann man feststellen, dass zwar jede der interviewten Persönlichkeiten Vorstellungen und Visionen darüber hat, was dieses damals neu gegründete Gebilde zukünftig sein sollte, doch wird man gleichzeitig feststellen, dass die reale Entwicklung von keinem vorhergesehen werden konnte. Und das ist völlig normal. Der Deutsche Kulturrat hat sofort nach seiner Gründung eine sehr starke Eigendynamik entwickelt. Und diese Eigendynamik wurde produziert und gesteuert von denjenigen, die jeweils aktiv waren. So wichtig die Gründung natürlich war, der Deutsche Kulturrat ist zu jeder Zeit das Ergebnis der handelnden Akteure. Eine besondere Rolle spielen dabei die inzwischen tausende Mitglieder in den Fachausschüssen, in denen die Expertise aus den vielfältigen Praxisfeldern, in denen die 234 Organisationen des Deutschen Kulturrates wirken, zusammengetragen werden, um zu Entwürfen von Positionspapieren verdichtet zu werden. Zu nennen sind die zahlreichen Mitglieder des Sprecherrates – auch diese Zahl dürfte inzwischen in den 30 Jahren einige Hundert umfassen –, und der Vorstände, die diesen Prozess steuern und die letztlich die Positionspapiere für den Deutschen Kulturrat diskutieren und verabschieden. Und natürlich ist die hochprofessionell arbeitende Geschäftsstelle mit inzwischen zwei ehemaligen Geschäftsführerinnen und dem amtierenden Geschäftsführer zu nennen, die effizient die entwickelten Positionen des Deutschen Kulturrates kommuniziert und auf diese Weise politische Wirksamkeit herstellt. Als Fazit muss man ausdrücklich sagen: Der Deutsche Kulturrat und seine Wirksamkeit entsteht durch die Arbeit der Vielen!

Welche Aufgaben hat der Deutsche Kulturrat? Zunächst sind hier einmal die Diskurse, Debatten und Vorschläge zu inhaltlichen Themen zu nennen. So war etwa kulturelle Bildung von Anfang an ein wichtiges Thema, lange bevor es die heutige Konjunktur kultureller Bildung in der Kulturpolitik gab. Materieller Ausdruck dieser Diskurse sind die inzwischen vorliegenden drei Konzeptionen Kulturelle Bildung, die umfassendsten Bestandsaufnahmen und Empfehlungssammlungen in diesem Feld. In den letzten Jahren ist zu diesem wichtigen Thema die Fragestellung des Interkulturellen dazu gekommen, die wir insbesondere in unserem Projekt „Strukturbedingungen für nachhaltige interkulturelle Bildung“, das vom Bundesbildungsministerium gefördert wird, bearbeiten. Ebenso spielt die Bedeutung der Religionsgemeinschaften und das Verhältnis zwischen Kultur und Kirche eine wichtige Rolle. Neben diesen inhaltlichen Themen sind die Rahmenbedingungen zentral. Genau genommen war es die Gestaltung der Rahmenbedingungen, die das zentrale Gründungsanliegen vor 30 Jahren war. Es ging damals und es geht heute um Steuerfragen, es geht um das Urheberrecht, es geht um die soziale Lage von Künstlerinnen und Künstlern. Diese Debatte ist inzwischen sogar noch erheblich komplizierter geworden, als sie damals schon war. Denn inzwischen müssen wir uns nicht bloß einmischen in die Politik der Europäischen Union, die in vielen Feldern die entscheidenden Vorgaben macht, welche auf nationaler Ebene dann nur noch umgesetzt werden müssen. Es geht auch um solche komplizierten Dinge wie die Welthandelsorganisation und den GATS-Handelsvertrag, der kritisch im Auge behalten werden muss. Die Beschäftigung mit diesen Rahmenbedingungen, die kritische Beobachtung dessen, was geschieht, aber auch die Erarbeitung von Empfehlungen zu einer besseren Gestaltung kosten viel Zeit und Energie im Deutschen Kulturrat. Doch warum wird soviel Zeit und Energie in diese Fragen investiert, genauer gefragt: Wozu gibt es eigentlich diese Form von Kulturpolitik? Was ist der Sinn des Kulturbetriebes, den wir mit besseren Rahmenbedingungen unterstützen wollen? Eine erste und einfache Antwort besteht in dem Hinweis auf Artikel 5 unseres Grundgesetzes. Hier geht es um die Freiheit der Künste und der Wissenschaften. Doch warum haben die Künste diese Bedeutung? Ich möchte zu diesem Aspekt einige grundlegende Überlegungen vortragen und dabei den Bogen weiterspannen.

So wichtig und unersetzlich der Einsatz für bessere Rahmenbedingungen für Kunst und Kultur auch ist, geht es mir als Präsident des Deutschen Kulturrates immer wieder darum zu verdeutlichen, dass Kulturpolitik nicht losgelöst von gesellschaftlichen Entwicklungen gesehen werden kann. Kunst und Kultur reflektieren gesellschaftliche Prozesse. Die Art und Weise wie wir leben, wie Politik gestaltet wird, welche Diskurse geführt werden, haben einen unmittelbaren Einfluss auf die Künste, aber auch auf die Kulturpolitik. Diese Prozesse machen nicht an den Landesgrenzen halt, ganz im Gegenteil, stärker denn je spüren wir aktuell die Auswirkungen der Globalisierung.

Einschnitt 09/11

Vor 10 Jahren stand unser 20. Geburtstag unter keinem guten Stern. Denn kurz vorher ereigneten sich diese unvorstellbaren Terrorangriffe auf das World Trade Center und das Pentagon. Ich selbst kam am 11. September gerade aus Berlin von Sitzungen des Deutschen Kulturrates zurück, als mich eine Nachbarin aufforderte, den Fernsehapparat anzuschalten. Wie alle saß ich dann fassungslos vor dem Fernsehapparat und sah die anhaltend wiederholte Filmsequenz, in der zunächst das erste Flugzeug und später eben auch das zweite in die Türme eingeschlagen sind. Diese Tat hat unsere Gesellschaft stark verändert.

Olaf Zimmermann und Gabriele Schulz haben in der aktuellen Ausgabe von *politik und kultur* in ihrer Analyse der Entwicklung seit dem 11.09.2001 die Rolle der Religion und speziell die veränderte Rolle des Islam in Deutschland in den Mittelpunkt gestellt. Dies ist selbstverständlich richtig und wichtig. Ich möchte allerdings unter vielen möglichen einen anderen Akzent setzen. Re-

Weiter auf Seite 18

Fortsetzung von Seite 17

Kultur und Politik in schwierigen Zeiten

lativ schnell war man sich damals bei der Beurteilung der Terrorakte einig, dass es sich hierbei um einen Frontalangriff auf den Westen, auf die westliche Lebensweise, auf die normativen Grundlagen unseres Lebens und unserer politischen Ordnung handelt. Interessant ist in diesem Zusammenhang, dass Papst Benedikt in seiner Rede am 22.09.2011 im Deutschen Bundestag genau dieses Thema in den Mittelpunkt gestellt hat. Doch welches sind eigentlich diese normativen Grundlagen des Westens? Bei der Beantwortung dieser Frage ist es durchaus hilfreich, dass der nunmehr zweite Band des umfangreichen und ambitionierten Werkes von Heinrich August Winkler „Geschichte des Westens“ mit inzwischen 2.700 Seiten erschienen ist, der sich genau mit dieser Problematik befasst. Es geht um die Fragen, um welche Normen es sich überhaupt handelt, wo diese herkommen und wie ihre Entwicklung dargestellt werden kann. Bei der Antwort auf die erste Frage, um welche Werte es sich handelt, gibt es eine weitgehende Einigkeit etwa zwischen Winkler und Papst Benedikt: Es geht um die unveräußerlichen Menschenrechte, es geht um die Herrschaft des Rechtes, um Gewaltenteilung, um die Prinzipien in der repräsentativen Demokratie. Nur zur Erinnerung: Max Weber hat in seiner Studie über den Zusammenhang zwischen dem Protestantismus und dem Geist des Kapitalismus aus dem Jahre 1905 – bis heute die meist zitierte und interpretierte soziologische Studie – andere Besonderheiten hervorgehoben: Die harmonische Musik, eine bestimmte Architektur, das Fachmenschentum, Erwerbsgier, das Bürgertum, die Buchführung. Vor diesem Hintergrund wird vielleicht die Kritik an Winkler verständlich, er habe die Kultur in seinem Werk weitgehend ausgeklammert. Legt man den engen Kulturbegriff zugrunde und versteht unter Kultur nur die Künste, so trifft diese Kritik zu. Geht man allerdings zu einem erweiterten Kulturbegriff über, bei dem Kultur auch das Werte- und Normensystem der Gesellschaft umfasst, dann kann man geradezu die Bücher von Winkler als eine Kulturgeschichte des Westens betrachten.

Foto: Jens Goetzke/pixelio

Zaun mit Gedenknotizen zum 11. September 2001 in Greenwich Village, New York City

Eine entscheidende Rolle bei der Darstellung der normativen Grundlagen des Westens spielt bei Winkler die Doppelrevolution im 18. Jahrhundert, nämlich die Revolution von 1776 in Amerika und die Französische Revolution von 1789. Beide Ereignisse wurden begleitet von wuchtigen Erklärungen der Menschen- und Bürgerrechte, die später die Grundlage bildeten für die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte im Jahre 1948. Der zentrale Wert dieser Menschenrechte ist Freiheit. So ist es kein Zufall, dass bei der Parole der Französischen Revolution Freiheit zuerst genannt wird. Freiheit meint politische Freiheit, sie meint aber auch Willensfreiheit, Religionsfreiheit, die Freiheit der Künste. Auch Hannah Arendt hat in ihren Überlegungen zur politischen Philosophie formuliert: „Der Sinn von Politik ist Freiheit“. Und nach wie vor wichtig ist Friedrich Schiller, selbst dann, wenn es sich nicht um einen runden Geburtstag oder Todestag handelt. In seinen „Briefen zur ästhetischen Erziehung“ definiert er: „Schönheit ist Freiheit in der Erscheinung“. Ich will diese Aussage an dieser Stelle gar nicht weiter interpretieren, sondern nur darauf hinweisen, dass Schiller hiermit die zentrale Kategorie der Ästhetik, nämlich Schönheit, mit der zentralen Kategorie der politischen Philosophie, nämlich Freiheit, verbunden hat. Meine Kollegin Regine Möbius hat mich außerdem auf die schöne Redewendung von Dietrich Bonhoeffer hingewiesen: „Kultur ist der Spielraum der Freiheit“.

Wie war nun die Entwicklung dieser Menschenrechte? Wir alle wissen es, und auch Winkler schreibt es: „Die Geschichte des Westens ist keine Geschichte des ununterbrochenen Fortschritts in Richtung mehr Freiheit“ (ebd. S. 20). Genau auf diesen fragilen Wert der Freiheit zielte dann auch der Angriff vom 11. September. Man muss sich nun fragen, ob dieser Angriff erfolgreich war. Eine Überlegung besteht darin, dass es in der Tat sein könnte, dass der Angriff auf die Freiheit erfolgreich war, allerdings weniger unmittelbar durch den Angriff selbst, sondern vielmehr durch die Maßnahmen, die man zur Verteidigung der Freiheit ergriffen hat. Man kann dies insbesondere an der Reaktion von Künstlerinnen und Künstlern, speziell von amerikanischen Künstlerinnen und Künstlern zeigen. Es ist inzwischen nahezu einhellige Meinung, dass sich in den letzten zehn Jahren in vielen westlichen Ländern und speziell in den Vereinigten Staaten die politische Kultur nachhaltig verschlechtert hat, wobei in den USA insbesondere der Patriot Act zu nennen ist. Viele gehen sogar so weit zu sagen, dass der Terrorangriff weniger die Ursache und der Grund für die Antiterrormaßnahmen und die Reduktion der Freiheitsrechte waren, sondern bestenfalls als Anlass genutzt worden ist. Diese kritische Haltung ist keine Einzelmeinung mehr, sondern sie wird inzwischen fast als selbstverständliche Gewissheit bei der Mehrheit der Künstlerinnen und Künstler, aber auch vieler anderer gehandelt. Und dies gilt nicht bloß für den Bereich der hohen Künste, dies gilt insbesondere auch für die populären Künste, etwa bei den Filmen, die aus Hollywood kommen oder bei populären TV-Serien. So wurde gerade der neue Film von Robert Redford „Die Lincoln-Verschwörung“ vorgestellt, bei der es darum geht, auch in Zeiten der Krise die Prinzipien der Rechtsstaatlichkeit nicht zu verletzen. Und natürlich gehören zu dem Hintergrund dieses Filmes die Ereignisse von Abu Ghraib und Guantanamo. Wir haben es also mit einem grundsätzlichen Spannungsverhältnis zwischen zwei wichtigen Grundwerten der freiheitlichen Grundordnung zu tun, nämlich dem Spannungsverhältnis zwischen Sicherheit auf der einen und Freiheit auf der anderen Seite. Natürlich gibt es dieses Spannungsverhältnis auch bei uns. Aktuell ist es etwa zu finden bei der Debatte über die Datenvorratsspeicherung oder bei der Frage der Verlängerung der Antiterrorgesetze.

Ich gebe nun ein Zitat des englischen Historikers Steven Runciman wieder, und man mag sich einmal überlegen, auf welche historische Situation sich dieses Zitat bezieht: „Soviel Mut und so wenig Ehre, soviel Hingabe und so wenig Verständnis. Hohe Ideale wurden von Grausamkeit und Habgier besudelt, Unternehmensgeist, Ausdauer und Leidensfähigkeit von blinder und engstirniger Selbstgerechtigkeit; und der Heilige Krieg selbst war nicht mehr denn ein einziger langer Akt der Unduldsamkeit im Namen Gottes, welches die Sünde wider den Heiligen Geist ist.“ Das Zitat kommentiert nicht die Reaktionen auf den 11. September, sondern es kommentiert die Ereignisse der Kreuzzüge. Man mag sich selber überlegen, inwieweit es nicht auch auf die letzten zehn Jahre zutrifft.

Die Frage nach dem Verhältnis zwischen Sicherheit und Freiheit ist unmittelbar mit sehr grundsätzlichen Fragen verbunden, etwa der Frage: Wie wollen wir leben? Wie viel Sicherheit wollen wir, und welchen Preis sind wir bereit dafür zu zahlen? Dabei ist klar, dass der Preis für mehr Sicherheit in einer Reduktion von Freiheit besteht. Hierbei spielen die Künste, hierbei spielen die Künstlerinnen und Künstler, hierbei spielen die Kultureinrichtungen eine entscheidende Rolle. Denn es handelt sich um die zentrale gesellschaftliche und individuelle Aufgabe von Kultur und speziell auch von Kulturpolitik: Nämlich Gelegenheiten dafür zu schaffen, dass sich jeder einzelne von uns mit der Frage nach der Art und Weise, wie wir leben wollen, auseinandersetzen kann. Es geht um Orientierung, um die Sinnhaftigkeit des Lebens, um die Rolle und Relevanz zentraler Werte und Ziele. Und hierbei ist es interessant, dass man – vielleicht überraschend – eine Linie von Schiller über Hannah Arendt und Dietrich Bonhoeffer bis hin zu Papst Benedikt ziehen kann, denn genau dies ist auch ihr Problem. Natürlich sind die Antworten, die auf diese Frage gegeben werden, sehr unterschiedlich. Notwendig ist es allerdings, eine Freiheit des Diskurses sicherzustellen. Ich denke, für viele ist dies eine wichtige, vielleicht sogar die wichtigste Motivation, sich nicht nur in der Kultur zu betätigen, sondern speziell auch in der Kulturpolitik zu engagieren und dann eben auch dies im Deutschen Kulturrat zu tun. Es liegt auf der Hand: Diese Problematik, diese Frage nach dem spannungsvollen Verhältnis unterschiedlicher Ziele, die auch im Grundgesetz im Mittelpunkt stehen, wird niemals beendet werden. Auch hier ist möglicherweise ein Zitat von Winkler wichtig: „Der Westen kann für die Verbreitung seiner Werte nichts Besseres tun, als sich selbst an sie zu halten und selbstkritisch mit seiner Geschichte umzugehen, die auf weiten Strecken eine Geschichte von Verstößen gegen die eigenen Ideale war.“

Der Verfasser ist Präsident des Deutschen Kulturrates ■

Musizieren in der Schule

Modelle und Perspektiven der Elementaren Musikpädagogik

Wie können Inhalte, Prinzipien und Methoden der Elementaren Musikpädagogik in Kooperationsprojekten mit allgemein bildenden Schulen realisiert werden? Antworten darauf und zahlreiche, sorgfältig ausgewählte Praxisbeispiele enthält dieser Band, der in bewährter Zusammenarbeit mit dem „Arbeitskreis Elementare Musikpädagogik an Ausbildungsinstituten in Deutschland“ (AEMP) entstanden ist.

Hrsg. von Claudia Meyer, Barbara Stiller und Michael Dartsch
ConBrio Fachbuch · Band 16
Paperback, 244 Seiten, CB 1206, € 25,-
ISBN 978-3-940768-06-3,

www.conbrio.de

Keine Bürgergesellschaft mehr?

Folgenreiche Entscheidungen am Beispiel der Umwidmung der Frequenzen

Von Norbert Radermacher und Reinhard Jansen

Am 29. September 2011 hat der Deutsche Bundestag den milliardenschweren Rettungsschirm für Griechenland beschlossen. Am gleichen Tag stimmte der Haushaltsausschuss des Deutschen Bundestages der Vorlage des Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie (BMWI) zur „Richtlinie über die Gewährung von Billigkeitsleistungen des Bundes an Sekundärnutzer wegen anrechenbarer störungsbedingter Umstellungskosten aus der Umwidmung von Frequenzen" zu.

Damit werden für das Jahr 2011 70 Millionen Euro aus dem Bundeshaushalt freigegeben, um betroffene Nutzer – auch Kultur- und Bildungseinrichtungen – zu entschädigen, wenn ihre Geräteeinheiten aufgrund der Frequenzenumstellung nicht mehr störungsfrei funktionieren.

Auf den ersten Blick hat der eine Sachverhalt mit dem anderen gar nichts zu tun. Wenn man genauer hinsieht, stellt man fest, dass die Verantwortlichkeit in beiden Fällen beim Bundesfinanzministerium liegt. Anhand der beiden Entscheidungen wird die sehr unterschiedliche Interessenlage von Staat und Bürgergesellschaft deutlich und signalisiert ein staatliches Handeln, das sich unseres Erachtens nicht mehr an den Bedürfnissen seiner Bürger orientiert.

Im Jahr 2009 wurden die bislang kostenlos zur Verfügung gestellten Frequenzen durch die Bundesnetzagentur verkauft und das Bundesfinanzministerium kassierte dafür 4,38 Milliarden Euro von den Anbietern der neuen Mobilfunktechnologie LTE (Long Term Evolution). Bereits damals beliefen sich die Schätzungen für Nach- und Umrüstungskosten der alten Anlagen auf mehr als eine Milliarde Euro, sodass die vom Bundesfinanzministerium beabsichtigte Gesamtausschüttung von 128 Millionen in der Planungsphase viel zu niedrig angesetzt war. Der Richtlinienentwurf des Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie erfolgte in Abstimmung mit dem Bundesministerium der Finanzen ausdrücklich unter Beachtung der Haushaltskonsolidierung. Das bedeutet im Klartext: Der Bund kassiert Milliarden und lässt die betroffenen Nutzer im Regen stehen. Der Verdacht liegt nahe, dass die jetzt verabschiedete Richtlinie bewusst unter der engen Vorgabe des Bundesfinanzministeriums erarbeitet wurde, um die Mittelausschüttung so gering wie möglich zu halten. „Im Falle der Erschöpfung der Haushaltsmittel ist die Bewilligungsbehörde berechtigt, Anträge aus diesem Grund abzulehnen." (s. Rechtsgrundlagen in: RL-BillStörKo vom 26.8.2011)

Der Verband Deutscher Freilichtbühnen (VDF) und der Bund Deutscher Amateurtheater (BDAT) haben sich nach Bekanntwerden des ersten Richtlinienentwurfes sehr dafür eingesetzt, Verbesserungen für die Amateurbühnen zu erwirken. Leider war das Ergebnis der zähen Verhandlungen lediglich eine geringe Ausweitung der Abschreibungsfristen. So wird die ursprünglich angenommene Nutzungsdauer der Geräteeinheiten von fünf auf acht Jahre ausgedehnt. Die darauf basierende lineare Abschreibung wird damit von 1/5 auf 1/8 pro Jahr vermindert und somit der mögliche Erstattungsbetrag erhöht. Es bleibt aber nach wie vor die Regelung bestehen, dass die „Bewilligungsleistung" nur für Geräteeinheiten gewährt wird, die im Zeitraum vom 1. Januar 2006 bis zum 31. Dezember 2009 angeschafft worden sind. Damit fallen rund 90 Prozent der Amateurtheaterbühnen, die einen langjährigen pfleglichen Umgang ihrer Anlagen betreiben, aus der Entschädigungsleistung heraus. Auch die massive Intervention einzelner Landtags- und Bundestagsabgeordneter sowie eine kleine Anfrage an die Bundesregierung konnte die Richtlinie nicht entscheidend im Sinne der Amateurbühnen verändern.

Eine solche Entscheidung hat für das Ehrenamt gravierende Folgen. Schon jetzt treten altgediente Vereinsvorsitzende im Kontext der immer größer werdenden Belastungen struktureller und finanzieller Art von ihren Ämtern zurück. Junge Menschen sind aufgrund der vielfältigen, gesellschaftlichen Faktoren oftmals nicht in der Lage, diese verantwortungsvollen Aufgaben zu übernehmen. Die Gefahr, dass in Zukunft ganze Bereiche dieser basiskulturellen Infrastruktur (insbesondere im ländlichen Raum) wegbrechen, wird angesichts solcher kurzsichtiger Maßnahmen verstärkt.

Das Ehrenamt und das damit einhergehende bürgerschaftliche Engagement sind eine fundamentale Säule unserer demokratischen und sozialen Grundordnung. Deshalb sollten die Auswirkungen auf das Ehrenamt zukünftig in allen Gesetzesänderungen, Planungen und Maßnahmen seitens der Landesregierungen und der Bundesregierung von Beginn an mit berücksichtigt werden. Das Ehrenamt ist mehr wert als eine Plakette, ein Gedenkjahr oder ein Händedruck. Es muss aufgrund seiner volkswirtschaftlichen und sozialen Bedeutung für die Gesellschaft viel stärker in den Fokus des politischen Handelns treten. Der entsprechende politische Wille könnte sich beispielsweise in einer eigens dafür eingerichteten Abteilung des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend äußern.

Erst wenn für den hohen Stellenwert des Ehrenamtes ein Bewusstsein in der Politik, den Ministerien und den Verwaltungsebenen vorhanden ist, wird es derartige „Richtlinienentwürfe" nicht mehr geben. Bis dahin scheint es noch ein weiter Weg zu sein.

Norbert Radermacher ist Präsident des Bundes Deutscher Amateurtheater (BDAT)
Reinhard Jansen ist Präsident des Verbandes Deutscher Freilichtbühnen (VDF) ■

Unser herzlicher Dank gilt allen Autoren der *politik und kultur* 2011

Hamed Abdel-Samad, Martin Affolderbach, Doris Ahnen, Ilse Aigner, Frank W. Albers, Katajun Amirpur, Regina Ammicht Quinn, Stefan Aufenanger, Dorothee Bär, Patrick Bahners, Petra Bahr, Kristin Bäßler, Denis Bartelt, Theresia Bauer, Thomas Bauer, Gerhart R. Baum, Reinhard Baumgarten, Andreas Bialas, Wenzel Bilger, Pat Binder, Hans-Jürgen Blinn, Werner Bloch, Hildegard Bockhorst, Wolfgang Böhler, Jens Böhrnsen, Wolfgang Börnsen, Rolf Bolwin, Linda Breitlauch, Mareike Breuer, Henryk M. Broder, Mehmet Çalli, Ergun Can, Almut Sh. Bruckstein Çoruh, Rauf Ceylan, Udo Dahmen, Andreas Damelang, Ekin Deligöz, Sidar Demirdögen, Ali Dere, Reiner Deutschmann, Stephan Dorgerloh, Johannes Ebert, Andrea Ehlert, Kai Ehlert, Siegmund Ehrmann, Amira El Ahl, Sineb El Masrar, Eva-Maria El-Shabassy, Stefanie Ernst, Hamed Eshrat, Wolfgang Esser, Jürgen Flimm, Karla Fohrbeck, Patrick Franke, Jörg Freese, Thomas Frickel, Klaus Gerrit Friese, Uwe Fritz, Heinz Fromm, Max Fuchs, Rainer Fuchs, Bettina Gabbe, Fredy Gareis, Theo Geißler, Wolfgang von Geldern, Pia Gerber, K.-Peter Gerstenberger, Dieter Gorny, Daniel Gräfe, Ronald Grätz, Friedrich Wilhelm Graf, Lewis Gropp, Monika Grütters, Andrea Gysi, Barbara Haack, Kai Hafez, Sarah Haffner, Nadja Hagen, Olaf Hahn, Karin Haist, Joachim Hake, Klaus P. Hansen, Henrik Hanstein, Sonja Haug, Gerhard Haupt, Klaus Hebborn, Peter Heine, Gabriele Hermani, Christian Höppner, Wolfgang Huber, Andreas Hummelmeier, Carsten van Husen, Julia Illmer, Reinhard Jansen, Thomas Jarzombek, Malte Jelden, Lukrezia Jochimsen, Anna Kaitinnis, Witold Kaminski, Ismail Kaplan, Ercan Karakoyun, Hartmut Karmeier, Benjamin Katz, Angela Kaya, Katrin Kellermann, Melih Kesmen, Barbara Kisseler, Gülay Kızılocak, Verena Klemm, Lars Klingbeil, Patrick Klügel, Petra Klug, Winfried Kneip, Michael Knoll, Pius Knüsel, Claudia König-Suckel, Andreas Kolb, Annegret Kramp-Karrenbauer, Volkhard Krech, Ulrich Krempel, Michael Kretschmer, Angelika Krüger-Leißner, Agnes Krumwiede, Hannes Langbein, Andreas Lange, Klaus-Dieter Lehmann, Harald Leibrecht, Sabine Leutheusser-Schnarrenberger, Bernhard Freiherr von Loeffelholz, Roland Löffler, Jörg F. Maas, Iris Mai, Hans Georg Majer, Birgit Mandel, Franco Marincola, Ralph Marko, Maic Masuch, Tatiana Matthiesen, Aiman A. Mazyek, Christine M. Merkel, Anna Metsch, Regine Möbius, Hamideh Mohagheghi, Liz Mohn, Wilfried Mommert, Loay Mudhoon, Herfried Münkler, Thomas Nehls, Dieter Nellen, Athena Leotsakou, Loredana Nemes, Klaus Nerlich, Bernd Neumann, Norbert Neuß, Julian Nida-Rümelin, Rainer Nolte, Vural Öger, Omir Nouripour, Mürvet Öztürk, Hans-Joachim Otto, Matthias Pannes, Marjan Parvand, Oliver Passek, Karl-Heinz Petzinka, Gerhard Pfennig, Marietta Piekenbrock, Cornelia Pieper, Fritz Pleitgen, Detlef Pollack, Heribert Prantl, Kenneth Prewitt, Norbert Radermacher, Abduhl-Ahmad Rashid, Stephan Reichart, Steffen Reiche, Andreas Rickert, Wolf-Dieter Ring, Maria Ringler, Michael Rohde, Mathias Rohe, Jan Runge, Georg Ruppelt, Kamran Safiaran, Uwe Schäfer-Remmele, Esther Schapira, Peter Scharf, Susanne Schneehorst, Azadeh Sharifi, Werner Schaub, Annette Schavan, Oliver Scheytt, Sabine Schiffer, Michael Schindhelm, Wolfgang Schmidbauer, Ulla Schmidt, Stephan Schmitz, Elke Schneider, Niels-Holger Schneider, Nikolaus Schneider, Wolfgang Schneider, Claus Schönig, Stefan Schreiner, Gabriele Schulz, Viola Seeger, Corinna Seide, Asli Sevindim, Hilal Sezgin, Steven Sloane, Nurhan Soykan, Klaus Spieler, Robert Staats, Willi Steul, Rupert Graf Strachwitz, Birgit Maria Sturm, Johannes Süßmann, Gerd Taube, Jörn Thielmann, Ismail Tipi, Serkan Tören, Jürgen Trittin, Jan Turowski, Frank Uekötter, Katrin Visse, Ulla Walter, Johanna Wanka, Stefan Weber, Stephan Weichert, Daniela Weingärtner, Hubert Weinzierl, Andrea Wenger, Bogislav von Wentzel, Michael Werner, Andreas Joh. Wiesand, Olaf Wolters, Kübra Yücel, Didem Yüksel, Felix Zimmermann, Olaf Zimmermann.

nmz media

Das Musik-Kultur-Politik-TV-Programm der nmz

Donaueschinger Musiktage 2011
Videoblog vom SWR-Festival für Neue Musik

Auch in diesem Jahr war nmzMedia im Oktober wieder mit der Kamera bei den Donaueschinger Musiktagen, einem der wichtigsten deutschen Festivals für zeitgenössische Musik. Eine performative Sport-Musik von Erwin Stache, eine minutiös geplante Raumkomposition von Rebecca Saunders, ein neues sinfonisches Werk von Wolfgang Rihm – nur drei der Werke, die hier uraufgeführt wurden, und von denen unsere täglichen Videos einen kleinen Eindruck geben.

20 Jahre Dirigentenforum
Ein Förderprogramm des Deutschen Musikrates

Die inhaltliche und praktische Vorbereitung überdurchschnittlich begabter Jungdirigenten/-innen auf die spätere Übernahme verantwortungsvoller Positionen im deutschen und internationalen Musikleben – das ist das Ziel dieser außergewöhnlichen dirigentischen Nachwuchsförderung durch den Deutschen Musikrat. Die Stipendiaten/-innen erwarten umfangreiche Probenmöglichkeiten und Aufführungen mit professionellen Orchestern und Chören. Namhafte Dirigentenpersönlichkeiten wirken dabei als ihre Mentoren. 20 Jahre Dirigentenforum – ein Portrait.

chor.com in Dortmund
Die erste Chormesse Deutschlands

Von den letzten helfenden Händen beim Aufbau am Donnerstag bis zum zufriedenen Rückblick auf eine höchst gelungene Veranstaltung am Sonntag – der Videoblog von der chor.com 2011 im September zeigt Ausschnitte aus den unzähligen und vielseitigen Workshops, Meisterkursen und Konzerten, zu denen die Veranstalter luden. Teilnehmer und Macher kommen zu Wort, wir schauen Koryphäen der Chorszene bei der Arbeit über die Schulter und wollen mit unseren täglichen Videos ein wenig von der Stimmung vermitteln, die an die 1000 Besucher im Kongresszentrum Dortmund erleben durften: „Dortmund war ganz Chor".

kostenlos unter:
www.nmz.de

Crowdfunding als Ergänzung der Kulturförderung

Wie kleine Projekte schon heute alternativ finanziert werden • Von Denis Bartelt

Crowdfunding ist ein junges Phänomen im Internet, welches seit Sommer 2010 auch in Deutschland an Relevanz gewinnt. Übersetzt mit „Schwarmfinanzierung“, zeigt sich dessen Potenzial bereits in der Begrifflichkeit: Viele Nutzer des Internets finanzieren in kleinen Beträgen gemeinsam eine Sache.

Im September 2010 ist mit startnext.de die erste deutsche Plattform gestartet, die Kreativen, Künstlern und Erfindern die Projektfinanzierung über die Internet-Community ermöglicht. In kurzer Folge starteten weitere Plattformen, wie mysherpas.com, inkubato.com und pling.de, die ebenfalls kreative Projekte fördern, teilweise aber auch soziale Projekte mit einbeziehen.

Eine erste Bilanz nach genau einem Jahr Crowdfunding in Deutschland lässt einen positiven Ausblick zu. Es wurden ca. 160 Projekte mit insgesamt rund 450.000 Euro durch private Unterstützer über die Plattformen erfolgreich finanziert.

Was passiert beim Crowdfunding?

Der Projektinitiator beschreibt sein Vorhaben emotional, multimedial und nachvollziehbar auf einer Crowdfunding-Plattform. Dies ist kostenlos möglich. Für das Projekt definiert er einen Finanzbedarf, einen Zeitraum, in dem das Geld gesammelt werden soll, sowie Gegenleistungen, die sogenannten „Dankeschöns“. Zusätzlich verknüpft er sein Projekt mit sozialen Netzwerken, denn nach der Darstellung des Projektes beginnt die eigentliche Crowdfunding-Aktion. Es muss kommuniziert werden, auf allen zur Verfügung stehenden Kanälen.

Anders als bei der öffentlichen Kulturförderung, wo Fördertöpfe vorhanden sein müssen und Anträge zu formulieren sind, ist der Projektinitiator beim Crowdfunding auf sein persönliches Netzwerk angewiesen. Wer bereits im Internet oder auch auf klassischen Wegen auf viele Kontakte zurückgreifen kann, ist klar im Vorteil. Zunächst wird der engste Bekannten- und Freundeskreis angesprochen und von der Projektidee überzeugt. Die engen Freunde sind ein Schlüssel zum Erfolg und nicht zuletzt auch Ratgeber und wichtige Kritiker. Freunde, die vom Projekt begeistert sind, reden darüber. Wer unterstützt hat, lässt es andere wissen und so verbreiten sich die Projekt-Idee und ihr Bedarf. Auf den Plattformen werden diese Prozesse durch Fanwerden-Funktionen, Pinnwände und permanente Projekt-Updates unterstützt, Mechanismen, die in sozialen Netzwerken bereits etabliert sind.

Kann Social Media ganz konkret für Kultur und Kulturförderung nützlich sein?

Eindeutig. Besser noch, es kann zur nachhaltigen Quelle des Schaffens einzelner oder kleiner Teams in der Kreativwirtschaft werden, weil mit der Fanschar eines erfolgreichen Projektes auch ein zweites Folgeprojekt bereits auf einen validen Kreis privater Förderer zurückgreifen kann.

Warum finanziert die Crowd ein Projekt?

Es gibt dafür mehrere Anhaltspunkte: 1. man kennt den Initiator, 2. man ist fasziniert von der Projektidee, 3. man kann sich durch finanzielles Engagement in das Projekt einbringen, 4. man möchte sich als Kulturförderer online wie offline zeigen (Stichwort: Reputation), 5. man hat eine Gegenleistung gefunden, die einzigartig ist, die man unbedingt besitzen möchte.

Es zeigt sich, dass die Motivation privat zu fördern vor allem durch neue Mechanismen der Internet-Technologie, insbesondere derer von Sozialen Netzwerken wie zum Beispiel Transparenz, Vernetzung und dem Aufbau von Online-Reputation, ableiten lässt.

Ist dies zugleich eine Grundlage dafür, staatliche Förderung weiter zurückzufahren?

Nein, denn mit Crowdfunding können derzeit vor allem nur kleine und Nischenprojekte zwischen 5.000-10.000 Euro finanziert werden. Dazu kommt, dass der Initiator selbst über ein hohes Maß an Kommunikationsfähigkeit verfügen muss. Es war bislang nicht notwendig, sein Schaffen schon im Vorfeld seiner Zielgruppe schmackhaft machen zu müssen. Gleichwohl bedeutet genau dieser Aspekt die große Chance für beide Seiten, denn der Kreativprozess war in vielen Fällen bisher nicht sichtbarer Teil des Endergebnisses. Mit Crowdfunding und den involvierten Fans und Unterstützern, verlagert sich der Kulturkonsum in die Phase des Entstehens.

Sind größere Budgets und Projekte denkbar?

Möglich werden größere Budgets auch dann, wenn Mäzene und Unternehmen beim Crowdfunding einsteigen. Startnext hat als erste Plattform entsprechende Module und die sogenannte „Page“ für Unternehmen eingeführt. Erstmalig kann das Kulturengagement eines Unternehmens und seiner Belegschaft sichtbar gemacht werden. Regionale Förderung bekommt so eine ganz neue Chance. Unternehmen sind in Zeiten von Social Media auf nachhaltige Kommunikation in den Netzwerken angewiesen. Kulturförderung eignet sich hervorragend dazu, mit der Zielgruppe zu kommunizieren.

Eine wichtige Grundlage und ein Sicherheitsaspekt beim Crowdfunding ist das Alles-oder-Nichts-Prinzip. Es sichert den Unterstützern zu, dass transferierte Gelder an den Projektinitiator nur ausgeschüttet werden, wenn der sein definiertes Finanzierungsziel erreicht hat. Derzeit liegt diese Quote bei zirka 49 Prozent. Die Besonderheit und ein großer Anreiz am Crowdfunding-Prinzip sind die „Dankeschöns“. Am besten funktionieren hier stark involvierende Dankeschöns, wie VIP-Tickets, Original-Dokumente, signierte DVDs oder Statisten-Rollen. Das Web 2.0, das sogenannte Mitmach-Internet, hat die Nutzer dazu bewegt, Teil von etwas sein zu wollen. Beim Crowdfunding trägt der Unterstützer stolz ein Projekt vor sich her, was durch seine Unterstützung zum Leben erweckt wurde. Beweisen kann er es durch sein Profil als Unterstützer und nicht zuletzt mittels des Dankeschöns, was er ganz exklusiv erhalten hat. Das bedeutet aber zugleich Arbeit für den Projektinitiator. Er wird zum Online-Händler, muss den Versand der Dankeschöns abwickeln, Steuergesetze beachten und mit vielen Nutzern kommunizieren.

Weichen stellen für die Verknüpfung von öffentlicher Förderung und Crowdfunding

Mit der co:funding Konferenz hat Startnext dem Thema im April 2011 erstmalig eine größere Plattform gewidmet. Mit großem Interesse wurde dort die Verknüpfung von Crowdfunding und öffentlicher Kulturförderung diskutiert.

Im Raum stehen hier Konzepte, die beides vereinen und dadurch für mehr Transparenz bei der öffentlichen Förderung sorgen, demokratische Elemente des Crowdfunding hinzubringen und gleichzeitig Förderbudgets erhöhen. Einer öffentlichen Förderung wird im Sinne eines Projektes mit dem Bedarf von 20.000 Euro dann zugestimmt, wenn 10.000 Euro mit der Crowd beschafft werden konnten. Durch das 1:1 Prinzip können so statt 20.000 Euro genau 40.000 Euro für Kultur akquiriert werden. Während die Förderinstitutionen weiterhin für Qualitätsanspruch stehen, liefert die Crowd die gesellschaftliche Relevanz. Damit dies jedoch funktioniert, müssen Politik und Kultur jetzt die Weichen stellen. Nach ersten erfolgreichen Experimenten sollten Förderrichtlinien im Sinne solcher Mechanismen überarbeitet und angepasst werden.

Der Verfasser ist Gründer von Startnext.de ■

Crowdfunding Studie unter: http://www.ikosom.de/2011/06/13/crowdfunding-studie-2011 (29.09.2011)

Foto: Alexander Kühn

Erste Crowdfunding-Konferenz co:funding

Wenn Bürger Künstler beauftragen

Wie lässt sich zeitgenössische Kunst in einer modernen Gesellschaft verankern? Von Jan Turowski

Die Fragen sind alles andere als neu, und doch scheinen sie vor dem Hintergrund gewaltiger gesellschaftlicher, technologischer und kultureller Veränderungsprozesse zu Beginn des 21. Jahrhunderts heute aktueller denn je: Braucht die Gesellschaft Bildende Kunst? Kann sich so etwas wie ein gesellschaftlicher Bedarf an Kunst überhaupt sinnvoll formulieren? Und braucht Kunst Gesellschaft? Braucht Kunst kommunikative und sozialpolitische Interaktion, die über den eigenen, sehr engen Kunstzirkel hinausreicht?

Auf diese Fragen gibt das Kunstprogramm „Neue Auftraggeber. Für eine Kunst der Zivilgesellschaft“ eine historisch neue Antwort: Es stellt eine organisatorische Praxis bereit, die es Bürgern – unabhängig von ihren materiellen Ressourcen – ermöglicht, mit einem konkreten Anliegen, einer Fragestellung oder einem Problem zu Auftraggebern eines Kunstwerkes zu werden.

Die Bandbreite möglicher Auftraggeber, Anliegen und Aufträge ist höchst vielfältig und reicht beispielsweise von Mitarbeitern einer Krebsklinik, die eine künstlerische Lösung für einen überkonfessionellen Trauerraum in ihrer Klinik suchen, über Jugendliche, die einen Gedenkort für ihre bei einem Verkehrsunfall verstorbenen Freunde wollen, Mitarbeitern einer Uni-Mensa, die das Gefühl haben, dass ihre Arbeit als notwendiger Teil des alltäglichen Universitätslebens nicht wahrgenommen wird, bis zu Brieftaubenzüchtern, die sich dem Vergessen ihres traditionellen Berufs entgegenstemmen wollen.

Um „normale“ Bürger realpraktisch in die Lage zu versetzen, „Auftraggeber“ für Kunst zu werden, hat der belgische Künstler François Hers Ende der 1980er Jahre ein Verfahren entwickelt, in dem Rollen und Verantwortlichkeiten unterschiedlicher Akteure definiert sind.

In diesem Verfahren der „Neuen Auftraggeber“ geht es um das Zusammenspiel dreier Akteure.

Erstens die Bürger: Die Bürger haben in ihrer Wohn- oder Arbeitssituation ein konkretes Anliegen, das sie mit Nachbarn, Kollegen oder Bekannten teilen und von dem sie glauben, dass es mit „Kunst“ umgesetzt, thematisiert, bearbeitet oder gelöst werden könnte.

Zweitens der Mediator: Haben die Bürger ein solches Anliegen, wenden sie sich an einen Mediator, eine Kunstvermittlerpersönlichkeit der „Neuen Auftraggeber“. Der Mediator prüft die Relevanz und Durchführbarkeit des Anliegens, diskutiert das Projekt und präzisiert gemeinsam mit den Bürgern die künstlerische Fragestellung. Ist die Projektentwicklung abgeschlossen, schlägt der Mediator den Auftraggebern schließlich einen Künstler zur Umsetzung des Projektes vor.

Drittens der Künstler: Der Künstler arbeitet mit den Bürgern zusammen, interessiert sich für deren Anliegen und bringt die spezifische Erfahrung mit, das Projekt künstlerisch umzusetzen.

Mit dem Modell der „Neuen Auftraggeber“ wurden seit 1991 bereits über 250 Projekte in acht Ländern realisiert. Die Projekte dauern je nach Anliegen, Kontext und Umsetzungsaufwand zwischen einem und vier Jahre. In Deutschland sind die „Neuen Auftraggeber“ seit 2008 aktiv. Die grundlegende Idee der „Neuen Auftraggeber“ einer „bottom-up“-Auftragskunst in einer modernen, demokratischen Gesellschaft ist eigentlich recht einfach, erzeugt jedoch komplexe Wirkungen.

Zum einen in einer sozialpolitischen Dimension. Die künstlerischen Problemlösungen stehen am Ende einer diskursiven Auseinandersetzung über kollektiv verantwortete Sozialräume. Dass Bürger zu „Auftraggebern“ von Kunst(werken) werden, ist das Ergebnis einer vorherigen bürgerschaftlichen Verständigung über soziale, politische oder kulturelle Problemlagen vor Ort. Diese Auseinandersetzung mit sozialkulturellen Gegebenheiten macht emanzipatorische Potentiale sichtbar und trägt zur Entwicklung der persönlichen und der sozialen Identität bei.

Zum anderen in einer künstlerischen Dimension: Die „Neuen Auftraggeber“ werfen grundsätzliche Fragen nach dem gesellschaftlichen Auftrag von Kunst im Spannungsfeld zwischen Autonomie und Vereinnahmung auf. Die Bürger spielen mit ihren konkreten Bedürfnissen eine aktive Rolle in der Kunstorganisation, so dass Künstler und Kuratoren sich nun mit deren Vorstellungen und Meinungen auseinandersetzen, ihre Ideen kommunizieren und ästhetische Lösungen erklären müssen. So gewinnen die Bürger unmittelbaren Einblick in künstlerisches Schaffen, lernen komplexe ästhetische Zusammenhänge verstehen (die sie als Initiatoren der Kunst wiederum ihrerseits nach außen kommunizieren und verteidigen) und entwickeln ein neues Verständnis für die Potentiale der Kunst. Am Ende solcherart künstlerischer Realisierungsprozesse steht kein passiver Wirkungsraum, sondern eine neue aktive Kunst-Öffentlichkeit.

Das Verfahrensraster der „Neuen Auftraggeber“ ist im Hinblick auf das Kunstwerk beziehungsweise Kunstprojekt ergebnisoffen. Das heißt, dass in unterschiedlichen sozial-politischen und kulturellen Kontexten höchst unterschiedliche künstlerische Lösungen gefunden werden können. Die „Neuen Auftraggeber“ sind daher nicht notwendig auf westliche Demokratien beschränkt, sondern können gerade dort spannende

Weiter auf Seite 21

Die Zuschussrente für Künstler und Publizisten

Eine Übersicht von Rainer Fuchs

Im September hat die Bundesministerin für Arbeit und Soziales, Ursula von der Leyen, den Regierungsdialog Rente gestartet. Was verbirgt sich hinter dem Vorschlag des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales zur sogenannten „Zuschussrente"? Welche Bedeutung haben die Pläne für die Alterssicherung der Kulturschaffenden? Der Beitrag gibt einen Überblick über die vorgeschlagenen Regelungen für Künstler und Publizisten.

Foto: Barbara Eckholdt/pixelio

Die Sonnenseite des Alters – für Künstler heute oftmals unerreichbar

Das deutsche Alterssicherungssystem ruht auf drei starken Säulen:
· der gesetzlichen Rente,
· der betrieblichen Altersvorsorge und
· der zusätzlichen privaten Vorsorge.

Die Finanzkrise hat gezeigt, dass unser System stabil und sicher ist.

Dennoch müssen gerade Künstler und Publizisten darauf achten, dass sie im Alter ein ausreichendes Einkommen haben. Sie sollten sich dabei nicht allein auf die gesetzliche Rente verlassen, denn deren spätere Höhe hängt maßgeblich davon ab, wie hoch die in der aktiven Erwerbsphase gezahlten Beiträge waren. Ein Vergleich der Künstler und Publizisten mit einem „normalen" Durchschnittsversicherten macht deutlich: Künstler und Publizisten haben im Durchschnitt weniger als die Hälfte des Durchschnittsverdienstes und damit eine entsprechend geringere Rente.

Das Durchschnittseinkommen eines „normalen" Versicherten beträgt zur Zeit jährlich 30.268 Euro. Dies ergibt pro Jahr, in dem dieses Einkommen erzielt wurde, heute eine Altersrente von 27,47 Euro monatlich. Ein Durchschnittsverdiener erarbeitet sich so in 40 Jahren eine Rente von monatlich rund 1.100 Euro. Dies gibt eine gute erste Orientierung, welche Rente Künstler und Publizisten einmal zu erwarten haben. Die der Künstlersozialversicherung gemeldeten beitragspflichtigen Einkommen der Künstler und Publizisten lagen Anfang dieses Jahres bei jährlich 13.689 Euro, also weniger als die Hälfte des Durchschnittsverdienstes. Viele Kulturschaffende haben allerdings auch Einnahmen aus Arbeitnehmertätigkeit und dadurch zusätzliche Rentenanwartschaften. Sicher ist allerdings: Bestehen schon während der Phase der Erwerbstätigkeit finanzielle Schwierigkeiten, setzen sich diese im Alter verstärkt fort.

Zusätzliche private Vorsorge ist wichtig!

Nur wenige Kulturschaffende haben das Glück, in den Genuss einer betrieblichen Altersversorgung zu kommen. Auch etwaige zusätzliche Alterseinnahmen, zum Beispiel von der Versorgungsanstalt Deutscher Bühnen oder GEMA-Einkünfte, werden oft nicht ausreichen. Die private, staatlich massiv geförderte Vorsorge ist daher für Künstler und Publizisten besonders wichtig. Sie ist aber auch überaus lukrativ, da gerade geringe Einkommen von der staatlichen Förderung profitieren. Um die volle staatliche Förderung zu erhalten, müssen mindestens vier Prozent des Einkommens in einer der zertifizierten Sparformen angelegt werden. Klassische Verträge sind der Banksparplan oder die Lebensversicherung als Riester-Vertrag. Neben Arbeitnehmern können unter anderem auch die in der Künstlersozialversicherung versicherten Personen die staatliche Zulage erhalten.

Mit fünf Euro monatlich kann staatliche Förderung von bis zu 154 Euro jährlich bezogen werden. Zusätzlich wird noch eine Kinderzulage von jährlich 184 Euro beziehungsweise 300 Euro je Kind (abhängig vom Geburtsjahr) gezahlt! Einzelheiten der privaten Alterssicherung werden in einer der folgenden Ausgaben von *puk* dargestellt.

Die Grundsicherung im Alter

Die Grundsicherung ist eine Hilfe für diejenigen, die im Alter kein ausreichendes Einkommen haben. Sie ist für viele Kulturschaffende eine wichtige soziale Errungenschaft. Sie ist kein Almosen, sondern auf sie besteht ein Rechtsanspruch. Aber sie ist für alle diejenigen unbefriedigend, die ihr Leben lang gearbeitet und vorgesorgt haben. Sie stehen trotzdem im Alter nicht besser da als diejenigen, die wenig gearbeitet und sich nicht um ihre Alterssicherung gekümmert haben. Damit werden nicht die richtigen gesellschaftlichen Anreize gesetzt.

Hier setzt der Vorschlag der Zuschussrente an.

Die Zuschussrente

Die Zuschussrente garantiert im Alter ein monatliches Netto-Einkommen von 850 Euro. Dieser Betrag liegt deutlich über der Grundsicherung von 684 Euro. Die Zuschussrente ist der Unterschiedsbetrag zwischen dem gesamten Einkommen des Betroffenen, also zum Beispiel aus den Rentenleistungen aus der gesetzlichen Rentenversicherung, der betrieblichen und der privaten Altersvorsorge, und dem garantierten Betrag von 850 Euro.

Die Zuschussrente soll Arbeit und Vorsorge belohnen. Deshalb ist eine Mindestanzahl an Versicherungs- und Beitragsjahren in der gesetzlichen Rentenversicherung sowie die Mindestlaufzeit einer zusätzlichen privaten Altersvorsorge (zum Beispiel Riester-Rente) Voraussetzung.

Die Zuschussrente startet in den ersten zehn Jahren mit erleichterten Zugangsbedingungen:
· 40 Versicherungsjahre, also alle rentenrechtlichen Zeiten: Beschäftigung, Schule ab 17 Jahren, Ausbildung, Arbeitslosigkeit, Schwangerschaft/Mutterschutz, freiwillige Zeiten von Selbständigen;
· davon 30 Beitragsjahre (Pflichtbeitragszeiten): Beschäftigung, einschließlich Selbständiger mit Pflichtversicherung in der gesetzlichen Rentenversicherung wie der Künstlersozialversicherung, Wehr-, Zivil- und Freiwilligendienst, Kindererziehung und Pflege und
· in den ersten Jahren von 2013-2017: fünf Jahre zusätzliche private Vorsorge.

Nach zehn Jahren, also 2023, werden die Voraussetzungen auf 35 Beitragsjahre bei 45 Versicherungsjahren und stufenweise auf 35 Jahre private Vorsorge im Jahr 2047 angehoben.

Wie können Künstler und Publizisten diese Voraussetzungen erfüllen?

· 40 Versicherungsjahre erscheinen viel – sie umfassen aber großzügig Zeiten, die von sehr vielen Kulturschaffenden erfüllt werden. Neben Ausbildung, Mutterschaft und Krankheit werden zum Beispiel auch Zeiten der Arbeitslosigkeit (auch Hartz IV) berücksichtigt. Wichtig für freischaffende Künstler und Publizisten, die nicht in der Künstlersozialversicherung sind oder waren: Hier werden auch die freiwilligen Rentenbeiträge berücksichtigt.
· Auch die Hürde der 30 Beitragsjahre dürfte für Künstler und Publizisten überwindbar sein. In der Künstlersozialversicherung sind selbständige Künstler und Publizisten seit 1983 versichert und zahlen Pflichtbeiträge. Theoretisch sind also bereits 2013 die erforderlichen 30 Beitragsjahre möglich. Abhängig beschäftigte Künstler und Publizisten sind als sozialversicherungspflichtige Arbeitnehmer in die gesetzliche Rentenversicherung eingebunden und erwerben auf diese Weise die notwendigen zeitlichen Voraussetzungen. Nach den jetzigen Plänen gelten auch Minijobs als Beitragszeit, wenn der Beschäftigte den Aufstockungsbeitrag zur gesetzlichen Rentenversicherung (bei 400 Euro sind das monatlich 19,60 Euro) bezahlt.
· Ganz wichtig ist die beabsichtigte Berücksichtigung von Zeiten der Kindererziehung bis zum zehnten Lebensjahr und der Pflege von Angehörigen als Beitragszeit. Über die Hälfte der in der Künstlersozialversicherung Versicherten sind Frauen. Sie erhalten damit zugleich die Anerkennung ihrer Erziehungsarbeit als gleichberechtigte Erwerbsarbeit.
· Die zum Start geforderten fünf Jahre privater Zusatzversorgung sind kein wirkliches Hindernis. Mittlerweile wurden rund 15 Millionen Riester-Verträge abgeschlossen. Nach neueren Untersuchungen sind davon fast die Hälfte Bezieher niedriger Einkommen, und davon bezieht knapp ein Drittel Einkommen unter 10.000 Euro jährlich. Es ist daher davon auszugehen, dass gerade Künstler und Publizisten von der großzügigen Förderung Gebrauch gemacht haben. Der Deutsche Kulturrat, die Kultur- und Kunstverbände, die Künstlersozialkasse und das Bundesministerium für Arbeit und Soziales haben dafür auch immer wieder geworben und darüber informiert.

Nach der Anlaufzeit sind die Hürden deutlich höher. Denn die Zuschussrente soll keine „Grundsicherung de Luxe" sein, sondern Lohn für Lebensleistung und Vorsorge. Die Betroffenen haben zudem Zeit, sich darauf einzustellen.

Noch wird der Vorschlag des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales zur Zuschussrente mit Verbänden und Sozialpartnern diskutiert. Der Deutsche Kulturrat und der Beirat der Künstlersozialversicherung wurden im Bundesarbeitsministerium bereits informiert. Der Runde Tisch „Stärkung der Künstlersozialversicherung" befasst sich ebenfalls mit der Thematik.

Der Vorschlag wird gerade gering verdienenden Künstlern und Publizisten die Sicherheit geben, dass ihre Arbeitsleistung anerkannt wird und im Alter für eine angemessene Rente ausreicht.

Der Verfasser ist Leiter des Referates Internationale Angelegenheiten der Sozialversicherung Künstlersozialversicherung im Bundesministerium für Arbeit und Soziales ■

Sozialpolitische Informationen: Unter dieser Rubrik erläutert Dr. Rainer Fuchs künftig in loser Folge aktuelle Fragen des Sozialversicherungsrechts mit Blick auf die Kulturschaffenden. In dieser Ausgabe geht es um den „Regierungsdialog Rente". Ministerialrat Dr. Rainer Fuchs ist Leiter des Referates „Künstlersozialversicherung" im Bundesministerium für Arbeit und Soziales.

Fortsetzung von Seite 20

öffentlichkeitsgenerierende und bürgerschaftliche Potenziale entfalten, wo zivilgesellschaftliche Strukturen noch unterentwickelt sind.

Seit diesem Jahr engagiert sich das Kunstprogramm „Neue Auftraggeber: Für eine Kunst der Zivilgesellschaft" nun auch in China und hat mit den Porzellan-Arbeitern in der von massiver Deindustrialisierung betroffenen Porzellanhauptstadt Jingdezhen bereits ihre ersten Auftraggeber. Das Programm „Neue Auftraggeber" scheint die adäquate Form zu sein, in den sich entwickelnden zivilgesellschaftlichen Strukturen Chinas künstlerisch beziehungsweise kulturell hineinzuwirken und gleichzeitig den notwendigen Freiraum für eigene Erfahrungen, kulturelle Traditionen und Kommunikationsformen bereitzustellen.

Der Verfasser ist Politikwissenschaftler und Kulturtheoretiker, Mitglied der „Neuen Auftraggeber. Für eine Kunst der Zivilgesellschaft e.V." und leitet das Programm „Neue Auftraggeber China" ■

KURZNachrichten

Bischofskonferenz
Bei einem Spitzentreffen Anfang September haben die Deutsche Bischofskonferenz und der Deutsche Kulturrat die Relevanz von Kultur für den Einzelnen und die Gesellschaft unterstrichen. Bei einem Meinungsaustausch im Freiburger Augustinermuseum zwischen dem Vorsitzenden der Deutschen Bischofskonferenz, Erzbischof Dr. Robert Zollitsch, und dem Präsidenten des Deutschen Kulturrates, Prof. Dr. Max Fuchs, würdigten die Gesprächspartner kulturelle Bildung als wichtige Aufgabe und Voraussetzung für kulturelle Teilhabe. Dafür müsse genügend Zeit im Ausbildungs-, Berufs- und Lebensalltag der Menschen bleiben. Beide Seiten verwiesen einhellig auf die besondere Verbindung von Kunst, Kultur und Religion.

Sprecherrat/ Mitgliederversammlung
Der Sprecherrat und die Mitliederversammlung des Deutschen Kulturrates trafen sich am 28. und 29.09.2011. Unter anderem beschlossen sie die Weiterführung des Aktionstages „Kultur gut stärken" im kommenden Jahr und debattierten über eine mögliche Satzungsänderung. Verabschiedet wurde die Stellungnahme „Halbzeit der Legislaturperiode: Was steht an?"

Tag der offenen Moschee
Bei der Hauptveranstaltung zum 15. Tag der offenen Moschee am 03.10.2011 hielt der Geschäftsführer des Deutschen Kulturrates, Olaf Zimmermann, ein Grußwort. Der Koordinationsrat der Muslime (KRM) lud Zimmermann ein, in der Mevlana-Moschee in Köln-Porz den Tag der offenen Moschee einzuläuten. Der Deutsche Kulturrat beschäftigt sich seit Längerem intensiv mit dem Thema Islam in Deutschland. Regelmäßig erscheint in diesem Zusammenhang das Dossier „Islam • Kultur • Politik" sowie die Beilage „Interkultur".

Archäologiedachverband gegründet
Am 4. Oktober 2011 wurde in Bremen „Deutsche Verband für Archäologie" (DVA) gegründet. Der neue Dachverband bündelt erstmals in der Geschichte der deutschen Archäologie die Interessen für die gesamte vereins- und verbandsmäßig organisierte Archäologie, Altertumsforschung und fachverwandte Wissenschaften in der Bundesrepublik Deutschland. Mit seinen über 3.000 Mitgliedern will der DVA ein Sprachrohr für die Archäologie und fachverwandte Wissenschaften sein. Er wird sich in Belangen der Bewahrung des kulturellen Erbes, der archäologischen Museen, der Bodendenkmalpflege, etc. engagieren und deren Anliegen und Interessen gegenüber der Politik und der Öffentlichkeit vertreten. Zum Präsident des „Deutschen Verbandes für Archäologie" wurde der Prähistoriker Prof. Dr. Dr. h.c. Hermann Parzinger gewählt.

Rentendialog gestartet
Gemeinsam mit Vertretern der Wohlfahrtsverbände, Gewerkschaften und Arbeitgeber, Rentenversicherung und Fachpolitikern hat Bundesarbeitsministerin Ursula von der Leyen hat den Regierungsdialog Rente gestartet. Der Deutsche Kulturrat ist ebenfalls zu den Gesprächen geladen. Beim Rentendialog sollen Entwicklungen in der Arbeitswelt und gesellschaftliche Veränderungen daraufhin untersucht werden, ob und welche Risiken sie für mehr Bedürftigkeit im Alter bergen.

DOKUMENTATION DOKUMENTATION

HALBZEIT DER LEGISLATURPERIODE: WAS STEHT AN?

SECHS KULTURPOLITISCHE FORDERUNGEN DES DEUTSCHEN KULTURRATES AN DEN DEUTSCHEN BUNDESTAG UND DIE BUNDESREGIERUNG FÜR DIE ZWEITE HÄLFTE DER WAHLPERIODE

Berlin, den 29.09.2011. Der Deutsche Kulturrat, der Spitzenverband der Bundeskulturverbände, hat im Sprecherrat und in der Mitgliederversammlung über die Kulturpolitik zur Halbzeit der derzeitigen Regierungskoalition diskutiert. Der Deutsche Kulturrat hatte am 02.10.2009 nach der Bundestagswahl kulturpolitische Mindestforderungen an die neue Bundesregierung und den neu gewählten Deutschen Bundestag formuliert. Der Deutsche Kulturrat hat zur Halbzeit ein Resümee der bisherigen Kultur- und Medienpolitik gezogen und Forderungen für die zweite Hälfte der Legislaturperiode aufgestellt.

1. Kultur und Europa: Dass Europa mehr als eine Wirtschaftsgemeinschaft ist, wird vielfach beschworen. Jetzt in der Wirtschafts- und Finanzkrise muss sich erweisen, ob der europäische Einigungsprozess tatsächlich auf einem sicheren Fundament steht. Die Bewältigung der Wirtschafts- und Finanzkrise darf nicht zu Lasten der Kultur gehen. Kultureller Austausch und Begegnungen sind unverzichtbar für ein zusammenwachsendes Europa. Der Deutsche Kulturrat fordert die Bundesregierung auf, bei der Vertretung der kulturpolitischen Interessen auf europäischer Ebene den fachlichen Sachverstand bestehender Verbände und Netzwerke stärker zu nutzen. Der Deutsche Kulturrat fordert weiter, dass das Auswärtige Amt seine Mittel für Aktivitäten in Westeuropa nicht zurückfährt, da sie dort vermeintlich nicht mehr nötig seien. Die kulturelle Dimension des europäischen Einigungsprozesses darf nicht nur in Reden beschworen werden, sondern muss gelebte Realität sein. Mit Blick auf den europäischen Einigungsprozess hält es der Deutsche Kulturrat für erforderlich, in größerem Maße die Belange des kulturellen Bereiches einzubeziehen. Das gilt insbesondere mit Blick auf die Netz- sowie die Außenwirtschaftspolitik im Rahmen von Handelsabkommen. Hier muss die UNESCO-Konvention zum Schutz und zur Förderung kultureller Ausdrucksformen tatsächlich Anwendung finden.

2. Kulturfinanzierung: Der Deutsche Kulturrat begrüßt, dass der Kulturetat des Bundes stabil und damit ein Signal für Länder und Kommunen ist. Der Deutsche Kulturrat hält es für dringend geboten, insbesondere die Kommunen auch in wirtschaftlich angespannten Zeiten in den Stand zu versetzen, Kunst, Kultur und kulturelle Bildung vor Ort zu fördern. Die Gemeindefinanzkommission ist gefordert, ein Ergebnis vorzulegen, das mehr ist als eine Kosmetik am bestehenden System. Die Städte und Kommunen müssen ausreichende finanzielle Handlungsspielräume zur Erfüllung ihrer Aufgaben bekommen.

3. Kooperationsverbot: Bereits während der Verhandlungen zur Föderalismusreform in der letzten Legislaturperiode hat der Deutsche Kulturrat auf mögliche negative Auswirkungen eines Kooperationsverbots zwischen Bund und Ländern hingewiesen. Diese negativen Auswirkungen sind heute Realität. Der Deutsche Kulturrat fordert daher die Mitglieder des Deutschen Bundestags und des Bundesrats auf, das Kooperationsverbot wieder zurückzunehmen und im Sinne eines kooperativen Kultur- und Bildungsföderalismus die Zusammenarbeit von Bund, Ländern und Kommunen zum Nutzen von Kunst, Kultur und Kultureller Bildung wieder zu ermöglichen.

4. Staatsziel Kultur: In der Koalitionsvereinbarung von CDU, CSU und FDP ist zu lesen, dass die Koalition diesbezüglich „Gespräche über etwaige Änderungen des Grundgesetzes mit anderen Fraktionen des Deutschen Bundestags und den Ländern aufnehmen“ wird. Damit wurde eine Tür für die Verankerung des Staatsziels Kultur im Grundgesetz geöffnet. Der Deutsche Kulturrat fordert, dass diese Verhandlungen jetzt zügig angegangen werden, damit das Staatsziel Kultur noch in dieser Legislaturperiode im Grundgesetz verankert werden kann.

5. Digitalisierung und geistiges Eigentum: Der Deutsche Kulturrat ist erfreut, dass sich Kulturstaatsminister Neumann in seinem 12-Punkte-Papier zum Schutz des geistigen Eigentums im digitalen Zeitalter „Ohne Urheber keine kulturelle Vielfalt“ eindeutig und klar für den Schutz des geistigen Eigentums positioniert hat. Besonders wichtig ist für den Deutschen Kulturrat die Verbindung von kultureller Vielfalt und Schutz des geistigen Eigentums. Der Deutsche Kulturrat fordert Kulturstaatsminister Neumann auf, seine Position nachdrücklich in die Verhandlungen zur Urheberrechtsreform einzubringen. Der Deutsche Kulturrat fordert die Abgeordneten aller Fraktionen des Deutschen Bundestags auf, nachdrücklich für den Schutz des geistigen Eigentums im Sinne der kulturellen Vielfalt einzutreten und diese Haltung in den Beratungen zum Urheberrecht zu vertreten.

Mit großer Sorge sieht der Deutsche Kulturrat die ersten Arbeitsergebnisse der Enquete-Kommission des Deutschen Bundestages „Internet und digitale Gesellschaft“. Der Deutsche Kulturrat fordert die Mitglieder der Enquete-Kommission des Deutschen Bundestages „Internet und digitale Gesellschaft“ auf, nicht prioritär die Interessen der sogenannten Netzgemeinde und der Telekommunikationswirtschaft zu bedienen, sondern ebenso intensiv im Dialog mit den Künstlern und Medienschaffenden, der Kulturwirtschaft und den Kultureinrichtungen nach angemessenen Lösungen zum Schutz ihrer Rechte zu suchen. Die Digitalisierung beinhaltet auch viele Chancen zur Teilhabe an Kunst und Kultur; das betrifft sowohl neue Formen der Kulturvermittlung als auch neue Modelle der Kulturverwertung. Zentrales Anliegen des Deutschen Kulturrates ist der Schutz des geistigen Eigentums. Zugleich müssen die Erwartungen der Nutzer im Blick gehalten werden.

6. Kulturelle Bildung: Erfreulicherweise machen sich verschiedene Ressorts der Bundesregierung für Kulturelle Bildung stark. Damit erfährt die Kulturelle Bildung als wesentlicher Bestandteil der allgemeinen Bildung eine Aufwertung in Schulen sowie Kultur- und Bildungseinrichtungen. Kulturelle Bildung braucht aber nicht nur glänzende Projekte, sondern eine kontinuierliche Stärkung und Unterstützung. Die auskömmliche Finanzierung der Städte und Gemeinden ist unerlässlich, um Kulturelle Bildung für alle Altersgruppen und alle sozialen und kulturellen Schichten zu gewährleisten. Der Deutsche Kulturrat ist der festen Überzeugung, dass Kulturelle Bildung in einer multiethnischen Gesellschaft unverzichtbar ist und entsprechend gestärkt werden muss.

LERNORTE INTERKULTURELLER BILDUNG

AUSSERSCHULISCHE KULTUR- UND BILDUNGSORTE

Berlin, den 29.06.2011. Im Jahr 2009 hat der Deutsche Kulturrat den Runden Tisch „Lernorte interkultureller Bildung“ ins Leben gerufen, an dem verschiedene Migrantenorganisationen beteiligt sind. Im Jahr 2010 hat der Deutsche Kulturrat gemeinsam mit dem Bund Spanischer Elternvereine in der Bundesrepublik Deutschland e.V., der Bundesarbeitsgemeinschaft der Immigrantenverbände in Deutschland e.V., dem Bundesverband der Migrantinnen in Deutschland e.V., dem CGIL-Bildungswerk e.V., der Deutschen Jugend aus Russland e.V., der Föderation türkischer Elternvereine in Deutschland e.V., dem Multikulturellen Forum e.V., dem Polnischen Sozialrat e.V. sowie dem Verband binationaler Familien und Partnerschaften, iaf e.V., die erste Stellungnahme „Lernorte interkulturelle Bildung im schulischen und vorschulischen Kontext“ verabschiedet. Gemeinsam mit diesen Verbänden unterbreitet der Deutsche Kulturrat nun zusätzlich mit dem Bundeszuwanderungs- und Integrationsrat Empfehlungen für Strukturbedingungen für eine nachhaltige interkulturelle Bildung in außerschulischen Kultur- und Bildungseinrichtungen.

Interkulturelle Öffnung der außerschulischen Kultur- und Bildungsorte

In Deutschland gibt es ein vielfältiges Angebot an Orten, an denen kulturelle Bildung vermittelt wird. Dazu gehören kulturpädagogische Facheinrichtungen, Kultureinrichtungen, Kulturzentren, Migrantenorganisationen, multikulturelle Einrichtungen, Jugendorganisationen, Kulturvereine, Kulturinitiativen etc.. Angesichts der pluralen und multiethnischen Gesellschaft in Deutschland befassen sich diese Akteure verstärkt mit der Frage, wie sie sich mit ihren Angeboten und in ihren Strukturen interkulturell öffnen und dadurch einen Beitrag zu mehr Teilhabegerechtigkeit und Chancengleichheit leisten können. Ziel der interkulturellen Öffnung ist es, vielfältige und barrierefreie Zugänge zu Kunst- und Kulturangeboten zu ermöglichen und zu einer verstärkten Förderung interkultureller Kompetenzen beizutragen.

Interkulturelle Öffnung setzt das Engagement vieler Akteure im Feld der kulturellen Vermittlungsarbeit voraus. Im Sinne der UNESCO wird in der vorliegenden Stellungnahme von einem weiten Kulturbegriff ausgegangen, der nicht nur die traditionellen Kulturangebote einschließt, sondern auch „Lebensformen, die Grundrechte des Menschen, Wertsysteme, Traditionen und Glaubensrichtungen“ (UNESCO-Erklärung, 1982).

Bedeutung der außerschulischen Kultur- und Bildungsorte

Zu den kulturpädagogischen Facheinrichtungen gehören unter anderem Musikschulen, Jugendkunstschulen, Soziokulturelle Zentren, Theaterpädagogische Einrichtungen, Kinder- und Jugendzirkusse, Spielmobile und Medienzentren. Der Aspekt der interkulturellen Bildung gewinnt in diesen Institutionen bereits seit Jahren an Bedeutung. So befassen sich viele Akteure verstärkt mit den Lebenswelten von Menschen mit Migrationshintergrund[1], indem unter anderem kulturelle Erfahrungen und Traditionen wechselseitig aufgegriffen und kreativ umgesetzt werden. Die vermehrte Auseinandersetzung mit dem Thema interkulturelle Bildung lässt sich auch an den Studienangeboten der Hochschulen und Universitäten erkennen. Immer mehr Hochschulen und Universitäten integrieren in ihre pädagogischen Studiengänge den Schwerpunkt interkulturelle Bildung und den Erwerb von interkulturellen Kompetenzen für Lehrerinnen und Lehrer, Kulturpädagoginnen und Kulturpädagogen und sowie Erzieherinnen und Erzieher.

Auch Kultureinrichtungen wie etwa Museen, Theater, Konzerthäuser und Bibliotheken legen seit einigen Jahren ein besonderes Augenmerk darauf, ihre Angebote verschiedenen Alters- und Zielgruppen kulturpädagogisch zu vermitteln. Immer häufiger integrieren sie dabei aktuelle gesellschaftspolitische Themen in ihre Programme. In Workshops, Ausstellungen, Theaterstücken, Lesungen und anderen Veranstaltungen befassen sie sich zunehmend mit Themen wie Gleichberechtigung und Partizipation, kulturelle Vielfalt, kulturelle Identität in der Einwanderungsgesellschaft, Migrationserfahrungen, Religionszugehörigkeit, Mehrsprachigkeit und Diskriminierung.

Jenseits der kulturpädagogischen Facheinrichtungen und Kultureinrichtungen findet ebenfalls ein vielfältiges kulturelles Leben statt. In vielen Kulturzentren, Migrantenorganisationen, multikulturellen Einrichtungen, Jugend- und Laienorganisationen, Kulturvereinen und Kulturinitiativen wird ein differenziertes Angebot an kulturellen Aktivitäten unterbreitet. Dort werden unter anderem Instrumente erlernt, Theaterstücke aufgeführt, Tanz-, Literatur- und Lesekreise, Film- und Comicangebote ins Leben gerufen und es findet ein Austausch über Kunst und Kultur statt. Bei vielen dieser Einrichtungen wird sowohl Wert auf die Vermittlung kultureller Traditionen aus den jeweiligen Herkunftsländern als auch der Fokus auf die Kultur in Deutschland gelegt, indem beispielsweise Besuche in Museen und Bibliotheken organisiert werden. Zudem gibt es insbesondere in vielen Großstädten, unter anderem türkische, polnische, französische oder italienische Film- und Theaterfestivals, russische Musicalwettbewerbe und freie Künstler mit ausländischen Wurzeln, die ihre Kunst präsentieren und so wesentlich zum interkulturellen Austausch beitragen.

In all diesen Orten wird kulturelle Bildung vermittelt, das für das Zusammenleben in einer heterogenen Gesellschaft von großer Bedeutung ist. Diese vielfältigen kulturellen Potentiale sollten vermehrt öffentlich sichtbar gemacht werden. Dafür bedarf es unter anderem einer stärkeren kulturpolitischen Wertschätzung und Sichtbarmachung des Kulturlebens der Zuwanderer.

Gründe für Nichtnutzung von Kulturangeboten

Die oben aufgeführten Angebote der außerschulischen Kultur- und Bildungsorte stehen jedem interessierten Bürger offen. Dennoch nutzen nicht alle Bevölkerungsgruppen gleichermaßen diese Angebote. Deshalb befassen sich viele Einrichtungen mit der Frage, wie Menschen mit und ohne Migrationshintergrund erreicht werden können, die bisher kaum oder gar keine kulturellen Bildungsangebote wahrnehmen.

Wie die Gesellschaft als Ganzes, sind auch die verschiedenen Gruppen der Zuwanderer heterogen. Sie zeichnen sich in erster Linie nicht durch ihre ethnische, sondern ihre Milieuzugehörigkeit aus (vgl. SINUS-Milieustudie „Lebenswelten von Migranten“ aus dem Jahr 2007). Diese bestimmt maßgeblich das Kulturverhalten. Daher gibt es auch nicht nur *einen* Hauptgrund für die Nichtnutzung von bestimmten Kulturangeboten. Die Gründe sind so vielfältig, wie die „Nicht-Besucher“ und die Kultureinrichtungen an sich. Es scheint aber plausibel zu sein, dass unter anderem folgende Barrieren sowohl für die „Nicht-Besucher“ als auch die Kultureinrichtungen eine Rolle spielen und sich gegenseitig bedingen.

Zu den Barrieren für die „Nicht-Nutzer“ zählen unter anderem:

- Sprachbarrieren;
- sozioökonomische Hürden;
- Unkenntnis, wo welche kulturellen Angebote unterbreitet werden;
- Nichtidentifikation mit dem gezeigten Repertoire und der künstlerischen Ästhetik;
- Nichtidentifikation mit den Organisationsformen der kulturellen Angebote;
- Nichtidentifikation mit dem Personal beziehungsweise der Kulturvermittler in den Kultur- und Bildungseinrichtungen;
- unterschiedliche Rezeptions- und Produktionsweisen von Kultur;
- Hemmschwellen, Orte zu besuchen, an denen wenige Personen aus der eigenen Gruppe und Milieuzugehörigkeit anzutreffen sind;
- geografische Erreichbarkeit der Kultur- und Bildungsorte.

Hemmnisse auf Seiten der Kultur- und Bildungsorte sind:

- geringe finanzielle Möglichkeiten, durch große Werbekampagnen eine Vielzahl von interessierten Kulturnutzern zu erreichen;
- fehlende interkulturelle Professionalisierung der Kultur- und Bildungseinrichtungen, um unterschiedliche Zielgruppen anzusprechen;
- geringe finanzielle Mittel, um ein vielseitig und interkulturell ausgerichtetes Kulturprogramm anzubieten;
- Fehlen einer interkulturellen Selbstdarstellung der Kultur- und Bildungseinrichtung, die interkulturelle Offenheit und kulturelle Vielfalt vermittelt.

Studien zeigen, dass diese Barrieren in erster Linie nicht mit einem Migrationshintergrund zusammenhängen, sondern davon beeinflusst werden, welcher sozialen Gruppe, welchem Milieu sich jemand zugehörig fühlt oder auch davon, welche strukturellen und finanziellen Voraussetzungen eine Kultureinrichtung beziehungsweise -organisation hat. Bündeln sich diese Gründe, dann werden die Teilnahme an und die Erreichbarkeit zu bestimmten Kulturangeboten erschwert.

Empfehlungen

Um bestehende Hürden abzubauen, bedarf es einer interkulturellen Öffnung der Kultur- und Bildungseinrichtungen sowie kultureller Bildungsangebote, die die interkulturelle Kompetenz sowohl von Menschen mit als auch ohne Migrationshintergrund stärken

Weiter auf Seite 23

Fortsetzung von Seite 22

und sensibilisieren. Damit kulturelle und interkulturelle Bildung nachhaltig gelingen kann, bedarf es geeigneter Rahmenbedingungen. Die nachstehenden Empfehlungen richten sich zum einen an die Kultur- und Bildungseinrichtungen sowie an die Migrantenorganisationen. Zum anderen an die politische Verantwortlichen in Bund, Ländern und Kommunen.

Grundsätzliche Empfehlungen
Wir empfehlen, dass eine interkulturelle Öffnung und der Erwerb interkultureller Kompetenzen sowohl auf politischer als auch auf zivilgesellschaftlicher Ebene und in allen Kultur- und Bildungseinrichtungen und Initiativen als Querschnittsaufgabe verstanden wird. Es gilt, Zugänge zu schaffen und eine nachhaltige interkulturelle Bildung in allen Kultur- und Bildungsorten zu gewährleisten. Dazu gehört die Anerkennung und Förderung der kulturellen Vielfalt in Deutschland, die von der Vielfalt der unterschiedlichsten kulturellen Angebote und Traditionen lebt; gleich ob sie aus der Hochkultur oder der Breitenkultur kommen. Darüber hinaus muss Teilhabe und Partizipation durch eine entsprechend ausgerichtete Kulturfinanzierung ermöglicht werden.

Empfehlungen an Kultur- und Bildungseinrichtungen sowie Migrantenorganisationen
1. Strukturelle interkulturelle Öffnung:
- Kultur- und Bildungseinrichtungen sowie Migrantenorganisationen sollten interkulturelle Leitbilder beziehungsweise die Umsetzung von Diversitätskonzepten (Diversity Mainstreaming) entwickeln, die die Personalstrukturen, die Zielgruppenansprache sowie die Programmgestaltung umfassen;
- Kultur- und Bildungseinrichtungen sollten den Anteils des Personals mit Migrationshintergrund auch in den Leitungsebenen erhöhen;
- Kultur- und Bildungseinrichtungen sollten eine Willkommens- und Anerkennungskultur etablieren mit einem besonderen Fokus auf Besucher mit Migrationshintergrund und sozial Benachteiligte;
- Kultur- und Bildungseinrichtungen sollten sich stärker dezentralisieren, um eine bessere sozialräumliche Erreichbarkeit zu ermöglichen;
- Kultur- und Bildungseinrichtungen sowie Migrantenorganisationen sollten sich vermehrt für Kooperationen vor Ort öffnen;
- Kultur- und Bildungseinrichtungen sowie Migrantenorganisationen sollten tragfähige Strukturen schaffen, durch die langfristige und nachhaltige Kooperationen auf Augenhöhe ermöglicht werden können;
- Kultur- und Bildungseinrichtungen sowie Migrantenorganisationen sollten verstärkt lokale Netzwerke aufbauen sowie in kommunalen Bildungsnetzwerken mitwirken.

2. Inhaltliche interkulturelle Öffnung:
- Kultur- und Bildungseinrichtungen sowie Migrantenorganisationen sollten sich für die Interessen verschiedener Zielgruppen sensibilisieren sowie sich verstärkt um kulturelle Teilhabe für alle bemühen.
- Kulturvermittler und Kulturpädagogen in den Kultur- und Bildungseinrichtungen sollten verstärkt interkulturell qualifiziert werden;
- Kultur- und Bildungseinrichtungen sollten verstärkt mehrsprachige Angebote unterbreiten, insbesondere im Hinblick auf die gesellschaftliche Zusammensetzung der Bewohner vor Ort;
- Kultur- und Bildungseinrichtungen sollten sich verstärkt in der interkulturellen Zielgruppenansprache weiterbilden und dafür die Zeitungen, Radiosender, Fernsehsender, Internetangebote etc. der jeweiligen Zielgruppen stärker nutzen.

Empfehlungen an die Politik: Bund, Länder und Kommunen
1. Inhaltliche interkulturelle Öffnung:
- Bund, Länder und Kommunen sollten verstärkt interkulturelle Konzepte für Bund, Länder und Kommunen unter Berücksichtigung bereits bewährter und innovativer Konzepte entwickeln;
- Länder sollten in den Ausbildungsgängen für Kulturmanager, Kulturvermittler, Kulturpädagogen verstärkt den Aspekt der interkulturellen Qualifizierung berücksichtigen;
- Bund, Länder und Kommunen sollten ihre Verwaltungsmitarbeiter vermehrt interkulturell qualifizieren und Weiterbildungsmaßnahmen anbieten;
- Bund und Länder sollten die allgemeinen Freiwilligendienste im Kulturbereich weiter ausbauen und verstärkt Personen mit Migrationshintergrund ansprechen;
- Bund, Länder und Kommunen sollten Studien über die unterschiedliche Nutzung kultureller Bildungsangebote der verschiedenen Milieus und Identifizierung der Gründe für die Nichtnutzung bestimmter Kulturangebote in Auftrag geben.

2. Finanzielle und strukturelle Förderung:
- Bund, Länder und Kommunen sollten die strukturellen und finanziellen Förderungen von kommunalen und freien Trägern und Verbänden, die interkulturelle Bildungsangebote unterbreiten, weiter ausbauen und sie in ihren Bemühungen um eine interkulturelle Öffnung und interkulturelle Aktivitäten unterstützen;
- Bund, Länder und Kommunen sollten verstärkt die migrantische Breitenkultur sowie die zeitgenössische Kultur von Migrantinnen und Migranten fördern, sichtbar machen und Anerkennung zukommen lassen durch:
  - Strukturförderungen und finanzielle Unterstützungen
  - Bereitstellung von Räumlichkeiten
  - Professionalisierung und Qualifizierung von bürgerschaftlich Engagierten
  - Weiterbildungsmaßnahmen für Migrantenorganisationen im Kulturbereich sowie im Bereich der Kulturellen Bildung
  - Auslobung von Preisen

3. Unterstützung von Kooperationen:
- Bund, Länder und Kommunen sollten verstärkt den Austausch, die Kooperation und die Zusammenarbeit von Kultureinrichtungen, Migrantenorganisationen und den kulturpädagogischen Facheinrichtungen vor Ort strukturell und finanziell unterstützen, um den gemeinsamen Dialog zu verstärken;
- Bund, Länder und Kommunen sollten verstärkt multinationale Projekte fördern, die den Austausch unterschiedlicher kultureller Einflüsse beispielsweise durch die Einbindung von Partnerstädten und Künstlern, die an Artist-in-Residence Programmen teilnehmen, unterstützen.

Die gamescom 2011 – Eine Bilanz

Bericht von der Messe für Videospiele und Entertainment in Köln • Von Felix Zimmermann

Ende August fand dieses Jahr in Form der gamescom erneut die weltweit größte Messe für Videospiele und Entertainment in den Messehallen von Köln statt. Tausende Videospielinteressierte pilgerten dorthin, um Neuheiten aus der Branche zu erfahren und ihre sehnlichst erwarteten Spiele anzutesten. Ich bekenne mich schuldig, eine zu große Erwartung in meinem Kopf wohnen gelassen zu haben. Wer nun denkt, die gamescom hätte mich völlig enttäuscht und der Artikel würde in eine Klageschrift ausarten, der täuscht, denn auch wenn die Enttäuschungen überwiegen, gab es durchaus schöne Momente auf der gamescom.

Was war also mein Problem mit der diesjährigen gamescom? Nun, einige Sachen wollten mir nicht so recht gefallen. Fangen wir zum Beispiel mit meiner Hoffnung an, die Messeleitung hätte aus den schon reichlich vollen letzten Messen gelernt und einige Hallen mehr geöffnet, um der Massen Herr zu werden. Leider schien man darauf zu hoffen, dass man sich mit den wenigen (im Vergleich zu der Menge, die man noch hätte bereitstellen können) Hallen irgendwie durchmogeln könnte und dass die tendenziell immer weiter ansteigende Zahl von gamescom-Besuchern in diesem Jahr keinen allzu großen Sprung machen würde. Dieser Plan ging nicht auf, um es mal untertrieben zu formulieren. Wer Ende August die Medien verfolgt hat, dem wird nicht entgangen sein, dass man am Samstag sogar die Tore der gamescom schließen musste, um Love Parade-ähnliche Zustände zu verhindern. Dabei war von vorneherein völlig klar, dass ein neuer Besucherrekord erreicht werden würde, da die gamescom zum ersten Mal innerhalb der Schulferien in Nordrhein-Westfalen stattfand. Es ist schon reichlich naiv, diesen Faktor in die Planungen nicht miteinzubeziehen.

Obwohl die begrenzte Zahl an Hallen schon Problem genug war, hat man es auch noch geschafft, die großen Spieleblockbuster in einige wenige Hallen zu stecken, anstatt sich über das gesamte Kontingent zu verteilen. So pferchte man sowohl Battlefield 3, Call of Duty Modern Warfare 3, Diablo 3 und FIFA 12 in eine einzige Halle. Feinde von Menschenansammlungen mussten, selbst am Pressetag, zweimal überlegen, ob sie diese Halle wirklich betreten wollten. Diese völlig unausgeglichene Verteilung führte dazu, dass es einige Hallen gab, die deutlich weniger besucht waren und eine willkommene Erholung für den gestressten Besucher darstellten. Ob es allerdings die Lösung ist, sich durch eine vollkommen überfüllte Halle zu quälen, nur um dann in einer weniger (aber immer noch nicht wenig) besuchten Halle auszuruhen, lasse ich jetzt einmal dahingestellt.

Mit den überfüllten Hallen war die erste enttäuschte Erwartung geboren und ich hoffte, dass ich nach Kämpfen durch die überfüllten Hallen wenigstens eine große Menge Spiele anspielen könnte. Doch leider schien sich eine ganze Zucht an enttäuschten Erwartungen zu bilden, als ich feststellen musste, dass mehr als eine handvoll Spiele wohl kaum möglich sein würden. Selbst am Pressetag stand man für Spiele wie Battlefield 3 schon zwei Stunden an – an öffentlichen Tagen durfte man gerne auch vier Stunden und länger warten – und natürlich gibt es Menschen, die bereit sind, für ihr geliebtes Spiel so lange zu warten, ich allerdings hatte gehofft, ein breites Spektrum an Spielen begutachten zu können und sah es daher ganz und gar nicht ein, zwei Stunden anzustehen, nur um 15 Minuten spielen zu können. Beim Thema „Warten“ wird die Bedeutung von verschiedenen Erwartungen besonders deutlich. Ein Freund von mir – um ein bisschen aus dem Nähkästchen zu plaudern – stand zum Beispiel für Battlefield 3 ca. zweieinhalb Stunden an und als ich ihn darauf ansprach und ihm versicherte, dass er auf jeden Fall einen schweren Schaden haben müsse, um bereit zu sein, so lange auf ein einziges Spiel zu warten, konterte er damit, dass er gar nichts anderes erwartet und sich von vorneherein darauf eingestellt habe, nur sehr wenige Titel zu sehen und auf diese lange warten zu müssen. Er hatte auch wirklich Spaß auf der gamescom, um das kurz zusammenzufassen. So fällt es schwer, klar zu sagen, ob die diesjährige gamescom wirklich gut oder schlecht war, denn es geht nun mal um Erwartungen und der Blick eines jeden Menschen ist nun mal komplett subjektiv.

Foto: Benjamin Stölzner

Szenenfoto aus „Battlefield 3“, einer der beliebtesten Neuvorstellungen auf der gamescom 2011

Eine Sache, die man der gamescom aber vorhalten kann, ist, dass große Ankündigungen und Neuerungen fehlten. Keine großen Spielekracher wurden angekündigt, keine neue Konsole konnte angespielt werden. Nahezu alle Spiele, die man anspielen oder sehen konnte, waren im Vorfeld schon angekündigt worden und die auf der E3 pompös von Nintendo präsentierte WiiU ließ sich auf der gamescom gar nicht blicken. Da stellt man sich die Frage, was es einer Messe bringt, die größte der Welt zu sein, wenn sich die Firmen ihre Ankündigungen für die E3 in Los Angeles oder die Tokyo Game Show aufheben. Spiele antesten, schön und gut, was eine Messe aber wirklich in der Erinnerung festsetzt, sind überraschende und imposante Neuankündigungen und diese fehlten leider völlig.

Allerdings wurden nicht alle meine Erwartungen enttäuscht. So kann man sagen, was man will, aber die Atmosphäre auf der gamescom ist wirklich über jeden Zweifel erhaben. Wenn sich tausende Spieler zu einer großen Feier ihres Hobbys treffen, dann kann man sich einige freudige Schmunzler nicht verkneifen. Wie lässt es doch das Spielerherz höher schlagen, wenn kostümierte „Verrückte“ als die eigene Lieblingsspielfigur an einem vorbeilaufen oder wenn Trailer der aktuellen Spielekracher mit pompösem Sound auf gigantischen Leinwänden zu sehen sind. Ich kann mir durchaus vorstellen, dass jemand, der Gleichgesinnte kennenlernen und die Atmosphäre genießen wollte, anstatt wirklich etwas anzuspielen, eine unglaublich schöne Zeit auf der gamescom hatte.

Um diesen Artikel positiv zu beenden und Sie, liebe Leser, mit einem guten Gefühl zurückzulassen, gehe ich noch kurz auf meine persönlichen Highlights der Messe ein. So war es der sogenannte gamescom-Campus (eine der weniger besuchten Hallen), der mit seiner Ausstellung von Artworks, Retro-Videospielen und umgebauten Computern (Casemod) bleibenden Eindruck hinterließ. Balsam für die von enttäuschten Erwartungen geplagte Seele.

Der Verfasser ist Schüler und passionierter Computer- und Videospieler. Er arbeitete im Auftrag des Deutschen Kulturrates als Blogger auf der gamescom ■

Das Ende des Streits

Kulturstiftung Pro Helvetica nähert sich dem Phänomen Computerspiele • Von Pius Knüsel

Das Rumoren in den Kreisen der wahren, von Pro Helvetia regelmäßig geförderten Künstler war erheblich, als die Stiftung 2009 das Programm „GameCulture“ lancierte. Es wollte nichts weniger als den Nachweis erbringen, dass Computerspiele ein neues Medium sind, das sich zur Kunst entwickelt. Sogar die Politik meldete sich skeptisch zu Wort.

Heute, ein gutes Jahr später, ist der Widerstand erloschen – hie und da flackert noch ein Protestchen auf, doch insgesamt hat sich die Meinung durchgesetzt, dass Games in der Tat neue Dimensionen eröffnen, und dass es kulturpolitischer Verantwortung entspricht, ihnen auf den Grund zu gehen. Dazu beigetragen hat, dass Games weltweit zu einem Thema geworden sind und dass Europa realisiert hat, dass es, was die Produktion eines so populären Mediums angeht, wieder einmal abgeschlagen dasteht. Der Stimmungswechsel – von einer wirklichen Einsicht sind wir noch entfernt – verdankt sich überdies der Erkenntnis, dass die digitale Revolution erst richtig begonnen hat. Nicht zuletzt strömen die ersten von den Kunsthochschulen ausgebildeten Game-Designer auf den Markt. Und siehe, viele unter ihnen wollen interaktive Kunst machen im Format eines Computerspiels.

Es liegt in der Natur der Sache, dass Nutznießer von Mechanismen diese Mechanismen verteidigen, auch wenn sie anachronistisch geworden sind. Ebenso liegt es in der Natur jeder Medienrevolution, solche Fügungen auf den Kopf zu stellen, und einer neuen Generation jenen Spielraum geben, in dem sie sich gegen die Altvorderen behaupten kann. Genau so ist es mit den Games. Genau so spielte sich die Kunstwerdung des Comics vor 30 Jahren ab. Genau so wurde der Film zum Medium der Kunst – vor 100 Jahren.

Die Besonderheit von Games liegt in der Interaktivität, im Einbezug des Benutzers in das Werk in einem nie gesehenen Maße. Bisher stand er dem Kunstwerk gegenüber, im besten Falle tauchte er emotional so ein, dass das Erlebnis nachklang. Bei den Computerspielen sitzt er mittendrin. Sitzt? Er muss sich bewegen, entscheiden, handeln. Ohne Intervention geht es gar nicht. Das ist eine Qualität der Erfahrung, welche die Kunst seit jeher sucht. Hier ist sie. Und deshalb darf man das Computerspiel in Ruhe als erste besondere Ausdrucksform des dritten Jahrtausends betrachten. Dazu kommt die Immaterialität, alles ist rein digital, dadurch beliebig gestaltbar. Der digitalen Existenzform entspricht eine einfache, weltweite Distribution – kein anderes Kunstmedium hat sich binnen anderthalb Generation derart globalisiert wie das Computerspiel. Auch darin ist es modern. Und gerade darin widerspricht es den üblichen Kriterien der Förderung – nationale oder identitäre Zuschreibungen sind nicht mehr möglich.

Pro Helvetia sieht im metanationalen Aspekt einen wichtigen Grund, sich dem Phänomen Computerspiele zu nähern. Hier geschieht etwas, was die nationalen Interessen unterläuft. Erst recht musste es für die Kunst und ihre laufende Befreiung interessant sein. Die im Rahmen von „GameCulture“ vorgestellten neuen Computerspiel-Projekte beweisen es eindrücklich. Wir nennen sie die Spiele der dritten Generation – nach den grafischen Spielen der Anfänge und den bombastischen virtuellen Realitäten der Blockbuster jene Spiele, die neue ästhetische und interaktive Konzepte erproben. Es macht wenig Sinn, sie hier zu beschreiben, da es dafür noch keine Terminologie gibt. Am besten, man schaut selber rein unter www.gameculture.ch.

Und so sieht die Zwischenbilanz nach einem Jahr „GameCulture“ aus:

Das Medium Computerspiel ist 50 Jahre alt und entfaltet sich erst. Wir dürfen nicht in Vorurteilen steckenbleiben.

Technische Innovation fasziniert. Das lässt sich wirkungsvoll nutzen. Kulturförderung heißt ja nicht, bestimmte ästhetische Positionen zu fördern und andere zu unterdrücken, wie das seit 1968 in Europa in Mode ist. Kulturförderung heißt im Idealfall, alte, neue und neuste Medien zu befreien für den kreativen Geist des Individuums, sei es Gestalter oder Konsument. Technik ist seit je ein Treiber der Kunst. Wenn dem nicht so wäre, wir meditierten noch immer über Höhlenkritzeleien. Die virtuellen Welten der Spiele sind nicht magischer als jene der traditionellen Kunst. Kunst baut seit je auf Imagination. Spiele sind dafür interaktiv. Das ist neu!

Computerspiele bereiten dem kulturellen Aufsichtspersonal (also uns) Sorgen wegen dieser Individualisierung. Die Gamer sitzen zu Hause, wir haben keine Kontrolle über das Kollektiv wie im Theatersaal, es fehlt die auferlegte Verhaltensnorm, es fehlt an eingeübter Kritik, es fehlt die Normierung der Erfahrung, wie wir sie aus den Künsten kennen. Genau das macht Games so wichtig: Hier tun sich neue Räume der Phantasie auf, jenseits der sozialen Formatierung. Was, wenn nicht solche Prozesse, soll Kulturförderung unterstützen?

Foto: Stapferhaus Lenzburg

Mit der Ausstellung „Home – willkommen im digitalen Leben“ hat Pro Helvetia das Programm GameCulture 2010 eröffnet. „Home“ beleuchtet alle Aspekte der Digitalisierung des Alltags – natürlich digital

Die Vorbehalte, wie sie den Games begegnen, kannten alle neuen Medien. Was zählt, ist die Eigenverantwortung der Individuen. Bevormundung passt nicht zu Kulturpolitik. Entfaltung und Selbstverantwortung hingegen schon.

Der Verfasser ist Direktor von Pro Helvetia, Schweizer Kulturstiftung ■

Kultur ist der Spielraum der Freiheit

Der Kirchen-Kultur-Kongress der EKD in Berlin • Von Hannes Langbein

„Kultur ist der Spielraum der Freiheit“ – dieses Zitat von Dietrich Bonhoeffer stand als Motto über dem ersten „Kirchen-Kultur-Kongress“ der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD), der vom 15. bis 18. September in Berlin stattfand.

Erstmals hatte die EKD im Rahmen der Lutherdekade zu einem „Kirchen-Kultur-Kongress“ geladen und erstmals waren über 400 Kulturbegeisterte aus allen Teilen des Landes und aus allen Bereichen der kirchlichen Kulturarbeit gekommen, um in acht Themenbereichen (Architektur, Bildende Kunst, Film, Gedenkkultur, Interkultur, Literatur, Musik und Theater) mit über 120 Referentinnen und Referenten aus Kunst und Kultur ins Gespräch zu kommen – eine große, zur Hälfte mit Mitteln des Bundes geförderte Begegnungstagung, zehn Jahre nachdem sich die EKD im sogenannten „Konsultationsprozess Protestantismus und Kultur“ (1999-2002) und schließlich in ihrer Denkschrift „Räume der Begegnung“ (2002) programmatisch mit dem Verhältnis von Kirche und Kultur auseinandergesetzt hatte, gut fünf Jahre nachdem die erste Kulturbeauftragten des Rates der EKD, Petra Bahr, berufen worden war und nur wenige Wochen, bevor der ehemalige Ratsvorsitzende der EKD, Wolfgang Huber, für all dies als kirchenpolitisch treibende Kraft mit dem Kulturpreis des Deutschen Kulturrates, dem „Kulturgroschen“, ausgezeichnet wurde.

Warum hatte die EKD geladen? Nun: Spätestens seit dem Schicksalsjahr 2001 stehen die Zeichen – bisweilen etwas zu schnell – auf Religion, wenn kulturelle oder nationale Konflikte gedeutet werden. In den Feuilletons des Landes werden neue Altmeister wie Gerhard Richter, Neo Rauch oder Sigmar Polke für ihre Kirchenfenster gefeiert und renommierte Literaten und Journalisten geben sich mit einem lautstarken „Zurück zu den Wurzeln!“ als Gralshüter der wahren (katholischen) Religion. Große Museumshäuser wie das Deutsche Historische Museum („Die Calvinisten“), das Deutsche Hygiene Museum in Dresden („Kraftwerk Religion“) oder das Zentrum für Kunst und Medientechnologie in Karlsruhe („Medium Religion“) richten umfangreiche Religionsausstellungen aus. Und während umgekehrt Landeskirchen mit „Kulturbeauftragungen“ reagieren und vielerorts sogenannte

Weiter auf Seite 25

Foto: Andreas Schoelzel

Bereits bei der Eröffnung des Kongresses wurde Kultur in der Kirche gezeigt

Fortsetzung von Seite 24

„Kulturkirchen“ programmatisch ihre Tore für Kunst und Kultur öffnen, wurde schließlich – daran erinnerte der Schirmherr des Kongresses, Kulturstaatsminister Bernd Neumann, in seiner Eröffnungsrede – auch die Kulturpolitik durch den Bericht der Enquete-Kommission „Kultur in Deutschland“ (2007) und eine Sonderpublikation des Deutschen Kulturrats darauf aufmerksam, dass die beiden großen Kirchen eingedenk ihrer Kulturausgaben zu den maßgeblichen Kulturträgerinnen des Landes gehören. Kurz: Die thematischen Anknüpfungspunkte zwischen Kultur und Kirche hatten sich deutlich vervielfältigt. Höchste Zeit also, die Gesprächsfäden zu bündeln und auf breiter Basis ins Gespräch zu bringen. Dass dies – jenseits der zentralen Eröffnungsfeier in der Elisabethkirche in Berlin-Mitte – dezentral in acht Berliner „Kulturkirchen“ geschah, war – darauf wies die Kulturbeauftragte der EKD, Petra Bahr, in ihrem Eingangsreferat zur gegenwärtigen Bedeutung von „Kulturkirchen“ als Orte des lebendigen und bisweilen riskanten Miteinanders von Kirche und Kultur hin – durchaus programmatisch zu verstehen, ging es doch darum, dem Kongressmotto „Kultur ist der Spielraum der Freiheit“ konkrete Gestalt zu geben. Das Stichwort dazu hatte die Schirmherrin des Kongresses, Katrin Göring-Eckardt, in Anlehnung an eine Formulierung der Präambel des Kulturenquete-Berichtes in ihrem Geleitwort gegeben: Kultur brauche (durchaus auch kirchliche!) „Freiräume des Unverfügbaren“, um sich jenseits zweckrationalen Kalküls „vertiefen“ zu können. Und die Kirche brauche die Kultur als „Spielraum der Freiheit“, um sich unter den Bedingungen kultureller Erfindungskraft im Sinne einer lebendigen Tradition jeweils neu und anders sehen zu können. Genau darum sollte es in den acht Berliner Kulturkirchen gehen: Um das Suchen und Finden von Spielräumen, die sich Kultur und Kirche gegenseitig schaffen – mit dem Blick des Zweifelnden in Theater oder Kunst, mit der Imaginationskraft des Films oder der Literatur sowie der erhebenden Kraft der Musik, der Wucht der Begegnung mit dem Anderen oder der eigenen Geschichte in Interkultur und Gedenkkultur, schließlich der Architektur, der sich die Räume für all dieses verdanken. Ein Ende der Selbstgenügsamkeit und ein Anfang gemeinsamen Nachdenkens sollte es werden: Grundsatzfragen zur neuen Rolle der Bilder im wortgewandten Protestantismus, zum keineswegs trennscharfen Verhältnis von geistlicher und profaner Musik in der Kirche, zur Frage nach der integrierenden oder desintegrierenden Kraft von Kultur und Religion in aktuellen interkulturellen Debatten und zur kulturpolitischen Verantwortung der Kirche, spielten ebenso eine Rolle wie konkrete Fragen der kirchenkulturellen Praxis: etwa Urheberrechtsfragen in der Filmarbeit, das Verhältnis von Kirchenmusikern und Ordinierten oder das theatrale In-Szene-Setzen von biblischen Texten.

Die Suche nach den Spielräumen der Freiheit konnte und sollte dabei kein Selbstzweck sein. Schließlich gehört der reformatorische Freiheitsbegriff zu den kostbarsten und dabei kulturprägenden Errungenschaften der sich 2017 zum fünfhundertsten Mal jährenden Reformation. Einer ihrer wichtigsten Gewährsmänner – der Apostel Paulus, der als Grenzgänger zwischen den Religionskulturen das frühe Christentum auf die Freiheit vom religiösen Gesetz gründete und damit Luther das entscheidende Stichwort für ein neues befreiendes Gottesverständnis gab – hatte daher gleich zu Beginn des Kongresses seinen Auftritt: Im Musiktheater „Paulus – das ängstliche Harren der Kreatur“, einer Uraufführung im Auftrag des Kulturbüros der EKD, in dem die Regisseurin Annette Kuss den vom schwedischen Komponisten Thomas Jennefelt und Henze-Librettisten Christian Lehnert wirkungsvoll in die Gegenwart von Party, Talk-Show und Wut-Bürgern geholten Apostel als Zeitgenossen, als Suchenden, als Künstler des „als ob“ und damit als Visionär einer neuen Gesellschaft in Kooperation mit dem Deutschen Theater Berlin auf die Bühne der Berliner Elisabethkirche brachten. Hier liefen die Fäden des Kongresses zusammen: Musik, Literatur und Theater, Gedenkkultur, Interkultur und Architektur. Paulus als Freigeist. Damals und heute. Zwischen den Religionskulturen. Im Klang der Gegenwart. In einer Neuinterpretation der biblischen Texte. Im Auftrag der Kirche. Im Blick des zeitgenössischen Theaters. In einer Berliner Kulturkirche. Kurz: Im Spielraum der Freiheit.

Weitere Informationen zum Kirchen-Kultur-Kongress unter www.ekd-kkk.de. Der Deutsche Kulturrat war Kooperationspartner des Kirchen-Kultur-Kongresses.

Der Verfasser ist Wissenschaftlicher Referent im Kulturbüro der EKD in Berlin ■

Ein Ereignis von internationaler Relevanz

Das Reformationsjubiläum 2017 • Von Michael Kretschmer

Im Jahr 2017 feiern wir das Reformationsjahr. Der 500. Jahrestag von Luthers Thesenanschlag ist ein Ereignis von Weltrang. Denken wir allein an Chile, wo der Reformationstag nationaler Feiertag ist. Oder an Südkorea, wo der Protestantismus seit Jahren einen enormen Zulauf erfährt. Die Lutherdekade findet mit Kulturveranstaltungen, Ausstellungen, Kongressen und Tagungen statt.

Jedes Jahr der Lutherdekade ist einem Thema gewidmet, in welchem sich die Reformation widerspiegelt, sei es Bildung, Freiheit, Musik, Toleranz oder Politik. So erfolgt die Auseinandersetzung mit der Person Luthers und seinen Mitstreitern, wie Melanchthon oder Calvin, auf die die Reformation zurückzuführen ist. Es geht aber auch um die Darstellung der vielschichtigen Auswirkung der Reformation auf weite Teile unserer Gesellschaft.

Die Reformation steht für den Übergang vom Mittelalter zur Neuzeit und damit zur Freiheit. Die Person Luthers ist für uns das Symbol der Reformation, ein Symbol für eine Zeitenwende, nicht nur in Deutschland. Für weltweit über 400 Millionen Protestanten ist Deutschland das Ursprungsland ihres Glaubens und Luther der große Reformator.

Die Reformation hatte aber nicht nur Auswirkungen auf die Religion. Sie hat unserer Gesellschaft eine grundlegend neue Ausrichtung gegeben. Innerhalb der Lutherdekade wollen wir daher gezielte Fragen stellen: Wie kam es zu diesem Umdenken? Welche Auswirkung hat die Reformation nicht nur auf unsere Glaubenslandschaft, unsere Bildung, Kultur und das soziale Leben, auf unsere Sprache, Musik und Literatur?

Egal ob man sich einer der christlichen Kirchen zugehörig fühlt oder nicht, die Reformation um 1517 wirkt sich bis heute auf uns alle aus. Sie hat das neuzeitliche Leben und unsere Gesellschaft in Deutschland und in der Welt maßgeblich mit geprägt.

Auf Grund dieser essentiellen Relevanz für unser Selbstverständnis in Deutschland haben wir uns in der CDU/CSU dafür entschieden, einen Antrag zum Reformationsjubiläum in den Bundestag einzubringen. In diesem Antrag bekennen wir uns dazu, in Deutschland „die historische Bedeutung der Reformation als gesellschaftliches, kulturelles und religiöses Ereignis für Deutschland, Europa und die Welt in besonderer Form zu würdigen und die christliche Verwurzelung sowie die Beiträge des christlichen Glaubens und der Kirche zur sozialen Verantwortung, zur Ausbildung moderner Grundrechte und den Grundlagen der Demokratie zu diskutieren“.

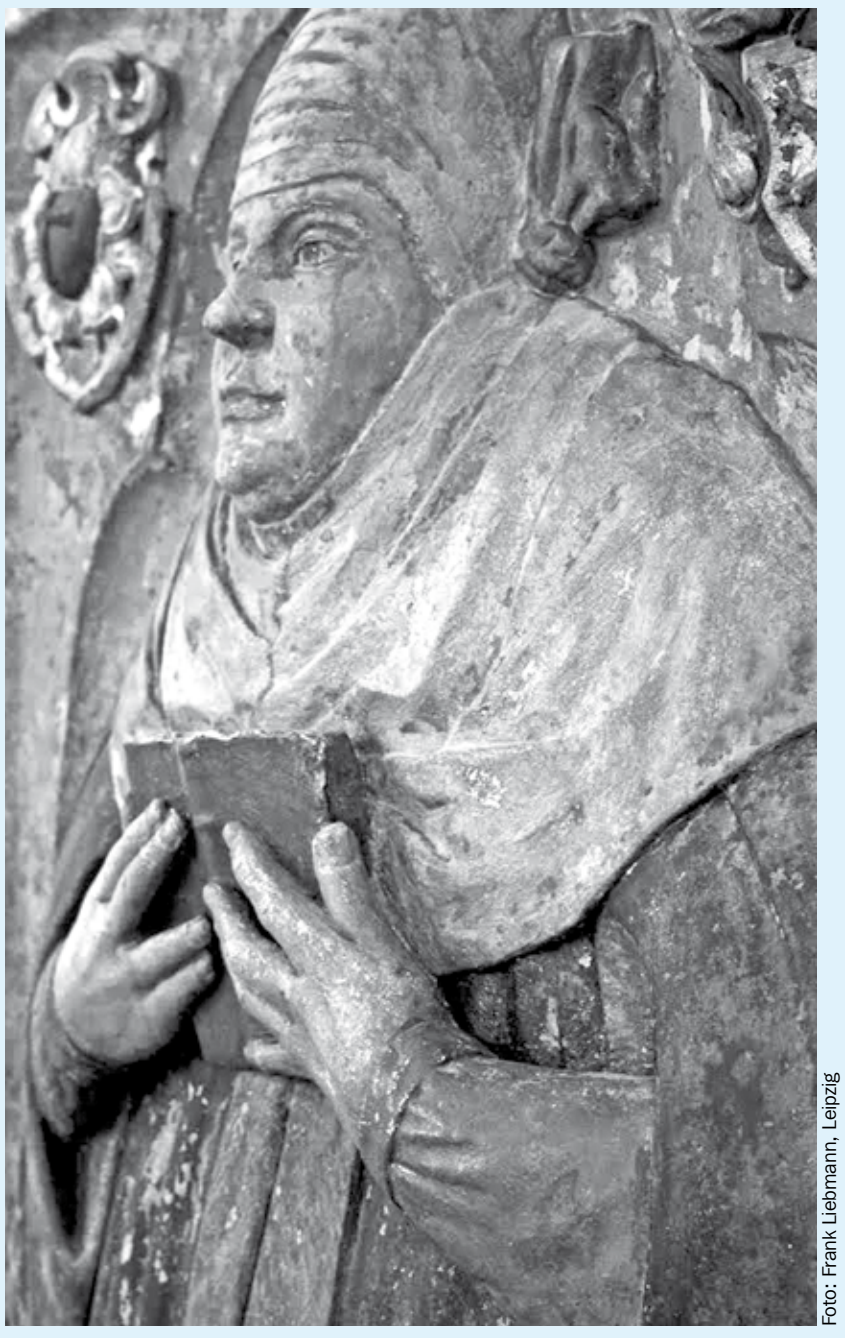


Foto: Frank Liebmann, Leipzig

Grabstein Katharina von Bora in der Stadtkirche „St. Marien“ Torgau

Neben dem feierlichen Gedenken und dem Bekenntnis zur Reformation bietet das Jubiläum 2017 auch eine Basis, um einen neuzeitlichen Diskurs über die Grundlagen unserer Kultur und unser Verhältnis zu anderen Kulturen zu führen.

Wir wollen uns unserer christlichen Werte bewusst werden, sie aber auch in einem neuen Kontext sehen und über das Verhältnis von Staat und Kirche sowie die Entwicklungen hin zu einer säkularen Welt diskutieren.

Die Ganzheitlichkeit der Reformation bedingt auch die politische Verantwortung des Bundes, sich an der Ausgestaltung der Lutherdekade und des Reformationsjubiläums zu beteiligen. Bereits seit einigen Jahren stellt der Bund jedes Jahr knapp eine Million Euro zum Unterhalt der Luthergedenkstätten bereit und beteiligt sich zudem an deren Sanierungen. Mit den fünf Millionen Euro, die in diesem Jahr im Haushalt des Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien eingestellt wurden, fördern wir darüber hinaus gezielt Kulturprojekte zum Reformationsjubiläum. Diese Förderung wollen wir bis zum Jahr 2017 fortschreiben. Angesichts der strikten Sparvorgaben der Haushalte ist das ein starkes Bekenntnis der Politik zur Bedeutung der Reformation.

Neben der rein finanziellen Beteiligung wirkt der Bund mit Vertretern von Politik und Kirchen sowie Wissenschaftlern auch in den zur Vorbereitung der Lutherdekade geschaffenen Gremien, dem Kuratorium und Lenkungsausschuss, mit.

Ziel ist es, einen möglichst breiten gesellschaftlichen Dialog zu führen. Wir wollen, dass sich die Menschen weltweit zu diesem Dialog eingeladen fühlen und ihr Interesse geweckt wird, Deutschland als die Urstätte ihres Glaubens zu besuchen. Darüber hinaus bietet dieses Ereignis die Möglichkeit, ökumenische Kontakte weiter zu vertiefen und die interreligiöse Debatte zu intensivieren.

Die Internationalität und der interreligiöse Dialog spielten daher bei der Vorbereitung des Reformationsjubiläums von Beginn an eine wichtige Rolle. In den benannten Gremien zur Vorbereitung der Lutherdekade wirken internationale Wissenschaftler und katholische Theologen mit. Dies ist innerhalb eines religiösen Diskurses durchaus nicht selbstverständlich.

Das Verhältnis von Kirche und Staat und die Ökumene sind immer noch hoch sensible Themen. Das sehen wir aktuell an den Diskussionen zum Papstbesuch in Deutschland. Die Kritik an seiner Rede im Bundestag oder die Äußerungen zu angeblichen „Machtansprüchen“ des Papstes vor seinem Treffen mit der Spitze der Evangelischen Kirche in Deutschland sprechen eine sehr deutliche Sprache.

Wir möchten daher mit Konferenzen, Ausstellungen und öffentlichen Dialogen zu mehr Offenheit und gegenseitigem Verständnis beitragen. Deutschland steht beim Reformationsjubiläum im Mittelpunkt der internationalen Vernetzung. Um so wichtiger ist es, dass es uns in den kommenden Jahren gelingt, den Funken der Begeisterung und das Verständnis für unsere Kultur hinauszutragen. Die Reformation betrifft Christen und Nichtchristen gleichermaßen. Nicht nur in Deutschland, sondern in der ganzen Welt.

Der Verfasser ist stellvertretender Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion für Bildung und Forschung, Kunst, Kultur und Medien ■

LUTHER2017

Die Frage nach Gott offen halten

Ein Porträt des Paters, Pädagogen und Malers Tobias Zimmermann • Von Andreas Kolb

Acryl auf Leinwand, fenstergroße Formate, starke Farben, figürliche Darstellung, reale und surreale Szenen, abstrakte und expressive Bildsprache – das sind äußere Merkmale der Malerei von Tobias Zimmermann. Er beschreibt seine Bilder und Zeichnungen als „aus spontanem Zugriff heraus entstehende Übermalungen, Verletzungen, Verdrängungen. Menschenmaschinen aus Staub, Fleisch, aus Körperflüssigkeiten und alten Wunden, die zur Gestaltbildung beitragen. Organismen entstehen, die mehr sind als äußere Körper."

Tobias Zimmermann hat sich nie gefragt, ob er Maler werden sollte, er musste einfach. Eine späte Berufung allerdings und auch nicht seine einzige. Als Künstler, Pädagoge und Pater fühlt sich Zimmermann gleich drei Berufungen verpflichtet. Der 1967 geborene Münchner ist 1990 in den Orden der Jesuiten eingetreten und wurde 2004 zum Priester geweiht. Nach Studien der Theologie, Philosophie und Kunstpädagogik in München war er seit 2003 als Schulseelsorger am Canisius-Kolleg in Berlin tätig, seit Mai 2011 ist er Rektor dieses Instituts.

Das Canisius-Kolleg Berlin ist ein staatlich anerkanntes, privates katholisches Gymnasium in Berlin-Tiergarten unter der Trägerschaft des Jesuitenordens. Das Kolleg wurde 1925 gegründet, die Nationalsozialisten schlossen es 1940. Nach dem Zweiten Weltkrieg wurde das Kolleg am 1. Juni 1945 wiedereröffnet. 2009 kam die Schule im Zusammenhang mit den Missbrauchsfällen an ihren Zöglingen in die Schlagzeilen. Ende Januar 2010 wurde ein Brief des damals amtierenden Kollegdirektors Pater Klaus Mertes an mehr als 600 ehemalige Schüler bekannt. Darin ging es um systematischen sexuellen Missbrauch an einer größeren Anzahl von Schülern durch zwei Patres in den 1970er- und 1980er-Jahren.

„Zunächst muss ich sagen", so Zimmermann, „ich hatte Glück. Den Höhepunkt des Skandals durchlebte und erlebte mein Vorgänger, Pater Mertes, der zum einen die Vorgänge öffentlich machte und zum anderen seine Amtszeit verlängerte, um das Thema zu einem gewissen ersten Abschluss zu bringen. Dann erst übergab er mir die Leitung – das fand ich sehr fair. Für mich war in dieser Zeit viel zerbrochen von dem Bild, das ich vom Orden hatte. Gerade in unserer Jugendverbandsarbeit haben wir im vergangenen Jahrzehnt versucht, die Jugendlichen stark zu machen für ihre Rechte. Umso tückischer ist es natürlich, dass es gerade auch das Canisius-Kolleg war, das 20 Jahre vorher der Spielplatz dieser Dinge war."

Diese Vorgänge weiter aufzuarbeiten und zu reflektieren bleibt für Zimmermann eine zentrale Aufgabe für seine Tätigkeit als Rektor. Missbrauch, Schuld, Eros und Gewalt sind aber auch Themata, die ihn in der Malerei umtreiben. „Das hat mit der Frage zu tun, wie kommt Geist ins Fleisch? Wo sind eigentlich all die Gewaltpotenziale aus zwei Weltkriegen und aus der Nachkriegszeit geblieben? Was passiert mit den Bildern von Leid, die wir jeden Tag sehen? Wo kommt die Gewalt in uns hin? Malerei ist in diesem Zusammenhang für mich so etwas wie Exorzismus. Sean Scully hat einmal gesagt: ‚Malen ist Schmerz fressen'. Er bringt es auf den Punkt, um was es mir geht."

Zimmermann betrachtet Malerei als Form der Geschichtengeneration. Seine Bilder sind zusammengesetzt aus sehr individuellen Bilderbruchstücken, kulturellem oder medialem Strandgut. Er hofft darauf, dass sie beim Betrachter neue Geschichten erzeugen. Diese Geschichten können helfen, Vergangenes ins Bewusstsein zu heben: „Sie wirken – wenigsten bei mir – als Exorzismen der Dämonen der Gewalt, die wir im kulturellen Erbgut mit uns tragen und in den Medienwelten täglich inhalieren."

Zimmermann arbeitet mit dem traditionellen Tafelbild oder auch mit großformatigen Zeichnungen, in denen Figuratives neben Abstraktem steht. In seinem Werk beschäftigt er sich mit der Frage nach der Inkarnation. „Nicht nur im streng christlichen Sinne, sondern weiter gefasst mit der Frage: Wie geschieht es, dass aus Geist Leib wird?" Der Inhalt wird dabei bereits im bildnerischen Prozess reflektiert. Rückblickend ist Zimmermann heute klar, dass es eine Verbindung zwischen Glaube und Malerei schon immer gegeben hat: „Malerei hatte für mich auch schon immer mit Gebet zu tun."

Es tauchen Fragen auf: Wie lassen sich die Berufungen zum Pater und zum Künstler vereinbaren? Wie reagiert die Kirche auf Zimmermanns Kunst? Ist er als Künstler frei oder unterliegt er gewissen Zwängen? Wie freizügig ist seine Kunst? Wann stößt er an seine Grenzen als Ordensmann und wann an die als Künstler?

Dazu Zimmermann: „Die beiden Wege zusammen zu bringen war nicht ganz einfach. Grundsätzlich fühle ich mich aber frei. Ich hab nicht das Gefühl, dass jemand versucht, mir eine Zensur aufzuerlegen. Natürlich gibt es bei uns Jesuiten Zensur in dem Sinne, dass wir uns abstimmen. Wenn ein Jesuit sich öffentlich äußert, tut er das nicht nur als Privatmensch, sondern immer auch als Jesuit." Dass er seine Zeit zwischen Malerei, Seelsorge und Pädagogik aufteilen muss, empfindet der Pater nicht als Beschränkung. Im Laufe der Zeit wurde ihm immer klarer, dass er jemand ist, „der die Auseinandersetzung mit den Kindern und Jugendlichen braucht, um überhaupt malen zu können. Ich hätte sonst das Gefühl mich in einen Elfenbeinturm zu verirren und den Kontakt zur Realität zu verlieren, wenn ich nur mich und meine Bilder hätte."

Pater Zimmermanns Malerei ist eine sehr persönliche Äußerung – wie bei jedem anderen Künstler auch. Andererseits steht sie auch in einem Bezug zur Kirche und zum Jesuitenorden, der von Ignatius von Loyola im 16. Jahrhundert mitbegründeten Gesellschaft Jesu. Die Auseinandersetzung mit sakraler Malerei ist für Zimmermann dennoch eher eine abstrakte: „Es gibt heutzutage eine gewisse Sprachlosigkeit der Kirche diesbezüglich. Sie versteht nicht mit autonomer Kunst umzugehen. Kunst lässt sich eben nicht mehr einfach in Dienst nehmen wie in früheren Epochen. Jede Kunst, die sich in Dienst nehmen lässt, ist keine Kunst mehr, sondern Propaganda."

Zimmermann postuliert aber auch, dass Pädagogik ähnlich wie die Kunst nicht zur Propaganda werden darf. „Unsere Aufgabe im Canisius-Kolleg kann nicht sein, junge Katholiken zu züchten. Unsere Aufgabe ist eine religiöse, nämlich die Frage nach Gott offen zu halten. Das ist mein Anliegen als Christ, es ist aber auch ein Bildungsanliegen. Nicht nur Kindern Kompetenzen vermittelt, sondern auch zu lehren, wie geht man mit der Bedeutungsfrage um. Das Neue daran wäre der interreligiöse Kontext. Gibt es eine Möglichkeit, dass sich christliche Schulen und in der Zukunft auch muslimische Schulen für ein gemeinsames religiöses Projekt zusammenfinden, in welchem religiöse Menschen versuchen, in der Pädagogik die Frage nach Gott offenzuhalten?"

Foto: privat

Pater Tobias Zimmermann

Zimmermanns Eintritt in den Orden der Jesuiten im Jahr 1990 hatte mit seinem einjährigen Lateinamerika-Aufenthalt 1989 zu tun. „Die Bibel lesen mit dem eigenen Leben und das eigene Leben mit der Bibel lesen: Das hatte ich für mich Ende der 1980er-Jahre in der Theologie der Befreiung entdeckt und halte es noch heute für ein hoch spannendes Programm. Die Bibel, ihre Botschaft, muss Fleisch werden in der persönlichen Geschichte eines Menschen. Ein sehr ignatianischer Gedanke."

Der Verfasser ist Redakteur von politik und kultur ■

Das Orchester

Magazin für Musiker und Management • Von Andrea Wenger

Schon seit 1953 erscheint das Magazin „das Orchester". Es ist eine Gemeinschaftsproduktion der Deutschen Orchestervereinigung und Schott Music. „das Orchester" ist die führende Fachzeitschrift für alle beruflichen Belange von Orchestermusikerinnen und -musikern. Darüber hinaus richtet sich das Magazin an Laienmusiker, Orchester- und Kulturmanager, Musikwissenschaftler und Konzertliebhaber.

Informationen rund um die großen Klangkörper – Orchester und Rundfunkchöre – stehen im Mittelpunkt der redaktionellen Arbeit. Auf circa 130 Seiten erscheinen Beiträge, Berichte und Interviews zu den Themen Musikerausbildung und Spielpraxis, Musik und Musikermedizin, Musikvermittlung und Education-Programme sowie Publikumsgewinnung und Kulturfinanzierung, Orchestermarketing und Orchestermanagement.

„das Orchester" wirft einen Blick auf die internationale Orchesterlandschaft, berichtet über die Arbeit der Rundfunkchöre und veröffentlicht Studien über Publikumsforschung. Weiter findet der Leser Berichte über Konzertreihen, Musiktheater, Musikfestspiele, Wettbewerbe und Tagungen, die das aktuelle Musikleben umfassend spiegeln. Dabei widmet sich jede Ausgabe einem thematischen Schwerpunkt.

So setzt sich beispielsweise die Juli/August-Ausgabe von „das Orchester" mit dem Thema Musikvermittlung als immer wichtiger werdende Aufgabe für Orchester, Konzerthäuser und Musiktheater auseinander. Dazu findet sich ein Interview mit Markus Fein, dem Dramaturgen und Programmplaner der Berliner Philharmoniker, über die Rolle des Musikvermittlers zwischen Kurator und Pädagoge. Weiter wird unter anderem ein Überblick über bestehende Aus- und Weiterbildungsangebote im Bereich der Musikvermittlung gegeben.

Die Juni-Ausgabe fragte nach der Vereinbarkeit von Musikerberuf und Familie. Wie werden Elternzeit und Kinderbetreuung in den Orchestern gehandhabt? Welche Möglichkeiten gibt es für Alleinerziehende im Orchester und was geschieht, wenn beide Elternteile im Orchester arbeiten? Fragen, denen in diesem Schwerpunktheft nachgegangen wird. Als positives Modell für ein besonders flexibles Betreuungsangebot wird die Kindertagesstätte „Spielzeit Stuttgart", die in Kooperation der Staatstheater Stuttgart gegründet wurde, vorgestellt.

Fester Bestandteil jeder Ausgabe sind Produktinformationen für Musiker, Kurzmeldungen sowie ausführliche Besprechungen neuer Bücher, Noten, CDs und DVDs.

Ein besonderer Service von „das Orchester" ist der Stellenmarkt, es ist die Zeitschrift mit der größten Jobbörse für Orchestermusikerinnen und -musiker weltweit. Dieser ist für Abonnenten auch im Internet abrufbar. Weiter werden kurze Zusammenfassungen der Hauptartikel auf Englisch angeboten.

Schwerpunkt der aktuellen Ausgabe des Magazins ist das Thema „Exoten".

Die Verfasserin ist Volontärin beim Deutschen Kulturrat ■

Das Orchester

Name:
das Orchester – Magazin für Musiker und Management
Herausgeber:
Schott Music GmbH & Co. KG
Chefredaktion:
Gerald Mertens, Dr. Ulrich Ruhnke (Deutsche Orchestervereinigung)
Erscheinen:
Elf Ausgaben im Jahr (Doppelheft Juli/ August)
Auflage:
20.000 Exemplare

Inhalt:
Musikerausbildung und Spielpraxis, Musikvermittlung und Education-Programme, Publikumsgewinnung und Kulturfinanzierung, Orchestermarketing und Orchestermanagement, Arbeit der Rundfunkchöre, Aktuelle Berichte über Konzertreihen, Musiktheater, Musikfestspiele, Wettbewerbe und Tagungen, Besprechungen von Büchern, Noten, CDs, DVDs

Schwerpunkte der letzten Ausgaben:
Musikvermittlung – Generation 3.0
Familienfreundlich? – Wie vereinbar sind Musikerberuf und Familie?
Ungenutzte Potentiale? – Finanzierungsmöglichkeiten jenseits der öffentlichen Förderung
Konsolidierung – Die Zukunftsdebatte muss jetzt beginnen!

Digitalisierung:
Kunst und Kultur 2.0

Welchen Herausforderungen muss sich der Kulturbereich mit Blick auf die Digitalisierung stellen? Wie sehen die neuen Verbreitungsformen von künstlerischen Inhalten aus? Wie gestaltet sich europäische und nationale Medienpolitik im digitalen Zeitalter? Was bedeutet der Vorschlag einer Kulturflatrate? Wie verändert sich das wissenschaftliche Publizieren durch die Digitalisierung und was wollen Wissenschaftler? Was können Verlage in Zeiten der Digitalisierung leisten?

Digitalisierung: Kunst und Kultur 2.0
Hg. v. Olaf Zimmermann
und Theo Geißler. 240 Seiten. 14,90 Euro + Versand.
ISBN 978-3-934868-25-0

Bestelladresse: Deutscher Kulturrat, Fax: 030/24 72 12 45
oder: www.kulturrat.de/shop.php

Vom Bohren dicker Bretter

Von der Erfolgsgeschichte der Bundesakademie Wolfenbüttel • Gabriele Schulz im Gespräch mit Karl Ermert

Die Bundesakademie für kulturelle Bildung Wolfenbüttel feiert in diesem Jahr ihr 25-jähriges Bestehen. Grund genug, einen kurzen Blick zurück zu werfen und auf die gegenwärtigen Herausforderungen zu blicken.

politik und kultur: In diesem Jahr wird die Bundesakademie Wolfenbüttel 25. Nach den ersten Aufbaujahren haben Sie als Direktor die Bundesakademie deutlich profiliert, ihr ein Gesicht und Standing gegeben. Was war für Sie in der Rückschau eigentlich das Wichtigste in Ihrer Arbeit?

Karl Ermert: Zunächst einmal vielen Dank für das Kompliment! Die Bundesakademie insgesamt und speziell die Programmleiter haben schon zu der Zeit, als ich hier anfing, hervorragende Arbeit geleistet. Aber das Haus war damals eher noch ein weit verbreiteter Geheimtipp. Ich hatte mir vorgenommen, einerseits die Bundesakademie mehr in das allgemeine Bewusstsein zu bringen und andererseits das allgemeine Bewusstsein mehr in die Bundesakademie. Ein Beispiel hierfür ist der kulturpolitische Diskurs, für den ich als Direktor stehe. Zwar ist die übliche seminaristische Fortbildung in den verschiedenen Programmbereichen immer Kernarbeit der Bundesakademie geblieben, quantitativ und qualitativ, durch diese zusätzliche Dimension der Öffnung nach außen ist aber ein Feedback zustande gekommen, was für alle Beteiligten gut war. Die Bundesakademie wurde auf diese Weise anders wahrnehmbar und auch für andere Zielgruppen. Ein Übriges tun die Publikationen aus unserer Arbeit in unserer Reihe Wolfenbütteler Akademie-Texte, von denen seit 2000 inzwischen 50 Bände erschienen sind.

***puk*:** Haben Sie diese kulturpolitischen Tagungen als Ergänzung oder auch als Konkurrenz zu dem gesehen, was von verschiedenen Fachverbänden angeboten wird?

Ermert: Ich denke nicht in Konkurrenz zu den Kulturverbänden. Ich war und bin einfach der Überzeugung, dass die – auch öffentliche – kulturpolitische Reflektion in eine Einrichtung wie die Bundesakademie gehört. Ein Highlight sind dann solche Tagungen, bei denen sich Positionen ein bisschen verflüssigen. Ich erinnere mal an die Veranstaltung zum Thema Kulturstaatsziel, die wir beide miterlebt haben und in der das wirklich wunderbar passiert ist. Kulturleute, Kulturverbandsleute und Kulturpolitiker haben eine Menge gelernt von den Juristen, und diese aber auch umgekehrt. Das ist das, was man eigentlich immer sucht bei solchen Veranstaltungen.

***puk*:** In dem Quartett der Bundesakademien, also Remscheid, Trossingen, Rheinsberg, Wolfenbüttel, wie würden Sie die Position von Wolfenbüttel beschreiben?

Ermert: Trossingen und Rheinsberg haben insoweit eine Sonderstellung, weil sie sich ausschließlich um Musik kümmern. Sowohl in Remscheid als auch in Wolfenbüttel wird die gesamte Breite der Kulturarbeit bzw. der kulturellen Fortbildungsarbeit vertreten. Remscheid ist mit Blick auf seine Kapazität und seine Programmbereiche doppelt so groß wie Wolfenbüttel. Ich würde den Unterschied so formulieren, dass Remscheid auf die kulturelle Kinder- und Jugendarbeit ausgerichtet ist und dort vor allem die Menschen aus dem (sozial-)pädagogischen Bereich angesprochen und kulturpädagogisch qualifiziert werden. Wolfenbüttel ist dagegen stärker an der künstlerischen Tätigkeit selbst orientiert. Hier wird versucht, ausgehend von der künstlerischen Tätigkeit in Richtung Kulturvermittlung zu qualifizieren, und zwar für alle Altersgruppen.

***puk*:** In den 25 Jahren des Bestehens der Bundesakademie hat sich auch die Weiterbildungslandschaft stark verändert. Unter anderem wollen sich auch Hochschulen als Weiterbildungsanbieter profilieren. Wie sehen sie diese Entwicklung, erwächst hieraus eine neue Konkurrenz oder sind das eigentlich vollkommen getrennte Felder?

Ermert: Zunächst einmal ist natürlich nichts voneinander strikt getrennt. Letztlich entscheiden die Interessenten, die Kunden, wo sie hingehen. Selbstverständlich ist der Markt endlich, und je mehr Anbieter es gibt, desto mehr Konkurrenz gibt es. Wir in Wolfenbüttel denken aber nicht in der Kategorie der Konkurrenz und richten unser Programm danach aus, sondern bieten das in möglichst guter Qualität an, was wir für richtig halten, und lassen dann den Markt entscheiden. Wenn ich mir die Geschichte der letzten Jahre und unsere Nachfrage angucke, komme ich zu dem Schluss, so schlecht liegen wir mit diesem Vorgehen nicht.

***puk*:** Sie vertrauen also ihrer Verankerung in der Szene und dass Sie merken, was die sich entwickelnden Bedarfe sind. Von außen betrachtet ist in meinen Augen das Thema demografischer Wandel ein gutes Beispiel für ein solches Vorgehen. Ich meine, Sie haben die ersten Tagungen zu diesem Thema zu einem Zeitpunkt gemacht, als noch kaum jemand darüber gesprochen hat.

Ermert: Dem will ich nicht widersprechen. Ich denke, die Qualität der Arbeit der Bundesakademie besteht aus zweierlei: Einmal, dass wir uns tatsächlich auf Erwachsenenpädagogik einlassen. Wir nehmen unsere Teilnehmer ernst und beteiligen sie am inhaltlichen Geschehen. Ich glaube, es geht jedem erwachsenen Menschen so, der eine Fortbildung besucht hat, dass die Beiträge, die die Kolleginnen und Kollegen einbringen können, oft genauso wichtig sind wie das, was die Dozentinnen und Dozenten einbringen. Ich meine, wir sind in diesem Bereich ziemlich gut. Das andere ist die Frage der Themenwahl. Die Themenwahl hat natürlich damit zu tun, dass wir in einem permanenten Kommunikationsprozess zwar auch mit der Wissenschaft, aber eben vor allem mit der Praxisszene sind. Und, nichts gegen die Hochschulen, sie befinden sich im wissenschaftlichen Paradigma und haben darin ihre Stärken, aber genau diesen permanenten Kommunikationsprozess mit der Praxis haben sie nicht.

***puk*:** Wenn ich die letzten fünf Jahre zurückschaue, gibt es eigentlich kein Thema, dass so an Wahrnehmung gewonnen hat wie die Kulturelle Bildung. Spüren Sie diesen Boom der kulturellen Bildung?

Ermert: Ganz eindeutig!

***puk*:** Noch einmal genauer nachgefragt, bemerken Sie ihn bei der Nachfrage oder insgesamt in den Debatten in Ihren Kursen und Seminaren?

Ermert: Also zunächst, wir müssen unsere Teilnehmer nicht missionieren. Sie kommen gerade, weil sie sich für Kulturelle Bildung interessieren. Aber Sie haben Recht, allgemein ist festzustellen, in den gesellschaftlichen und politischen Diskussionen, in der Literatur, dass das Thema Kulturelle Bildung eine enorme Konjunktur erfährt. Zum Teil tatsächlich als Bildung, zum Teil als Vermittlung. Speziell die Notwendigkeit der Kulturvermittlung ist inzwischen z. B. auch in den Kultureinrichtungen angekommen. Das merken wir deutlich, und das schlägt sich natürlich auch in der Nachfrage nieder.

***puk*:** Macht sich das auch daran bemerkbar, dass Sie andere Teilnehmerkreise gewinnen können? Teilnehmer, die das Thema Kulturelle Bildung jetzt erst für sich entdecken?

Ermert: Aus dem Bauch heraus würde ich nicht sagen, dass plötzlich Teilnehmer kommen, die vorher gar nicht im Blick waren. Wir hatten schon immer Kulturschaffende aller Sparten, die sich in Fragen der Vermittlung qualifiziert haben. Aber Vermittlung ist nicht alles. Die Stärke von Wolfenbüttel liegt meines Erachtens darin, dass die Kulturvermittler, die kommen, auch künstlerisch arbeiten. Kunstlehrer beispielsweise, die sich künstlerisch fortbilden, die noch einmal zu ihrer künstlerischen Substanz zurückkehren.

***puk*:** Mal wieder Kraft tanken! Künstlerische Kraft tanken!

Ermert: Genau das ist es. Was ich eben für die Kunstlehrer gesagt habe, gilt ebenso für Theaterpädagogen, für Musiker und Musikvermittler. Chorleiter lernen hier nicht nur Chor leiten, sondern sie singen wieder selbst, lernen neue Literatur kennen, arrangieren usw.. Diese eigene künstlerische Erfahrung, die hier gemacht wird, kann anschließend zu Hause weitergegeben werden. Die methodische Schulung der Vermittlung ist also nur ein Aspekt, der andere, die künstlerische Arbeit, ist in meinen Augen genauso wichtig.

***puk*:** Das leuchtet mir sehr ein, weil ich mir vorstellen kann, dass gerade bei denjenigen, die längere Zeit im Beruf sind, die eigene künstlerische Ausbildung in den Hintergrund tritt und die Vermittlung an Bedeutung gewinnt. Bleiben wir noch bei den Künstlern. Sie bieten auch sogenannte Professionalisierungsseminare für Künstler an. Für Künstler, die bereits im Beruf tätig sind und die zusätzliche Qualifikationen erwerben wollen, um sich am Markt besser bewähren zu können. Ich persönlich denke inzwischen, dass dieser Weg vielleicht auch ganz gut ist, dass die Künstler in ihrer Ausbildung nicht sofort an den Markt denken, sondern erst einmal sich ausprobieren und ihren künstlerischen Weg suchen. Sehen Sie das ähnlich?

Ermert: Ja, ich stimme Ihnen zu. Wenn Studierende in den künstlerischen Disziplinen sozusagen vom dritten Semester ab schon lernen müssten, was am Markt geht und was nicht, dann kann eigentlich gar nicht die Substanz ausgebildet werden, die später den eigenen Weg überhaupt eröffnet und, nebenbei gesagt, auch die Substanz darstellt, die dann vielleicht auf dem Markt untergebracht werden kann. Wenn Künstler gleich von vornherein marktgängig getrimmt werden, dann wird genau diese Chance vertan. Wir versuchen mit unseren Professionalisierungsseminaren, die zuerst im Bereich Bildende Kunst, jetzt auch im Programmbereich Musik angeboten werden, eine Brücke zu schlagen zwischen der künstlerischen Ausbildung und dem Marktgeschehen. Beides läuft gut. Die faktische Einschränkung liegt im Materiellen. In diesen Seminaren haben wir es mit einer Kundschaft zu tun, die so gar kein Geld hat. Wir können als Haus diese Seminare nur anbieten, wenn wir dafür eine zusätzliche Finanzierung aus Drittmitteln einwerben können.

***puk*:** Aber auch Kulturvermittler müssen die Seminare besuchen können. Haben Sie den Eindruck, dass sich die Finanznot von Kultureinrichtungen bemerkbar macht?

Ermert: Nein, bislang schlägt das nicht durch. Die Nachfrage bei uns ist nicht zurückgegangen, sondern sie hat in den letzten Jahren sogar enorm

Foto: privat

Karl Ermert

zugenommen. Inzwischen liegen die Teilnehmerzahlen ein Drittel über dem, was noch vor einigen Jahren normal war. Hätte mir das jemand vor 10 Jahren gesagt, hätte ich dies für zu optimistisch gehalten. Die materielle Seite, also der Preis für Fortbildungsveranstaltungen, wirkt offenbar nicht als Hemmnis. – Allerdings muss man auch sehen, dass ein Seminarplatz an der Bundesakademie mit öffentlichen Mitteln ungefähr so gefördert wird wie ein Opernplatz, also 1:5 bis 1:6. Das ist in meinen Augen auch gut investiertes Geld für die Qualität der Kulturellen Bildung als positivem gesellschaftlichen Faktor. Aber trotzdem, jeder Einzelne, der aus seiner privaten Tasche die Teilnahme bezahlen muss, muss den Betrag erst einmal aufbringen. Und das sind immerhin 60 % unserer Teilnehmer. Ich habe nur die allergrößte Hochachtung vor den Leuten, die hierher kommen, die sich erstens von zu Hause weg bewegen, die die Reisekosten und die Teilnahmegebühr bezahlen. Da kommen schnell mal für ein Wochenende 200 bis 400 Euro zusammen. Wir haben es eben hier immer mit Menschen zu tun, die wirklich etwas wollen. In unseren Teilnehmerbefragungen, die wir seit 2003 regelmäßig machen, haben wir aber auch festgestellt, dass im Laufe der letzten sieben, acht Jahre mehr Teilnehmer in Institutionen angestellt sind. Viele zwar befristet, aber immerhin sozialversicherungspflichtig beschäftigt. Dem entsprechend ist auch der Teil der Teilnehmer gestiegen, deren Fortbildungskosten ganz oder teilweise von ihren Arbeitgebern übernommen werden.

***puk*:** Ist der gestiegene Anteil an Angestellten aus Ihrer Sicht auch ein Indiz für eine Professionalisierung dieses Bereiches? Ein Hinweis darauf, dass bei den Arbeitgebern im kulturellen Bereich der Kulturvermittlung bzw. der kulturellen Bildung ein stärkeres Gewicht beigemessen wird?

Ermert: Das meine ich schon. Zum einen gewinnt die Kulturvermittlung in den Kulturinstituten an Bedeutung. D.h. auch, das Bewusstsein steigt, hier investieren zu müssen. Zum anderen nehme ich es als Kompliment auf, dass wir als Haus bei den Arbeitgebern angekommen sind. Den Mitarbeitern wird eine Fortbildung bei uns ermöglicht. In unseren Teilnehmerbefragungen konnten wir sehen, dass der Anteil derjenigen, die zum ersten Mal durch ihren Arbeitgeber von der Bundesakademie erfahren haben, kontinuierlich gestiegen ist. Das zeigt: unsere Arbeit diffundiert auch ins Bewusstsein der Arbeitgeber. Manchmal braucht es schlicht und ergreifend auch Zeit, um dort anzukommen, wo man heute steht.

***puk*:** Ja, glaube ich auch! Denn steter Tropfen höhlt den Stein.

Ermert: Wenn ich mir als Beispiel unseren Programmbereich Museum anschaue, dann werden die ersten, die Kurse in Wolfenbüttel als Volontäre besucht haben, jetzt Museumsdirektoren. Die haben natürlich eine ganz andere Verbindung zur Bundesakademie, als das in den Anfangsjahren der Fall war. Überhaupt ist das Thema Zeit unglaublich wichtig und meistens unterschätzt. Von politischen Diskussionen über Modellversuche und viele gute Beispiele, die sich dann entwickeln, bis dahin, dass etwas zum Standardprogramm, quasi Allgemeingut, geworden ist, das dauert einfach seine Zeit. Niemand kann davon ausgehen, dass nach einem guten Seminar, einer schönen Tagung – selbst guten Artikeln in der *puk* – sich die Welt schon verändert. Wenn wir Glück haben, verändert sie sich ein wenig im Verlaufe der nächsten fünf Jahre.

***puk*:** Das kann ich vor dem Hintergrund meiner eigenen beruflichen Arbeit nur bestätigen. Als ich vor fast zwanzig Jahren an der Erstellung der Konzeption Kulturelle Bildung II mitgearbeitet habe, war Kulturelle Bildung ein Nischenthema. Der Kulturrat, aber auch viele andere Institutionen haben immer wieder auf die Bedeutung der Kulturellen Bildung für die Persönlichkeitsentwicklung, aber auch als Zugangschance zur Teilhabe an Kunst und Kultur und damit an gesellschaftlicher Kommunikation allgemein hingewiesen. Heute können die Früchte dieser jahrzehntelangen Arbeit geerntet werden. Kulturelle Bildung gehört zu den Standardthemen im kulturpolitischen Kontext.

Ermert: Inzwischen muss man schon fast Angst haben, dass es zu einer Übersättigung kommt. Aber Sie haben etwas ganz Wichtiges angesprochen. Wir bewegen uns ja ständig in einer Szene und unter Leuten, bei denen wir bestimmte Dinge als selbstverständlich voraussetzen können. Und nach einer gewissen Zeit hält man sie auch für selbstverständlich, bis zu dem Augenblick, in dem man außerhalb dieser Szene plötzlich bemerkt, das, was ich für selbstverständlich halte, ist es doch nicht. Ich behaupte mal, dass für die restlichen 90 % der Welt nichts von dem selbstverständlich ist, was wir in der Kulturszene für selbstverständlich halten. Wir müssen unsere Themen noch viel länger zäh und nachhaltig in die gesellschaftlichen Debatten – auch jenseits unserer Szene – einbringen, auch wenn wir sie selbst vielleicht schon gar nicht mehr hören können.

***puk*:** Erlauben Sie mir zum Schluss noch eine Zukunftsfrage, Sie werden demnächst in Ruhestand gehen. Was wünschen Sie Ihrem Nachfolger, Ihrer Nachfolgerin?

Ermert: Ich wünsche ihr oder ihm, dass sie/er so viel Glück hat wie ich, gute Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter z. B. und eine verlässliche Finanzierung. Aber dann kommt noch ein spezielles Glück dazu. Man denkt sich zwar Dinge aus und bringt sie auf den Weg und arbeitet dafür auch viel. Ob sie aber schließlich glücken, das hat man manchmal nicht selbst in der Hand. Dafür braucht man Glück, das Glück der Fügung, das man auch Fortüne nennt. Da, muss ich sagen, bin ich eigentlich ganz zufrieden mit der Zeit, die ich in Wolfenbüttel hatte. Und diese Fortüne wünsche ich meiner Nachfolgerin/meinem Nachfolger auch.

puk: Herr Ermert, das ist ein schönes Schlusswort. Ich danke Ihnen herzlich für das Gespräch.

Karl Ermert ist seit 1999 Direktor der Bundesakademie für kulturelle Bildung Wolfenbüttel. Gabriele Schulz ist Stellvertretende Geschäftsführerin des Deutschen Kulturrates ■

Karikatur: Dieko Müller

Kurz-Schluss

Wie ich einmal versuchte, deutsche Kultur in die Wertschöpfungskette zu hieven

Da schafft man als hochprofessioneller Nachrichten-Manipulateur und Desinformations-Meister die besten Voraussetzungen für eine Euro-Rettung (siehe *puk* 5 /11) – und was ist der Dank? Die Versetzung in den gesellschaftlich betrachtet bedeutungslosesten Ekelwinkel der Republik, ins deutsche Kulturleben. Auch noch mit der Maßgabe aus der Chefetage, diesen Augiasstall, diesen Tummelplatz eitler Nichtsnutze und ökonomisch irrelevanter Opportunisten und schier psychotischer Individualisten aufzuräumen und in eine rentable Wertschöpfungskette einzugliedern. Bin ich Herkules?

Die erste Bestandsaufnahme: Ein Horrortrip. Totale Marketing-Impotenz. Mit uncoolen Claims wie „Ohne Musik keine Bildung“ (kann man auch umdrehen – und nie war sie so wertvoll wie heute) oder „Kultur gut stärken“ (wo ist die nächste Mucki-Bude?) versucht eine wählerstimmenmäßig gar nicht so unbedeutende Randgruppe krampfhaft auf sich aufmerksam zu machen. Das nennt sich dann die Vertretung der Kreativen! Nein, so nicht. Kein Wunder, dass sich die wirklichen Künstler dieser effektlosen Funktionärshuberei entziehen. Denkt man an echt erfolgreiche PR-Initiativen („Geiz ist geil“ von Charlotte Roche, „Ich bin doch nicht blöd“, Günther Grass – oder den genialen Schöfferhofer-Weizen-Bauchnabel-Film von Wim Wenders) dann weiß man, wo man das brauchbare Kulturschöpfungs-Humankapital zu suchen hat.

Dazu ist allerdings eine solide materielle Basis nötig – denn Genies sind eben nun mal nicht blöd. Für einen Spitzen-Netzwerker wie mich das geringste Problem: Ich rufe meinen alten Mitkämpfer im Geiste Milton Friedmans – den tollen alten Spekulations-Akrobaten Josef Ackermann an und ködere ihn mit folgendem Projekt: In einem längst fälligen 3-D-Remake von „ET“ (Regie: Chuck Norris, Assistenz und deutsche Bearbeitung: Volker Schlöndorff) ist der bezaubernde und herzerwärmende Außerirdische ein Avatar des Noch-Deutsche-Bank-Chefs. Zum Happy-End geht's aber dann nicht ab in ein Raumschiff (auch diese Variante hätte sich der scheidende Josef unter glucksendem Gelächter vorstellen können). Vielmehr endet das Ganze in einem himalayagroßen strahlenden Gral des Kapitals, in dem sich der rührend übermenschliche Breitmaul-Alien nach einem Kuss von Lady Gaga in – (Sie haben es erraten, verraten es aber bitte nicht weiter) Josef Ackermann verwandelt. Was für ein Denkmal, was für ein Sympathietool.

Schwupps, zwanzig Milliarden für die wirkliche Kultur, die fiskalisch über ohnehin nötige Griechenland-Abschreibungen verrechnet werden – und deshalb nicht sonderlich bilanzrelevant sind. Eine erste Tranche investiere ich sofort in die Heilung des gestörten Verhältnisses zwischen Finanzinstituten und Politik – natürlich im Dienste der Kultur. Gewissermaßen als „Schuhlöffel“– Protagonisten gucke ich mir listig den leicht mautbeschädigten Verkehrsminister Peter Ramsauer (CSU) aus. Während eines Bundeswehrfluges zu seiner Jagdhütte am tansanischen Lake Manyara überzeuge ich den begeisterten Klavierspieler fast schwerelos im Rahmen einer geschickten Umweg-Finanzierung zu maximalem kulturellem Engagement: Ich brauche nur kurz anzudeuten, dass so manche deutsche Politiker-Karriere dank soliden Autobahn-Ausbaues schier kometenhaften Aufschwung genommen hat – schon hab ich Ramsauer an meiner Seite.

Foto: C. Oswald

Theo Geißler, Herausgeber von *politik und kultur* und Moderator von „taktlos“

Gegen unauffällige Zahlung von acht Milliarden, die eine imageramponierende Einführung der PKW-Maut kurzfristig überflüssig machen, setzt er sich an den Flügel und spielt zusammen mit dem Orchester der Deutschen Oper Berlin sedierende Klassik ein. Titel der CD: „Adagio im Auto“. Dabei handelt es sich – so die musikalisch-moralische PR-Strategie – um eine Verkehrssicherheitsaktion mit „künstlerischen Mitteln“: Die CD enthält ausschließlich langsame Mittelsätze aus Mozarts Klavierkonzerten und folgt damit Untersuchungen, die ruhige, klassische Musik mit einer entspannteren Fahrweise und somit einer verbesserten Sicherheit im Straßenverkehr in Zusammenhang stellen. Taff was? Und der Kulturkreis der deutschen Wirtschaft im BDI e.V. zusammen mit seinen Projektpartnern KRAVAG, BGL und SVG sitzt hiermit auch schon in unserem flott Fahrt aufnehmenden Kulturverwertungs-Dampfer.

Um die Bildenden Künstler nützlich einzubinden, hab ich Ramsauer noch einen für deren Verhältnisse bestens dotierten Verschönerungs- und Neugestaltungs-Wettbewerb in Sachen Mautbrücken abgeschwatzt. Diese phantasielosen Industriebauteile können wirklich ein wenig Farbe vertragen. Der Contest wird regional – also flächendeckend – ausgeschrieben und wirkt prima düngend nach dem Gießkannen-Prinzip, schafft erstmal dem Brummi-Fahrer ein warmes, kulturhaltiges Bauchgefühl. Im Gegenzug soll ich für die endgültige Privatisierung der Rundfunkanstalten des Öffentlichen Rechtes sorgen. Da liegt ein enormes Sparpotenzial. Dank einer Generalamnestie für all ihre Mitarbeiter habe ich die frischgebackene Intendantin des Mitteldeutschen Rundfunks, Karola Wille, schon überzeugt. Wenn all das keine Herkules-Leistung ist…

Theo Geißler ■

Impressum

politik und kultur

Zeitung des Deutschen Kulturrats

Deutscher Kulturrat e.V.
Bundesgeschäftsstelle
Chausseestraße 103, 10115 Berlin
Tel: 030/24 72 80 14, Fax: 030/24 72 12 45
Internet: www.kulturrat.de, E-Mail: post@kulturrat.de

Herausgeber
Olaf Zimmermann und Theo Geißler

Redaktion
Olaf Zimmermann (Chefredakteur v.i.S.d.P), Gabriele Schulz (Stv. Chefredakteurin), Stefanie Ernst, Andrea Wenger, Barbara Haack, Andreas Kolb

Redaktionsassistenz
Tatjana Gridnev, Carolin Ries

Anzeigenredaktion
Martina Wagner, Tel: 0941/945 93 35, Fax: 0941/945 93 50
E-Mail: wagner@nmz.de

Verlag
ConBrio Verlagsgesellschaft mbH
Brunnstraße 23, 93053 Regensburg, E-Mail: conbrio@conbrio.de

Herstellung
Petra Pfaffenheuser, ConBrio Verlagsgesellschaft

Druck
Gießener Anzeiger Verlags GmbH und Co KG, Gießen

Erscheinungsweise
6 Ausgaben im Jahr

Preis/Abonnement
3,00 Euro, im Abonnement 18,00 Euro, inkl. Porto im Jahr

Aboverwaltung/Bestellmöglichkeit:
Deutscher Kulturrat e.V., Chausseestraße 103, 10115 Berlin,
Fax: 030/24 72 12 45, E-Mail: post@kulturrat.de

puk ist im Abonnement, in Bahnhofsbuchhandlungen, großen Kiosken sowie an Flughäfen erhältlich.

Alle Ausgaben von *politik und kultur* können von der Homepage des Deutschen Kulturrates (http://www.kulturrat.de) heruntergeladen werden.
Ebenso kann der kostenlose Newsletter des Deutschen Kulturrates (2-3mal die Woche) unter http://www.kulturrat.de abonniert werden.

Für unaufgefordert eingesandte Manuskripte und Fotos übernehmen wir keine Haftung. Alle veröffentlichten Beiträge sind urheberrechtlich geschützt. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung des Deutschen Kulturrates e.V. wieder.

politik und kultur bemüht sich intensiv um die Nennung der Bildautoren. Nicht in allen Fällen gelingt es uns, die Bildautoren ausfindig zu machen. Wir freuen uns daher über jeden Hinweis und werden nicht aufgeführte Bildautoren in der nächsten erreichbaren Ausgabe von *politik und kultur* nennen.

Gefördert aus Mitteln des Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien auf Beschluss des Deutschen Bundestages

ISSN 1867-5557

inter|kultur

Nov. – Dez. 2011 | Regelmäßige Beilage zu politik & kultur | Ausgabe 13

Zum kontinuierlichen Dialog beitragen

Strukturbedingungen für nachhaltige kulturelle Bildung / Von Max Fuchs

Warum befasst sich ein Spitzenverband wie der Deutsche Kulturrat mit den Strukturbedingungen für nachhaltige interkulturelle Bildung? Und warum braucht er dafür die Zusammenarbeit mit Migrantenorganisationen? Ist es ein Aufspringen auf die Integrationsdebatte oder geht es um mehr?

Fragen, die zu Recht an das nunmehr zu Ende gehende, vom Bundesministerium für Bildung und Forschung geförderte Projekt „Strukturbedingungen für eine nachhaltige interkulturelle Bildung“ gestellt werden können. Zuerst einmal: neu ist die Beschäftigung mit interkultureller Bildung für den Deutschen Kulturrat nicht. Bereits im Jahr 2007 wurde die Stellungnahme „Interkulturelle Bildung – eine Chance für unsere Gesellschaft“ verabschiedet. In dieser Stellungnahme, die im Fachausschuss Bildung des Deutschen Kulturrates erarbeitet wurde, ging es darum, einen Perspektivwechsel vorzunehmen. Einen Perspektivwechsel von der Diskussion der Probleme von Zuwanderung und Integration hin zu den Chancen. Es ging darum, die Chancen der Familienbildung, der frühkindlichen Bildung, der Schule, der außerschulischen Kinder- und Jugendbildung, der Erwachsenenbildung, der Seniorenbildung bis hin zu den Medien für das Zusammenleben von Menschen unterschiedlicher Herkunft aufzuzeigen. Der Deutsche Kulturrat forderte die kulturelle Bildung, um die Dimension der interkulturellen Bildung zu erweitern bzw. zu begreifen, dass kulturelle Bildung heute auch interkulturelle Bildung heißen muss.

Nun kann Richtiges gar nicht oft genug gesagt werden und daher lohnt es sich durchaus, nach wie vor richtige Forderungen noch einmal zu wiederholen. Denn auch in der Kulturpolitik höhlt steter Tropfen den Stein.

Doch es wäre zu billig und vor allem auch falsch, das hier vorliegende Projekt unter dem Rubrum der Wiederholung einzuordnen. Seit 2007 hat sich die gesellschaftliche Diskussion um Inklusion weiterentwickelt. Mit dem Nationalen Integrationsplan und jetzt auch dem Nationalen Aktionsplan hat die Bundesregierung die Initiative ergriffen, gemeinsam mit den Akteuren der Zivilgesellschaft über die Defizite aber auch Chancen der Integrationspolitik zu diskutieren. Bildung ist in diesem Diskussionsstrang eines der Themen. Die Deutsche Islamkonferenz hat unter dem Blickwinkel der Religion das Thema Integration von einer anderen Seite ausgehend beleuchtet. Beide Beispiele zeigen bei aller Kritik, die an den einzelnen Initiativen geübt werden kann, dass ein gesellschaftlicher Diskurs geführt wird. Dieser spiegelt sich auch darin, dass zunehmend in den Ländern Verantwortliche für Integrationspolitik auf Minister- oder Staatssekretärsebene ernannt werden.

Diese strukturelle Verankerung und der gesellschaftliche Diskurs weisen letztlich über die Integrationsfrage hinaus. Es geht um die Fragen, was die Gesellschaft zusammenhält. Gibt es eine gemeinsame gesellschaftliche Basis, sei es die Sprache, sei es eine Vision des Zusammenlebens? Was heißt gesellschaftlicher Zusammenhalt? Oder hat sich die Gesellschaft nicht längst in viele Subsysteme aufgespalten? Ist dann die Reflexion über Fragen von Migration und Integration nicht ein letztlich vergeblicher Versuch so etwas wie Kohärenz zwischen einer Mehrheitsgesellschaft gegenüber einer Minderheit herzustellen? Diese Fragen berühren nicht nur abstrakt „die Gesellschaft“. Sie berühren unmittelbar unseren Alltag. Und natürlich betrifft er zivilgesellschaftliche Organisationen, die sich um Kultur kümmern.

Kultur ist ein, so Pierre Bourdieu, wesentliches Distinktionsmerkmal. Eine Öffnung gegenüber Fragen der interkulturellen Bildung fand zuerst im Bereich der Kinder- und Jugendbildung und im soziokulturellen Kontext statt. Insofern erstaunt es auch nicht, dass genau diese Bereiche in der Befragung des Deutschen Kulturrates zur interkulturellen Verbandsöffnung angaben, sich bereits seit längerem in diesem Feld zu engagieren. So spricht beispielsweise das Kinder- und Jugendhilfegesetz, das eine wesentliche Rechtsgrundlage für die kulturelle Kinder- und Jugendbildung darstellt, von Kindern und Jugendlichen in Deutschland und nicht etwa von deutschen Kindern.

Und auch der Enquete-Kommission des Deutschen Bundestags wurde in ihrem Einsetzungsauftrag aufgegeben, sich mit der „Kultur in Deutschland“ zu befassen und nicht etwa mit deutscher Kultur. Diese klare Aussage des Deutschen Bundestags „Kultur in Deutschland“ bringt auf den Punkt, dass das kulturelle Leben in Deutschland von vielfältigen Faktoren geprägt ist. Es macht einen Unterschied, ob jemand in der Eifel, im Sauerland, auf einer nordfriesischen Insel, in Stuttgart oder in Duisburg-Rheinhausen groß wird. Eine wichtige Aussage des Projektes Europäische Kulturhauptstadt Ruhr 2010 war, zu zeigen, dass gerade das Ruhrgebiet eine mindestens hundertjährige Migrationsgeschichte aufweist. Hier kann man lernen, wie sich die Inhalte dessen verändern, was heute „deutsche Kultur“ heißt: „Kultur“ kann nur dynamisch verstanden werden.

Das heißt aber auch, dass sich alle Kultureinrichtungen stärker mit der Frage auseinandersetzen, wer ihre Häuser besucht. Hier werden die Nichtnutzerbefragungen relevant, wie sie etwa im Theaterbereich durchgeführt werden. Denn dass ein erheblicher Teil unserer Bevölkerung gerade große Kultureinrichtungen nicht oder selten besucht, zeigen nicht bloß Nutzerstudien, sondern kann jeder sehen, der eine Vorstellung oder Aufführung besucht. Das gilt insbesondere für zugewanderte Menschen. Dies ist nicht nur ein Problem im Hinblick auf das Menschenrecht auf kulturelle Teilhabe, sondern es könnte auf Dauer zu Legitimationsproblemen führen. Denn die öffentliche Kulturförderung wird auch von den Steuergeldern der Nicht-Besucher bezahlt. Hier hat der Kulturbereich eine Bringschuld.

Kultureinrichtungen, die in der Mitte der Gesellschaft verortet sein wollen, müssen es als ihre Kernaufgabe ansehen, diese „Mitte“ zu erreichen. Und dieses nicht etwa nur um die Plätze auszulasten, sondern um den gesellschaftlichen Diskurs zu führen und zu bereichern. Viele Theater, Museen, Opern oder Konzerthäuser haben sich daher auf den Weg gemacht, sich in dieser Hinsicht neu zu definieren. Es kommt nun darauf an, dass die Initiative alle erreicht.

Im nun zu Ende gehenden Projekt des Deutschen Kulturrates wurde gemeinsam mit Migrantenorganisationen überlegt, welche Strukturen erforderlich sind, damit interkulturelle Bildung zum festen Bestandteil der kulturellen Bildung wird und sich Kulturinstitutionen weiter öffnen. Mit Nachdruck wurde verdeutlicht, dass heute – neben allen Problemen, die vorhanden sind – viele Migranten höhere Schulabschlüsse oder ein Studium nachweisen können und in den Kultureinrichtungen stärker präsent sein müssten. Die Zusatzkompetenz, die Migranten durch die Kenntnis einer weiteren Sprache mitbringen, sollte anerkannt werden und Wertschätzung erfahren.

Nicht zuletzt wurde immer wieder gemahnt, dass die kulturellen Aktivitäten der Migrantenvereine nicht als Folklore abgetan, sondern als eine Form der Breitenkultur begriffen werden. Als wichtiges Problem der Migrantenverbände wurde immer wieder ihre Überforderung angeführt. Sie sollen zwar immer wieder ihre Expertise zur Verfügung stellen, an der auskömmlichen Finanzierung

→ Seite 2

Die 17-jährige Martha aus Geestemünde 1924 wenige Tage vor ihrer Auswanderung in die USA, wo sie als Dienstmädchen arbeiten wollte. © Sammlung Deutsches Auswandererhaus

Zu den Fotos

Zwei Seiten einer Medaille

Als Martha Hüner 1923 an der Kaje in Bremerhaven Abschied von ihrer Familie nimmt, steckt in ihrem Koffer eine Pferdebürste. „Du heiratest bestimmt einen Cowboy.“ Mit diesem Scherz schenkte der Vater ihr das Familienerbstück. Aus dem Cowboy wurde zwar ein Bäcker, doch die Bürste kam täglich zum Einsatz: Mit ihr fegte Martha die Brotkrümel vom Tresen der Bäckerei in New York.

So wie die 17-Jährige sind zwischen 1830 und 1974 über sieben Millionen Menschen über Bremerhaven ausgewandert oder geflohen. Mit ihren Lebenswegen eröffnete 2005 das Deutsche Auswandererhaus in Bremerhaven, das 2012 erweitert wird. Dann widmet sich das Museum auch den Einwanderern, die ab 1685 nach Deutschland kamen und präsentiert die zwei Seiten der Medaille Migration, die beide eines zeigen: Menschen in Bewegung.

Analog zur aktuellen Dauerausstellung setzt der neue Bau das im Jahr 2007 mit dem Europäischen Museumspreis ausgezeichnete Vermittlungskonzept fort: Der biografische Ansatz in Verbindung mit theatralischen Inszenierungen und moderner Museumstechnik versetzt die Besucher in fremde Orte und Räume und bietet einen persönlichen Zugang zum Thema Migration.

Die hier gezeigten Erinnerungsobjekte, wie die Pferdebürste oder die „Heimwehdecke“, die Martha von ihrer Mutter zur Hochzeit bekommt, sind Beispiele dafür, wie die Museumsbesucher die großen Wanderungsbewegungen aus einer individuellen Perspektive erfahren. Hintergrundinformationen zu einzelnen Auswanderungsepochen können an multimedialen Stationen abgerufen werden, um so das „erlebte“ individuelle Schicksal in den großen historischen und gesellschaftlichen Kontext zu setzen.

www.dah-bremerhaven.de

Fortsetzung von Seite 1

Zum kontinuierlichen Dialog beitragen

fehlt es aber vielen. Auf rein ehrenamtlicher Basis kann den vielfältigen Anforderungen kaum nachgekommen werden.
Hierbei gibt es erstaunlich viele Parallelen zwischen den Migrantenorganisationen und einzelnen Mitgliedsverbänden des Deutschen Kulturrates. Das war vielleicht eines der wichtigsten Ergebnisse des Runden Tischs: dass Verbände auf Augenhöhe gemeinsam Fragen der kulturellen bzw. interkulturellen Bildung diskutierten.
Die zwei Stellungnahmen, die gemeinsam an diesem Tisch erarbeitet wurden, liegen nun vor. Jetzt kommt es darauf an, dass sie von Politik und Verwaltung, aber auch von den Mitgliedsorganisationen des Deutschen Kulturrates und den dort organisierten Einrichtungen aufgenommen werden. Denn hier geschieht die praktische Arbeit, wobei es durchaus einen Nachholbedarf im Hinblick auf die interkulturelle Öffnung auch auf der Leitungsebene bei den Kulturverbänden gibt. Der Deutsche Kulturrat und seine Mitglieder sind gefordert, die Zusammenarbeit mit den Migrantenorganisationen fortzusetzen und so zu einem kontinuierlichen Dialog beizutragen. Das Projekt „Strukturbedingungen für eine nachhaltige interkulturelle Bildung“ sollte eine nachhaltige Wirkung in den Kulturbereich hinein haben.
Mein Dank gilt allen, die zum Gelingen des Vorhabens beigetragen haben. Das Bundesministerium für Bildung und Forschung hat dank der Projektförderung den finanziellen Rahmen für die Umsetzung geschaffen. Mein Dank gilt den Vertreterinnen und Vertretern der Migrantenorganisationen, die an den Treffen des Runden Tischs teilgenommen und durch Beiträge in der InterKultur zur Diskussion beigetragen haben. Ich habe die Debatten stets als sehr kollegial und von gegenseitigem Respekt geprägt empfunden. Herzlich Dank sagen, möchte ich den Mitgliedern des Beirates. Sie haben geholfen, das Projekt auf die Schiene zu setzen und haben es über den gesamten Zeitraum hinweg begleitet. Eine solche Begleitung ist nicht selbstverständlich. Mein Dank gilt ebenfalls den Mitgliedsverbänden des Deutschen Kulturrates, die sich mit Neugier und Interesse auf den Runden Tisch eingelassen haben. Danken möchte ich ebenso den Mitgliedern des Fachausschusses Bildung. Die Fachausschussmitglieder haben das Projekt sehr interessiert begleitet. Einige mehr hätten gerne am Runden Tisch mitgewirkt. Es musste aber eine Auswahl getroffen werden, damit keine zu große Überzahl gegenüber den beteiligten Migrantenorganisationen entsteht. Die Mitglieder des Sprecherrates wurden regelmäßig über das Vorhaben informiert. Bei der Verabschiedung der beiden Stellungnahmen haben sie sich bewusst bei der Artikulation von Partikularinteressen zurückgenommen im Sinne des erzielten Kompromisses mit den Migrantenorganisationen. Entwickelt wurde das Vorhaben vom Geschäftsführer des Deutschen Kulturrates, Olaf Zimmermann und seiner Stellvertreterin, Gabriele Schulz. Beide waren stetig involviert. Als Wissenschaftliche Mitarbeiterin hat Kristin Bäßler im Projekt gearbeitet. Ihre kluge und umsichtige Art ist zum Gelingen des Projektes einen wichtigen Beitrag geleistet.

DER VERFASSER IST PRÄSIDENT DES DEUTSCHEN KULTURRATES ■

Vom Entdecken des Anderen

Interkulturelle Bildung – kulturelle Vielfalt live / Von Christian Höppner

Pferdebürste vom großväterlichen Bauernhof, die die 17-jährige Martha kurz vor der Schiffsabfahrt mit dem Scherz „Du heiratest bestimmt einen Cowboy“ vom Vater geschenkt bekam. © Sammlung Deutsches Auswandererhaus

Wie entsteht Neugierde? Durch das Entdecken des Anderen. So einfach die Antwort klingt, so kompliziert gestaltet sich das „Entdecken“ in unserer überfüllten Welt. Auf welche Lebensbereiche sich der Blick auch richtet – es herrscht Andrang auf unserer Erde. Die Menschheit wächst, die Ressourcen werden knapper und die Wahrnehmung des einzelnen Menschen steht in einem untrennbaren Verhältnis zu den sich wandelnden Formen menschlichen Zusammenlebens und der damit auch verbundenen wachsenden Informationsflut.

Wie kann die Lust auf das Entdecken des Anderen geweckt werden, wenn der schwellende Strom sinnlicher und kognitiver Reizüberflutung immer neue Grenzmarkierungen überschreitet? Sicherlich nicht durch die alleinige Konzentration darauf, im Wettbewerb um Aufmerksamkeit jeden Tag auf ein Neues die Poleposition erreichen zu wollen. Die Fragmentierung von Entwicklungen auf Augenblicke führt zu einer Konzentration auf die Hülle, die Verpackung als primäre Reizstimulation im Aufmerksamkeitswettbewerb. Das Eventhopping hat als vorherrschende Rezeptionskultur viele Lebensbereiche erfasst – auch den Bereich der kulturellen Bildung.
Die Eventisierung der kulturellen Bildung ist auch eine Folge der nachhaltigen Defizitbeschreibung der kulturellen Vermittlung durch die Fachwelt und die zivilgesellschaftlichen Verbände. Wer jahrzehntelang verkündet, kulturelle Bildung macht bessere Menschen oder Musizieren macht schlau, der erntet das Event. So richtig und wichtig die wissenschaftlichen Erkenntnisse zur Bedeutung kultureller Bildung für den Einzelnen wie für die Gesellschaft sind, so paradox ist die Auswertung dieser Erkenntniszugewinne. Statt die vielen Impulse und Konzepte, angefangen bei Kestenberg, aufzunehmen und zu einem nachhaltigen Bildungskonzept zu entwickeln, lautet die Antwort: Event. Statt in die Orte kultureller Erstbegegnung, wie Kita, Schule und außerschulische Bildungseinrichtungen, adäquat mit Fachpersonal und Fachequipment zu investieren, damit eine qualifizierte und kontinuierliche Vermittlung kultureller Bildung gewährleistet werden kann, fließt Bürgergeld in Eintagsfliegen bildungskultureller Vermittlungsversuche. So es damit gelingt, die Kerze der Neugierde und Begeisterung zu entzünden, stehen hernach Kinder und Jugendliche meist jahrelang auf den Wartelisten der kulturellen Bildungseinrichtungen, weil diese – kürzungsbedingt – kein bedarfsgerechtes Angebot mehr unterbreiten können. Die Ausnahmen von dieser Entwicklung, wie zum Beispiel die Initiative „Jedem Kind ein Instrument“, können ihren konzeptionellen Anspruch mangels adäquater Mittelausstattung nur für einen sehr begrenzten Kreis verwirklichen.
Neugierde ist die Voraussetzung für das Entdecken des Anderen. Neugierde entsteht aus dem Selbstbewusstsein des Hier und Jetzt und dem Wissen und Fühlen: Wo komme ich her, wo will ich hin. Die Gewissheit, dass der eigene Kompass auch Orientierung in den Momenten gibt, wo die Kompassnadel scheinbar wild hin und her springt, erhöht die Chance, die eigene Sichtachse um die Wahrnehmung des Anderen zu erweitern. Das Andere meint nicht nur den Bereich außerhalb meines Ichs, sondern auch das Andere in mir. Das Entdecken „neuer Seiten“ in mir und das Entdecken „vertrauter Seiten“ im Anderen macht den Wechselprozess in der Kommunikation und Identitätsentwicklung von Individuen und Gruppen deutlich. Es gibt keine – von Krankheitsbildern abgesehen – in sich abgeschotteten Prozesse der Identitätsbildung, wie es das Herdersche Kugelmodell vermittelt. Das Eigene im Anderen und das Andere im Eigenen zu erkennen, ist der Grundgedanke der Transkulturalität. Dieser fortlaufende Wechselprozess ermöglicht überhaupt erst die Profilschärfung des Eigenen und des Anderen. In diesem Sinne ist hier von der inzwischen im Sprachgebrauch verankerten Interkulturalität die Rede – nicht zu verwechseln mit dem oft damit verbundenen Containerdenken.
Neugierde zu wecken, ist die vornehmste Aufgabe der kulturellen Bildung und damit auch der interkulturellen Bildung. Die interkulturelle Bildung steht für die dritte Grundsäule der „UNESCO-Konvention zum Schutz und zur Förderung der Vielfalt kultureller Ausdrucksformen“ – kurz UNESCO-Konvention Kulturelle Vielfalt. Die drei gleichberechtigten Grundsäulen, der Schutz und die Förderung des kulturellen

Seite 3

Fortsetzung von Seite 2

Erbes, der zeitgenössischen künstlerischen Ausdrucksformen und der Kulturen anderer Länder in unserem Land, bilden auch das Fundament für die kulturelle Bildung.
Mit dem Runden Tisch „Lernorte interkultureller Bildung“ hat der Deutsche Kulturrat eine Plattform geschaffen, die nicht nur richtungsweisende Anregungen für das Projekt „Strukturbedingungen für eine nachhaltige interkulturelle Bildung“ gegeben, sondern Impulse für eine weiterführende Zusammenarbeit vermittelt hat. Die Neugierde auf das Andere zu wecken, sieht der Runde Tisch als zentrale Herausforderung der kulturellen Bildung. Er versteht kulturelle Vielfalt als einen gleichgewichtigen Dreiklang – bestehend aus dem kulturellen Erbe, den zeitgenössischen Künsten und dem interkulturellen Bereich. Die in der Politik und den Medien häufig anzutreffende Verkürzung der kulturellen Vielfalt auf den interkulturellen Bereich hält der Runde Tisch gerade auch vor dem Hintergrund der UNESCO-Konvention Kulturelle Vielfalt für falsch. Er betrachtet die interkulturelle Bildung als einen integralen Bestandteil der kulturellen Bildung. Zu der zentralen Bedeutung der Konvention Kulturelle Vielfalt für die Bildungs- und Kulturlandschaft herrschte in den Beratungen ebenso Konsens, wie in der Analyse, dass von einem Gleichgewicht der drei Grundsäulen der Konvention in der praktischen Anwendung vor Ort nicht die Rede sein kann. Weder in den konzeptionellen Grundlagen, wie Bildungsplänen und Lehrplänen, noch in den Rahmenbedingungen der Lernorte (inter)kultureller Bildung spiegelt sich die gleichgewichtige Behandlung der interkulturellen Bildung wider.
Der Deutsche Kulturrat hat mit seinen Empfehlungen für die weitere Arbeit ein deutliches Zeichen der Öffnung gesetzt, die auch für den Fachausschuss Bildung handlungsleitend für die kommende Arbeitsperiode sein werden:

- Interkulturelle Öffnung der Bildungsstrukturen.
- Die Wertschätzung und gleichberechtigte Auseinandersetzung mit der Vielfalt der Kulturen, Traditionen und künstlerischen Einflüssen der Zuwanderer, die sich auch in den Bildungscurricula widerspiegeln sollten.
- Die stärkere Berücksichtigung und Förderung der Mehrsprachigkeit/Muttersprachen in Schulen und Kindertageseinrichtungen.
- Die Erhöhung des Personalschlüssels von Lehrern, Pädagogen und Erziehern, die sich den unterschiedlichen Bedarfen der Kinder widmen können.
- Die verstärkte Einstellung von Erziehern, Pädagogen und Lehrern mit Zuwanderungsgeschichte, um ihre Sichtbarmachung und Teilhabe an Bildungsstrukturen zu erhöhen, Kinder und Jugendliche zur Identifikation zu ermutigen und Zugänge zu Eltern und Communities zu erleichtern.
- Die Vermittlung interkultureller Kompetenzen innerhalb der Ausbildung von Erziehern, Pädagogen und Lehrern.
- Die Bereitstellung und flexible Nutzung von Räumen, in denen „Kultur“ gestaltet werden kann.
- Die stärkere Förderung von Kooperationen zwischen Schulen und Kindertageseinrichtungen mit Künstlern, außerschulischen Kultur- und Bildungseinrichtungen und Kulturvereinen vor Ort.

Die Vielfalt der Kulturen ist ein unermesslicher Reichtum, der in der gesellschaftspolitischen Debatte viel stärker als Potential für die Weiterentwicklung unserer Gesellschaft verstanden werden sollte. Der wachsende Anteil an Mitbürgerinnen und Mitbürgern mit Migrationshintergrund ist Chance und Herausforderung zugleich, kulturelle Vielfalt bildet den Nährboden menschlichen Zusammenlebens – gerade in Deutschland. Auf der Grundlage unserer freiheitlich-demokratischen Werteordnung, in Anerkennung der UNESCO-Konvention Kulturelle Vielfalt als Berufungsgrundlage und Handlungsinstrument für die Weiterentwicklung der Bildungs- und Kulturlandschaft in Deutschland und in der Wahrnehmung gesellschaftlicher Veränderungen und der daraus folgenden notwendigen Konsequenzen besteht dringender Handlungsbedarf, das Ungleichgewicht der interkulturellen Bildung im Verhältnis zu den anderen Themenbereichen kultureller Bildung aufzuheben. Neugierde zu wecken für das Andere in mir und für das Eigene im Anderen bleibt eine zentrale Aufgabe aller gesellschaftspolitischen Akteure.

DER VERFASSER IST VIZEPRÄSIDENT DES DEUTSCHEN KULTURRATES ■

Runder Tisch Interkultur

Ein Rück- und ein Ausblick / Von Olaf Zimmermann

Vor genau drei Jahren in der Ausgabe November/Dezember 2008 von *politik und kultur*, der Zeitung des Deutschen Kulturrates, erschien die erste Ausgabe von „Interkultur“. Unter der Überschrift „Feuerwehr sucht Migranten“ wurde das vom Bundesministerium für Bildung und Forschung geförderte Projekt des Deutschen Kulturrates „Strukturbedingungen für eine nachhaltige interkulturelle Bildung“ erstmals vorgestellt. Jetzt erscheint die letzte der dann insgesamt 13 Beilagen.

Viel ist seither geschehen, der Nationale Integrationsplan wurde verabschiedet und in den Nationalen Aktionsplan überführt. Die sogenannte Sarrazin-Debatte wurde ebenso geführt wie 50 Jahre Migration aus der Türkei gefeiert. Aufstiegsgeschichten von Zuwanderern wurden ebenso publiziert wie reißerische Beiträge zu „Kopftuchmädchen“ oder gewalttätigen Migranten. Und: Die Feuerwehr sucht wahrscheinlich immer noch Migranten.
Im Deutschen Kulturrat hat sich mit dem Projekt „Strukturbedingungen für eine nachhaltige interkulturelle Bildung“ verändert. Wenige andere Projekte, die der Deutsche Kulturrat in den letzten Jahren bearbeitet hat, haben eine so starke Wirkung nach innen gehabt wie das nun zu Ende gehende Vorhaben zur interkulturellen Bildung.

Das Rad nicht neu erfinden

Die selbst gewählte Aufgabe war am Anfang gar nicht so einfach. Es sollte ein Runder Tisch zusammen mit Migrantenorganisationen eingerichtet werden, an dem über Fragen der interkulturellen Bildung diskutiert und an dem schließlich Empfehlungen formuliert werden sollten. Doch wer sind die relevanten Migrantenorganisationen? Und wer interessiert sich für Bildung im Allgemeinen und kulturelle Bildung im Besonderen. Von Anfang an stand fest, dass das Rad nicht neu erfunden werden brauchte. Andere zivilgesellschaftliche Organisationen arbeiteten schon länger mit Migrantenorganisationen zusammen. Von deren Expertise erhoffte sich der Deutsche Kulturrat Hilfe. Und geholfen haben tatsächlich alle, die wir gefragt haben: der Deutsche Olympische Sportbund, die Arbeiterwohlfahrt, die EKD, die Deutsche Bischofskonferenz und die Caritas. Die Experten aus diesen Organisationen haben ihr Wissen geteilt. Zuerst in Einzelgesprächen haben sie berichtet, mit welchen Migrantenorganisationen sie zusammenarbeiten, wie sich die Zusammenarbeit entwickelt, welche Hürden anfangs bestanden und wie ertragreich die Arbeit heute ist.
Aus diesem Kreis an Experten hat sich schließlich der Beirat entwickelt, der das Projekt kontinuierlich begleitet hat und beispielsweise auch den Anstoß gab, den Workshop „Ist der Deutsche Kulturrat zu deutsch?“ im Oktober letzten Jahres durchzuführen. Die Hinweise aus diesem Beirat waren sehr wertvoll und haben zum Erfolg des Vorhabens einen wichtigen Beitrag geleistet.

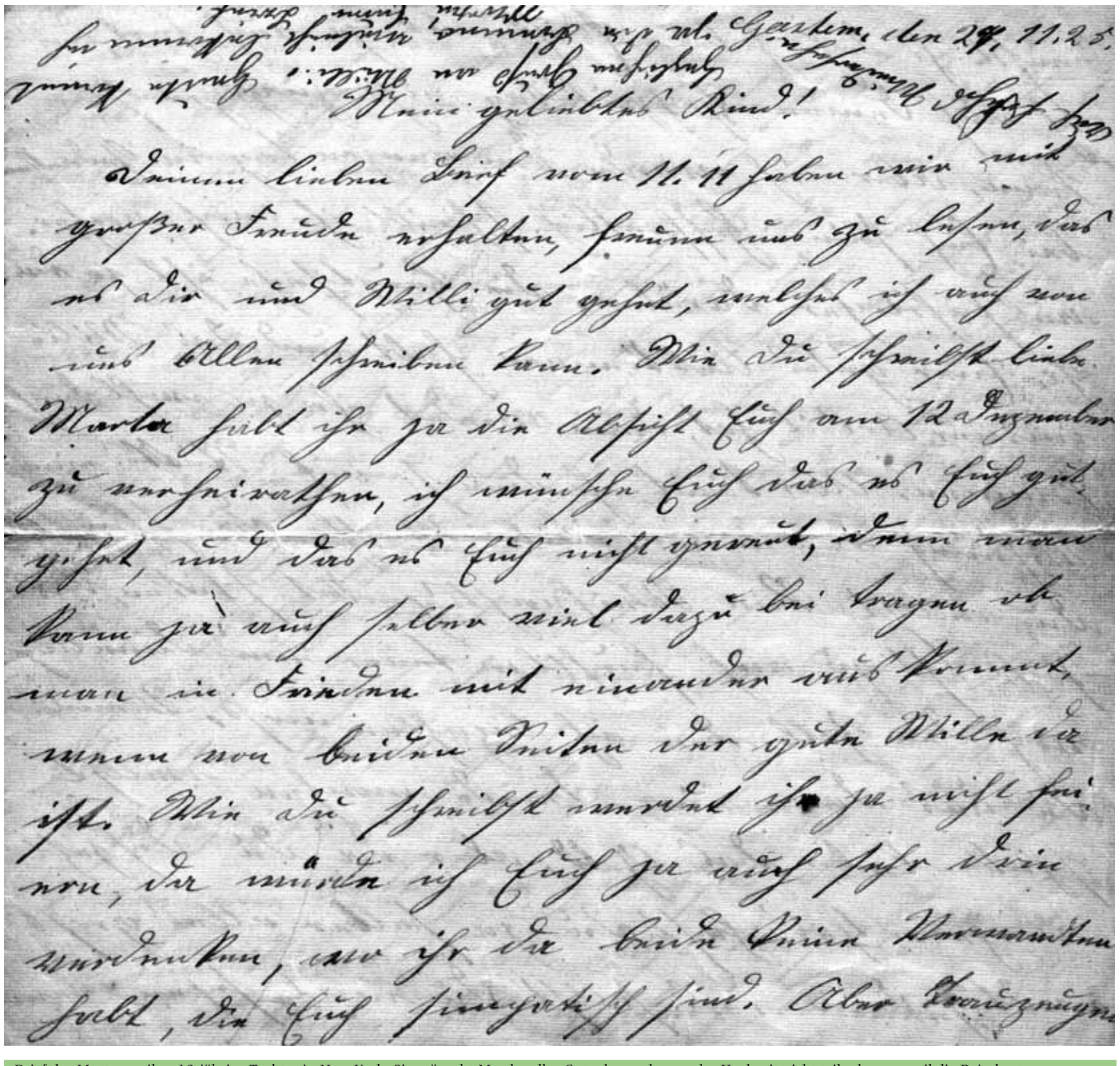
Religiöse Verbände ja oder nein?

Immer wieder wurde intern die Frage erörtert, ob Migrantenverbände an den Runden Tisch eingeladen werden sollten, die religiös gebunden sind oder nicht. Letztlich wurde entschieden, dass säkulare Verbände eingeladen werden sollten. Ein ausschlaggebender Grund war die gesellschaftliche Debatte zum Islam in Deutschland. Unser Ziel war es, die Diskussion zur interkulturellen Bildung von der Frage nach dem Islam in Deutschland zu trennen. Wir wollten gemeinsam mit Migrantenorganisationen konkrete Forderungen für eine nachhaltige interkulturelle Bildung formulieren, unabhängig davon, ob es um Christen, Juden, Muslime, Hindus, Buddhisten oder auch um Atheisten geht. Auch ging es uns darum zu verdeutlichen, dass Fragen der Integration nicht mit dem interreligiösen Dialog gleich zu setzen sind. Die ersten Anwerbeabkommen wurden von der Bundesrepublik mit katholisch geprägten Ländern wie Italien (1955) oder Spanien (1960) oder orthodox geprägten wie Griechenland (1960). Auch darum darf die Debatte um die Integration der hier lebenden Migranten nicht vorschnell auf Fragen des Zusammenlebens mit Muslimen verengt werden.
Es ist schließlich eine Liste von Organisationen entstanden, von denen wir meinten, dass es interessant wäre, mit ihnen gemeinsam über unser Anliegen, die interkulturelle Bildung, zu sprechen. Vor dem ersten Runden Tisch wurden die Vertreter dieser Verbände alle einzeln aufgesucht und ihnen das Vorhaben vorgestellt. Erfreulicherweise stieß das Projekt auf sehr großes Interesse, so dass im November 2009 der erste Runde Tisch stattfinden konnte.

Wer nimmt teil?

Parallel zu den Einzelgesprächen mit Vertretern der Migrantenverbände wurde im Fachausschuss Bildung des Deutschen Kulturrates wiederholt über das Projekt berichtet. Es stieß auf ein sehr großes Interesse und am liebsten hätten fast alle Experten aus dem Fachausschuss Bildung auch am Runden Tisch teilgenommen.
Letztlich war es ein Wunsch des Bundesministeriums für Bildung und Forschung, der dazu führte, dass neben dem Präsidenten des Deutschen Kulturrates, Max Fuchs, dem Vorsitzenden des Fachausschusses Bildung, Christian Höppner und mir als Geschäftsführer des Deutschen Kulturrates keine weiteren Vertreter von Bundeskulturverbänden am ersten Runden Tisch teilnahmen. Es war also eine kleine Runde an Vertretern aus dem Kulturbereich, die einer deutlich größeren Zahl an Vertretern aus dem Migrantenverbänden gegenüber saß. Diese Zusammensetzung war gut, um das gegenseitige Vertrauen und eine gute Arbeitsatmosphäre zu schaffen.

Seite 4



Brief der Mutter an ihre 18-jährige Tochter in New York: Sie wünscht Martha alles Gute, kann aber an der Hochzeit nicht teilnehmen, weil die Reisekosten zu hoch wären. © Sammlung Deutsches Auswandererhaus

Fortsetzung von Seite 3

Runder Tisch Interkultur

In dieser ersten Runde wurde die Stellungnahme „Lernorte interkultureller Bildung im vorschulischen und schulischen Kontext“ erstellt. Der Entwurf der Stellungnahme wurde von den beteiligten Migrantenorganisationen sowie vom Sprecherrat des Deutschen Kulturrates diskutiert und verabschiedet.
Diese Stellungnahme wurde in der Zeitung *politik und kultur* veröffentlicht sowie den Verantwortlichen in den Ländern, dem Bund und den kommunalen Spitzenverbänden zugesandt.

Erweiterung des Kreises

Nach diesem ersten Erfolgserlebnis wurde im Jahr 2010 der Runde Tisch um Verbände aus dem Mitgliederspektrum des Deutschen Kulturrates erweitert. In dem erweiterten Kreis ging es darum, anknüpfend an die Stellungnahme „Lernorte interkultureller Bildung im vorschulischen und schulischen Kontext“, sich nun mit Fragen der interkulturellen Bildung in der außerschulischen Kinder- und Jugendbildung sowie der Erwachsenenbildung auseinanderzusetzen. Wiederum sollten konkrete Empfehlungen formuliert werden.
Sehr spannend und ertragreich war die Diskussion der Frage, ob die Empfehlungen getrennt werden sollten nach solchen, die die Kulturinstitutionen betreffen und jenen, die die Migrantenorganisationen angehen. Nach einer intensiven Debatte wurde sich klar gegen eine solche Vorgehensweise entschieden. In dieser Debatte wurde herausgearbeitet, dass viele Problemlagen sowohl für die Kulturinstitutionen als auch die Migrantenorganisationen zutreffen und daher eine Unterteilung wenig Sinn macht. Auf dieser Grundlage wurden Empfehlungen formuliert. Sie richten sich an Entscheidungsträger in Bund, Ländern und Gemeinden, aber auch an die zivilgesellschaftlichen Organisationen selbst.

Mehr Sichtbarkeit

Eines wurde in den Diskussionen am Runden Tisch sehr klar: Es kann nicht allein darum gehen, Migranten als neue Zielgruppe für Kultureinrichtungen zu gewinnen. Vielmehr ist es erforderlich, sich gegenseitig kennenzulernen, sich auszutauschen, voneinander zu lernen und gemeinsam etwas zu bewegen. Migranten haben in den vergangenen Jahren und Jahrzehnten ein beeindruckendes Spektrum an Vereinen und Organisationen aufgebaut, die sich in der Pflege des kulturellen Erbes und der kulturellen Bildung engagieren. Vielfach fehlt es an Wertschätzung gegenüber diesem Engagement, das zumeist im Bereich der Breitenkultur angesiedelt ist. Aber genauso wurde am Runden Tisch von künstlerischen Darbietungen aus der sogenannten Hochkultur berichtet, die ausschließlich in Migrantenkreisen wahrgenommen werden.
Ein Problem vieler Migrantenorganisationen sind die fehlenden Ressourcen, um ihre Aktivitäten einer breiteren Öffentlichkeit darzustellen. Hier herrscht Nachholbedarf auch mit Blick auf die öffentliche Förderung von Verbänden und Institutionen. Wenn mehr Professionalität von Migrantenorganisationen verlangt wird, müssen auch die entsprechenden Ressourcen zur Verfügung gestellt werden.

Kreise gezogen

Im Deutschen Kulturrat ist auch mit der Beendigung des Projektes die Beschäftigung mit dem Thema interkulturelle Bildung nicht zu Ende. Der Fachausschuss Bildung wird die Fragestellung weiterhin im Auge halten und als integralen Teilaspekt seiner Arbeit begreifen. Mit den Dossiers Islam · Kultur · Politik, die seit Anfang 2011 regelmäßig der Zeitung des Deutschen Kulturrates, *politik und kultur*, beiliegen, wurde ein Weg geschaffen, der die Wechselwirkung von Religion und Kultur aufgreift. Hier spielen interkulturelle Fragen eine Rolle neben anderen.
Aber auch Verbände fühlten sich nicht zuletzt durch die Auseinandersetzung des Deutschen Kulturrates mit interkulturellen Fragen animiert, sich mit dem Thema auseinanderzusetzen. So hat der Deutsche Naturschutzring beispielsweise im Juni dieses Jahres eine Tagung zu dem Thema Interkultur und Umweltschutz mit direktem Bezug auf unsere Arbeit durchgeführt.
Auch in den Mitgliedsverbänden der Sektionen gewinnt das Thema an Bedeutung. Die Beschäftigung mit Fragen der interkulturellen Bildung zieht also weitere Kreise. Gerade hierin liegt eine wichtige Strukturbedingung für nachhaltige interkulturelle Bildung. Es muss darum gehen, dass interkulturelle Bildung nicht nur in wichtigen und notwendigen Projekten erprobt wird. Interkulturelle Bildung muss fester Bestandteil der kulturellen Bildung sein. Und auch hier ist es erforderlich, ein besonderes Augenmerk auf die langfristig arbeitenden Organisationen und Institutionen mit und ohne Migrationshintergrund zu richten. Sie brillieren nicht immer mit Projektfeuerwerken, aber sie sichern die langfristige und nachhaltige Arbeit. Der Deutsche Kulturrat wird das Thema weiter im Blick halten. Und auch die Zusammenarbeit mit den Migrantenorganisationen soll nach Abschluss des Projektes „Strukturbedingungen für eine nachhaltige interkulturelle Bildung“ in anderer Form intensiv fortgeführt werden.

DER VERFASSER IST GESCHÄFTSFÜHRER DES DEUTSCHEN KULTURRATES ■

Mitglieder des Runden Tisches (2. Runde)

- Bund Spanischer Elternvereine in der Bundesrepublik Deutschland e.V.
- Bundesarbeitsgemeinschaft der Immigrantenverbände in Deutschland e.V.
- Bundesverband der Migrantinnen in Deutschland e.V.
- Bundesverband Museumspädagogik
- Bundesverband Theaterpädagogik
- Bundesvereinigung kulturelle Kinder- und Jugendbildung
- Bundesvereinigung soziokultureller Zentren
- Bundeszuwanderungs- und Integrationsrat
- CGIL-Bildungswerk e.V.
- Deutsche Jugend aus Russland e.V.
- Deutscher Bibliotheksverband
- Deutscher Museumsbund
- Deutscher Volkshochschulverband
- Föderation türkischer Elternvereine in Deutschland e.V.
- Multikulturelles Forum e.V.
- Polnischer Sozialrat e.V.
- Verband binationaler Familien und Partnerschaften, iaf e.V.
- Verband deutscher Musikschulen

Gute Absichten müssen nachhaltig wirken

Von Maria Ringler

Die Mitwirkung an der Arbeit des Runden Tisches des Deutschen Kulturrates erlebte ich als einen sehr angenehmen Arbeitszusammenhang. Man spürte die Offenheit und Wertschätzung, die den Vertreterinnen und Vertretern der Migrantenorganisationen entgegengebracht wurde. Ein Dialog, bei dem es um „interkulturelle Öffnung“ geht, muss ein Dialog auf gleicher Augenhöhe sein.

Als Vertreterin des Verbandes binationaler Familien und Partnerschaften, iaf e.V., war ich keine Vertreterin einer Migrantenorganisation im engeren Sinn, aber im Verband sind wir sowohl mit dieser Seite als auch mit der „deutschen“ Seite vertraut. Wenn wir sagen „Wir leben im Kleinen, was im Großen noch entwickelt werden muss“, dann sagen wir das häufig aus der eigenen persönlichen Erfahrung heraus. Auf persönlicher und professioneller Ebene wissen wir um die Chancen und Herausforderungen interkulturellen Zusammenlebens, kennen wir die Ressourcen und Potentiale der Vielfalt. So sind unser fachlich fundiertes Wissen und unsere Kompetenzen zu interkulturellen Themenstellungen immer wieder gefragt.
Ähnlich wie in vielen Organisationen, die sich im Deutschen Kulturrat vereinen, ist das Engagement unserer Mitglieder das Rückgrat unserer Arbeit. Es verankert den Verband im binationalen Alltag. Bei uns engagieren sich Einzelpersonen, Eltern, Multiplikatoren und Fachkräfte. Zu welcher Gruppe sie sich auch immer zuordnen, ob eingewanderte Familien mit und ohne deutschen Pass, deutsch-ausländische Paare und Familien, Alleinerziehende mit bikulturellen Kindern oder junge Menschen, die bikulturell aufwachsen, so gibt es bei aller Bandbreite und Unterschiedlichkeit entscheidende Gemeinsamkeiten: Alle teilen sie ein besonderes Interesse an einem gelingenden Miteinander in der Einwanderungsgesellschaft, einem gleichberechtigten Zusammenleben auf Augenhöhe. Sie verfolgen soziale und politische Prozesse der Einwanderungsgesellschaft mit innerem Engagement und persönlichem Bezug.
Und gerade dieser persönliche Bezug ist es, der die Arbeit authentisch macht. Er macht einen Unterschied bei der Herangehensweise an und dem Engagement für interkulturelle Fragen. Dies wird deutlich, wenn es um die Zusammenarbeit von Migrantenorganisationen mit Einrichtungen und Organisationen geht, seien es staatlich oder nicht-staatlich organisierte. Bei den Vertretern der einen Seite geht es um „existentielle“ Anliegen, um das Ziel einer gleichberechtigten Partizipation. Bei der anderen Seite um legitime Interessen sich zu öffnen, sich neue Zielgruppen zu erschließen, den gesellschaftlichen Veränderungen in einer Einwanderungsgesellschaft Rechnung zu tragen.
Ich denke, alle Vertreterinnen und Vertreter der Migrantenorganisationen am Runden Tisch haben es begrüßt, hier ein Forum zu haben, wo sie ihre Positionen und Anliegen sehr gut einbringen konnten. Aber wie sieht es mit der Nachhaltigkeit aus? Wie finden die Anregungen und Forderungen des Runden Tisches Eingang in die gelebte Praxis, in den Kulturalltag? Gute Absichten und Erklärungen alleine reichen dabei nicht aus. Es müssen auch die strukturellen Voraussetzungen verbessert werden, um hier Nachhaltigkeit zu erreichen.
Ein Bemühen um die Entwicklung und den Ausbau von Strukturen um Partizipation und „Integration“ zu unterstützen, sowie die Schaffung einer Anerkennungskultur für den Einsatz vieler Menschen ist auf staatlicher Seite durchaus erkennbar. Es stellt sich aber die Frage, inwiefern Migrantenorganisationen davon profitieren.
Sie werden umworben, sie werden gesehen, eingeladen und zum Mitwirken aufgerufen. Das ist bedeutend für die demokratische Entwicklung des Landes. Sie erhalten jedoch wenige bis keine strukturelle Förderung. Man braucht sie, so scheint es, vor allem für die Zugänge zu den Migranten und ihren Familien. Bisher ist es von staatlicher Seite nicht gelungen, die Migrantenorganisationen in die deutsche Ehrenamts- und Vereinskultur einzubinden. Sie haben noch keinen Platz in der Mitte gesellschaftlicher Institutionen. (Studie: Migrantinnenorganisationen in Deutschland, hrsg: BMFSFJ, Punkt 6.2). Vielschichtige Gründe sind hierfür verantwortlich, die nicht an dieser Stelle diskutiert werden können. Festzuhalten ist, dass sich Migrantinnenorganisationen – wie auch der Verband binationaler Familien und Partnerschaften – bildeten, weil es für ihre Anliegen keine adäquaten Angebote gab. So entstanden unbeachtet von den deutschen Zusammenschlüssen zahlreiche Formen und Gruppierungen, in denen sich Migrantinnen und Migranten engagieren und gesellschaftlich mitwirken. Und häufig hat sich daraus eine Professionalität und ein Expertenwissen entwickelt, das oft genug auf wackligen strukturellen Füßen steht. Die Bedarfe der Migrantenorganisationen betreffen daher in erster Linie die Rahmenbedingungen, eine bessere Finanzierung ihrer Arbeit, eine Bereitstellung von Räumen und Sachmitteln

Seite 5

Hochzeitsbild von Martha und Willy Hüner 1925 in New York. © Sammlung Deutsches Auswandererhaus

Die Nachhaltigkeit der Freiheit

Zu den Strukturbedingungen interkultureller Bildung / Von Martin Affolderbach

Marthas „Heimwehdecke“: Hochzeitsgeschenk der Mutter. Auf der Decke mit ihren neuen Initialien „MH“ servierte sie fortan gern Apfelkuchen nach deutschem Rezept. © Sammlung Deutsches Auswandererhaus

Es ist dem Deutschen Kulturrat sehr zu danken, dass er das Projekt „Strukturbedingungen für eine nachhaltige interkulturelle Bildung“ durchgeführt hat. Die zahlreichen Beiträge in „Interkultur“ als Beilage zur Zeitschrift *politik und kultur* haben eine große Vielfalt von Aspekten, Arbeitsfeldern und Erfahrungen präsentiert, die zeigen, dass nicht nur die Praxis, sondern auch das konzeptionelle Nachdenken über diesen speziellen Bereich kultureller Arbeit deutliche Fortschritte erzielt hat und keineswegs mehr in den Anfängen steckt.

Um Strukturbedingungen für eine nachhaltige interkulturelle Bildung zu bilanzieren, sollte man natürlich die praktischen Rahmenbedingungen der einzelnen kulturellen Arbeitsfelder vor Augen haben wie auch die politischen Forderungen und Absichtsbekundungen und die mittel- und langfristigen finanziellen und strukturellen Förderungen bewerten. Als Theologe würde ich gerne einen etwas anderen Blickwinkel wählen und die Frage nach den Strukturbedingungen für eine nachhaltige interkulturelle Bildung mit einigen wenigen grundlegenden Gedanken kommentieren. Denn natürlich ist der Blick auf die Langfristigkeit von politischen Programmen, rechtlichen Voraussetzungen und Haushaltsplanungen unverzichtbar. Doch dies alles würde trotz intensiver Absichten und hohem Mitteleinsatz keine Nachhaltigkeit erzeugen, wenn nicht die Motivation, die Interessen und Fähigkeiten der beteiligten Menschen vorhanden sind, um kulturellem Leben einen Grund zu geben und es zu beflügeln. Denn die Menschen bilden den Resonanzboden – oder sollen wir besser sagen: den Humusboden –, auf dem beispielsweise ein Geldregen auch zu Wachstum, Blüte und Ernte führt. Ich möchte vier Aspekte nennen:

→ Fortsetzung von Seite 4

sowie bessere Weiterbildungsmöglichkeiten. Dem können wir uns als Verband nur anschließen. An dieser Stelle ist vor allem der Staat gefragt, sich im Rahmen seiner Integrationspolitik verbindlicher zu beteiligen. Der Runde Tisch des Deutschen Kulturrates hat dies zu seinem Anliegen gemacht und damit ein wichtiges Signal gesetzt – auch über den deutschen Kulturbetrieb hinaus.
„Interkulturelle Öffnung“ bedeutet stets auch ein Umdenken, eine Neuorientierung und darf sich nicht auf Einzelprojekte beschränken, sondern braucht ein strategisches Gesamtkonzept, das die Herausforderungen von Verschiedenheit und Vielfalt annimmt und gestaltet. Es bleibt zu wünschen, dass es der professionellen Arbeit im Kulturbereich gelingt, eine „interkulturelle Öffnung“ in diesem Sinne voranzubringen.

DIE VERFASSERIN VERANTWORTET DEN BEREICH INTERKULTURELLE BILDUNG BEIM VERBAND BINATIONALER FAMILIEN UND PARTNERSCHAFTEN, IAF E.V. ■

Kultur im Singular

Biologen belehren uns, dass Kultur die „zweite Natur“ des Menschen ist, die ihn vom Tier unterscheidet. Die menschliche Eigenart ist es, die „Wildform des Lebens“ zu überschreiten und in der Entfaltung des Geistes nach Höherem zu streben. Der Mensch will nicht nur Geschöpf sein, sondern auch selbst Schöpfer. In diesem Streben sind alle Menschen verbunden.
Kultur als anthropologische Universalie konstituiert eine Gemeinschaft der Menschen. Menschen in allen Ländern dieser Erde haben Kultur und sind auf kulturelle Ausdruckformen ansprechbar. Deshalb birgt Kultur im Singular ein großes Potential an Anknüpfungspunkten für ein Miteinander über kulturelle Grenzen hinweg und Völkerverständigung.
Diese Tatsache ist eine wichtige Voraussetzung für Nachhaltigkeit. Denn Kultur ist immer schon „inter“ und kulturelle Bildung somit schon von Grund auf ein Teil menschlichen Gestaltungswillens.

Kultur im Plural

Kultur existiert aber auch im Plural, nämlich in der immensen Vielfalt unterschiedlicher Ausdrucksformen, die Varianten bestimmter Formen, Stile und Traditionen sein können, aber auch widersprüchlich oder miteinander unvereinbar. In den ersten Kapiteln der Bibel findet sich die Geschichte vom Turmbau zu Babel, die eine Erklärung für die Herkunft unterschiedlicher Sprachen ist. Die sprachliche Verwirrung, das wechselseitige Nicht-Verstehen-Können, wird als ein Fluch und eine Strafe für die Überheblichkeit des Turmbaus als Griff nach der Göttlichkeit verstanden. In der christlichen Auslegungstradition wird die Pfingstgeschichte im Neuen Testament als das Gegenstück der Turmbaugeschichte gesehen, in der Menschen aus zahlreichen Völkerschaften die Verkündigung der frohen Botschaft in ihrer Sprache verstehen können. Das wechselseitige Verstehen wird als ein Wunder verstanden, das menschliche Fähigkeiten übersteigt und ungeplant und unvorhergesehen passiert.
Interkulturelle Bildung geht von der Gegebenheit der Vielfalt von kulturellen Ausdrucksformen aus, die gegenseitig fremd und unverständlich, aber auch Anreiz zu „kultureller Mehrsprachigkeit“ sein können. Dass Grenzüberschreitungen und wechselseitiges Verstehen gelingen, ist – will man den biblischen Geschichten folgen – ein keineswegs selbstverständlicher Vorgang. Er ist nicht einfach planbar und verfügbar. Das Gelingen ist oft ein Wunder, und Wunder kann man nicht auf Nachhaltigkeit abonnieren. Wie jede pädagogische Anstrengung ist interkulturelle Bildung kontingent und unvorhersehbar. Sie kann aber wie das Wachstum von Pflanzen gefördert werden.

Kultur ist mehr

Kultur ist als „Drang zum Paradies“ oder „Erhebung des Geistes“ beschrieben worden. So ist es nicht zufällig, dass in fast allen Kulturen Kunst und Religion eng verbunden waren und sind. Kulturelle Leistungen entstanden oft ohne einen Verwertungszweck rein „zum Lobe Gottes“ oder zum Ausdruck von Erhabenheit und Schönheit. Sie waren und sind aber auch Ausdruck der Entfaltung der Persönlichkeit. Das Meisterliche in Musik, Literatur, Theater und anderen Künsten ist in allen Kulturen Gegenstand der Bewunderung. Künstler sind Idole, denen man nacheifert; kulturelle Meisterleitungen geben Kulturen ihren unverwechselbaren Stempel. Wenn der Deutsche Kulturrat in seinem Grundsatzpapier „Interkulturelle Bildung – eine Chance für unsere Gesellschaft“ (2007) von der „Potentialperspektive“ interkultureller Bildung spricht, benennt er eine wichtige Dimension, die in ihrer inneren Dynamik ein Reservoir und eine Triebkraft für Nachhaltigkeit ist.

Kultur braucht Freiheit

Kultur braucht Freiheit als ihren Gestaltungsraum, Freiheit der Zeit, Freiheit zur Konzentration, Freiheit zum Üben und Perfektionieren, Freiheit zur Formung und Entwicklung, Freiheit für neue Ideen und nicht zuletzt Freiheit zum Zuhören, Anschauen und Erleben. Kultur lebt deshalb von den Voraussetzungen einer freiheitlichen Gesellschaft, die kulturelle Schaffenskraft nicht nur als ein Privileg einer bevorzugten Gruppe von Menschen ermöglicht, sondern als das freie schöpferische Spiel möglichst aller Menschen. Nachhaltigkeit besteht darin, diese Freiräume zu ermöglichen, zu schützen und zu pflegen.
Um auch das Andere und das Fremde als Anregung und Herausforderung aufzunehmen, ist interkulturelle Bildung auch auf die innere Freiheit der einzelnen Menschen angewiesen, die bereit und offen sind für das Fremde, ihm Achtung und Anerkennung zollen und Abwertung und Überheblichkeit meiden. Interkulturelle Bildung schafft Nachhaltigkeit für ihre eigene Entfaltung, wenn sie Begegnungsräume von Menschen unterschiedlicher Kulturen schafft, die Menschen Möglichkeiten eröffnet, offen, frei, großherzig und selbstbewusst zu werden.
Die Kirchen sind wichtige Kulturträger und Kulturmittler. Sie leben in der Vielfalt von Konfessionen und Bekenntnissen, aber auch in der ökumenischen Weite der weltweiten Christenheit. Das macht sie zu bedeutenden Akteuren interkultureller und interreligiöser Begegnungen und eines grenzüberschreitenden Austausches, der Menschen zueinander bringt, deren Orientierungs- und Verstehensfähigkeit fördert und damit beiträgt zu wichtigen Strukturbedingungen für eine nachhaltige interkulturelle Bildung.

DER VERFASSER IST ALS REFERENT FÜR ISLAM UND WELTRELIGIONEN IM KIRCHENAMT DER EVANGELISCHEN KIRCHE IN DEUTSCHLAND TÄTIG ■

Außerschulische Orte interkultureller Bildung

Der Bundesverband Museumspädagogik am Runden Tisch / Von Elke Schneider

Der Bundesverband Museumspädagogik e.V. (BVMP) vertritt, bündelt und koordiniert die Kompetenz von bundesweit zirka 800 Museumspädagoginnen und Museumspädagogen. Ihr Arbeitsfeld erstreckt sich über das weite Spektrum verschiedener Museumstypen und -gattungen sowie auch der betroffenen Verwaltungsebenen, einschließlich wissenschaftlicher und leitender Arbeitsbereiche.

Die Aufgabe der Museumspädagogik liegt in der Vermittlung der Museumsinhalte für breite Adressatengruppen und bereichert den Kanon der klassischen Museumsaufgaben – Sammeln, Bewahren, Forschen und Vermitteln. In den vergangenen Jahrzehnten erhielt die Bildungs- und Vermittlungsarbeit einen immer bedeutenderen Stellenwert. Diese Idee keimte in den 1970er-Jahren auf, und wurde unter anderem mit dem Buchtitel des damaligen Frankfurter Kulturdezernenten Hilmar Hoffmann „Kultur für alle“, schlagwortartig auf den Punkt gebracht. Heute ist Besucherorientierung das erklärte Leitziel der Museumsarbeit. Dabei geht es nicht um kurzfristige, punktuell das Publikum mobilisierende Events oder den alleinigen Blick auf steigende Besuchszahlen, sondern um qualitative, nachhaltige Erlebnisse, um abwechslungsreiche und individuelle Aneignungsprozesse: Dies ist festgehalten in den 2008 vom Bundesverband Museumspädagogik und dem Deutschen Museumsbund herausgegebenen „Qualitätskriterien für Museen: Bildungs- und Vermittlungsarbeit“ (Download unter http://www.museumspaedagogik.org/Grundsatz.php4). Weiter wird dort festgestellt: „Die Museen leisten ihren Beitrag dazu, allen gesellschaftlichen Schichten den Zugang und somit die Teilhabe am kulturellen Erbe zu ermöglichen.“ Wird diese Offenheit der Museen aber wahrgenommen? Oder muss sie sich qualitativ ändern?

Seit vier Jahrzehnten hat sich Museumspädagogik als neues Aufgabenfeld entwickelt. Was im Museum seither neu dazugekommen ist und sicherlich gut funktioniert, ist die Ansprache von Schulen mit einem breiten Angebot. Sofern es die örtlichen Verhältnisse erlauben, arbeiten hier zwei klassische Bildungsinstitutionen eng zusammen. Über alle Schwellen hinweg werden so Kinder und Jugendliche erreicht und mit dem Ort Museum bekannt, bestenfalls vertraut gemacht. Dies kommt auch denjenigen zugute, die aus einem familiären Umfeld kommen, in dem Museumsbesuche nicht zum üblichen Freizeitverhalten gehören. Ob diese frühe Basisarbeit langfristig Erfolge zeigt, wird zunehmend in einer Diskussion um Wirkungsforschung thematisiert. Der Bundesverband Museumspädagogik bereitet zusammen mit der Bundesakademie für kulturelle Bildung Wolfenbüttel im kommenden Jahr eine Tagung zu diesem Thema vor.

Betrachtet man die Einzelbesucher von Museen ist festzustellen, dass zwar einerseits die Zahl der Museumsbesuche in den letzten Jahren drastisch gestiegen ist, andererseits aber immer noch ein eingeschränkter Kreis von Menschen die Museen regelmäßig nutzt. So ist die Erforschung der Nicht-Besucher ein immer wiederkehrendes Thema in Zeiten, in denen Besucherorientierung ein wesentliches Ziel der Museen geworden ist. Die Stellungnahme des Deutschen Kulturrats zu „außerschulischen Kultur- und Bildungsorten für interkulturelle Bildung“ listet die Barrieren für die Nichtnutzung von Kulturangeboten facettenreich auf. Die Diskussion darum an einem Runden Tisch, an dem deutlich wurde, wie unterschiedlich die Zugänge sind, war äußerst fruchtbar, vor allem auch unter dem Aspekt, miteinander und nicht übereinander zu reden.

In den „Qualitätskriterien für Museen: Bildungs- und Vermittlungsarbeit“ ist unter dem Punkt „Herausforderungen und Perspektiven“ bereits „eine zunehmend pluralistische Gesellschaft“ festgehalten, in der Vermittlungsarbeit im Museum Voraussetzungen für kulturelle Integrationsprozesse schaffen und interkulturelle Kompetenz ausbilden kann. Das Fremde findet sich nicht nur in der unterschiedlichen lokalen Herkunft und anderen Kultur von Menschen, sondern ebenso in der unterschiedlichen zeitlichen Herkunft von Objekten, die von früherem Leben zeugen. In Museen, gleich welcher Sparte sie angehören, sind so Fragen nach anderen Lebensumständen und Weltzugängen ständig präsent und damit zentrales Thema.

Die Stellungnahme des Runden Tisches vermerkt Empfehlungen für eine strukturelle und inhaltliche interkulturelle Öffnung von Kultur- und Bildungsorten. Entstanden ist eine umfangreiche Liste von Aspekten, die eine Diskussion anregen können und für das Thema sensibilisieren, um mit dem gesellschaftlichen Wandel und den damit einhergehenden neuen Anforderungen bewusster und professioneller umzugehen. Wesentlich aus museumspädagogischer Sicht ist bei den Empfehlungen die Wertschätzung der Nutzerinnen und Nutzer musealer Angebote – das Aufgreifen der Fragen, Ansprüche und Ideen der Besucherinnen und Besucher, die andere Sprachen sprechen – mitunter in vielerlei Hinsicht.

DIE VERFASSERIN IST IM VORSTAND DES BUNDESVERBANDS MUSEUMSPÄDAGOGIK E. V. (BVMP) EHRENAMTLICH TÄTIG ■

Interkulturelle Dienstleistungen

Zur interkulturellen Arbeit von Bibliotheken / Von Susanne Schneehorst

Zirka 11.000 Bibliotheken gibt es in Deutschland. 680.000 Menschen besuchen pro Tag eine Bibliothek, das sind 205.000.000 Besuche jährlich. Zahlen, auf die der Deutsche Bibliotheksverband e.V. (dbv) zu Recht verweist, wenn es um die Bedeutung der Bibliotheken als Kultur- und Bildungseinrichtung geht. Die Bibliothekslandschaft ist vielfältig: Es gibt u.a. Staats- und Landesbibliotheken, Universitäts- und Hochschulbibliotheken, kommunale öffentliche Bibliotheken, kirchliche Bibliotheken und Schulbibliotheken.

Schon in den 1970er und frühen 1980er Jahren haben viele öffentliche Bibliotheken auf die Veränderungen in ihrer Leserschaft reagiert. Zunehmend besuchten Migrantinnen und Migranten die großen und kleinen Bibliotheken vor Ort. Wegweisend war die Stadtbibliothek Duisburg, die schon seit 1972 gezielt muttersprachliche Literatur in den Einwandererspracheen anbot und von 1974 bis 1977 mit einem speziellen Bücherbus, der als „Ausländerbus“ in die Geschichte einging, die literarische Versorgung der Einwanderer vor Ort sicherstellte. Doch: Von „interkultureller Bibliotheksarbeit“ oder „interkultureller Öffnung“ war im letzten Jahrhundert noch nicht die Rede. Die Stadtbibliothek Nürnberg, in der ich seit über 20 Jahren das fremdsprachige Angebot betreue, sprach noch in den 1990er-Jahren von „Bibliotheksdiensten für ausländische Mitbürger und ihre Familien“. Erst zu Beginn des neuen Jahrtausends setzte ein Paradigmenwechsel ein, aus „Ausländern“ wurden Migranten, Einwanderer oder Menschen mit Migrationshintergrund, und Deutschland, oder zumindest weite Teile Deutschlands, akzeptierte, dass die Menschen, die unter dieser oder jener Bezeichnung eingereist und heimisch geworden waren, ein Teil der Gesellschaft geworden sind. Aus fremd- bzw. muttersprachlichen Angeboten für Menschen nicht-deutscher Muttersprache in den Bibliotheken wurden „interkulturelle Bibliotheksangebote“. Bibliotheken dienen als Ort des Interkulturellen Lernens und Austausches sowie der Integration, sie fördern den Erwerb von Sprach-, Lese-, Medien- und Informationskompetenz und begleiten das Lernen im Lebenslauf. Sie sind Bildungspartner von Kindertageseinrichtungen, Schulen, Museen und anderen Kultur- und Bildungseinrichtungen und erfahrene Kooperationspartner von Migrantenorganisationen. Sie sind – wie alle anderen Kultureinrichtungen auch – ein Spiegel der Gesellschaft. Ist die Gesellschaft kulturell vielfältig, sind es die Bibliotheken ebenso, oder sollten es zumindest sein! Der dbv hat sich 2006 der Herausforderung gestellt und eine Expertengruppe, die dann in eine Kommission zur interkulturellen Bibliotheksarbeit umgewandelt wurde, einberufen. Diese Kommission definiert ihre Aufgaben so: „Die Kommission Interkulturelle Bibliotheksarbeit befasst sich mit der Frage, wie man das Bibliotheksangebot für Bibliothekskunden mit Migrationshintergrund benutzergerecht gestaltet. Sie regt interkulturelle Dienstleistungen in Bibliotheken an, und begleitet, evaluiert und dokumentiert sie. Sie entwickelt bibliothekarische Standards und Konzepte zu interkulturellen Bibliotheksangeboten weiter, und berät und unterstützt Bibliotheken in Sachen Einrichtung und Weiterentwicklung von interkulturellen Services. Sie vertritt die Thematik Interkulturelle Bibliotheksarbeit in der (Berufs-) Öffentlichkeit, z.B. durch Vorträge und Diskussionsveranstaltungen auf Fachtagungen, durch Anregung und Organisation von Fortbildungsveranstaltungen und Veröffentlichung von Beiträgen in der Fachliteratur.“ (http://www.bibliotheksverband.de/fachgruppen/kommissionen/interkulturelle-bibliotheksarbeit.html).

Mit der Arbeit der Kommission und dem Webportal www.interkulturellebibliothek.de sind die deutschen Bibliotheken inzwischen gut aufgestellt, wenn es um Fragen der interkulturellen Öffnung geht. Über eine Mailingliste werden derzeit über 300 Kolleginnen und Kollegen aus der deutschsprachigen Bibliothekslandschaft mit Informationen rund um die interkulturelle Bibliotheksarbeit versorgt.

Umso wertvoller waren für mich die Zusammenkünfte im Sitzungsraum des Deutschen Kulturrates und der Austausch über Fragen der interkulturellen Bildung. Bei Fragen, wie andere Verbände vernetzt und verortet sind, oder bei Fragen nach der interkulturellen Öffnung als Querschnittsaufgabe, die auch vor der Rekrutierung von Personal und der interkulturellen Qualifizierung aktiver Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter nicht halt machen darf: Der Austausch mit den Kolleginnen und Kollegen aus zahlreichen Bereichen kultureller Bildung war bereichernd. Da der dbv seit Sommer 2010 ein „Positionspapier zur interkulturellen Bibliotheksarbeit“ erarbeitete, das im Juni 2011 auf dem Bibliothekartag in Berlin offiziell der Öffentlichkeit vorgestellt wurde, konnte ich die Inhalte der Debatten jeweils rückkoppeln.

Am allerwichtigsten bei den Zusammenkünften in Berlin war jedoch die häufig fast euphorisch zu nennende Anerkennung von Seiten der Vertreterinnen und Vertreter der beteiligten Migrantenorganisationen. Wenn man hört, „ich habe meine Kindheit in der Bibliothek verbracht, mit den Büchern dort habe ich Deutsch gelernt“, oder, „ich habe mir meine türkischen Bilderbücher immer aus der Stadtbücherei geholt“, dann macht das eine Bibliothekarin rundum glücklich!

DIE VERFASSERIN IST BIBLIOTHEKARIN FÜR FREMDSPRACHIGE LITERATUR UND INTERKULTURELLE ANGEBOTE IN DER STADTBIBLIOTHEK NÜRNBERG UND MITGLIED DER KOMMISSION FÜR INTERKULTURELLE BIBLIOTHEKSARBEIT DES DBV ■

Der erste Wohlstand: Gemeinsam mit ihrem Mann baute Martha zwei Bäckereien in New York auf. © Sammlung Deutsches Auswandererhaus

Interkultur – Intrakultur – Transkultur

Interkulturelle Bildung – eine Anleitung zum Entschlüsseln interkultureller Codes / Von Uwe Schäfer-Remmele

Erinnerungspostkarte an die Überfahrt 1936 zum ersten Heimatbesuch nach zwölf Jahren: Die nationalsozialistische Diktatur ignorierte Martha, besuchte die Olympischen Spiele und reiste einige Wochen später wieder ab. © Sammlung Deutsches Auswandererhaus

Bürger mit Migrationshintergrund und ausländische Mitbürger! Und doch seid ihr keine Bürger wie wir, habt ja oft genug noch nicht mal die deutsche Staatsangehörigkeit, und wenn doch, dann erst später gekriegt! Äh! Sind sie deshalb keine Mitbürger? Haben sie deshalb keine Kultur?

Will man sich aktuell über die Thematik der interkulturellen Bildung verständigen, geht es zu wie zu Beginn eines vergnüglichen Doppelkopfabends:
(Regieanweisung: jetzt ganz schnell lesen! Oder sprechen!) „Nach welchen Regeln wird gespielt? Zweite Dulle sticht die erste, mit Neunern oder ohne. Schweinchen, verdient or not verdient, Solis, Sola, Solum, Armut geht vor Hochzeit, selbstverständlich! Ist doch im wahren Leben auch so, oder?“
Haben wir uns dann endlich verständigt, was mit welchem Begriff eigentlich gemeint sein könnte – denn wie so oft meinen wir ja nur zu wissen, was „der/die“ andere meint, wenn „er/sie“ von „Interkultur, Transkultur oder Intrakultur“ spricht – ja dann können wir auch trefflich darüber streiten, welcher Weg denn nun der Richtige sein könnte: Es geht ja um Bildung – also um die Vermittlung von kulturbedingten Codes – Verständigungsmöglichkeiten, in künstlerisch-kultureller Sprache verdichtet wie Piktogramme, die dann auch die anderen verstehen – könnten, wenn sie es denn entschlüsseln könnten.
Künstlerisch-kulturelle Bildung ist nicht wirklich zu verstehen ohne einen Blick auf die Kunst. Denn die Kunst – als Ausdruck des Gestaltungswillens und der Gestaltungskraft der Menschen, die die jeweilige Kultur prägen – gibt uns unabhängig vom Genre die künstlerische Sprache vor, in der wir groß geworden sind und die wir aufgesogen haben wie die Muttermilch – zumindest dort, wo wir mit Menschen zusammen lebten, die die jeweiligen Kunst-Codes beherrschen. Und uns vermitteln konnten! Uns also kulturell gebildet haben. Und das geschah natürlich in jedem Land, in jeder Kultur und in jeder Biografie. Also, what shalls!
Warum tun wir uns so schwer damit, dass wir alle Menschen mit unterschiedlichen – auch ethnischen – Hintergründen doch das Eine in uns tragen geradezu als Definition unserer selbst: der Drang zur Gestaltung (Kulturisierung) unserer Welt – zuerst unserer kleinen Welt und dann doch auch die der großen Welt.
Doch Vorsicht: spätestens da kommt dann auch der Kommerz ins Spiel – und wehe, wenn die Kultur auf Kommerz trifft, der Tod jedes menscheigenen Ur-kulturellen Schaffens!
Und doch: Gerade am nicht vorhandenen Geld scheitern viele gute und gut gemeinte Projekte, die darauf abzielen einen Bildungsprozess in Sachen Kunst-Kultur zu formulieren, an dem insbesondere junge Menschen teilnehmen können sollen. Ist die Teilhabe an Geld gekoppelt, scheitert der Versuch bei einem zu großen Teil unserer Gesamtbevölkerung deren eigenen kunstkulturellen Ausdrucksmöglichkeiten in den Dialog mit einzubringen.
Überhaupt „Teilhabe“! Wer bitteschön soll woran teilhaben können? Gerne gebe ich zu, ich habe auch vertreten: Alle (!) Kinder und Senioren haben auch ein Recht auf Teilhabe an Kunst und Kultur! In modifizierter Form würde ich das heute auch noch unterstützen wollen als einen verstärkten Aufruf nach künstlerisch-kulturellem Dialog. Das setzt nicht nur die gleiche „Augenhöhe“ voraus, sondern auch die gegenseitige Neugier das zu entdecken was der Andere hat – aber ich eben nicht. Was macht das Anders-Sein, Anders-Denken, Anders-Handeln aus?
Ein wichtiges Projekt, das vom Bundesverband Theaterpädagogik e.V. in Zusammenarbeit mit allen anderen großen Verbänden der Theaterpädagogik entwickelten wurde, ist getitelt mit „Kinder spielen Theater“ (nach dem Buch von Gerd Taube mit gleichnamigen Titel). Nicht etwa „Wie spielen Erwachsene mit Kindern Theater?“. Das Kind als Subjekt, als eigenständig künstlerisch-kulturell handelnde Person wird hier fokussiert, der Erwachsene hat die Rolle eines Fascilitators, der alles dafür tut, damit das Kind seine künstlerische Kraft entwickeln kann, im besten Sinn ein Kulturschaffender zu werden. Teilhaben dürfen auch die Erwachsenen, die zuschauen können, allenfalls Impulse setzen und – im Dialog sind.
Der Umgang mit Symbolen und Kontextmarkierungen zum Verstehen von Leben und Welt ist eines der zentralen Lernaufgaben unserer Zeit. Der Kunst als wesentlicher Teil von Kultur, von kulturellem Lernen, kommt dort eine große Rolle zu, wo sie Welt, Leben, über Symbole verdichtet, erfahrbar macht und gleichzeitig wieder entschlüsselt, also ein neues, tieferes bzw. unmittelbareres Verstehen von sich selbst in der Welt, im Leben ermöglicht.
Hier liegt die große Chance – vielleicht die einzige – der interkulturellen Bildung: In dem interkulturellen Dialog zu verstehen, in welchem Lebenskontext die kulturellen Codes zu entschlüsseln sind, für was sie stehen, was sie ausdrücken. Gelingt dieser Dialog, dann gibt es eine Chance, dass aus der Begegnung neue künstlerisch-kulturelle Impulse erwachsen, die die beteiligten Menschen zu berühren vermögen, die im Großen dann auch weiterreichende Impulse setzen können. Am Anfang dieses Dialogs steht die Fähigkeit zur Wahrnehmung – und das ist etwas, was wir Menschen lernen können, dementsprechend auch lehren können!
Bei internationalen Ausstellungen, bei internationalen Kunstprojekten sind dies durchaus gängige Leitgedanken, denn darin liegt ja auch eine Spannung, die den Zuschauer fesseln und die Kasse klingeln lassen kann. Aber in der aktuellen Debatte kultureller Bildungsprozesse scheint es so noch nicht angekommen zu sein: Anders ist es nicht zu interpretieren, wenn immer noch die Integration in die hiesige Leitkultur gefordert wird. Interkulturelle Bildung heißt Orte und Bedingungen zu schaffen für die Begegnung und Kristallisation künstlerisch-kultureller Dialoge und Prozesse.

DER VERFASSER IST LEITER DES THEATERPÄDAGOGISCHEN ZENTRUMS E.V. IN KÖLN UND BEAUFTRAGTER DES BUNDESVERBANDES THEATERPÄDAGOGIK E.V. FÜR KULTURELLE BILDUNG ■

inter|kultur

In den letzten drei Jahren ist die inter|kultur dreizehn Mal erschienen:

- Feuerwehr sucht Migranten
- Eingewandert nach Deutschland
- Die migrationsliterarische Deutschstunde
- Schweizer ohne Migrationshintergrund
- Kultur, eingewickelt in Wolldecken, flauschig warm
- Heimat – Wir suchen noch
- Keine Einebnung kultureller Unterschiede
- Transkulturalität: Fata Morgana oder Realität?
- Vielfalt als Reichtum? Über den Zusammenhang von Vielfalt, Migration und Integration
- Bewährungsprobe – Kultureinrichtungen und die Bedürfnisse von Migranten
- Stiftungen engagieren sich in den Bereichen Integration und Bildung
- 50 Jahre türkische Migration
- Zum kontinuierlichen Dialog beitragen

Alle inter|kultur-Ausgaben können unter http://www.kulturrat.de/text.php?rubrik=88 kostenlos als pdf-Datei geladen werden.

Mit Musik Menschen zueinander bringen

Nachhaltige interkulturelle Bildung muss ständig neu erarbeitet werden – Was Musikschulen dazu beitragen können / Von Matthias Pannes

Szene 1: Shervin (mit iranischen Wurzeln), Won-Ho (aus Korea), Michelle (Französin) und Kathrin (Deutsche und wie alle anderen aus Köln) spielen Beethovens Streichquartett op. 18,6. Die russisch-stämmige Lehrkraft an der Musikschule bereitet das Ensemble auf einen Auftritt bei einem Benefizkonzert für die Unterstützung einer Nähschule für Frauen in Haiti vor. Im Programm steht weiter ein Tango von Piazolla und ein modernes Werk eines estnischen Komponisten. Kulturelle Vielfalt vollzieht sich hier in vielerlei Hinsicht.

Szene 2: Jedes Jahr finden seit zwei Jahrzehnten gemeinsame Musicals zwischen der Musikschule Beckum-Warendorf und Partnern aus Tansania statt, immer wechselnd im Münsterland und Ostafrika. Hunderte von Kindern und Eltern sind an dieser Initiative beteiligt, und es haben sich über die lange Zeit viele enge Freundschaften entwickelt. Die internationale Begegnung ist längst von einem Katalysator für interkulturelles Verständnis zur Normalität, zum Bedürfnis, zum unverzichtbaren Bestandteil in der Musikschularbeit wie in dem Warendorfer Kulturleben insgesamt geworden.

Szene 3: In den Münsteraner Grundschulen erfahren in dem Kooperationsprojekt „Jedem Kind seine Stimme“ (JEKISS) über mehrere Jahre die Schüler vieler Klassen musikalische Bildung im gemeinsamen Singen und Musizieren. Dass dabei in diesen Klassen, die aus Schülern vieler Nationalitäten bestehen, Musik aus den verschiedensten Ländern erarbeitet wird, dass dabei auch soziale Kompetenzen, die Entwicklung von Bewegung und vor allem von Sprache gefördert werden, dass die emotionale Intelligenz angesprochen wird, sind willkommene Begleitwirkungen.

Szene 4: In der KiTa am Kleistpark in Berlin-Schöneberg kommen Eltern und Kinder aus unterschiedlichsten Nationen und Milieus zum dortigen Musikschulangebot, weil es einen Lebensraum, einen Entfaltungsraum bietet, der sonst für die Mütter und Kinder nicht erfahrbar wird.

Diese Szenen aus dem Alltag an öffentlichen Musikschulen, der aber immer vor Ort jeweils wieder neu erschlossen, erarbeitet, übersetzt, gestaltet werden muss, finden sich bundesweit, mit unterschiedlichen örtlichen Ausprägungen. Immer stehen sie unter dem Leitgedanken, mit der musikalischen Bildung einen spezifischen Beitrag in der kulturellen Bildung zu leisten, der die Mitglieder dieser Menschenfamilie in besonderer Weise anspricht, sie verbindet, ihre individuellen Möglichkeiten zu entfalten hilft. In jedem Bildungsprozess geht es – ob interkulturell oder nicht – ja darum, Menschen bei sich abzuholen und mit ihnen gemeinsam eine Richtung einzuschlagen und dabei ein Stück weit zu begleiten und Orientierung zu geben, nicht aber, sich an der „Abholstelle die Beine in den Bauch zu stehen“, wie Reinhart von Gutzeit es beim Musikschulkongress formulierte. Bildungsprozesse sind, tendenziell anders als Unterricht und Erziehung, dabei keine Einbahnstraße: Gelingensbedingungen für Bildungswirkung sind stets Empathie, Kompetenz, Motivation und Neugier aller am Prozess Beteiligten. In einem solchen Kontext gewinnen „Lernende“ und „Lehrende“ gleichermaßen.

Kooperationen gewinnen an Bedeutung

Im Netz der öffentlichen Musikschulen – derzeit 923 Musikschulen in rund 4.000 Städten und Gemeinden mit 36.000 Lehrkräften und über 1 Million Schülerinnen und Schülern – findet interkulturelle Bildung vor Ort statt, und dies schon seit vielen Jahren und häufig ganz selbstverständlich. Die Zusammensetzung der Schülerschaft aus verschiedenen Nationalitäten (auch der Lehrerschaft) an Musikschulen erweist sich als sehr vielfältig – und dies in jedem Bereich, also in der Instrumentalausbildung von Barock bis zur Avantgarde, im Rock-/Pop-Bereich, im Jazz, in der „Weltmusik“. Die Kooperationen mit allgemein bildenden Schulen und mit Kindertageseinrichtungen gewinnen seit einigen Jahren im sozialräumlichen Kontext der Kommunalen Bildungslandschaft immer stärker an Bedeutung. Dabei ist das Leitbild der öffentlichen Musikschule, dass sie für alle Kinder und Jugendlichen erreichbar, zugänglich und bezahlbar sein muss. Dies ist auch ihr Auftrag, wie er im vergangenen Jahr im gemeinsamen Positionspapier der Kommunalen Spitzenverbände formuliert wurde.

Zugangsoffenheit unerlässlich

In der Betrachtung diese Themenfeldes ist es sicher hilfreich, eine Trennung der Milieudebatte vom Thema interkulturelle Bildung vorzunehmen: Bildungsferne ist prinzipiell kein Phänomen anderer Kulturen, sondern Ergebnis und (Aus-)Wirkung unserer eigenen Rahmenbedingungen von Kultur und Bildung. Daher ist es für Musikschulen wie für andere Einrichtungen kultureller Bildung auch notwendig, sich in geeigneten Angebotsformen weiter zu öffnen und für weitere Bevölkerungsgruppen offen zu sein, zum Beispiel mittels „aufsuchender“ Musikangebote wie etwa den Hamburger „Jamliner“, durch vernetzte Information gemeinsam mit Bürgeramt, Sozialamt, Schulen usw., durch Zusammenarbeit mit den Migrantenorganisationen vor Ort. Der VdM hat als Verband natürlich in diesem Kontext auch Aufgaben, die er verfolgt: vor allem sind es breit angelegte, zugangsoffene und niederschwellige Programme, von denen es bereits viele gibt. Zu nennen sind hier nur die drei in Nordrhein-Westfalen („Jedem Kind ein Instrument“ und „Jedem Kind seine Stimme“ sowie „MoMo“, das Monheimer Modell), in Baden Württemberg („SBS“ – Singen, Bewegen, Sprechen) und Niedersachsen („Wir machen die Musik“). Weiter sind Fortbildungsangebote, die Veröffentlichung von Arbeitshilfen (z.B. Kulturelle Vielfalt in der Elementarstufe/Grundstufe), die Konzeption von Angebotsformen (hier etwa auch zum Bildungspaket), die Herausgabe von Lehrplänen (z.B. für das Instrument Baglama) und die verbandspolitische Arbeit zur Erzielung von geeigneten Rahmenbedingungen für nachhaltige interkulturelle Bildung im Aufgabenportfolio des VdM.

DER VERFASSER IST BUNDESGESCHÄFTSFÜHRER DES VERBANDES DEUTSCHER MUSIKSCHULEN (VDM) UND MITGLIED IM FACHAUSSCHUSS KULTURELLE BILDUNG DES DEUTSCHEN KULTURRATES ■

Pendlerin: Für die Pflege ihrer kranken Mutter reiste Martha in den 1950er Jahren mehrmals zwischen den USA und Deutschland hin und her. © Sammlung Deutsches Auswandererhaus

3 Fragen an...

Witold Kaminski

1. Am Runden Tisch Interkultur nahm ich teil, weil... ich den Eindruck habe, dass Migranten ungenügend in das kulturelle Leben eingebunden sind. Subjektive und objektive Umstände erlauben es ihnen nicht, ihre kulturellen Ansprüche zu befriedigen, obwohl Kultur über Grenzen hinweg vereint und Menschen hilft gemeinsam Hindernisse zu überwinden und den Zusammenhalt zu stärken.
2. Als Ergebnis des Runden Tisch Interkultur erwarte ich... eine anhaltende Sensibilisierung der Gesellschaft, so dass sie Migranten als einen selbstverständlichen Bestandteil des Kulturellen Lebens wahrnehmen werden.
3. Perspektivisch betrachtet wird Interkulturelle Bildung in den nächsten Jahren... als eine Notwendigkeit verstanden werden, um bestehende Differenzen zwischen verschiedenen Nationalitäten und Kulturen in einer immer mehr durch Pluralismus gekennzeichneten Gesellschaft überwinden zu können.

VORSTANDSVORSITZENDER DES POLNISCHEN SOZIALRATES E.V. ■

Franco Marincola

1. Am Runden Tisch Interkultur nahm ich teil, weil... die Einladung ein wichtiges Signal für uns war, dass sich im Bereich Interkultur in Deutschland ein neues Bewusstsein entwickelt. Migranten und Migrantenverbände wurden bislang zu wenig miteinbezogen. Die Initiative des Kulturbereichs war ein wichtiger Schritt in Richtung Teilhabe.
2. Als Ergebnis des Runden Tisch Interkultur erwarte ich... dass vor allem in den nächsten Jahren verstärkt darauf geachtet wird, dass bei der Finanzierung von Kultur, sei es im Theater, im Museum oder anderen Kultureinrichtungen, der Bereich Interkultur als ausschlaggebendes Auswahlkriterium herangezogen wird. Interkulturelle Institute, wie Italiensche Kulturvereine, sollten auch von diesen Förderungen profitieren können. Nur so kann sich eine gemeinsame Kultur entwickeln, denn gerade Kultur lebt vom Austausch.
3. Perspektivisch betrachtet wird Interkulturelle Bildung in den nächsten Jahren... eine wichtige Rolle bei der Integration von Migraten in Deutschland spielen. Interkultureller Bildung muss ein höherer Stellenwert zukommen. Interkulturelle Bildung bedeutet über andere Kulturen wie über die eigene Kultur zu diskutieren und liefert einen wichtigen Beitrag zum gegenseitigen Kennen- und Schätzenlernen. Kultur und Bildung sind Schlüssel zur Integration.

GESCHÄFTSFÜHRER DES CGIL-BILDUNGSWERKS ■

Athena Leotsakou

1. Am Runden Tisch Interkultur nahm ich teil, weil... ein Austausch von Migrantenorganisationen und etablierten Organisationen der kulturellen Bildung überfällig geworden war.
2. Als Ergebnis des Runden Tisch Interkultur erwarte ich... eine Fortführung der guten Zusammenarbeit in Form von regelmäßigen Treffen sowie einen Diskurs über eine Neudefinition der kulturellen Bildung in Deutschland.
3. Perspektivisch betrachtet wird Interkulturelle Bildung in den nächsten Jahren... weiter an Bedeutung gewinnen und nicht mehr als Sonderfall der Bildungswissenschaften behandelt werden.

PROJEKTLEITERIN BEI DER BUNDESARBEITSGEMEINSCHAFT DER IMMIGRANTENVERBÄNDE ■

Impressum
inter|kultur

interkultur erscheint als regelmäßige Beilage zur Zeitung *politik und kultur*, herausgegeben von Olaf Zimmermann und Theo Geißler.

ISSN 1867-5557

Deutscher Kulturrat e.V.
Chausseestraße 103
10115 Berlin
Tel: 030/24 72 80 14
Fax: 030/24 72 12 45
Internet: www.kulturrat.de
E-Mail: post@kulturrat.de

Redaktion
Olaf Zimmermann (verantwortlich), Gabriele Schulz, Stefanie Ernst, Andreas Kolb

Verlag
ConBrio Verlagsgesellschaft mbH
Brunnstraße 23
93053 Regensburg
Internet: www.conbrio.de
E-Mail: conbrio@conbrio.de

Herstellung, Layout
ConBrio Verlagsgesellschaft
Petra Pfaffenheuser

Gefördert vom Bundesministerium für Bildung und Forschung